



# HESSISCHER LANDTAG

05. 11. 2003

## 19. Sitzung

Wiesbaden, den 5. November 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1125	Jürgen Walter . . . . .	1163
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1125	Sarah Sorge . . . . .	1164
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1125	Mark Weinmeister . . . . .	1167
		Nicola Beer . . . . .	1168, 1173
3. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)</b>		Ulrich Caspar . . . . .	1171
– Drucks. 16/834 – . . . . .	1125	Frank Gotthardt . . . . .	1173
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1174	Reinhard Kahl . . . . .	1173
		Michael Siebel . . . . .	1175
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Finanzausgleichsänderungsgesetz 2004</b>		Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1174, 1175
– Drucks. 16/784 – . . . . .	1125		
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1174	4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein <b>Gesetz zur Überleitung der Dienstverhältnisse der Beamten sowie der Versorgungsempfänger der SV Sparkassenversicherung Öffentliche Versicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen</b>	
		– Drucks. 16/836 – . . . . .	1175
c) Antrag der Landesregierung betreffend <b>Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2003 bis 2007</b>		<i>Dem Innenausschuss (federführend) und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (beteiligt) überwiesen</i> . . . . .	1178
– Drucks. 16/835 – . . . . .	1125	Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	1175
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1174	Michael Denzin . . . . .	1176
		Uwe Frankenberger . . . . .	1176
5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Zukunftssicherungsgesetz (ZSG)</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1176
– Drucks. 16/861 – . . . . .	1125	Minister Volker Bouffier . . . . .	1177
Hierzu:		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1178
Änderungsantrag der Fraktion der CDU			
– Drucks. 16/869 – . . . . .	1125	6. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Koch-Steinbrück-Modell</b>	
<i>Dem Haushaltsausschuss (federführend) und zu Art. 12 und 13 dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (beteiligt) überwiesen</i> . . . . .	1175	– Drucks. 16/693 – . . . . .	1178
Norbert Schmitt . . . . .	1125	<i>Angenommen</i> . . . . .	1187
Michael Boddenberg . . . . .	1131		
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	1134	7. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau</b>	
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1140	– Drucks. 16/747 – . . . . .	1178
Roland von Hunnius . . . . .	1145	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1187
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	1150		
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1155, 1172	8. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Koch-Steinbrück-Vorschlag zum Subventionsabbau</b>	
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1158	– Drucks. 16/758 – . . . . .	1178
Frank Williges . . . . .	1160	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1187

	Seite		Seite
Frank Williges . . . . .	1178	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts-	
Marco Pighetti . . . . .	1179	ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Frak-	
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1181	tion der CDU betreffend <b>Finanzkraft der Kommu-</b>	
Roland von Hunnius . . . . .	1183	<b>nen stärken – kommunale Selbstverwaltung sichern</b>	
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	1185	– Drucks. 16/705 zu Drucks. 16/225 – . . . . .	1188
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	1187	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1195
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts-		12. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betref-	
ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP		hend <b>Gemeindefinanzenreform auf gutem Weg</b>	
betreffend <b>Städte- und Gemeindefinanzierung</b>		– Drucks. 16/749 – . . . . .	1188
– Drucks. 16/703 zu Drucks. 16/62 – . . . . .	1187	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1196
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1195	Roland von Hunnius . . . . .	1188
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts-		Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1190
ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD		Ulrich Caspar . . . . .	1191
betreffend <b>Kommunen stärken – Gewerbesteuer</b>		Jürgen Walter . . . . .	1192
<b>jetzt modernisieren!</b>		Minister Karlheinz Weimar . . . . .	1193
– Drucks. 16/704 zu Drucks. 16/186 – . . . . .	1188	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	1195
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1195	Reinhard Kahl . . . . .	1195
		Frank Gotthardt . . . . .	1195

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Vizepräsident Frank Lortz  
 Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
 Kultusministerin Karin Wolff  
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 MinDirig Wolf von Hoerschelmann  
 Staatssekretär Bernd Abeln  
 Staatssekretär Harald Lemke  
 Staatssekretär Herbert Landau  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 MinDirig Matthias Bunge  
 Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler  
 Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
 Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Nancy Faeser  
 Dr. Judith Pauly-Bender  
 Florian Rentsch  
 Evelin Schönhut-Keil

(Beginn: 9.05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 19. Plenarsitzung und darf Ihnen einen herzlichen guten Morgen wünschen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit, aber nicht die Aufmerksamkeit des Hauses fest. Dann warte ich noch ein bisschen.

Ich habe folgende Mitteilungen zur Tagesordnung: Erledigt sind die Punkte 1 und 2 sowie folgende Gesetzesentwürfe: Punkt 3 a – erste Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2003, Drucks. 16/810 –, Punkt 3 b – erste Lesung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2004, Drucks. 16/784 – und Punkt 3 c – Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan 2003 bis 2007, Drucks. 16/835 –, außerdem Tagesordnungspunkt 5 – erste Lesung des Zukunftssicherungsgesetzes, Drucks. 16/861 – und schließlich die Tagesordnungspunkte 13 und 14.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 17 Uhr, ohne Mittagspause.

Wir beginnen mit der Aussprache zu **Tagesordnungspunkt 3 a:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) – Drucks. 16/834 –**

Damit rufen wir auch auf den **Tagesordnungspunkt 3 b:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2004 – Drucks. 16/784 –**

den **Tagesordnungspunkt 3 c:**

**Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2003 bis 2007 – Drucks. 16/835 –**

und den **Tagesordnungspunkt 5:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zukunftssicherungsgesetz (ZSG) – Drucks. 16/861 –** inklusive dem **Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/869.**

Wir haben heute eine Redezeit von 60 Minuten je Fraktion in freier Verwendbarkeit.

Anschließend folgt der Tagesordnungspunkt 4, die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Überleitung der Dienstverhältnisse der Beamten sowie der Versorgungsempfänger der SV Sparkassen-Versicherung Öffentliche Versicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen, Drucks. 16/836. Danach fahren wir mit den abgesetzten Tagesordnungspunkten fort.

Herr Staatsminister Riebel hat sich heute entschuldigt wegen seiner Teilnahme an der Sitzung – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, ich werde dieses Thema im Ältestenrat aufrufen, denn so kann man nicht mit dem faktischen Außenminister des Landes Hessen umgehen. Ich glaube nicht, dass das geziemlich ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe meine Position, und die werden wir im Ältestenrat bereden müssen.

Er ist entschuldigt wegen seiner Teilnahme an der Sitzung des Ständigen Beirates beim Deutschen Bundesrat in Berlin. Entschuldigt hat sich weiterhin Herr Staatsminister Dr. Wagner wegen seiner Teilnahme an der Justizministerkonferenz in Berlin. Deswegen wird er uns heute noch verlassen.

Heute findet im Anschluss an unsere Plenarsitzung im Umgang des Plenarsaales das Herbstgespräch des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen statt.

Ich weise des Weiteren darauf hin, dass nach dieser Plenarsitzung, voraussichtlich gegen 17 Uhr, der Untersuchungsausschuss 16/1 seine 2. Sitzung nicht öffentlich im Raum 119 M durchführt.

Damit kommen wir zu den aufgerufenen Tagesordnungspunkten, und ich erteile dem Abg. Schmitt, SPD-Fraktion, das Wort.

(Volker Hoff (CDU): Um Gottes willen, und das zum Frühstück! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor allem guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Die Aufstellung des Haushaltsplans 2004 und die heutige Debatte fallen in eine ganz schwierige finanzpolitische Zeit.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Und eben weil die Zeiten so schwierig sind – Herr Kollege Reif –, sind in besonderem Maß finanzpolitische Solidität,

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FPD))

finanzpolitischer Weitblick und zukunftsgerichtete Gestaltungskraft gefordert.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FPD))

Doch der Haushalt 2004 zeigt, dass es dieser Landesregierung an all diesen notwendigen Eigenschaften fehlt, allen voran dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FPD))

Meine Damen und Herren, nach der ersten Durchsicht der Haushaltsansätze 2004, der Eckwerte dieses Haushalts und der gestrigen Rede des Finanzministers, vor allem aber nach der Präsentation der „Operation düstere Zukunft“ durch den Ministerpräsidenten, der die Grundsätze dieses Haushaltes in einer großen Medienshow darstellte, ist festzustellen: Der Haushalt 2004 ist das Dokument gebrochener Versprechen und fehlenden finanzpolitischen Weitblicks.

(Beifall bei der SPD)

Er ist ein Dokument hemmungsloser Ausgabenpolitik in den vergangenen Jahren und politischer Verantwortungslosigkeit von Roland Koch und seiner Regierung.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, der übertrifft sich ja! Der ist richtig gut heute Morgen! – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihr Sparprogramm mit vielen Superlativen überhöht. Aber diese mediale Show soll doch nur verdecken, dass Ihre hemmungslose Ausgabenpolitik und Ihr fehlender Weitblick in finanzpolitischen Dingen zu einer in Hessen nie da gewesenen Finanzmisere geführt haben.

(Beifall bei der Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, Hessen ist pleite, und die Verantwortung dafür tragen der Ministerpräsident und die ihn unterstützende Partei, die CDU in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zum vierten Mal hintereinander legen Sie nun einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Dieser Haushalt ist die Bankrotterklärung von vier-einhalb Jahren Regierungstätigkeit von Roland Koch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber es ist typisch für diese Landesregierung, es ist typisch für diesen Ministerpräsidenten, dass die Schuld für dieses Haushaltsdesaster wieder einmal auf andere geschoben wird. Meine Damen und Herren, in Wahrheit kehren Sie doch die Scherben Ihrer eigenen Politik zusammen. Ich muss es anders formulieren – es ist ja noch viel schlimmer –: Sie richten noch mehr Scherben mit dem Haushalt an, den Sie heute vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wegen Ihrer vier Jahre lang getätigten miserablen und hemmungslosen Ausgabenpolitik in Hessen müssen jetzt viele leiden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Kollege Irmer, es muss gerade Ihre Klientel leiden. Die Lehrer in Hessen müssen unter vier Jahren verantwortungsloser Ausgabentätigkeit leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es werden weniger Lehrer eingestellt. Es werden weniger Polizeibeamte eingestellt. Der Straßenbau wird zurückgefahren.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Die Landesbediensteten müssen unter Ihrem fehlenden Weitblick leiden. Meine Damen und Herren, vor allem zerstören Sie die soziale Infrastruktur dieses Landes mit Ihrem Haushalt 2004.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Clemens Reif (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern durch ganz hervorragende Arbeit von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, unterstützt in den vergangenen Jahren auch von der grünen Seite, eine ganz hervorragende soziale Infrastruktur geschaffen hat, wird jetzt diese hervorragende Infrastruktur von Ihnen, Herr Ministerpräsident, kaltschnäuzig und herzlos zerschlagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): „Hemmungslos“ haben Sie vergessen!)

„Brutalstmöglich“, Herr Ministerpräsident, war doch Ihr Lieblingspruch in der Schwarzgeldaffäre.

(Zurufe von der CDU)

Brutalstmöglich werden nun von der Landesregierung soziale Einrichtungen und Initiativen zerschlagen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die gute soziale Infrastruktur dieses Landes, die gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten so dringend notwendig ist, diese wichtige soziale Infrastruktur, die notwendig ist, um gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten auch den sozialen Frieden in diesem Land zu bewahren, wird von Ihnen zerstört. Das ist das Miese an dieser Politik.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Das Miese und Fiese ist, dass Sie mit diesem Haushalt 2004 gerade die Schwächsten der Schwachen unserer Gesellschaft treffen – das ist wirklich eine miese Haushaltspolitik –,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

dass Sie gerade bei den Schwächsten brutalstmöglich hinhängen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer die Zuschüsse bei den Schuldnerberatungsstellen auf null stellt, ignoriert die wachsende Not. Und er ignoriert Einzelschicksale.

(Zurufe von der CDU)

Ich finde interessant, was Sie dazwischenrufen, wenn wir über Schuldnerberatungsstellen reden. Ich finde interessant, dass Sie so dazwischenrufen. Wir reden doch hier auch über Einzelschicksale. Ich weiß nicht, ob Sie in den vergangenen Tagen einmal mit denjenigen gesprochen haben, die Beratungsleistungen erbringen, oder ob Sie Briefe von Menschen bekommen haben, die in den letzten Monaten gezwungen waren, zu der Schuldnerberatung zu gehen. Ich habe Briefe vorliegen, Ihre Kollegin aus dem Kreis Bergstraße hat Briefe vorliegen, in denen z. B. Frauen geschildert haben, dass sie so in Not waren, dass sie sogar an Selbstmord gedacht haben.

Oft sind es Menschen, die völlig unverschuldet in diese Situation geraten sind, weil z. B. Partnerschaften auseinandergegangen sind und insbesondere der Partner, der diese Not verursacht hat, die Frau und die Kinder auf den Schulden sitzen lässt. Meine Damen und Herren, ich finde das Ungeheuerliche an diesen Kürzungen der Mittel für Schuldnerberatung, dass Sie Menschen, die in schwerer Not sind, im Stich lassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, wer bei den Frauenhäusern kürzt, nimmt das Aus dieser Zufluchtstätten für geschlagene Frauen und Kinder in Kauf. Wer die Mittel für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit drastisch reduziert, ignoriert das Schicksal vieler junger Menschen und nimmt ihnen die Hoffnung auf den Einstieg in unsere Gesellschaft.

Wer Behinderte zum Opfer seiner Sparbeschlüsse macht, stellt deren Integration vorsätzlich infrage. Wer bei den Initiativen zum Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase Mittel kürzt, nimmt bewusst in Kauf, dass diese Frauen keine eigenständige finanzielle Absicherung mehr haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch eine sehr kurzfristige Haushaltspolitik, weil deren Kosten am Ende wieder die Gesellschaft wird tragen müssen. Wer bei Erziehungshilfen in sozialen Brennpunkten und bei Eltern- und Erziehungsberatungsstellen Mittel kürzt, nimmt bewusst in Kauf, dass sich die sozialen Probleme weiter aufschaukeln werden und die gesellschaftlichen Folgekosten von Fehlentwicklungen auf jeden Fall höher sein werden als die Einsparungen, die mit Ihrem Haushaltsplan 2004 verbunden sind. Meine Damen und Herren, wer Mittel für die ambulante Hilfe für Drogenabhängige kürzt, wer bei der Aidshilfe den Rotstift ansetzt, wer bei der Betreuung ausländischer Arbeitnehmer kaltschnäuzig Streichungen durchsetzt, der beeinträchtigt die dringend notwendige Präventionsarbeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das wird sich alles einmal bitter rächen, weil mehr Kosten auf die Gesellschaft zukommen, als Sie mit den Kürzungen einsparen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man Ihre Streichliste sieht, wird deutlich, dass Sie eine andere Gesellschaft wollen, die nicht mehr mit Solidarität aufgebaut ist, die nicht mehr ein flächendeckendes Netz von sozialen Hilfen für Menschen vorsieht, die – aus welchen Gründen – oftmals unverschuldet in Not geraten. Ihr Gesellschaftsmodell geht davon aus, dass jeder Einzelne sein Schicksal selbst in die Hand nehmen kann und wird. Ich glaube wirklich, dass es Ihr Motto ist: Wenn jeder jeden Tag an sich denkt, ist an jeden jeden Tag gedacht. – Meine Damen und Herren, das ist nicht unser Gesellschaftsmodell.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Gesellschaftsmodell ist eigentlich ein Gesellschaftsmodell der Neandertaler, wo jeder für sich selbst kämpft und den anderen mit den Ellenbogen beiseite boxt. Und wenn es nicht reicht, greift er zur großen Keule. Das ist ein Gesellschaftsbild, das wir nicht haben, das Sie aber mit den Haushaltskürzungen für das Jahr 2004 – insbesondere im sozialen Bereich – durchsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, Sie – vor allem die Sozialministerin – sprechen immer davon, dass Sie mehr Selbstverantwortung wollen. Wer mehr Selbstverantwortung will, der muss doch Menschen in schwierigen Lebenslagen auch Beratungshilfe an die Hand geben, damit sie wieder selbst aus der Notlage herauskommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu sind doch gerade Betreuungseinrichtungen notwendig. Wer das Gesellschaftsbild hat, dass jeder selbst auch ein bisschen seines Glückes Schmied ist, der muss doch Beratungsleistungen zur Verfügung stellen, damit die Leute wieder auf eigenen Füßen stehen. Der darf gerade nicht an dieser Stelle einsparen, denn am Ende wird das kommen, was wir nicht haben wollen, dass die Leute auf Sozialhilfe und soziale Leistungen angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen glaube ich, dass diese Streichungen die soziale Infrastruktur in unserem Lande zerschlagen werden. Sie werden am Ende dazu führen, dass wir einen Staat haben, der wieder zu dem alten Fürsorgestaat wird, der nicht auf Selbstinitiative, nicht auf Selbstverwirklichung setzt und auch nicht die notwendige Selbstverantwortung in der Gesellschaft einfordert

bzw. die Möglichkeit gibt, dass Selbstverantwortung in der Gesellschaft geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, das Schlimme ist, dass mit der Streichliste, die durch die Landesregierung vorgelegt wird, auch das Ehrenamt geschädigt wird. Die Streichliste zerstört Hilfssysteme, die oftmals – neben den Hauptamtlichen – von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragen werden, manchmal sogar wesentlich. Mit den Streichungen wird vielen ehrenamtlich Tätigen nun der Boden unter den Füßen entzogen, die Unterstützung entzogen. Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass auch die mit großem publizistischen Aufwand gegründete Ehrenamtskampagne unter die Räder kommt, auch Streichungen erfahren muss, macht den Stellenwert deutlich, den Sie dem Ehrenamt in Hessen mittlerweile einräumen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Das war vor der Wahl. Herr Kollege Siebel hat Recht. Die große Verkündung der Ehrenamtskampagne war vor der Landtagswahl. Damals wollte man die Hilfen ins Schaufenster stellen. Man wollte die Wahl gewinnen. Jetzt wird an dieser Stelle wieder gestrichen. Ich sage Ihnen: Ein lauwarmer Händedruck von wem auch immer ersetzt nicht die notwendigen Hilfen für das Ehrenamt in Hessen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir wissen, dass Sie ein anderes Hessen wollen, als es sich historisch entwickelt hat. Bis weit in die Neunzigerjahre hinein war Hessen davon geprägt, dass es sozialpolitisch, ökologisch und wirtschaftlich eine Vorreiterrolle in Deutschland hatte. Die selbst verschuldete Finanzkrise – ich komme darauf noch zurück – ist für Sie aber anscheinend jetzt willkommen Anlass, mit dem traditionellen Hessen aufzuräumen. Sie legen nicht nur die Axt an die Sozialpolitik, sondern Sie werfen flächendeckend die Motorsäge an. Der Umweltminister kennt sich da gut aus.

Meine Damen und Herren, es wird aber nicht nur im sozialpolitischen Bereich gestrichen. Ihre Streichungen z. B. beim Sigmund-Freud-Institut, bei den Mütterzentren und bei pro familia zeigen doch, dass Sie jetzt versuchen, Ihre rückwärts gewandte Ideologie in diesem Lande auch durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer bei pro familia, bei der Schuldnerberatung, bei den Mütterzentren und bei dem Sigmund-Freud-Institut kürzt,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

aber gleichzeitig die Vertriebenenverbände in diesem Lande fast ungeschoren davonkommen lässt, zeigt doch, wessen Geistes Kind er ist – um an die Hohmann-Debatte von gestern anzuknüpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Hast du gestern auch versenkt! – Zurufe der Abg. Michael Siebel (SPD) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, ein Einschub, weil Sie jetzt so darauf reagieren: Ich empfand es wirklich als einen unglaublichen Vorgang, dass der Ministerpräsident bis zum heutigen Tage auf die schlimmen Äußerungen von Herrn Hohmann noch nicht reagiert hat und gestern auch nicht die

Gelegenheit in diesem Hause genutzt hat, dazu klare Worte zu finden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe des Abg. Horst Klee (CDU))

Meine Damen und Herren, Hessen soll zu einem Land des Südens werden. Es ist aber ein Land der Mitte, zu dem Offenheit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz gehören. Dafür werden wir weiter kämpfen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Finanzpolitisch haben Sie Hessen allerdings nun zu einem südamerikanischen Land gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Denn dieser Haushalt, den Sie gestern eingebracht haben, ist zum vierten Mal hintereinander verfassungswidrig. 2001 war Ihr Haushalt verfassungswidrig, 2002 war er verfassungswidrig, 2003 ebenfalls. Das haben Sie gestern indirekt bestätigt. Auch 2004 werden Sie die Verfassungsgrenze überschreiten, weil Sie ganz erhebliche Luftbuchungen vorgenommen haben und die Zahlen geschönt sind.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie haben die Verfassungsgrenze der Nettoneuverschuldung zwar rechnerisch ganz knapp unterschritten, aber auch ohne die Ausfälle aus der aus unserer Sicht notwendigen Steuerreform wird die Neuverschuldung nicht unter der Verfassungsgrenze sein, sondern sie überschreiten. Ich will dies an ein paar Punkten deutlich machen. Sie planen z. B. die Veräußerung von Sachvermögen, also vor allem von Immobilien. Ich nehme an, dass der Finanzminister keinen Goldschatz hat.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Er hat eine Summe von 247 Millionen € vorgesehen. Das ist eine verhältnismäßig hohe Summe bei dem Posten Sachvermögen. Angesichts der Erfahrungen mit dem Finanzminister bei dem Verkauf der Burg Staufenberg oder seinen Versuchen, das Polizeipräsidium in Frankfurt zu verkaufen, runzeln angesichts dieser Haushaltsansätze selbst Ihnen geneigte Mitmenschen die Stirn. Weniger Ihnen Zugeneigte schlagen sich jetzt schon auf die Schenkel.

(Beifall bei der SPD)

Der eigentliche Hammer aber ist, dass Sie 390 Millionen € Steuermehreinnahmen aus – wie es so schön in einer Fußnote heißt – bundespolitischen Regelungen vorsehen. Das, was der Ministerpräsident mit Herrn Steinbrück ausgearbeitet hat, bringt 2004 etwa ein Entlastungsvolumen – wenn man es sehr, sehr gut mit Ihnen meint – in Höhe von 90 Millionen €. Es gibt Berechnungen, nach denen 2004 nur 10 Millionen € ankommen, weil sich die Leute die Freibeträge schon auf ihren Steuerkarten haben eintragen lassen. – Aber gehen wir davon aus, dass Sie Recht haben und dass durch die Vorschläge von Koch und Steinbrück im Jahr 2004 90 Millionen € eingespart werden können; dann bleibt die Zahl von 300 Millionen €, die aus bundespolitischen Regelungen erbracht werden müsste.

Meine Damen und Herren, entweder liegt wieder ein Fall von kreativer Buchführung vor – das haben wir bei der Schwarzgeldaffäre durch Herrn Koch schon erlebt –, oder Herr Koch plant schon ganz erhebliche Steuererhöhun-

gen oder den weiteren Subventionsabbau ein, z. B. bei der Pendlerpauschale oder bei der Eigenheimpauschale, gegen deren Abschaffung er noch bis in die letzten Tage hinein polemisiert hat.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie sagen, 300 Millionen € wären zu wenig!)

– Herr Kollege Milde, wenn man über diese Zahlen redet, sollte man sich über eines klar sein. Eine Einsparung in Höhe von 300 Millionen € ist nur über ganz, ganz erhebliche Steuererhöhungen oder einen Subventionsabbau erreichbar, der deutlich über die Koch-Steinbrück-Liste hinausgeht.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Eichel redet von 100 Millionen €!)

Wenn man dies berechnet, muss man sagen: Ohne eine Mehrwertsteuererhöhung ist diese Zahl überhaupt nicht zu erbringen. Herr Ministerpräsident, hören Sie auf mit dieser Scheinheiligkeit, in Berlin denjenigen zu spielen, der immer gegen alles ist, der dagegen ist, dass Steuersubventionen an entscheidenden Punkten abgebaut werden, dass es in wichtigen Bereichen zu Steuererhöhungen kommt, nämlich z. B. bei der Vermögensteuer oder bei der Erbschaftsteuer. In Wirklichkeit bauen Sie schon die Mehreinnahmen in diesen hessischen Haushalt ein. Das ist eine unerträgliche Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, hier und heute endlich einmal die Karten auf den Tisch zu legen und zu offenbaren, welche Steuererhöhungen Sie eingeplant haben und mit welchem Abbau von Steuervergünstigungen Sie diese Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 300 Millionen € erzielen wollen. Herr Ministerpräsident, kommen Sie hier ans Pult, und sagen Sie, wie Sie dies alles erreichen wollen – 300 Millionen € Mehreinnahmen aus bundespolitischen Regelungen.

Interessant ist auch, dass Herr Koch zwar Mehreinnahmen aus bundespolitischen Regelungen einplant, jedoch das dringend notwendige Vorhaben der dritten Stufe der Steuerreform in seinem Haushaltsplan nicht berücksichtigt. Ich hätte noch ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie in der angespannten finanziellen Situation des Bundes und der Länder sagen, dass das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform nur durch zusätzliche Verschuldung aufgefangen werden kann. Ich sage das hier noch einmal ausdrücklich. Ich hätte ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie sagen, dass das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform – dies würde für Hessen immerhin einen Steuerausfall in Höhe von 440 Millionen € bedeuten – eine Summe ist, die nicht auf die Verfassungsgrenze angerechnet werden kann.

Man müsste dann aber gut begründen, warum das in Hessen nicht geleistet werden kann, während es in anderen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg möglich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Rheinland-Pfalz wäre dies übrigens möglich. Ich hätte ein gewisses Verständnis, wenn Sie so argumentieren würden. Ich hielte es, volkswirtschaftlich gesehen, für unvernünftig, wenn man eine volle Gegenfinanzierung vornehmen würde. Das kann man nicht tun. Es ist nicht sinnvoll, den Menschen das, was man ihnen in der einen Tasche lässt, aus der anderen herauszuziehen. Das ist auch volks-

wirtschaftlich gesehen unsinnig. Denn dann würde von der Steuerreform kein konjunktureller Impuls ausgehen. Ein solcher Impuls ist aber dringend notwendig. Deswegen muss man, wenn man eine Gegenfinanzierung machen will, ganz genau hingucken, dass sich diese, konjunkturpolitisch gesehen, nicht kontraproduktiv auswirkt. Wie bereits gesagt: Ich lasse deshalb bei der Frage, ob die nach der Verfassung zulässige Verschuldungsgrenze überschritten werden darf oder nicht, in der Tat die Steuerausfälle außer Acht, die durch das Vorziehen der Steuerreform entstehen würden. Denn eines ist auch klar: Das Vorziehen der Steuerreform ist notwendig, um für die Konjunktur in Deutschland den Impuls zu setzen, der jetzt notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, gehen Sie von der Wachstumsbremse. Verhindern und blockieren Sie nicht länger die notwendige steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. Herr Ministerpräsident, wenn Sie Ihre Blockadepolitik im Bundesrat nicht weiter verfolgen würden, dann könnten Sie auch in Hessen mit 1,7 % Wirtschaftswachstum rechnen. Möglicherweise wäre es sogar noch größer. Sie bräuchten dann nicht, wie Sie es in Ihrem Entwurf vorgesehen haben, die Prognose der Wachstumsrate für Hessen auf 1 % zu reduzieren. Allein dieses höhere Wirtschaftswachstum würde Steuermehreinnahmen von 100 Millionen € erbringen. Meine Damen und Herren, Sie verhinderten mit Ihrer Blockadepolitik und Ihrem Bremsen der Vorlagen im Bundesrat, dass es zu wichtigen Wachstumsimpulsen in Hessen und in der Bundesrepublik kommt, die notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie bereits gesagt, auch wenn man die Steuerausfälle, die durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform entstehen würden, nicht berücksichtigt, ist der Haushaltsentwurf, den Sie gestern vorgelegt haben, wiederum verfassungswidrig. Denn eines ist auch klar: Hessen hat ein Problem bei den Ausgaben. Es hat vor allen Dingen ein Problem bei den Ausgaben. – Natürlich haben alle Länder, der Bund und die Kommunen ganz erheblich mit dem Problem zu tun, dass die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

(Heinrich Heidel (FDP): Warum ist das denn so? – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege, für das Jahr 2004 geht diese Landesregierung von einem Zuwachs der bereinigten Gesamteinnahmen in Höhe von 7,7 % aus. Ich betone das noch einmal: Die bereinigten Gesamteinnahmen werden voraussichtlich um 7,7 % steigen. Davon geht diese Landesregierung aus. Das sind ihre eigenen Zahlen.

(Gerhard Bökel (SPD): Hört, hört!)

Trotzdem schafft es diese Landesregierung, dass auch der Haushalt des Jahres 2004 wieder verfassungswidrig sein wird. Dabei betreibt sie dann auch noch in Hessen den sozialen Kahlschlag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, Sie sollten sich das anschauen. Ich habe die Zahlen parat. – Nach ihren eigenen Angaben wird die Landesregierung im Jahre 2004 rund 850 Millio-

nen € nach Länderfinanzausgleich, also nach der Abgabe an andere Länder, mehr zur Verfügung haben als im Jahre 2003. Das muss man sich einmal überlegen. Es sind rund 850 Millionen € mehr. Im Vergleich zum Jahr 2002 sind es sogar 1,3 Milliarden €, die bei den bereinigten Gesamteinnahmen nach Länderfinanzausgleich mehr zur Verfügung stehen. Trotzdem schafft es diese Landesregierung, einen Haushaltsgesetzentwurf vorzulegen, der verfassungswidrig ist. Dabei nimmt sie in Hessen dann auch noch einen sozialpolitischen Kahlschlag vor. Das zeigt doch, wie verfehlt die Politik war, die Sie in Hessen in den vergangenen Jahren betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, dazu komme ich noch. Sie machen wieder beide Fehler. Was sagte der Finanzminister gestern noch? – Er sagte, er sei das rechnerische Mittel zwischen zwei Fehlern. Das ist wirklich richtig. So hat er sich selbst bezeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist auch unser Vorwurf. Sie haben in Zeiten, in denen es in Hessen größere Zuwächse bei den Steuereinnahmen gegeben hat, als es jetzt der Fall sein wird, nicht gespart. Sie haben damals nichts auf die hohe Kante gelegt. Vielmehr haben Sie aus dem berühmten Grund, nämlich damit Sie bei der Wahl gut dastehen, das Geld mit vollen Händen ausgegeben.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Quatsch!)

– Herr Kollege Klein, Sie sind mir bisher nicht als Finanzpolitiker aufgefallen. Aber eines können Sie doch wirklich nicht bestreiten: Alleine das, was das Land aufgrund des Nachtragshaushalts an Zinsen zahlen müssen, ist ein Betrag, der so hoch ist, dass man damit auf alle sozialen Kürzungen in Hessen, die vorgenommen werden sollen, verzichten könnte. Es geht hier nur um die sich nunmehr erhöhenden Zinszahlungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Sie haben die Ausgaben immer weiter erhöht, um Wohltaten verteilen zu können. Das ist eine einfache Politik. Das ist wirklich eine einfache Politik. Sie sind hingegangen und haben Wohltaten verteilt. Da die Steuereinnahmen nicht ausgereicht haben, haben Sie einfach noch Kredite aufgenommen. Das ist eine sehr einfache Politik. Aber das hat doch mit verantwortungsvoller Politik nichts zu tun. Das hat mit vorausschauender Politik nichts zu tun. Das hat mit zukunftsgewandter Politik nichts zu tun. Zukunftsgewandte Politik zu betreiben bedeutet, sich anzuschauen, was sich in den nächsten Jahren entwickeln wird. Das Schlimme jetzt aber ist doch: Nach viereinhalb Jahren Regierungstätigkeit von Roland Koch steht Hessen vor dem finanzpolitischen Zusammenbruch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, warum mussten Sie denn das Sparpaket vorlegen? Das ist doch das Ergebnis der von Ihnen in den vergangenen vier Jahren betriebenen Politik.

Schauen wir uns doch einmal an, was Sie gemacht haben. Herr Kollege Milde, ich beschäftige mich immer noch mit der Ausgabenseite. Schauen wir uns das doch einmal an.

Sie haben die Ausgaben vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001 um 500 Millionen € gesteigert. Innerhalb eines Jahres haben Sie also 500 Millionen € draufgesattelt. Dann haben Sie vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 die Ausgaben um weitere 300 Millionen € gesteigert. Damit Sie noch einmal vor der Landtagswahl so richtig in die Sahne langen konnten, haben Sie in dem ursprünglichen Haushaltsentwurf, der von der FDP noch mitgetragen wurde, für das Jahr 2003 eine Steigerung von über 500 Millionen € vorgenommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unglaublich!)

Sie haben die Ausgaben innerhalb von drei Jahren um 1,3 Milliarden € gesteigert. Mit dem Nachtrag wollen Sie die Ausgaben jetzt ein bisschen herabsetzen. Trotzdem bleiben ungeheure Steigerungsraten. Es bleibt dabei, dass Sie um 1,38 Milliarden € gesteigert haben werden. Das stellt, wenn man die Jahre 1998 und 2003 vergleicht, einen Zuwachs um 9,2 % dar.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wahnsinn!)

Sie führen in diesem Zusammenhang immer den Bund an. Der Bund hat innerhalb dieses Zeitraums seine Ausgaben nur um 6,7 % gesteigert. Das zeigt deutlich, wie unterschiedlich die Ausgabenentwicklung war und wie Sie bei den Ausgaben zugehört haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich! – Michael Siebel (SPD): Der Ministerpräsident stört seit zehn Minuten! Das ist unglaublich! – Gerhard Bökel (SPD): Zuhören!)

Als Argument wird dann immer vorgebracht, dieser Ausgabenzuwachs – ich wiederhole es: von 1998 auf das Jahr 2003 wurden die Ausgaben um 1,38 Milliarden € gesteigert – habe vor allem mit den Personalkosten zu tun gehabt. Das ist aber nicht richtig. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal an die Zahl erinnern, die der Finanzminister gestern genannt hat. Er sagte, dass die Tarifsteigerungen vom Jahre 1998 auf das Jahr 2002 eine Steigerung der Ausgaben um 500 Millionen € ausgemacht hätten. Die Zahl für das Jahr 2003 kenne ich nicht. Ich stelle fest, dass eine Steigerung um fast 900 Millionen € nicht auf Tarifsteigerungen in diesem Zeitraum zurückzuführen ist. Vielmehr haben sie etwas mit Ihrer Ausgabenpolitik in diesem Land zu tun. Denn Sie haben die Höhe der Ausgaben nicht begrenzt. Vielmehr haben Sie versucht, Wohltaten unter das Volk zu streuen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Steigerung der Ausgaben hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass an der Karriere des Ministerpräsidenten für Berlin gestrickt werden sollte. Das ist völlig klar. Aber die Stimmung kippt. Es gibt dazu die wunderschöne Aussage eines Bundestagsabgeordneten der CDU, die in der „Financial Times“ wiedergegeben wurde. Er sagte, die Kanzlerkandidatur könne aber sehr schnell im Schulden-sumpf Hessens hängen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, da haben die eigenen Parteifreunde die Entwicklung richtig beobachtet.

Dass der Ministerpräsident beim Aufstellen des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2004 von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht hat,

(Michael Siebel (SPD): Deshalb sitzt er auch da hinten, nicht auf seinem Platz!)

war wirklich die Bescheinigung dafür, dass der Finanzminister unfähig ist.

(Gerhard Bökel (SPD): Deshalb sitzt der Ministerpräsident auch auf dem Platz des Finanzministers!)

Dass ein Ministerpräsident – einmalig in der Geschichte – von der Richtlinienkompetenz Gebrauch machen muss, damit ein Haushalt einigermaßen ordentlich erstellt werden kann,

(Beifall bei der SPD)

das ist wirklich unglaublich, weil der Finanzminister zum dritten Mal hintereinander nicht in der Lage war, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Nach Vorlage der Haushaltszahlen 2004 muss aber festgestellt werden, nicht nur der Finanzminister hat seine Unfähigkeit gezeigt, sondern nachdem der Ministerpräsident von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht hat, muss man sagen, der Ministerpräsident hat auch finanzpolitisch seine Inkompetenz unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2004 ist die Entwicklung und das Ergebnis dessen, dass aufgrund fehlenden Weitblicks und politischer Verantwortungslosigkeit hemmungslos Ausgabenpolitik betrieben wurde, hemmungslos auf Pump Wohltaten finanziert werden. Kein anderes Land in Deutschland hat einen solchen Ausgabenanstieg wie Hessen. Das müsste Ihnen doch zu denken geben. Hessen ist zum Sanierungsfall geworden, weil sich die Landesregierung als unfähig erwiesen hat, eine effektive und nachhaltige Ausgabenbegrenzung in ihrem Haushalt umzusetzen. Nach den Ausgabensteigerungen von 1,9 % in diesem Jahr – übrigens alles nach Länderfinanzausgleich und nach Flutopferhilfe – verstoßen Sie eindeutig gegen die Festlegungen des Finanzplanungsrates zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Ich glaube, das ist klar, 1,9 % ist die Steigerung, 1 % war nach dem Finanzplanungsrat vorgesehen.

Ihr Problem ist: Weil Sie nicht rechtzeitig den Fuß vom Gaspedal genommen haben, sondern vier Jahre lang den Motor immer auf vollen Touren gedreht haben und immer munter auf Kredit getankt haben, werden Sie jetzt gezwungen, eine Vollbremsung hinzulegen. Und wie es eben bei Vollbremsungen ist, das ist nicht gut für die Insassen, und das ist nicht gut für das Material.

(Beifall bei der SPD)

Ein Blick in den Finanzplan macht Ihre ganze verfehlte Ausgabenphilosophie deutlich. Sie haben wieder erhebliche Luftbuchungen vorgenommen, die Risiken summieren sich pro Jahr auf etwa 1 Milliarde €. Da werden globale Minderausgaben und globale Mehrausgaben vorgenommen, da werden erhebliche Veräußerungen von Vermögen eingeplant und wieder einmal Steuermehreinnahmen durch Bundesregelungen: 585 Millionen €. Davon machen Koch/Steinbrück höchstens 150 Millionen € aus, 585 Millionen € erwarten Sie wiederum durch Mehreinnahmen aus bundespolitischen Regelungen. Das macht, wie ich glaube, alles deutlich. Entweder sind diese Zahlen unsolide, oder Sie haben schon mehr im Koffer, was Sie in Berlin planen.

Selbst wenn man diese Risiken außer Betracht lässt, ist dieser Finanzplan ein Zahlenwerk des Schreckens; denn obwohl die Landesregierung – das muss man sich einmal überlegen – wiederum von Steuermehreinnahmen ausgehen kann, von einer Steigerung der Steuereinnahmen von

2003 auf 2007 in Höhe von sage und schreibe 2,27 Milliarden €, obwohl also diese immense Steigerung im Finanzplan vorgesehen ist, schaffen Sie es, im Durchschnitt über 700 Millionen € Schulden im Jahresdurchschnitt zu machen. Das zeigt doch alles, auch Ihre verkehrte Philosophie, die Sie in diesem Finanzplan dokumentieren.

(Michael Boddenberg (CDU): Da haben Sie falsch gerechnet!)

– Nein, da haben Sie falsch gerechnet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die haben gar nicht gerechnet!)

– Die haben gar nicht gerechnet, Herr Irmer, das glaube ich. Dieser Zwischenruf war richtig.

Meine Damen und Herren, es ist interessant, in dieser Finanzplanung noch einmal auf die Ausgabenseite zu schauen, denn die Landesregierung plant schon wieder, nachdem sie 2004 absenkt, nachdem 2005 die Ausgaben in etwa in der Waage gehalten werden sollen, dann vor der Landtagswahl 2006 wieder richtig auf Touren zu drehen mit einer Steigerung des Haushalts um 1,7 % und 2007 mit einer weiteren Steigerung von 1,9 %. Ab 2006 soll also wieder in die Vollen gegangen werden, um die Wahlgeschenke vor der Landtagswahl zu finanzieren. Das hat doch mit solider Finanzplanung nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Was wären die Alternativen? Darauf warten Sie ja gespannt, und darauf will ich jetzt eingehen. Ich will noch einmal deutlich machen, was die Alternativen gewesen wären; denn Sie haben jetzt den Haushalt so an die Wand gefahren, dass Änderungen schwer möglich sind. Ich will nur einmal auf unsere Zeit verweisen, als Rot-Grün verantwortungsvolle Ausgabenpolitik in diesem Lande gemacht hat. Der Haushalt 1996 hatte unter Rot-Grün gegenüber 1995 ein Minus von 0,5 %. 1997 haben wir den Haushalt sogar um 0,6 % abgesenkt, und im Jahre 1998 wurde noch einmal um 0,8 % gekürzt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Auch wir waren zum Sparen gezwungen, Herr Boddenberg, weil es zum Teil zurückgehende Steuereinnahmen gab und weil auf jeden Fall die Steuereinnahmen weit hinter den Prognosen zurückblieben. Aber wir haben gespart, manchmal sicherlich gegen Widerstände, manchmal gegen Egoisten in Fachressorts. Wir haben Bediensteten einiges zugemutet, die Jubiläumssprämie gestrichen, die Ministerialzulage abgeschmolzen, Beförderungsmöglichkeiten eingeschränkt. Meine Damen und Herren, das waren in der Tat Zumutungen für Mitarbeiter in den Behörden des Landes. Wir haben denen einiges abverlangt. Aber was machen Sie? Mehrarbeit für weniger Geld ist Ihr Motto. Sie nehmen den Beamtinnen und Beamten mit der Erhöhung ihrer Arbeitszeit auf immerhin 42 Stunden, mit der Kürzung des Weihnachtsgeldes und mit der Streichung des Urlaubsgeldes insgesamt mehr als 10 % weg. Das sind echte Zumutungen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Norbert Schmitt (SPD):**

Ich bin ziemlich in Zeitnot, aber bitte schön.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Boddenberg.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Schmitt, können Sie uns vielleicht noch einmal darüber informieren, wie sich die Neuverschuldung des Landes Hessen in der Zeit von 1991 bis 1999 unter Ihrer Verantwortung entwickelt hat und ob Sie zum gleichen Zeitpunkt in den Bereichen Sicherheit, Schule, Verkehr, Straßenbau so investiert haben, wie Sie das hier dauernd vorgeben?

**Norbert Schmitt (SPD):**

Das ist eine wunderschöne Frage. Lieber Kollege Boddenberg, Sie müssen gerade über Straßenbau reden. Haben Sie einmal in den Haushalt 2004 gesehen?

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie einmal hineingeschaut – ich bin gerade bei diesem Punkt –, was Sie der Polizei zumuten?

(Beifall bei der SPD)

Wie kommt es denn dazu, Kollege Boddenberg – ich hatte schon gefragt, ob ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren darf –, dass der Beamtenbund, sicherlich keine sozialdemokratische Vorfeldorganisation, gestern zu Herrn Koch gesagt hat, er habe „ohne soziales Gewissen die hessischen Beamten beschissen“?

(Beifall bei der SPD)

Die haben mehrmals wiederholt: „Koch muss weg“. Das ist doch das Ergebnis. Das ist doch Ihre eigene Klientel, und die Menschen sind enttäuscht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jawohl, ich weiß, wie die Steigerungsraten in der Nettoneuverschuldung sind, aber es hat noch nie gegeben, was Sie zusammengebracht haben, nämlich viermal hintereinander einen verfassungswidrigen Haushalt vorzulegen. Das in der Tat hat noch keine Ihrer Vorgängerregierungen geschafft.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Frage nicht beantwortet!)

Meine Damen und Herren, die Leidtragenden dieser Politik von Roland Koch sind in der Tat die Bediensteten in diesem Lande.

(Zurufe von der CDU: Straßenbau!)

Der Staatssekretär aus dem Umweltministerium – jetzt muss ich nach einem Wort ringen – hat gesagt, dass möglicherweise sogar bei den Waldarbeitern betriebsbedingte Entlassungen vorgesehen sind. Als Alternative, hat er gesagt, könnten die Waldarbeiter ja in den Knast gehen und die Förster in die Schule. Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist wirklich mit ihren Vorschlägen am Ende. Anders kann man dieses nicht mehr kommentieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Bediensteten einiges zugemutet in unserer Zeit, völlig klar, Herr Boddenberg.

(Michael Boddenberg (CDU): Wann beantworten Sie eigentlich meine Frage?)

– Ich habe Ihre Frage beantwortet.

(Lachen bei der CDU)

Aber dass es zu solchen Demonstrationen gekommen ist, das haben wir nicht erlebt. Unter Rot-Grün haben wir auch zurückführen müssen – damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück. Als diese Haushalte ganz erhebliche Minusraten hatten und als wir 170 Millionen € in diesen drei Haushaltsjahren gekürzt haben, haben wir aber eines gemacht, wir haben ein Sozialbudget aufgelegt. Wir haben den sozialen Initiativen in diesem Lande Sicherheit, Planbarkeit und Zuverlässigkeit gegeben. Meine Damen und Herren, das unterscheidet uns grundlegend von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen nicht nur theoretisch den Nachweis erbringen, dass wir es besser können – wir haben es bewiesen, gerade an dieser Stelle, gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten.

Aber was macht die Landesregierung? Sie verkündet das größte Sparpaket in der Geschichte Hessens. Es wird behauptet, dass 1 Milliarde € eingespart werden. Tatsache ist aber, dass die Gesamtausgaben gerade einmal um 31 Millionen € im Vergleich zu dem gestern vorlegten Nachtragshaushalt reduziert werden. Wir haben 170 Millionen € eingespart, ohne dass die sozialen Initiativen in diesem Lande zusammengebrochen sind. Wir haben den Bediensteten einiges zugemutet, aber wir haben ihnen nicht das Geld aus der Tasche gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Aber diese Regierung schafft es, gerade einmal 31 Millionen € beim Haushalt zu kürzen – das ist ein Rückgang von 0,2 % – und dabei einen sozialpolitischen Kahlschlag in diesem Land vorzunehmen. Einen größeren Unfähigkeitsbeweis, als Ministerpräsident Koch mit diesem Haushalt gezeigt hat, gibt es in dieser Bundesrepublik nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Eingeständnis der Unfähigkeit, sinnvoll, frühzeitig und richtig zu sparen. Das ist das Dokument des Haushalts, das Sie, Herr Koch, mit Ihrer Richtlinienkompetenz in diesem Lande zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren, es ist sowieso ganz witzig, dass eine Einsparung von 1 Milliarde € verkündet wird. Als Maßstab werden die Chefgespräche genommen. Bei uns war es üblich, wenn Chefgespräche stattgefunden haben, dass der Finanzminister klare Vorgaben gemacht hat und dass Minister aus den Chefgesprächen in schwierigen finanzpolitischen Zeiten nicht mit Erhöhungen herausgekommen sind.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir haben dem Internet die Liste entnehmen können. Das war wunderschön. Es gab Wunschlisten. Der eine Minister will beim Glauberg-Museum zulangen, der andere will bei den Existenzgründern 1,7 Millionen € mehr haben. Das war sozusagen das Ergebnis der Chefgespräche.

Sie müssen sich einmal vorstellen: Als Ausgangspunkt für die Einsparungen wird die Wunschliste der Minister genommen. Das ist die Finanzplanung in diesem Lande. Da kommen in Zeiten, in denen es ganz eng ist und der Haushalt auf Verfassungskante genäht ist, Leute aus Chefgesprächen heraus und haben Millionen mehr dabei ausgehandelt. – Das macht deutlich: Dieser Finanzminister ist völlig ohne Plan, völlig ohne Vorgaben, auch völlig ohne

Vorbereitung in die Chefgespräche hineingegangen. Das ist wirklich unglaublich.

(Michael Siebel (SPD): Ein unglaublicher Vorgang!)

Das Ergebnis ist nun in der Tat, dass Sie, meine Damen und Herren, gezwungen sind, wieder alles zusammenzukehren, was Sie in den vergangenen Jahren angerichtet haben, indem Sie mit vollen Händen ausgegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer wie der Ministerpräsident davon spricht, dass niemand von schmerzhaften Einschnitten ausgenommen werden kann, müsste eigentlich als gutes Beispiel vorangehen. Herr Ministerpräsident, wir haben uns deshalb Ihren eigenen Etat sehr genau auf Ihre eigenen Vorgaben hin angesehen. Die Feststellung kann dabei nur lauten: Überall wird gespart, nur nicht bei Ihnen, Herr Koch. Das ist sozusagen das Ergebnis einer ersten Durchschau.

(Petra Fuhrmann (SPD): Skandalös!)

Im Gegenteil, in Ihrem Bereich wird bei den Ausgaben zugeht wie noch nie. Wo andere 7,5 % sparen müssen – das war Ihre Vorgabe bei den Sachausgaben –, hat der Ministerpräsident Zuwachsraten von 17,2 % beim Informationswesen, wie es so schön heißt, im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2003. Der Ministerpräsident hat eine Steigerungsrate von 6,5 % bei den Verfügungsmitteln.

(Michael Siebel und Gerhard Bökel (SPD): Wie viel?)

Dabei haben wir schon den zweiten Minister herausgerechnet, weil ich ja sehr solide bin.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Seit wann, Norbert?)

Das nehmen wir gar nicht in Betracht. Trotzdem gibt es eine Steigerungsrate von 6,5 %.

(Gerhard Bökel (SPD): Unglaublich!)

Kollegen, es geht weiter. Bei den Bewertungskosten der Staatskanzlei haben wir eine Steigerungsrate von 25 %. – Auch wenn das immer nur kleine Summen sind, die Symbolkraft macht es, wie im Bereich des Ministerpräsidenten umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD – Michael Siebel (SPD): Selbstbedienungsladen!)

Die Reisekosten steigen auch, das ist interessant. Und wie sieht es bei der Informationspolitik aus? Während andere Bereiche wie die Schuldnerberatung auf null gestellt werden oder 33 % Kürzung erfahren, gilt das bei der Informationspolitik der Landesregierung nicht. Hier sind 1,1 Millionen € vorgesehen. Das ist etwa der Ansatz von 2001. Meine Damen und Herren, manche, ich glaube, sogar alle sozialen Initiativen in diesem Land wären froh, wenn sie im Jahre 2004 die Haushaltsansätze von 2001 hätten. Dann wären sie besser gestellt als mit Ihrer Kürzungsliste.

(Beifall bei der SPD)

Ein schönes Vorbild sind Sie, Herr Ministerpräsident. Der Ministerpräsident denkt nur ans Sparen – aber nur bei den anderen. Da gibt es noch die Luxusausstattung in der Staatskanzlei, für die insgesamt 8,4 Millionen € vorgesehen sind. Hinzu kommen noch 700 Millionen €, wie wir jetzt gesehen haben, für die IT-Ausstattung in diesem Bereich. Auch das ist hochinteressant.

Meine Damen und Herren, was ich jetzt sage, gilt übrigens auch für den Vorstand der FAG: Wer den Menschen Opfer abverlangt, gerade in diesen schwierigen Zeiten, der muss mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es ist schön, dass es die FAG nicht mehr gibt!)

– Dann eben die Fraport, Herr Kollege Hahn. – Alleine durch den Verzicht auf die Luxusausstattung in der Staatskanzlei – ich würde sagen, die Hälfte tut es auch, und dafür ist eine sehr gute und angemessene Ausstattung für das Land Hessen möglich –, alleine wenn man die eigenen Sparvorgaben beachtet, nämlich 7,5 % Kürzung bei Sachausgaben und 33 % bei freiwilligen Leistungen, könnten 4,6 Millionen € gespart werden. Damit könnten alle Kürzungen bei den Frauenhäusern, bei den Obdachlosen, bei den Hilfen für den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen und bei der Sucht- und Drogenhilfe finanziert werden, alleine durch eine solche Kürzung in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe von der Vorbildfunktion gesprochen. Da finde ich es einen Skandal, unerträglich und unangemessen, ja, es ist sogar Ignoranz, anders kann man es nicht mehr sagen, vielleicht auch Überheblichkeit, es ist stilllos, einfach nur empörend: Selbst bei der Sozialministerin werden die Verfügungsmittel um 25 % gesteigert. Das ist unglaublich, nur noch empörend. Man kann doch nicht bei der Obdachlosenhilfe kürzen und bei den Verfügungsmitteln der Sozialministerin um 25 % zulegen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vorbild Finanzminister Weimar. Bei ihm wird dasselbe geschehen. Auch er wird 25 % bei den Verfügungsmitteln draufbekommen.

(Widerspruch des Ministers Karlheinz Weimar)

Sie haben doch eine Vorbildfunktion. – Natürlich, gegenüber dem Nachtragshaushalt legen Sie um 25 % zu Herr Weimar, kommen Sie vor und sagen Sie, dass es nicht stimmt. Wir werden die Zahlen sofort miteinander vergleichen: den Nachtrag mit dem Haushalt 2004. Sie haben eine 25-prozentige Steigerung bei den Verfügungsmitteln. Es ist ungeheuer, dass Sie es hier auch noch bestreiten. Das sind die Zahlen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wer anderen viel abverlangt, muss auch selbst bereit sein, Abstriche in Kauf zu nehmen. Das fordern wir von Ihnen ein, nicht mehr, aber nichts Geringeres als dies.

Meine Damen und Herren, durch den Verzicht auf die in dieser Tiefe und Breite vorgesehene Ausstattung der hessischen Landesverwaltung mit SAP könnten alle Kürzungen – ich betone: alle Kürzungen – im sozialpolitischen Bereich und weitere empfindliche Kürzungen in anderen Bereichen verhindert werden. Das macht deutlich: Dieser Haushalt 2004 ist nicht durchdacht. Er ist der sozialpolitische Kahlschlag, weil Sie in wichtigen Bereichen nicht die Ausgaben durchforstet haben, sondern sogar bei Ausgaben zugelangt haben – eine völlig verkehrte Ausgabenpolitik in finanzpolitisch schwierigen Zeiten.

Sie sprechen immer davon, dass die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Das ist richtig. Die Bundesregierung – jetzt ist der Kollege Irmer nicht mehr da – hat ihren Beitrag dazu geleistet, völlig unbe-

stritten. Das ist richtig. Es wäre nicht in Ordnung, wenn ich das bestreiten würde. Die Bundespolitik hat z. B. bei der Körperschaftsteuer leider ihren Anteil dazu beigetragen, dass es zu Steuerausfällen gekommen ist. Es wäre falsch, das nicht zu bekennen.

Aber Herr Koch hat noch vor wenigen Monaten für Hessen Steuermehreinnahmen in Höhe von 200 Millionen € pro Jahr verhindert. Deswegen kann es nicht sein, dass sich diese Landesregierung permanent darüber beklagt, dass Steuereinnahmen ausfallen. Sie selbst hat im Bundesrat dazu beigetragen, dass diese Steuereinnahmen ausgefallen sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Hälfte dieses Betrags würde übrigens ausreichen, um sicherzustellen, dass keine Projektförderung in Hessen gekürzt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Nur die Hälfte dieses Betrags würde das, was Sie vorhaben, nämlich die Kürzung der Projektförderung, verhindern.

Sie streichen die Grundwasserabgabe und leisten Widerstand gegen eine Erhebung der Vermögensteuer. Die Vermögensteuer hat Hessen im Jahr 1996 900 Millionen DM eingebracht. Der Ministerpräsident beklagt sich über Steuerausfälle. Aber er selbst blockiert eine Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das ist eine wenig solide Argumentation in dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Auch die Ablehnung der Landesregierung, durch die Erbschaftsteuer leistungslose Vermögenszuwächse angemessen zu besteuern, hat die Einnahmesituation in Hessen weiter verschlechtert. Das gehört ebenfalls zu der Debatte.

Hören Sie deshalb auf, Krokodilstränen zu weinen. Sie haben es mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat in der Hand, dafür zu sorgen, dass die Vermögensteuer wieder erhoben wird, was Hessen rund eine halbe Milliarde € bringen würde, und dass eine erhöhte Erbschaftsteuer erhoben wird, was dem Land weitere 250 Millionen € bringen würde.

(Zuruf von der CDU: Fragen Sie doch einmal Ihren Bundeskanzler!)

Hören Sie daher auf, Krokodilstränen zu weinen. Das sind notwendige Maßnahmen. Sie beklagen doch auch die soziale Schieflage in dieser Gesellschaft. Das wären notwendige Steuern, um Geld bei denen zu holen, die es mit ihren breiten Schultern auch tragen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es in der Hand, bei der Steuerverwaltung aufzustocken. Ich habe einen Bericht des Rechnungshofs Baden-Württemberg, der eindeutig zeigt, dass ein ganz normaler Steuerbeamter – ich rede jetzt von D-Mark, weil die Zahlen so im Bericht stehen – etwa 100.000 DM im Jahr kostet, aber 200.000 DM pro Jahr einbringt. Bei den Steuerfahndern haben wir noch ganz andere Zahlen. Sie haben es in der Hand, auch über diesen Weg die Einnahmesituation des Landes Hessen zu verbessern. Es ist im Übrigen eine Frage der Steuergerechtigkeit, dass die Steuern, die dem Land zustehen, auch tatsächlich eingenommen werden. Das hat etwas mit der personellen Ausstattung der Steuerverwaltung zu tun.

Meine Damen und Herren, es ist auch ein Skandal – der „Spiegel“ hat es an zwei Beispielen belegt –, dass in Hessen Steuerflüchtlinge, aus welchen Gründen auch immer, weder strafrechtlich noch steuerrechtlich in ausreichendem Maße verfolgt werden. Für die Landesregierung, die sich null Toleranz für Straftäter auf die Fahnen geschrieben hat, ist das ein Skandal. Wir werden im Untersuchungsausschuss dieser Frage mit allem Nachdruck nachgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Streichliste ist ein Wählerbetrug. Durch sie wird deutlich, dass der Ministerpräsident die Wähler betrogen hat. Er hat mehr Polizeibeamte und mehr Mittel für den Straßenbau versprochen, und er hat versprochen, dass es keine Sonderopfer für Beamte geben würde. Herr Ministerpräsident, in Zukunft können Sie sich auf Ihre Fahnen schreiben: Es gilt das gebrochene Wort.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Streichliste hat auch auf die Arbeitsplätze verheerende Auswirkungen. Es gibt Berechnungen, wonach 15.000 Arbeitsplätze in diesem Land dadurch bedroht werden, dass Sie bei den Investitionen heruntergehen, nicht mehr einstellen und im sozialpolitischen Bereich kürzen.

Mit Verlaub, Herr Kollege Hahn hat Recht. Er hat in der ersten Debatte über die Streichliste gesagt: Es ist das Dümme, was man tun kann, bei den Investitionen in diesem Land zu streichen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Streichliste hat auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die Kommunen. Die Kommunen geraten unter Druck, gerade im sozialpolitischen Bereich als Ausfallbürge für diese Landesregierung eintreten zu müssen. Wer Schuldnerberatungen und andere Hilfseinrichtungen streicht, wird die Kommunen belasten, weil die Leute am Ende, wenn sie nicht mehr auf eigenen Füßen stehen können und keine Beratung mehr haben, auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Herr Ministerpräsident, dass Sie die Lasten auf die Kommunen übertragen und im Bundesrat anscheinend auch noch die Reform der Gewerbesteuer blockieren wollen, schwächt die finanzielle Grundlage der Kommunen in Hessen. Das ist eine völlig verkehrte Politik.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Bruch des Hochschulpakts hat die Landesregierung eines ihrer zentralen Wahlversprechen nicht eingehalten. Die Wiedereinführung von Studiengebühren – Kollege Siebel wird darauf noch einmal eingehen – wird insbesondere sozial benachteiligte Studenten in ganz schwierige Situationen bringen. Die Studiengebühren treffen gnadenlos diejenigen, die darauf angewiesen sind, ihren Unterhalt selbst zu finanzieren. Das ist eine völlig verkehrte, eine unsoziale Politik.

Dass Sie auch noch die innere Sicherheit bedrohen, macht der Brandbrief deutlich, den die Staatsanwaltschaften an den Ministerpräsidenten geschrieben haben. Der Bezirksstaatsanwaltschaftsrat schreibt an den Ministerpräsidenten:

Die sich abzeichnende Entwicklung wird daher zu einem Rückstau von Verfahren führen und in der Bevölkerung zu Recht den Eindruck erwecken,

dass eine funktionierende Strafverfolgung nicht mehr gesichert ist.

So weit sind wir in Hessen, dass eine funktionierende Strafverfolgung nicht mehr gesichert ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat den Abstieg Hessens zu verantworten, und zwar nicht nur finanzpolitisch, sondern auch wirtschaftlich. Dass die Ratingagentur Standard & Poor's Sie heruntergestuft hat, macht deutlich, wo wir gelandet sind. Wegen der Verschuldungspolitik ist es zu einer Abwertung gekommen. Da über die Helaba auch die Sparkassen davon betroffen sind, werden insbesondere kleine und mittelständische Betriebe in diesem Land die Folgen tragen müssen; denn sie werden nicht mehr die günstigen Zinsbedingungen bekommen, die es bei einem Triple-A gab.

Das Schlimme ist, dass diese Landesregierung auch noch die kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesem Lande schädigt. Das, was Sie tun, hat Auswirkungen. Das Rhein-Main-Gebiet ist im internationalen Vergleich von Rang drei auf Rang acht abgerutscht. Auch beim Wirtschaftswachstum sind wir nicht mehr Spitze. Das zeigt doch, wie verkehrt Ihre Politik ist. Mit Ihrem finanzpolitischen Desaster gefährden Sie auch die wirtschaftliche Stärke dieses Landes. Meine Damen und Herren von der CDU, wenigstens das müsste Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Diese Landesregierung zerstört die Zukunft unseres Landes. Dagegen werden wir kämpfen. Dessen können Sie gewiss sein. Diese Landesregierung will eine andere Gesellschaft. Sie wird dabei auf unsere Gegenwehr treffen und, wie ich hoffe, auch auf die Gegenwehr vieler sozialer Initiativen in diesem Land. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile dem Herrn Abg. Milde, CDU-Fraktion, das Wort.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2004 sichert die Landesregierung die Zukunft des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zukunft des Landes Hessen wäre besser ohne diese Landesregierung! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon der erste Satz ist falsch!)

Dies erfolgt unter der Rahmenbedingung, dass wir eine Bundesregierung haben, die dringend und schnellstens abgelöst werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schmitt, ich werde auf ein paar Zahlen eingehen. Ich kann Ihnen nur vorab sagen: Fast alle Zahlen, die Sie genannt haben, waren falsch. Aber wir werden im Haushaltsausschuss darüber reden.

(Beifall bei der CDU)

Einen solchen Haushaltsentwurf vorzulegen ist mutig. Er ist für andere Länder vorbildlich. Gekennzeichnet ist er unstrittig durch sehr schmerzliche Einschnitte und klare Prioritätensetzungen, damit Hessen weiter an der Spitze Deutschlands bleibt.

Der Haushalt 2004, den die Landesregierung vorgelegt hat, ist damit ein großer Schritt in die richtige Richtung, der – das sage ich am Anfang unverhohlen – den Bürgern und auch den Mitarbeitern des Landes Hessen viel abverlangt. Gemeinsam müssen wir den Herausforderungen begegnen. Das ist eine Aufgabe für alle, die in diesem Land Verantwortung tragen.

Mit der so genannten „Operation sichere Zukunft“ wird ein Konzept vorgelegt, das notwendig ist, um die Zukunftsfähigkeit zu erhalten sowie Wirtschaft und Wohlstand in diesem Land langfristig zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Die aktuelle wirtschaftliche Wachstumsschwäche zwingt alle öffentlichen Haushalte, Prioritäten neu zu setzen und damit die notwendigen Standards zu überprüfen.

Herr Kollege Hahn, Herr Kollege von Hunnius, ich komme nochmals auf den FDP-Antrag von Mai 2003 zurück. Logischerweise müssen alle vom Land zu erbringenden Leistungen geprüft, muss Landesvermögen aktiviert, muss die Verwaltungsreform vorangetrieben und müssen die Personalkosten abgebaut werden. Genau das wird mit der „Operation sichere Zukunft“ gemacht und wird auch in Zukunft gemacht werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Für die nun erforderlichen Maßnahmen hat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Hessen auch deshalb Verständnis, weil die Belastungen gleichmäßig verteilt werden. Die Demonstrationen haben eines gezeigt: Die Polizisten, die Lehrer, die Sozialverbände und die Gewerkschaften beklagen sich gleichermaßen. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass die Belastungen einigermaßen gleichmäßig verteilt wurden.

Die Beamten werden – ganz oder teilweise – auf das Urlaubsgeld und auf Teile des Weihnachtsgeldes verzichten müssen. Langzeitstudenten werden künftig Gebühren zahlen müssen, und die freiwilligen Leistungen werden um ein Drittel gekürzt. Das ist die Wahrheit, auch wenn die Einschnitte für viele sehr schmerzhaft sind.

Der Haushalt zeigt einen berechenbaren Kurs und klare Vorgaben. Es ist natürlich unser Ziel – das haben wir gestern schon gesagt –, auch mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Im Gegensatz zur Politik in Berlin wissen die Menschen in Hessen aber, was auf sie zukommt. Das schafft Vertrauen,

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das ist die Voraussetzung dafür, dass wieder investiert wird und dass es aufwärts gehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin gestern auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen und auf die volkswirtschaftliche Situation eingegangen. Ich kürze es deshalb heute ein bisschen ab. Trotzdem muss gesagt werden: Seit drei Jahren leidet Deutschland unter einem nicht von uns, sondern von Rot-Grün in Berlin verursachten wirtschaftlichen Nullwachstum. Wir haben im Schnitt über 4,5 Millionen Arbeitslose. Im Winter werden es wahrscheinlich 5 Millionen sein. Das ist die traurige Wahrheit in Deutschland.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Bremsklotz in Europa!)

– Deutschland ist der Bremsklotz in Europa. – Wäre die Prophezeiung unseres Bundeskanzlers eingetroffen, der gesagt hat: „Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit markant zu senken, dann haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden“, wären wir in Deutschland seit einem Jahr auf einem besseren Weg.

(Beifall bei der CDU)

Die Umfragen belegen, dass die Wähler in Deutschland das genau so sehen, wie ich es eben gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Schmitt, Sie können sich auf den Kopf stellen. In Hessen läuft es besser. Die hessischen Bürger merken, dass es in Hessen besser läuft.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Jeden Tag merken wir das!)

Das hessische Wirtschaftswachstum lag in den vergangenen drei Jahren beständig über dem in Gesamtdeutschland. Die Arbeitslosigkeit in Hessen liegt um 3 % unter der gesamtdeutschen Quote.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Klemm lacht. Herr Kollege Klemm, ich weiß, dass Hessen auch vor der CDU/FDP-Regierungszeit in Deutschland nicht ganz unten gestanden hat.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Herr Klemm, in Ihrem letzten Regierungsjahr, 1998, stand Hessen im Vergleich der Länder beim Wirtschaftswachstum auf Platz acht. Im Jahr darauf und im darauf folgenden Jahr sind wir aber zunächst auf Platz drei und dann auf Platz zwei geklettert. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwähne gerne noch einmal, dass Hessen bei der Pro-Kopf-Verschuldung den drittbesten Platz unter den westdeutschen Ländern einnimmt. Die ostdeutschen Länder haben erst später Schulden aufgenommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sachsen liegt besser als Hessen!)

– Ich habe ja gesagt: Ein Bundesland in Osten, nämlich Sachsen, liegt besser. Das ist das einzige der neuen Bundesländer, das es geschafft hat, die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung innerhalb der vergangenen zehn Jahre nicht über die der alten Bundesländer steigen zu lassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hessen liegt also auf Platz vier!)

Wir liegen aber z. B. deutlich vor Nordrhein-Westfalen, das immer von Rot oder Rot-Grün regiert wurde. Bei uns ist die Pro-Kopf-Verschuldung um 1.000 € niedriger als in Nordrhein-Westfalen. Die drei Bundesländer Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg, die vor Hessen rangieren, stehen ebenfalls für eine gesunde Wachstumspolitik. Das sind aber auch keine waschechten SPD-Vorzeigeländer.

Nach allen Prognosen wird Hessen in diesem und im nächsten Jahr besser abschneiden als die meisten anderen Länder. Das wird eindrucksvoll auch von Standard & Poor's bestätigt. Die sagen ganz deutlich: Hessen ist auf einem Spitzenplatz in Deutschland. – Wenn die Opposition

jetzt schon wieder schreit, dann darf ich den Kollegen Wiliges zitieren, der gesagt hat: Wir können froh sein, dass Standard & Poor's die rot-grüne Opposition in Hessen nicht mitbewertet hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bei den Einsparungen sehen Sie, wie wichtig es ist, dass wir uns von den bundespolitischen Entwicklungen abkoppeln. Deswegen verfolgen wir mit dem Haushalt zwei Ziele. Wir wollen erstens die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben durch einen strikten Sparkurs verkleinern. Zweitens bleiben Prioritäten im Bereich von Bildung und Sicherheit erhalten und werden sogar ausgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang gleich sagen: Wenn die Steuerreform vorgezogen und auf Pump finanziert wird, dann lassen sich diese Ziele nicht im geplanten Umfang umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Da es bis heute keinen einzigen vernünftigen Finanzierungsvorschlag der Bundesregierung gibt, ist ein Vorziehen der Steuerreform auch im Haushalt nicht berücksichtigt. Sollte gegen unsere Erwartungen die Steuerreform ohne Gegenfinanzierung doch vorgezogen werden, dann wird das den hessischen Haushalt um weitere 440 Millionen € belasten. Die Nettokreditaufnahme würde sich in diesem Fall auf 1,3 Milliarden € erhöhen. Wieder müsste Hessen eine Fehlentscheidung dieser Bundesregierung ausbaden. Da diese Summe nicht zu verkraften wäre, lehnen wir das Vorziehen der Steuerreform auf Pump eindeutig ab. Sie würde der Wirtschaft eindeutig auch nicht helfen, denn es fehlt das Vertrauen, dass es in Deutschland wieder aufwärts gehen kann.

Ich möchte Ihnen Folgendes aus der Zeitschrift „Finanztest“ vom Dezember 2003 zitieren: „Selbst ein Konjunkturaufschwung, der auf Pump erkaufte wird, wird sich in der langen Frist als Pyrrhussieg erweisen. In Europa wird es immer offensichtlicher, dass die ausufernde Staatsverschuldung direkt in die demographische Katastrophe führt.“ Das wäre das Ergebnis des Vorziehens einer Steuerreform auf Pump.

Wir haben in dem Haushalt auch den Subventionsabbau eingeplant, den das Koch-Steinbrück-Modell erreicht hat. Ich will Ihnen dazu sagen, wie die überwiegende Reaktion in Deutschland war. Ein Zitat aus der „Ostthüringischen Zeitung“ – wenn Sie den „Hessenkurier“ lesen würden, dann könnten Sie viele gute Zitate finden –: „Peer Steinbrück und Roland Koch haben gute Arbeit geleistet, weil sie sich am politisch Machbaren orientiert haben. Ihr Konzept zum Subventionsabbau ist das einzige der vergangenen Jahre, das realistische Chancen hat, tatsächlich in Gesetzesform umgesetzt zu werden.“

(Norbert Schmitt (SPD): Aber es reicht nicht!)

Wir gehen also im nächsten Jahr von Steuereinnahmen für das Land Hessen in Höhe von 14,343 Milliarden € aus. Dabei wurde – das hat insbesondere die GRÜNEN erzürnt – ein Wirtschaftswachstum von nur 1 % zugrunde gelegt. Sie von Rot-Grün müssen sich schon einmal entscheiden, was Sie uns vorwerfen wollen. Ist der Haushalt so eng kalkuliert, dass wir keinen Spielraum mehr haben, wie Herr Schmitt eben gesagt hat? Oder haben wir, wie die GRÜNEN behaupten, Luft im Haushalt, weil wir das Wirtschaftswachstum zu niedrig ansetzen? Nur eines von beiden kann richtig sein, Herr Schmitt. Auf meine Frage:

„Was wollen Sie denn? Wollen Sie sparen, oder wollen Sie Schulden machen?“, haben Sie gesagt: beides. – Das ist keine Politik, die wir mittragen können.

Ich sage Ihnen ganz klar: Mit der Annahme eines einprozentigen Wirtschaftswachstums weichen wir erstmals von einer Vorgabe der Bundesregierung ab. Die Bundesregierung prognostiziert immer noch 1,5 bis 2 %. Auch hier sind wir Vorreiter für andere Bundesländer, z. B. für Thüringen, die wahrscheinlich sogar ein Wirtschaftswachstum von unter 1 % für das Jahr 2004 ansetzen. Man kann das auch als „gesunden Selbsterhaltungstrieb eines Landes“ beschreiben, denn den Ehrgeiz, den Schuldenberg abzubauen und die Bundesrepublik Deutschland wieder zu einem der wirtschaftsstärksten Länder in Europa und in der Welt zu machen, scheint den Herren Schröder und Eichel gänzlich verloren gegangen zu sein. Wie könnte man sonst erklären, dass die Bundesregierung das Wachstum auf 2 % schätzt, während fast alle Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland sagen, bei 1,5 % könnten wir schon froh sein?

Das Wirtschaftswachstum, das wir jetzt annehmen, darf man nicht als einen Erfolg der Bundesregierung ansehen. Fast 0,5 % des Wirtschaftswachstums ist allein darauf zurückzuführen, dass wir im nächsten Jahr im Schnitt vier Arbeitstage weniger haben, weil sie auf Wochenenden fallen. Es wirft ein besonderes Licht auf den Kostenfaktor Arbeit in Deutschland, wenn vier Tage Mehrarbeit dazu führen, dass die Wirtschaft um 0,5 % wächst. Daher müsste die Bundesregierung eigentlich wissen, wo die Marschrichtung für die Wirtschaftspolitik in Deutschland hingehen müsste.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Weg mit den Feiertagen!)

Wenn Mehrarbeit dazu führt, dass die Wirtschaft um ein halbes Prozent wächst, dann ist das doch ein klares Signal, wo es hingehen muss.

(Norbert Schmitt (SPD): Siehe Opel!)

Die Hessische Landesregierung tut daher gut daran, von einem realistischen Wachstum auszugehen. Wir können doch froh sein, wenn in Deutschland die Wirtschaft überhaupt wieder wächst. Wir freuen uns doch über jeden Euro Mehreinnahmen.

Unser Ziel, das auch in unserer mittelfristigen Finanzplanung zum Ausdruck kommt, die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern, können wir nur erreichen, wenn die Wirtschaft ab 2005 stärker wächst, als wir das in den letzten Jahren in Deutschland hatten. Es ist überhaupt keine Frage, wenn wir nicht ab 2005 ein Wirtschaftswachstum bekommen, das über 2 % liegt, dann werden wir auch diese mittelfristige Finanzplanung in Hessen nicht einhalten können.

Während also mit dem Nachtragshaushalt 2003 die Differenz von Einnahmen und Ausgaben noch etwas mehr als 2 Milliarden € beträgt, planen wir für 2004 eine Verringerung auf 899 Millionen €. Das wäre ein Rückgang auf weniger als die Hälfte.

Da wir die bereinigten Ausgaben 2004 auf einem konstanten Niveau halten – Herr Schmitt, noch einmal für Sie zur Richtigstellung –, werden sich Ausgaben und Einnahmen wieder annähern. Voraussetzung für alle Planungen ist natürlich, dass diese Murksregierung in Berlin endlich Maßnahmen ergreift, die der Konjunktur helfen. Das ist gar keine Frage. Das ist die zwingende Voraussetzung, auf der auch die mittelfristige Finanzplanung des Landes

Hessen aufbauen muss. Entweder die Bundesregierung schafft das, oder sie darf so nicht im Amt bleiben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Das vorgelegte Sparpaket mit dem Zukunftssicherungsgesetz für das Jahr 2004 umfasst ein Volumen von insgesamt 1,03 Milliarden € – Herr Schmitt, das dürfte auch Ihnen klar sein, auch wenn gesagt wurde, es sei weniger.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorgesehen ist die Halbierung der Nettoneuverschuldung im Vergleich zum Vorjahr – auch das hat bisher keine lobende Anerkennung von Ihnen gefunden – auf 865 Millionen €. Dabei muss sich das Land natürlich auf schmerzhaft Einschnitte im kostenintensiven Bereich einstellen. Das sind doch die Ausgaben, die ein Staat im Moment hat. Wo eigentlich wollen wir sparen, wenn nicht bei den Hauptausgaben, die ein Land hat? – Das sind die Personalausgaben. Hier werden 214 Millionen € eingespart. Durch Gebührenerhöhungen soll ein Volumen von 72 Millionen € mobilisiert werden.

Ich sage noch einen Satz zu den Studiengebühren; dazu wird wahrscheinlich nachher der Kollege noch etwas sagen. Ich gucke einmal zu den GRÜNEN herüber. Ihr Bundesgeschäftsführer hat dazu ja etwas gesagt, als wolle er die Hessische Landesregierung loben;

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geschäftsführerin, aber das macht ja nichts!)

hat gesagt, dass es nicht vermessen sei, darüber nachzudenken, eine Gebühr zumindest von Langzeitstudenten zu verlangen, die immerhin, und das wird hier ein bisschen vergessen, 50 % länger studieren, als die Regelstudienzeit beträgt. – Das ist kein Opfer, das wir verlangen.

(Beifall bei der CDU)

Durch die Veräußerung von Landesvermögen, das stimmt, werden 395 Millionen € realisiert. Gestern ist gesagt worden, wir würden „linke Tasche – rechte Tasche“ arbeiten. Natürlich ist die Veräußerung der Wohnstadt Kassel an die Nassauische Heimstätte ein Heben stiller Reserven. Das sind zwei Gesellschaften, die ohnehin das Gleiche machen. Insofern verschieben wir natürlich eine echte Realisierung in die Zukunft. Wir schaffen hier Synergien. Das ist doch eine sinnvolle Maßnahme. Dagegen kann doch wohnungspolitisch keiner etwas sagen. Wenn wir dabei finanziell noch gut abschneiden, ist es doch tant mieux.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wow!)

– Da zeigt sich doch der alte Franzose. – Die freiwilligen Leistungen werden – das haben Sie gesagt – um ein Drittel gekürzt. Das macht in der Summe 126 Millionen € aus. Die soziale Betreuung wird in allen Bereichen in Hessen weiterhin sichergestellt. Das hat im Übrigen die Sozialministerin ganz deutlich gemacht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann muss es stimmen!)

Sie hat Prioritäten gesetzt. Alle Maßnahmen, die Sie eben genannt haben, bestehen weiter: Es gibt weiterhin Schuldnerberatung, Drogenhilfe und Drogenberatung. Alle Maßnahmen, von denen Sie gesagt haben, sie würden auf null gekürzt, wird es weiterhin geben: Es gibt weiterhin Frauenhäuser in Hessen. Es stimmt nicht, was Sie sagen.

Wir werden die soziale Infrastruktur dieses Landes auch mit diesem Haushalt und trotz der Einsparungen erhalten.

(Beifall bei der CDU – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selber nicht!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Milde, keine Zwischenfragen?

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Nein. – Bei den Investitionen werden 60 Millionen € zusammengestrichen – auch das ist wahr – aber mehr nicht. Wenn wir bei den Investitionen mehr kürzen würden, würde die Summe der Nettoneuverschuldung logischerweise sinken müssen, weil dann die Verfassungsgrenze sinkt. Sonstige Einsparungen ergeben noch einmal 51 Millionen €. Nur mit diesen Maßnahmen sind wir in der Lage, die Gesamtausgaben im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2003 auf einem stetigen Niveau zu halten. Die bereinigten Ausgaben – Herr Kollege Schmitt, da haben Sie wieder völlig falsche Zahlen genannt – steigen nur noch um 0,8 %, was genau den von Ihnen so gern zitierten Angaben des Finanzplanungsrats entspricht. Nur so kann in der Zukunft eine Kostenexplosion verhindert werden.

Das Programm „Operation sichere Zukunft“ hat seinen Namen schon deshalb verdient, weil es auch langfristige Wirkungen hat. Es ist kein kurzfristiges Programm, um mal eben einen einmaligen Haushalt zu sichern. Es ist ein langfristiges Programm zur Verbesserung der Ausgabenstruktur und trotzdem auch zur Verbesserung der Infrastruktur in diesem Land.

Es gibt auch in der Bevölkerung keinen Zweifel darüber, dass es zu Einsparungen keine Alternativen gibt. Es gibt in der großen Masse der Bevölkerung keinen Zweifel daran, dass es notwendig ist.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Reaktionen der Presse und der meisten Verbände wie auch des Bundes der Steuerzahler zeigen den Respekt vor dem Mut und der Entschlossenheit, so zu handeln. Ich provoziere Sie an dieser Stelle nicht gerne, aber: Wie hätten Sie gehandelt, wenn Sie 1 Milliarde € Einsparvolumen zu vertreten hätten?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir morgen machen!)

Ich kann Ihnen hier noch einmal die Lektüre des „Hessenkuriers“ empfehlen, Ausgabe November, und nehme ein Zitat vom Bund der Steuerzahler heraus – er ist nicht immer ein Freund von uns. Herr Fried schreibt schon in der Überschrift:

Man kommt an Kürzungen nicht vorbei.

Er sagt schonungslos, offen und ehrlich:

Alle von Koch vorgeschlagenen Maßnahmen sind sinnvoll und wären längst fällig gewesen. Die Haushaltsmisere ist nicht über Nacht gekommen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist viel wertvolle Zeit vergangen, weil man alle Hoffnungen auf einen Wirtschaftsaufschwung gesetzt hat. Man kommt an Kürzungen der freiwilligen Leistungen nicht vorbei. Sie sind machbar, auch wenn es jetzt schwer fällt, weil man sich an die Leistungen gewöhnt hat. Die Fachministerien müssen jetzt Prioritäten setzen. Die Vereine und Initiativen müssen gegebenenfalls Leistungen einschränken oder etwa andere Finanzierungsmöglichkeiten wie Sponsoren suchen.

Das sagt der Bund der Steuerzahler, und dem kann ich eigentlich kaum etwas hinzufügen.

(Wortmeldung der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie erklären, warum Sie so lange gewartet haben?)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Milde hat für die gesamte Redezeit keine Zwischenfrage zugelassen.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir gerne jede einzelne Maßnahme erhalten hätten. Das ist doch gar keine Frage, sonst hätten wir 1999 an irgendeiner Stelle schon einmal abgebaut. Wir haben es nicht gemacht, weil wir diese Maßnahmen für sinnvoll halten, sie weitergeführt haben, weil sie gerade noch finanzierbar waren. Sie sind aber eben jetzt nicht mehr finanzierbar, und das ist der Unterschied zu den Vorjahren. Wenn die Wirtschaft angesprungen wäre – ich habe Ihnen gestern einmal das Beispiel genannt –, wenn die Wirtschaft sich einigermaßen entwickelt hätte, hätten wir im Jahr 2003 keine Neuverschuldung. Wir würden mit der Rückzahlung der Schulden beginnen, und wir hätten für dieses Jahr keinen Euro einsparen müssen. Das ist die traurige Wahrheit Ihrer Regierung und nicht unserer.

(Beifall bei der CDU)

Es ist offensichtlich auch ein Ritual in allen Ländern, egal wer regiert, dass die jeweilige Opposition der Regierung vorwirft, dass sie eine verfehlte Haushaltspolitik betreibt. Sie werden vielleicht dafür bezahlt, dass Sie dies sagen müssen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Einmal sparen wir zu viel, einmal zu wenig. Herr Kollege Schmitt hat gesagt, wir machten beides. Einmal sollen wir überhaupt nicht sparen und lieber mehr ausgeben. – Wir kennen die Vorwürfe, und ich habe das gestern bereits zum Nachtragshaushalt erläutert.

Deswegen möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen, aus dem so geliebten und viel zitierten Land Nordrhein-Westfalen. Heute Morgen um 9 Uhr war dieses Land noch rot-grün regiert. Dort wird ebenfalls ohne Vorziehen einer Steuerreform die Nettoneuverschuldung auf 4,8 Milliarden € kalkuliert. Das Finanzierungsdefizit beträgt dort fast 6 Milliarden €. Sie werden es nicht glauben – Frau Fuhrmann ist jetzt gar nicht da, um sich hier über die Sozial-einschnitte aufzuregen –, auch im rot-grünen Nordrhein-Westfalen wird gespart. Die Ausgaben der Familien- und Altenhilfe werden dort um insgesamt 15,5 Millionen €

gekürzt. Das sind zwei Bereiche, die bei uns übrigens gänzlich von Einsparungen ausgenommen sind.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Die Ausgaben für behinderte und pflegebedürftige Menschen werden dort um 16,7 Millionen € gegenüber dem Vorjahr gekürzt. Die Gesamtausgaben für Aus- und Weiterbildung – wenn Sie sich erinnern, auch das sind Bereiche, die wir ungekürzt fortgeführt haben – werden dort um 20,2 Millionen € gekürzt.

Insgesamt werden dort die Gelder für die Förderprogramme um fast 60 % gekürzt. Der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen hat dazu gesagt – ich zitiere:

Es gibt keine Alternative zur Konsolidierung. Die Aufgaben und Ausgaben müssen sich in einer solchen Situation den Einnahmen anpassen und nicht umgekehrt.

Das gilt genauso für das Land Hessen. Dem kann ich nur zustimmen.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Bei vergleichbaren Maßnahmen stellt sich die Opposition hier in Hessen an die Spitze der Demonstrationen – bei gleichen Maßnahmen, die wir hier durchführen – und demonstriert gegen das Sparpaket. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das nenne ich pharisäerhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt noch einen Schlenker: Dass Nordrhein-Westfalen rot-grün regiert wird, merkt man an einer Stelle, und zwar führen die ein Wasserentnahmegeld ein. Das kennen wir in Hessen, das hieß bei uns Grundwasserabgabe. Ich bin wirklich froh, dass es diese Landesregierung geschafft hat, Hessen von Sondersteuern zu befreien.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daraus bedienen Sie sich doch heute noch! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn Sondersteuern blähen den Staat nur auf, und dadurch werden Handlungsspielräume eher eingeschränkt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das gilt für alle Länder in Deutschland. Ich habe Ihnen gestern die Zahlen gezeigt, wie die Situation in anderen Bundesländern ist. Wir können uns mit der Situation der Neunzigerjahre gar nicht vergleichen. Alle Bundesländer machen gegen Eichel Front. Die Haushalte laufen überall aus dem Ruder. Die Defizite übersteigen bereits im September den Rahmen für das Gesamtjahr. Das ist die Wahrheit in Deutschland. Alle Länder haben diese Probleme, alle haben die gleiche Bundesregierung – das ist das Problem.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Einer der Hauptvorwürfe der Opposition lautet, wir würden mit dem Sparpaket von unseren Wahlversprechen abrücken. Diesen Eindruck teilt offensichtlich eine deutliche Mehrheit in Hessen nicht.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Generalsekretär, die jüngsten Wahlumfragen zeigen das deutlich. Dabei ärgert sich die Opposition wahrscheinlich eher darüber, dass wir konsequent an unseren

Versprechen festhalten – und das Land zudem noch aus der Schuldenfalle herausholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist dreist!)

Trotz der Einsparungen, die wir vornehmen, werden die Schwerpunkte Bildung und innere Sicherheit weiterhin mit aller Nachhaltigkeit umgesetzt, auch wenn dazu in Teilbereichen die Mehrarbeit der Beamten erforderlich ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das ist ein Textbaustein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Unterrichtsversorgung wird durch die geleistete Mehrarbeit der Lehrer im Jahr 2004 erneut verbessert.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt Ihnen aber niemand!)

Durch die Arbeitszeitverlängerung ergibt sich ein Produktivitätsgewinn von 1.330 Stellen. Selbst wenn 1.000 Stellen nicht neu besetzt werden, wird in Hessen effektiv im nächsten Jahr mehr Unterricht gegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hier kann ich die Frage von Herrn Boddenberg beantworten: Nicht nur, dass Sie von 1991 bis 1998 einen dramatischen Schuldenanstieg hatten –

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie war denn die Bilanz Ihrer Schulpolitik? Im Jahr 1998 sind in Hessen 100.000 Unterrichtsstunden ausgefallen. Das war doch die Wahrheit, und deswegen hat Herr Schmitt diese Frage nicht beantwortet.

(Beifall bei der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht wahr!)

Aber es werden nicht nur Stellen abgebaut, sondern es wird auch dort umgeschichtet, wo die Qualität des Angebots besonders wichtig ist.

Sie haben viele Zahlen genannt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Insgesamt werden 65 Arbeitsplätze für den operativen Bereich der Bildung neu geschaffen. Acht Stellen werden für die Entwicklung zentraler Abschlussprüfungen eingesetzt, ein Qualitätssignal. Außerdem werden 57 Stellen für sozialpädagogische Bedienstete eingestellt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na so was!)

Frau Hinz, übrigens werden diese Stellen auch geschaffen, um die rückläufige Unterstützung aus dem Zivildienst zu kompensieren. Dass das zurückgeht, ist auch so ein glorioles Werk dieser Bundesregierung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht Ihr Ernst? – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unterm Strich wird also die Unterrichtsversorgung ausgebaut. Niemand sagt, dass es nicht weitere Wünsche zur Unterrichtsversorgung gibt. Keiner sagt das, beispielsweise wenn es um den krankheitsbedingten Unterrichtsausfall in Hessen geht. Aber auch hier haben wir mit der Unterrichtsgarantie plus schon einiges erreicht.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Hinz, in Ihrer Regierungszeit waren Sie meilenweit von dem entfernt, was wir auch im Einsparhaushalt 2004 in Hessen anbieten.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): So ist es!)

Als Botschaft dieses Haushaltes kann man nur sagen: Es gibt mehr, nicht weniger Unterricht. Das unsägliche Oppositionsgerede von der angeblichen Perspektivlosigkeit wird schon deswegen ad absurdum geführt, weil Unterricht und Bildung das Wichtigste sind, was wir in die Zukunft des Landes Hessen investieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wissen und sind auch ganz bewusst dankbar dafür, dass wir das mit den Lehrern in Hessen in diesem Maße umsetzen können. Wir wissen, was wir hier den Lehrern zumuten. Gerade deshalb ist es berücksichtigt, dass Lehrer in Hessen schon einmal eine Stunde Mehrarbeit zu verkraften hatten und verkraften müssen. Deshalb haben wir gesagt, für die Lehrer gibt es einen Sonderweg dahin gehend,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Sonderweg ist, dass sie jetzt noch dafür bestraft werden!)

dass sie jetzt eine zusätzliche Unterrichtsstunde, zusammen mit der Vorbereitung, machen müssen, nicht aber die 42 Wochenstunden. Denn die gibt es dort schon. Wir wissen, was wir den Lehrern in Hessen zu verdanken haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Durch eine vorausschauende Politik haben wir erreicht

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Hinz, warum brüllen Sie eigentlich so? –, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen erhöht und nicht verringert wurde. Meine Damen und Herren, ich will einmal davon absehen, dass Mehrarbeit bei der Polizei natürlich auch dazu führt, dass es im Lande Hessen mehr Sicherheit gibt.

(Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der freiwillige Polizeidienst, den Sie in diesem Hause so bekämpft haben, führt dazu, dass immer mehr Kommunen sagen: Das war ein sehr erfolgreiches Modellprojekt des Landes Hessen; wir übernehmen das jetzt, um vor Ort mit relativ wenig Mitteln viel mehr Sicherheit zu schaffen. – Sie danken das dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie man durch Investitionen Geld sparen kann, sieht man am Beispiel der Anschaffung von Polizeifahrzeugen. Auch hier werden jetzt die Unterhaltskosten nachhaltig gesenkt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wie man trotz Einsparzwängen weiter in die Mobilitätsinfrastruktur dieses Landes investiert, haben Sie gesehen: Wir werden Großprojekte wie den Flughafen Frankfurt und den Ausbau des ÖPNV weiterführen.

Aber zum Thema Landesstraßenbau muss ich noch ein Wort sagen. Die Frage kam von Herrn Boddenberg nicht

zu Unrecht. Herr Schmitt, Sie beschwerten sich hier, dass wir in diesem Jahr für den Landesstraßenbau weniger Geld ausgeben, als wir es vorgehabt haben. Aber wir geben immer noch mehr als doppelt so viel aus, wie Sie uns 1998 im Haushalt hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben 1999 begonnen, mit dem wenigen Geld, das Sie noch im Haushalt hatten, die Schlaglöcher in den Straßen Hessens zuzumachen. Danach haben wir begonnen, in Hessen wieder Umgehungsstraßen zu bauen, damit die Menschen von diesem Lärm entlastet werden. Das verdanken sie uns und nicht Ihnen. Wir lassen uns keine einzige Maßnahme, die wir vielleicht aus Einsparzwängen ins nächste Jahr verschieben müssen, von Ihnen kaputtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Die Umgehungsstraßen werden nicht gebaut, das ist ganz einfach!)

Eine weitere Botschaft dieses Haushaltes ist es, dass wir auf der anderen Seite in Hessen nach wie vor – inklusive Zinsen, Länderfinanzausgleich, alles zusammen – fast 21,5 Milliarden € ausgeben. Lassen Sie mich einiges davon aufzählen: zusätzlich 12,1 Millionen € für E-Government-Projekte zur Modernisierung der Verwaltung; das Sofortprogramm Deichbau; die Finanzierung des Kompetenzzentrums Biorohstoffe; 2,4 Millionen € für die Kellwaldregion, um den Nationalpark zu ermöglichen;

(Heinrich Heidel (FDP): Wo bleibt der Rest?)

die Schaffung von Planstellen beim Max-Planck-Institut für Herz-Lungen-Forschung zur Förderung von Forschung und Wissenschaft in Hessen; 380.000 € für den Aufbau einer virtuellen Hochschule; das Programm zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern mit einer Erhöhung von 600.000 € auf 2,3 Millionen €; das Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik, das ungekürzt fortgesetzt wird; beispielgebende Integrationsleistungen, die erstmals vom Land Hessen mit 20.000 € prämiert werden; die Offensive für Kinderbetreuung, die ausdrücklich von Kürzungen ausgenommen wird; die Erhöhung der Zuschüsse zum Bau und zur Verbesserung von Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe um 117.000 €. Im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen investieren wir 133.000 € mehr in die Hilfe für alte Menschen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hessens soziale Strukturen bleiben erhalten. Hessen bleibt zukunftsorientiert und sozial. Und vor allen Dingen: Hessen bleibt erfolgreich.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss will ich sagen: Wir haben die außerordentlich schwierige Situation der Kommunen in diesem Haushalt besonders berücksichtigt. Über das Berliner Theater zur Reform der Gemeindefinanzen wird heute Nachmittag gesondert gesprochen, und das ist auch gut so.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist wahr, wir haben den Kommunen in den letzten Jahren auch etwas zugemutet. Aber man muss sehen, wir haben ganz bewusst den Kommunalen Finanzausgleich von jeglichen Kürzungen ausgenommen und dafür den erforderlichen Einsparbetrag durch die Veräußerung von Landesvermögen erbracht. Auch diese Maßnahme ist sinnvoll, weil hier Synergien geschaffen und stille Reserven gehoben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden noch einmal darüber reden, in welchen Ausschüssen wir das beraten. Aber Sie müssen sich keine Sorgen machen, wir werden den Haushalt in allen Details beraten und die Zahlen von Herrn Schmitt alle richtig stellen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Auch die Opposition ist herzlich eingeladen – Herr Schmitt, da bin ich einmal gespannt –, sich daran zu beteiligen. Wir freuen uns schon heute auf Ihre Vorschläge. Die Planungen für das Jahr 2004 haben ein Signal für die Zukunft gesetzt. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung ist notwendig, und sie ist deutlich. Um nahtlos an meinen Vorgänger, Frank Lortz, anzuknüpfen – wo sitzt er denn jetzt?

(Frank Lortz (CDU), vor der Regierungsbank stehend: Hier stehe ich!)

da steht er, er steht aufrecht wie immer –: Die Hessische Landesregierung hält einen klaren Kurs in schwierigen Zeiten.

Auch für den Haushalt 2004, die Finanzplanung und die Haushaltsbegleitgesetze gilt: Wenn die Länderhaushalte auch in Zukunft nicht Not leiden sollen und wir die Standards in Deutschland in Zukunft auf diesem Niveau halten wollen, dann brauchen wir in Deutschland endlich wieder Wirtschaftswachstum. Ich habe es gestern gesagt, und ich sage es auch heute: Das Land Hessen trägt ein kleines Stück dazu bei. Lassen Sie uns vor allem gemeinsam dafür kämpfen, dass in Berlin eine bessere Politik gemacht wird. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich erteile dem Abg. Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die CDU seit der Vorstellung der „Operation düstere Zukunft“ abliefern, was wir gestern in der Rede des Herrn Finanzministers und gerade eben in der Rede von Herrn Kollegen Milde gehört haben, setzt nahtlos das fort, was wir in der letzten Plenarwoche mit dem Verbraucherportal von Herrn Dietzel erleben mussten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich spreche von der völligen Vermischung von Landespartei und Regierungsinteresse. Das haben wir heute hier erlebt. Bei Herrn Staatsminister Dietzel wurde auf einer mit Steuergeldern finanzierten Internetseite offen für die CDU geworben. Herr Staatsminister Dietzel hat den Anfang gemacht, bei der „Operation sichere Zukunft“ wurde es zum Prinzip erklärt. Das Prinzip lautet ganz einfach: Was Roland Koch macht, ist gut für die Landesregierung. Was die Landesregierung macht, ist gut für die CDU-Fraktion. Was gut für die CDU-Fraktion ist, ist gut

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Für Hessen!)

für die Union in Hessen insgesamt. – Meine Damen und Herren, Sie haben eines vergessen: unser Bundesland Hessen und die Menschen, die in ihm leben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der „Operation düstere Zukunft“ wurde nicht um den besten Weg in der Sache gerungen. Es ging schon gar nicht um fachliche Erwägungen. Das Einzige, worum es ging, ist, dass sich eine kleine Gruppe um Ministerpräsident Koch ausgedacht hat, wie sie den völlig an die Wand gefahrenen Haushalt, wie sie das völlige finanzpolitische Versagen der ersten Regierung Koch kaschieren könnte. Das ist das Einzige, worum es bei der „Operation sichere Zukunft“ ging.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, das treibt schon sehr merkwürdige Blüten. Da erleben wir ausgewachsene Minister, die nicht mehr um ihre Haushalte kämpfen, sondern wie die Streber auf der Regierungsbank ihre Haushaltspläne beim Ministerpräsidenten abgeben. Frau Staatsministerin Lautenschläger, bei Ihnen hat man den Eindruck, das macht Ihnen auch noch Spaß, wenn Sie Ihre Kürzungen im Sozialbereich abgeben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Da gibt es 53 direkt gewählte CDU-Abgeordnete, die nicht mehr für die Projekte in ihren Wahlkreisen kämpfen, die sich nicht mehr dafür einsetzen, die nicht mehr schauen, was sie am Regierungshandeln noch verbessern wollen – nein, die im Gegenteil über die Projekte in ihren Wahlkreisen sagen, man sollte sich nicht so aufregen. Das sind die merkwürdigen Blüten, die die „Operation sichere Zukunft“ treibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Schlussendlich erleben wir einen Finanzminister, dem zu allem nur eines einfällt: die lapidare Feststellung „Berlin ist schuld.“ – Herr Staatsminister Weimar, was Sie hier gestern abgeliefert haben, war, um es sehr freundlich zu sagen, für einen hessischen Finanzminister doch zumindest unterkomplex.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche Rede mag für einen CDU-Parteitag gut und angemessen sein, auch nichts gegen die pointierte politische Auseinandersetzung. Aber Sie haben gestern nicht als Kreisvorsitzender der CDU Limburg-Weilburg gesprochen – das ist ja auch der Kollege Peuser –, sondern Sie haben als hessischer Finanzminister gesprochen. Dafür war es unterkomplex.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei Ihrer Ansprache ist mir eine Redewendung in den Sinn gekommen, die ich leicht abwandeln und auf Politiker beziehen möchte. Es gibt drei Arten von Politikern. Die einen sorgen dafür, dass etwas passiert. Die anderen schauen zu, wie etwas passiert. Und es gibt Dritte, die wundern sich, was um sie herum passiert. Herr Staatsminister, zumindest zur ersten Kategorie haben Sie nicht gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben viel über Berlin, also über die politische Ebene gesprochen, von der der Herr Ministerpräsident nachts – wenn ich ihn mir anschau, vielleicht auch tagsüber – träumt. Wir haben wenig davon gehört, was Sie in Hessen zu verantworten haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltslöcher, die Sie jetzt mit der „Operation düstere Zukunft“ bekämpfen wollen, kommen nicht von ungefähr. Sie haben vier Jahre sehr hart dafür gearbeitet, damit wir diese Haushaltslöcher in Hessen haben.

Meine Damen und Herren, sicher, es mag auch bundespolitische Gründe für die Finanzlage in Hessen geben. Aber sie entlassen Sie nicht aus Ihrer politischen Verantwortung, nicht aus Ihrer Verantwortung für die Gründe, die Sie als Regierungsfraktion hier in Hessen zu verantworten haben. Vor allem waren Sie doch an den steuerpolitischen Entscheidungen auf Bundesebene nicht unbeteiligt. Tun Sie doch nicht immer so, als hätten Sie mit diesen Entscheidungen nichts zu tun gehabt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reden wir also über die Bundespolitik. Da brauchen wir uns doch gar nicht zu verstecken. Da gibt es den feststehenden Textbaustein des Finanzministers, die Steuereinnahmen hätten sich nicht so entwickelt wie geplant. Das bestreiten wir gar nicht. Was wir bestreiten, ist, dass die CDU und die Regierung Koch damit nichts zu tun hätten.

Die heute geltenden Einkommen- und Körperschaftsteuersätze gehen auf die Steuerreform 2000 zurück. Diese Reform konnte nur in Kraft treten, weil die damaligen großen Koalitionen in Berlin, Brandenburg und Bremen zugestimmt haben. Die CDU war bei den großen Koalitionen. Aber der Fairness halber: Die Hessische Landesregierung hat damals gegen die Steuerreform 2000 gestimmt, aber sie konnte nur mit den Stimmen der Union in Kraft treten. Das wollen wir einmal festhalten.

Spätestens im Jahre 2002 war absehbar, dass sich die Steuereinnahmen nicht wie geplant entwickeln. Ein wesentlicher Baustein der Steuerreform 2000 – wie eigentlich jeder Steuerreform – war weggebrochen, nämlich die so genannte Selbstfinanzierung. Rot-Grün in Berlin hat daraus Konsequenzen gezogen. Wir schreiben das Jahr 2002, mitten im Bundestagswahlkampf: Rot-Grün in Berlin hat trotz Bundestagswahlkampf keine weiteren Steuersenkungen versprochen, weil wir wussten, wir haben eine schwierige finanzpolitische Situation.

Anders die Union. Ich meine, ein Kurzzeitgedächtnis mag in der Politik von Vorteil sein. Sie und Ihr Kanzlerkandidat Stoiber – auch im Wahlkampf haben Sie es getan – haben weitere Steuersenkungen im Jahre 2002 bei wegbrechenden Steuereinnahmen versprochen. Sie wollten den Spitzensteuersatz um 9 % senken. Das wären Milliarden Euro Steuerausfälle auf der Bundesebene gewesen. Es wäre ein dreistelliger Millionenbetrag in Hessen gewesen. Das ist das, was Sie im Jahre 2002 zur bundespolitischen Steuerregelung vorgeschlagen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ende des Jahres 2002, Anfang 2003 sind die Steuereinnahmen weiter zurückgegangen. Auch das bestreiten wir nicht. Da gab es wieder einen Vorschlag der rot-grünen Bundesregierung. Sie hat das Steuervergünstigungsabbaugesetz vorgeschlagen – Einnahmeverbesserungen für Hessen ein dreistelliger Millionenbetrag. Dann war es nicht die Bundesregierung, die das gestoppt hat. Es waren an vorderster Front die Hessische Landesregierung und Roland Koch, die diese Einnahmeverbesserung blockiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie müssen sich schon einmal entscheiden, was Sie beim Thema Steuern sagen wollen. Wollen Sie beim Thema Steuern den Feuerwehrmann spielen, oder wollen Sie der Brandstifter sein? Sie müssen sich entscheiden. Beides zusammen geht zwar auch, aber man verbrennt sich sehr leicht die Finger, Herr Finanzminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihre Textbausteine gerne aufnehmen. Wir haben sie so oft gehört. Sie sollen endlich einmal eine Antwort darauf bekommen. Vielleicht lassen Sie die alten Textbausteine dann endlich sein. Der nächste Textbaustein der Landesregierung lautet: Wir brauchen Struktur-reformen in Deutschland, damit wir endlich wieder Wachstum bekommen. – Da werden Sie von uns GRÜNEN in der Abstraktheit keinen Widerspruch hören. Natürlich brauchen wir in Deutschland Struktur-reformen, damit wir wieder Wachstum bekommen.

Meine Damen und Herren, seit Monaten diskutiert die ganze Republik über Struktur-reformen. Alles liegt auf dem Tisch: die Reform des Arbeitsmarktes, Hartz I und II sind in Kraft, Hartz III und IV sind vom Bundestag beschlossen, die Reform des Gesundheitswesens – die CDU hat den Vorschlägen der Bundesregierung zugestimmt –, die Reform der Gemeindefinanzen – liegt im Bundesrat, wird am Freitag abgestimmt –, die Agenda 2010 ist insgesamt auf den Weg gebracht. Es liegt doch alles vor. Jetzt ist die Union am Zug, die angeblich mit allem nichts zu tun hat, was auf Bundesebene passiert. Es liegt an Ihnen, ob wir es im Dezember schaffen, die notwendigen Reformen für unser Land endlich auf den Weg zu bringen, oder ob Sie es im Bundesrat wieder blockieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Spatzen pfeifen es längst von den Dächern. Mit den verantwortungsbewussten Kräften in der CDU ist eine Einigung in all diesen angesprochenen Themen möglich. Egal ob mit Merkel, Merz, Müller, Milbradt, Teufel, Althaus, von Beust, Wulff, Böhmer oder Stoiber – mit allen scheint eine Einigung möglich zu sein. Nur in Hessen wird ein anderer Marsch gespielt. Hier ertönt die alte bayerische Sonthofen-Melodie von Franz Josef Strauß: Blockade um der Blockade willen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, manchmal kommen Sie mir vor wie der letzte kalte Krieger der CDU, der noch nicht begriffen hat, dass um ihn herum die Perestroika ausgebrochen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt einen berühmten Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Meine Damen und Herren, kommen wir zu dem zurück, worum es im Hessischen Landtag eigentlich geht, wofür wir alle hier gewählt sind, und zwar nicht für die Ausflüge des Finanzministers in die Bundespolitik, sondern wir sind für hessische Interessen gewählt, für hessische Politik und für den hessischen Haushalt. Herr Finanzminister, alle Ausflüchte in die Bundespolitik helfen nichts, egal wie Sie es drehen und wenden. Hessens Finanzprobleme sind hausgemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Alles, was Sie zur Bundespolitik gesagt haben, kann eine ganz schlichte und einfache Frage nicht beantworten: Warum wird die Kreditwürdigkeit und somit die Finanzpolitik des Bundes – man höre und staune – sowie der Länder Bayern und Baden-Württemberg von der Ratingagentur Standard & Poor's weiterhin mit der besten Note Triple-A bezeichnet, und warum wurde Hessen unter Ihrer Verantwortung vor ein paar Monaten abgestuft? Diese ganz einfache Frage können Sie mit all Ihren bundespolitischen Ausflüchten nicht beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle haben die gleichen Rahmenbedingungen. Der Bund, Bayern und Baden-Württemberg bleiben in der Topliga. Hessen steigt ab. Da hilft kein Klagen nach Berlin. Dafür kann auch Eichel nichts. Das obliegt einzig und allein Ihrer hessischen Verantwortung. Oder, wie hat es der Bayerische Ministerpräsident so schön gesagt – ich zitiere –: Wer große Forderungen an die Bundespolitik stelle, müsse erst einmal das eigene Land in Ordnung bringen. – Die „Operation düstere Zukunft“ ist nichts anderes als die finanzielle Erblast, die die erste Regierung Koch der zweiten Regierung Koch hinterlassen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizistinnen und Polizisten, die weiteren Beamtinnen und Beamten, die vielen sozialen Initiativen, die Studierenden, die Forstarbeiter, die Landwirte, der Umweltbereich: Sie alle müssen für Ihre verfehlte Politik der letzten vier Jahre bluten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister Weimar oder vielleicht besser Herr Ministerpräsident Koch – schließlich ist die Finanzpolitik seit kurzem Chefsache –, erst den Karren an die Wand fahren, dann aussteigen, sich den Scheitel gerade ziehen und sich dann auch noch als Sanitäter aufspielen wollen, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Oppositionsfraktionen in diesem Hause haben – sofern sie GRÜNE und SPD heißen, schon seit langem; die FDP, seit sie nicht mehr in der Regierung ist – darauf hingewiesen, dass ein Kassensturz in Hessen dringend nötig und dringend überfällig ist. Bis zur „Operation düstere Zukunft“ wurde dies entweder von Staatsminister Weimar in seiner doch erfrischenden Mundart als „dummes Zeusch“ – ich hoffe, ich konnte das richtig wiedergeben – oder von der CDU-Fraktion in analytisch scharfer Argumentation als „Quatsch“ bezeichnet. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die zweite Regierung Koch mit der „Operation düstere Zukunft“ jetzt endlich zu der Erblast der ersten Regierung bekannt hat. Das ist ein Fortschritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was bisher immer „dummes Zeusch“ oder „Quatsch“ war, ist jetzt Teil Ihres Regierungshandelns. Es ist ein Fortschritt. Das soll noch einmal festgehalten werden.

Das, was wir allerdings auch dieses Jahr als Haushalt für das Jahr Hessen vorgelegt bekommen, ist schon weniger ein Fortschritt.

(Norbert Schmitt (SPD): Eben!)

Es ist vielmehr eine ganz eigene Sicht auf die Welt. Es ist ein ganz eigenes Gedankengebäude. Als „Finanzer“ macht man viel mit ökonomischer Theorie und mit ökonomischen Annahmen. Das alles ist es nicht. Es ist keine ökonomische Theorie, es sind keine finanzpolitischen Annahmen, es ist schlicht und ergreifend wieder Weimars Welt, was uns mit diesem Haushalt vorgelegt wird. Mit seriöser Finanzpolitik hat es absolut wenig zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister Weimar, manchmal habe ich den Eindruck, Sie spielen mit den Oppositionsfraktionen hier im Hause ein eigenartiges Spiel. Das Spiel geht so: Ich verstecke ein paar Luftbuchungen im Haushalt, mal sehen, ob ihr sie findet. – Herr Finanzminister, wir haben diese Luftbuchungen auch dieses Jahr wieder gefunden – vielleicht nicht alle.

(Norbert Schmitt (SPD): Eben!)

Aber das, was wir gefunden haben, reicht völlig aus, um zu sagen: Dieser Haushalt ist wieder unsolid und unseriös aufgestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Fangen wir mit der größten Luftbuchung an, der Bezeichnung der „Operation düstere Zukunft“ als „größtes Sparpaket in der Geschichte Hessens“. Das ist die größte Luftbuchung.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Im „größten Sparpaket in der Geschichte Hessens“ steigt das formale Ausgabenvolumen von 2003 bis 2004 um 400 Millionen € auf 21,4 Milliarden €. Auch bei den bereinigten Ausgaben wird rechtzeitig vor der Landtagswahl 2008 wieder richtig draufgesetzt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Im „größten Sparpaket der Geschichte Hessens“ steigt die Neuverschuldung bis 2007 auf rund 32 Milliarden €.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Fast 30 % aller hessischen Schulden haben dann Roland Koch und seine Regierung aufgenommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im „größten Sparpaket in der Geschichte Hessens“ steigen die Ausgaben für Versorgung bis 2007 weiter um über 10 %. Bei den Zinsausgaben gibt es allein im Jahr 2004 ein Plus von 6,8 %. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Sie zeigt eines: Gespart im eigentlichen Sinne wird gar nichts. Es wird gekürzt, um weniger Schulden aufzunehmen. Am Ende steht kein Sparguthaben, sondern stehen noch mehr neue Schulden. Statt der Überschrift „größtes Sparpaket in der Geschichte Hessens“ hätte die Landesregierung ehrlicher schreiben sollen: Regierung Koch will Verschuldungsgrenze der Verfassung einhalten. – Das wäre bei Ihrer Landesregierung immer noch eine Sensation gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu dem, was ich den Jo-Jo-Weimar-Effekt nenne. Spätestens seit Helmut Kohl kennen wir den einfachen Jo-Jo-Effekt. Der einfache Jo-Jo-Effekt geht so: Man fährt in den Urlaub an den Wolfgangsee, speckt 20 kg ab, kommt zurück aus dem Urlaub und schafft sich 30 kg

wieder drauf. – Damit es nicht parteipolitisch einseitig wird: Der frühere hessische Umweltminister und heutige Vizekanzler Joschka Fischer soll diesen Effekt auch kennen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist der normale Jo-Jo-Effekt. Die Leistung von Karlheinz Weimar ist es, diesen Jo-Jo-Effekt in die Finanzpolitik eingebracht zu haben. Schauen wir uns an, wie der finanzpolitische Jo-Jo-Effekt funktioniert. Im Entwurf des Landeshaushaltes gehen die Steuereinnahmen hoch. Im Haushaltsvollzug gehen sie wieder herunter. Im Entwurf des Haushaltes gehen die Erlöse aus Verkäufen hoch, im Haushaltsvollzug gehen sie wieder herunter. Im Entwurf geht die Neuverschuldung herunter, im Haushaltsvollzug geht sie wieder hoch. Das ist der so genannte Jo-Jo-Weimar-Effekt in der Finanzpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dieses Mal ist der Finanzminister bei den Buchungen allerdings zumindest teilweise kreativ. Wir alle kennen seine Zahlen über die Immobilienverkäufe. Es sollten immer 100 Millionen, 120 Millionen, 140 Millionen € sein. Es wurde in der Planung jedes Jahr mehr. Im Ist ist dann immer nicht viel dabei herausgekommen. Das kennen wir jetzt alles schon. Er hat es sich dieses Jahr auch nicht mehr getraut. Er hat jetzt nur noch gesagt, er will nicht mehr 20 Millionen € Erlösen, wie im Nachtrag 2003, sondern 30 Millionen €. Das wird immer noch nicht klappen, es ist aber immerhin in der Nähe der Seriosität.

Dafür fällt ihm jetzt aber etwas Neues ein. Direkt unter diesem Haushaltstitel lesen wir: „Neu – Haushaltstitel 131 02, Erlöse aus der Veräußerung von Dienstgebäuden, Ansatz 2004 145 Millionen €.“ Ich kann nur sagen: Der Finanzminister lässt das Jo-Jo-Spielen nicht. Was bisher bei den normalen Verkäufen von nicht mehr benötigten Immobilien nicht geklappt hat, soll jetzt also durch die kreative Leistung von Karlheinz Weimar mit den Gebäuden passieren, die das Land noch nutzt. Ich sage voraus: Dieser Haushaltstitel wird das gleiche Schicksal erfahren wie der Haushaltstitel, der davor steht. Es wird eine Luftbuchung sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dass es sich um einen Spielball der Finanzpolitik handelt, sehen wir daran, dass dieser Haushaltstitel zwischen der Vorstellung der „Operation sichere Zukunft“ und Vorlage des Haushaltsgesetzentwurfs eben einmal um 20 Millionen € erhöht wurde. Innerhalb von zwei Monaten wird dieser Haushaltstitel um 20 Millionen € erhöht. Warum oder wieso dies der Fall ist, weiß kein Mensch. Doch, wir wissen es. Wir haben es nämlich nachgeschaut. Es ist so: Die Zahlen, die Sie hinsichtlich des Personalabbaus im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ vorgestellt haben, stimmten nämlich nicht. Die Zahlen wurden korrigiert. Was haben Sie im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ gesagt? Da sollten es 2.150 Stellen sein, die im Haushalt des Jahres 2004 wirksam werden. In dem Entwurf des Landeshaushaltes für das Jahr 2004 lesen wir, dass es nur noch 1.957 sein sollen. Über die Jahre hinweg sollten es 4.750 Stellen sein. Jetzt sind es nur noch 3.992 Stellen. Weil das aber irgendwie mit der „Operation sichere Zukunft“ zusammenpassen musste und deshalb wieder 1.030 Millionen € herauskommen müssen, hat man dann aus der Luftbuchung ein Luftschloss gemacht

und eben einmal 20 Millionen € draufgesattelt: Das ist es, was ich mit unseriöser Finanzpolitik meine.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich möchte ein weiteres Beispiel für die unseriöse Finanzpolitik nennen. Das wurde schon angesprochen. Es betrifft die gesetzlichen Regelungen des Bundes. Bisher wurden im Haushalt immer globale Minderausgaben vorgesehen. Auch dabei war der Finanzminister jetzt kreativ. Es war ihm zu peinlich, noch einmal globale Minderausgaben in den Entwurf hineinschreiben zu müssen. Er hat stattdessen diesmal globale Mehreinnahmen in den Entwurf hineingeschrieben. Das ist eine kreative Leistung. 390 Millionen € sind aufgrund von gesetzlichen Regelungen des Bundes vorgesehen. Wir wissen bis heute nicht, wodurch Sie die einnehmen wollen. Bisher wissen wir nur, was Sie an steuerlichen Regelungen auf Bundesebene blockieren wollen. Was Sie wollen, wissen wir nicht. Das schlichte Fazit ist: Ohne entsprechende politische Regelungen auf Bundesebene fehlen Ihrem Haushalt 390 Millionen €. Ohne entsprechende politische Regelungen auf Bundesebene werden der Haushalt des Jahres 2004 und die gesamte Haushaltsplanung bis zum Jahr 2007 vom Ansatz her verfassungswidrig sein. Ohne entsprechende politische Regelungen auf Bundesebene ist Ihre Finanzpolitik am Ende, bevor sie vom Hessischen Landtag überhaupt beschlossen wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD))

Die Botschaft lautet schlicht: Roland Koch setzt auf Gerhard Schröder. – Das ist die Aussage des Finanzplans, den Sie hier vorgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, Sie sollten einmal mit Herrn Merz sprechen. Er hat all die Mittel, deren Freigabe Sie durch Blockade politischer Regelungen auf Bundesebene bisher verhindert haben und die Sie jetzt trotzdem in Ihrem Haushalt einstellen wollen, schon längst für seine Steuerreform ausgegeben. Ich kann da nur fragen: Was gilt denn jetzt in der CDU? Gelten die Aussagen des Herrn Merz, der Frau Merkel, des Herrn Müller, des Herrn Milbradt, des Herrn Teufel, des Herrn Althaus, des Herrn von Beust, des Herrn Böhmer, des Herrn Stoiber oder des Herrn Koch? Was gilt denn jetzt? Worauf bauen Sie Ihre Finanzplanung auf?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir haben schon viel über die Textbausteine der Landesregierung gesprochen. Ich finde, Sie verdienen auch auf weitere Ihrer Textbausteine eine Antwort. Es handelt sich um die Textbausteine des Herrn Regierungssprechers. Er schreibt sie in der Staatskanzlei schön auf. Dann werden sie mit dem Ministerpräsidenten besprochen. Es ist dann relativ egal, wer sie vorträgt. Ob dies ein Staatsminister ist, ein Abgeordneter oder der Kreisvorsitzende der CDU, ist dann relativ egal, Hauptsache ist, der Textbaustein stimmt.

Ein Textbaustein lautet in etwa so: Wir haben Prioritäten gesetzt; manches wurde von den Kürzungen ausgenommen, an anderer Stelle dafür stärker gekürzt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ja!)

Ich finde, dieser Textbaustein ist ehrlich. Schauen wir uns doch einmal die Prioritäten dieser Landesregierung für den Haushalt des Jahres 2004 an. Die Schuldnerberatungsstellen in Frankfurt sollen sämtliche Zuschüsse verlieren, während die Pferderennbahn in Frankfurt-Niederrod ihren Zuschuss behalten wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der pro-familia-Landesverband wird seinen Zuschuss komplett verlieren, der Landesverband des Bundes der Vertriebenen wird seinen behalten. Bei den Verbraucherzentralen werden Mittel in Höhe von 460.000 € gestrichen. Gleichzeitig werden für das Verbraucherfenster von Herrn Dietzel 260.000 € eingestellt. Dort lobt Herr Dietzel, CDU, Frau Apel, CDU, und umgekehrt. Das sind die Prioritäten der Landesregierung von Roland Koch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sehr üppig geht es bei der Ausstattung der neuen Staatskanzlei zu. Wir haben in einer der vergangenen Plenarsitzungen darüber debattiert. Damals hat Herr Kollege Williges gesagt, die CDU-Fraktion wolle den Herrn Ministerpräsidenten nicht auf einer Apfelsinenkiste sitzen lassen.

(Frank Gotthardt (CDU): Da hat er Recht! Sehen Sie das anders?)

Herr Kollege Williges, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Es muss keine Apfelsinenkiste sein. – Herr Kollege Williges, ich will in Ihrem Bild bleiben: Muss es denn für den Herrn Ministerpräsidenten eine Apfelsinenkiste aus Mahagoni sein, während viele soziale Initiativen nicht einmal mehr eine einfache Apfelsinenkiste haben werden? Sie werden vielmehr ihr Büro schließen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Müssen es für die Staatskanzlei Papierkörbe – ich zitiere aus der Ausschreibung – „ganz aus Edelstahl, nahtlos geschliffen, Kanten gerundet“ sein, während bei allen anderen Behörden das Budget für Sachkosten um 7,4 % gekürzt werden soll?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD))

Man muss sich das wirklich noch einmal vergegenwärtigen und dann fragen: Müssen es für die Staatskanzlei wirklich Schreibtische mit Zierleisten sein, während in den nächsten Jahren 9.000 Beamte ihren Schreibtisch verlieren werden, weil die Stellen gestrichen werden? Das ist doch die Frage, die man stellen muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich möchte zu einem weiteren Textbaustein kommen. Diese Textbausteine haben es mir wirklich angetan. Ich möchte Ihnen nun zeigen, wie sehr man mit diesen Mätzchen auf die Nase fallen kann.

(Heiterkeit der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Am 24. September 2002 – also rund ein halbes Jahr vor der Landtagswahl – sagte der Herr Finanzminister hier im Plenum – ich zitiere –:

Wir sind 1999 mit hohen Ansprüchen angetreten und können nunmehr in dem vierten von uns vor-

gelegten Landeshaushalt den Wählern beweisen: Wir haben versprochen, und wir haben die Versprechen gehalten.

Heute, ein halbes Jahr nach der Landtagswahl, ist davon nicht mehr viel übrig. „Versprochen, getäuscht, gebrochen“, das ist der Dreiklang dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich zitiere einen weiteren Textbaustein des Herrn Metz. Dieser wurde von Herrn Weimar ebenfalls in der Plenarsitzung am 24. September 2002 vorgetragen. Damals hieß es – ich zitiere –:

Ich nenne hier nur beispielhaft die Unterrichtsgarantie an Schulen. Versprochen – gehalten.

Heute gibt es über 1.000 Lehrerstellen weniger. Die Arbeitszeit der Lehrer ist länger, und die Klassen sind größer. Hier gilt das Motto: „Versprochen, getäuscht, gebrochen“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Weimar sagte damals auch noch – ich zitiere –:

Hochschulen: mit dem Hochschulpakt und dem Hochschulgesetz mehr Geld und mehr gestalterische Freiheiten eingeräumt.

Heute steht den Hochschulen weniger Geld zur Verfügung. Mit den Studiengebühren soll eine Abzocke zum Stopfen der Haushaltslöcher betrieben werden. Auch hier gilt: „Versprochen, getäuscht, gebrochen“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Weimar sagte damals auch noch – ich zitiere hier immer noch Textbausteine –:

Innere Sicherheit: zu einem Markenzeichen Hessens gemacht.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Heute gibt es dort weniger Stellen, es wird eine höhere Arbeitszeit und weniger Weihnachtsgeld geben. Auch hier gilt: „Versprochen, getäuscht, gebrochen“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Staatsminister Weimar, statt des Entwurfs eines Zukunftssicherungsgesetzes haben Sie den Entwurf eines Zukunftsverunsicherungsgesetzes vorgelegt. Statt der „Operation sichere Zukunft“ steht vielen Menschen die „Operation düstere Zukunft“ bevor. Statt das größte Sparpaket in der hessischen Geschichte vorgelegt zu haben, haben Sie mit diesem Haushaltsgesetzesentwurf schlicht und ergreifend den größten Wahlbetrug in der hessischen Geschichte begangen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Da hilft kein Klagen in Richtung Berlin. Da helfen keine Ausflüchte auf die Bundespolitik. Auch Herr Eichel ist nicht schuld. Das, was ich Ihnen hier heute vorgetragen habe, liegt einzig und allein in Ihrer Verantwortung, in der Verantwortung Hessens. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie erst entlassen, wenn Sie entlassen sind. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Aussprache fort. Für die FDP-Landtagsfraktion hat Herr Roland von Hunnius das Wort.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den doch sehr anklagenden Worten des Kollegen Wagner von den GRÜNEN möchte ich etwas versöhnlicher beginnen und möchte der Landesregierung einen Glückwunsch aussprechen: Es ist der Hessischen Landesregierung gelungen, den Entwurf eines Haushaltsplans für das Jahr 2004 vorzulegen, der 31,4 Millionen € weniger Ausgaben beinhaltet als der Nachtrag für das Jahr 2003. Das ist eine Einsparung von 0,2 %. Das, so müssen wir neidlos anerkennen, verdient unseren ungeteilten Respekt.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen beziehen sich auf die bereinigten Gesamtausgaben ohne Länderfinanzausgleich und ohne Flutopferhilfe. Wir vergleichen also Äpfel mit Äpfeln und Birnen mit Birnen, und das kann man machen.

Dass der Haushalt mit sinkenden Ausgaben aufgestellt wurde, ist ohne Einschränkung zu akzeptieren. Der eine oder andere wird sich allerdings an die von Ministerpräsident Koch genannte Einsparsumme von mehr als 1 Milliarde € erinnern und daraus möglicherweise den völlig unzutreffenden Schluss gezogen haben, die Gesamtausgaben sollten tatsächlich um 1 Milliarde € sinken. Weit gefehlt. Allerdings bezog sich dieser genannte Einsparbetrag auf eine sehr theoretische Basis, nämlich das Ergebnis der so genannten Chefgespräche zwischen den Ressorts und dem Finanzminister, also keineswegs auf das Jahr 2003. Was wirklich zählt, ist im Grunde genommen das Ist von 2003, verglichen mit dem Plan 2004. Wenn wir kein Ist 2003 haben, dann sind der Nachtrag 2003 und der Plan 2004 das, was wirklich hier bewertet werden kann, alles andere nicht.

Die Differenz zwischen der Gesamtentlastung von 1,044 Milliarden € papiermäßig, präsentationsmäßig vom MP und der tatsächlichen Ausgabenreduzierung im Vergleich Haushalt 2004 zum Nachtrag 2003 in Höhe von 31,4 Millionen € zeigt, dass der Haushalt weitestgehend inflexibel geworden ist und auch mit sehr großen Hebelbewegungen nur ganz wenig zu bewegen ist.

Dies gilt noch stärker für den Bereich der Personalausgaben. Trotz zahlreicher Einzelaktivitäten, wie Erhöhung der Arbeitszeit, Kürzung des Weihnachtsgeldes, partieller Streichung des Urlaubsgeldes für Beamte, gelingt es nicht, die Personalausgaben im Jahr 2004 zu reduzieren, sondern sie steigen immer noch, und zwar um 42,7 Millionen € bzw. 0,6 %. Wenn der Aufwand und der damit verbundene Ärger so groß sind – einen Teil des Ärgers haben wir gestern hier erleben dürfen –, der dabei erzielbare Effekt im Vergleich dazu aber so klein ist, muss man natürlich fragen: Lohnt sich die ganze Operation? Die Antwort aus liberaler Sicht ist eindeutig: Ja. Es gibt zur Haushaltskonsolidierung keinerlei Alternative, es sei denn, wir wollten uns anmaßen, unseren Enkeln die Luft zum Leben zu

nehmen, und wir wollten sehenden Auges zulassen, wie der finanzielle Handlungsspielraum hessischer Landespolitik, der von Jahr zu Jahr geringer wird, irgendwann, und zwar in sehr naher Zukunft, bei null landen wird.

(Beifall bei der FDP)

Gestern ist schon das Zitat gebracht worden, die Zinsen von heute seien die Schulden von morgen. Das trifft leider voll und ganz zu. Wer die Schulden ungebremst steigen lässt, lässt auch die Zinsbelastung steigen und wird irgendwann der Schulden nicht mehr Herr werden.

Die Antwort lautet Ja, aber nur, wenn die gewählte Strategie vier Voraussetzungen erfüllt: Sie muss konsequent sein, wirksam, nachhaltig, und sie muss zur bisherigen und sonstigen Politik konsistent sein. Gehen wir einmal den vorliegenden Entwurf nach diesen Kriterien durch.

Zum Thema Konsequenz. Ministerpräsident und Staatskanzlei kosten den hessischen Steuerzahler im Jahr 2004 6,7 Millionen € mehr, als laut Nachtrag für das Jahr 2003 vorgesehen sind. Das ist eine satte Steigerung von 33,6 %. Konsequenz? Wohl kaum. Wenn die Lage ist, wie sie ist, und sie ist, wie sie ist, dann muss gefragt werden, ob zwei zusätzliche Fahrzeuge für die Staatskanzlei erforderlich sind, ob die bisherige Innovationsgruppe kostenträchtig zur Gruppe Projektplanung aufgestockt werden muss, ob ein neuer Verfügungsfonds zur Förderung der Information über das Land und seine staatlichen Aufgaben, was immer das sein mag, im Umfang von 1,1 Millionen € erforderlich ist, ob die Verfügungsmittel des Ministerpräsidenten für Zwecke des Informationswesens – wiederum: was immer das sein mag – um 19 % aufgestockt werden müssen; dies alles, während die Zahlung an die Friedensstiftung Monte Sole im Jahr 2004 von 50.000 auf 25.000 € reduziert wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Wirksamkeit. Nach dem Entwurf des Zukunftssicherungsgesetzes sollen insgesamt 9.703 Stellen abgebaut werden. Der Abbau von Stellen ist richtig. Die letzte Landesregierung hat damit begonnen, die Konsequenz aus dem Suchan-Papier zu ziehen. SPD und GRÜNE hatten es erstellt, dann aber gleich wieder vergraben. Die Frage ist aber: Wie geschieht das? Der Abbau der Stellen – und hier ist die Rede von einem so genannten Produktivitätsgewinn und weiteren Rationalisierungspotenzialen – erfolgt in einer ganz bestimmten Art und Weise. Ich kann es mir nicht verkneifen – es mag vielleicht besserwisserisch klingen –, doch darauf hinzuweisen, dass ein Produktivitätsgewinn hier überhaupt nicht vorliegt. Wer ein Semester VWL studiert hat, muss wissen, was Produktivität ist. Die Produktivität steigt nicht, wenn ich den Arbeitseinsatz steigere. Dann steigt vielleicht der Output, aber nicht die Produktivität, die sinkt dann eher noch.

(Frank Gotthardt (CDU): Das ist aber BWL, das ist nicht VWL!)

– Aber auch als Betriebswirtschaftler werden Sie anerkennen, dass der Ausdruck völlig verfehlt ist.

Aber unabhängig davon fragen wir uns doch: Wie machen wir das? Es passiert so, dass die abzubauenen Stellen personalisiert werden, indem die Beschäftigten ausgewählt werden und deren Stellen für die Ausbringung personenbezogener Wegfallvermerke im nächsten Haushaltsplanentwurf vorgesehen werden. Im Klartext, Auswahlkriterium ist nicht etwa ein bestimmtes Landesinter-

resse, ist nicht etwa eine bestimmte Aufgabe, man fragt nicht: „Was muss das Land Hessen leisten, und wenn es das leisten muss, wie kann das am besten passieren?“, sondern es gibt offenbar gar keine Zielvorstellung über eine neue Personal- und Ablauforganisation. Wir machen Personalselektion statt Organisationsentwicklung, wir fragen: Wer von den Mitarbeitern ist denn aus irgendwelchen Gründen entbehrlich, wegen seiner Leistungsfähigkeit, oder weil er das Pech hat, jung und leistungsfähig zu sein, und insofern der Sozialauswahl nicht unterfällt? Danach wird hier ausgewählt. Wir stellen die Organisation komplett auf den Kopf. Wir kommen zu einer Restorganisation der Landesregierung, die ein mehr oder weniger zufälliges Resultat der Überlegung ist, welcher Beschäftigte in welchem Ressort überflüssig ist. Das ist alles andere als das, was wir uns unter einer systematischen Landespolitik vorstellen, denn es führt dazu, dass die Landespolitik im Effekt durch die Zufälligkeit der Personalbesetzung einzelner Stellen gesteuert wird.

(Beifall bei der FDP)

Das Mittel, dieses herzustellen, ist die Personalvermittlungsstelle. Die Personalvermittlungsstelle tritt an die Stelle der Personalentwicklungsbörse, die insgesamt 200 Stellen vermittelt hat, sich also nicht als effizient und effektiv erwiesen hat. Okay, machen wir etwas Neues, nur: Wie arbeitet die Personalvermittlungsstelle? Wir sind gefordert, dem Projekt zuzustimmen, ohne zu wissen, nach welchen Richtlinien sie arbeitet. Wir wissen es nicht. Sie soll mehr Zwang ausüben als bisher. Die Rede ist auch davon, dass vielleicht noch mehr Anreize gegeben werden als bisher. Das Konzept ist relativ offen.

Wenn ich sehe, wie das Ganze funktionieren kann, muss ich mich am Beispiel Landesbetrieb Hessen-Forst fragen: Wie kann man sich überhaupt vorstellen, dass ein solcher Landesbetrieb noch effizient weiterarbeiten kann? Von den 1.000 abzubauenen Stellen entfallen dort 600 auf Waldarbeiter. Jeder zweite Waldarbeiter ist nach der Ansicht der Landesregierung überflüssig. Er läuft mit dem Kainsmal der Überflüssigkeit herum und muss dieses über Monate oder vielleicht Jahre ertragen. Da liegt doch die Vermutung nahe, dass die Personalvermittlungsstelle in Wahrheit nichts anderes wird als eine Personalmobbingstelle.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wird dazu führen, dass Personen aus der Landesverwaltung herausgemobbt werden, als überflüssig erklärt werden. Ich will deutlich sagen, die FDP-Fraktion des Hessischen Landtags ist eindeutig der Meinung, wir müssen Personal abbauen. Das ist völlig unbestritten. Das kann aber nicht so gehen, dass wir mit den Personalköpfen anfangen, sondern das muss so sein, dass am Anfang die Aufgabenkritik steht, aus der Aufgabenkritik eine Organisation folgt und man dann überlegt, welche Stellen wegfallen können. Dann sind die darauf sitzenden Personen möglicherweise davon betroffen und mit sozialen Vorkehrungen freizustellen.

Die kw-Vermerke beziehen sich nicht auf wegfallende Personen, sondern auf wegfallende Stellen. Das ist mit Sicherheit richtig so. Alles andere hieße, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Deswegen muss ich sagen: Das Kriterium der Wirksamkeit ist hier nicht erfüllt. Es wird vielleicht gelingen, kurzfristig Menschen loszuwerden – ich sage es ganz bewusst so –, aber es wird nicht gelingen, mittel- und

langfristig die Organisation der hessischen Landesverwaltung so zu gestalten, dass wir schlanker werden.

Zum Thema Nachhaltigkeit. Bei Investitionsmaßnahmen wird um 60 Millionen € gekürzt. Ist das nachhaltig? Wenn es nachhaltig ist, dann nachhaltig negativ.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Denn unterlassene Investitionen im Jahr 2004 führen zu entsprechend höheren Beträgen in der Zukunft. In diesem Betrag ist auch der Straßenbau enthalten. Bedauerlicherweise fängt die Landesregierung an, beim Straßenbau zu reduzieren. Wir waren einmal sehr stolz darauf, dass in diesem Bereich die Mittel erhöht worden sind, verglichen mit der rot-grünen Zeit. Gerade im Straßenbau ergibt sich aus Investitionskürzungen ein negativer Beschäftigungseffekt, der im kommenden Jahr für die Bauwirtschaft sicherlich alles andere als förderlich sein wird.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Wir haben in unserem „Werkzeugkasten“ genannten Vorschlagspapier für mittel- und langfristige Maßnahmen natürlich auch davon gesprochen, dass Subventionen gekürzt werden müssen, dass sie befristet werden sollen, dass sie abgebaut werden müssen. Die Landesregierung hat den Begriff „freiwillige Leistungen“ gewählt, um ein größeres Volumen zu haben, aus dem geschöpft werden kann. Aber wenn ich mir die freiwilligen Leistungen ansehe, dann stelle ich fest, dass einige davon kaum noch als freiwillige Leistungen aufzufassen sind.

Ich nehme ein Beispiel. Als freiwillige Leistung wird die Dienstleistungsvergütung an die InvestitionsBank Hessen AG von 8,1 Millionen € auf 6,6 Millionen € gekürzt. Eine Dienstleistungsvergütung wird als freiwillige Leistung gekürzt. Ist das nachhaltig? Wenn es sich um eine Dienstleistungsvergütung handelte und nicht um eine freiwillige Leistung, dann muss man sich fragen: Was ist eigentlich los? Wird sie im kommenden Jahr in geringerem Umfang in Anspruch genommen? War die Dienstleistungsvergütung vielleicht zu hoch? Warum ist sie so hoch vereinbart worden? Oder sieht man im Ernst die Vergütung der InvestitionsBank Hessen für bestimmte Leistungen als eine freiwillige Leistung des Landes an, mit der etwas anderes bezahlt wird? Das ist doch eine völlig verquere Sicht der Dinge.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

An Aufgaben dürfte es der IBH im Jahre 2004 nicht mangeln. In der Situation, in der sich das Land Hessen und alle Bundesländer in ganz Deutschland befinden, ist wirklich kein Mangel an Wirtschaftsförderung, an Durchführung von Finanzierungshilfen des Landes, z. B. Bürgschaften, an Information und Beratung von Unternehmen, Standortwerbung, Akquisition sowie Landes- und Kommunalbetreuung. Dies alles will die Landesregierung als angeblich freiwillige Leistung jetzt kürzen. Das geht mit Sicherheit nach hinten los.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Konsistenz. Die Landesregierung kürzt die Lehrerversorgung nach der mechanischen Umrechnung der Arbeitszeitverlängerung in überflüssige Lehrerstellen. Ist das konsistent? Nach unserer Meinung nicht. Ziel der Landesregierung war in der letzten Legislaturperiode, die Lehrerversorgung nicht nur unverändert zu lassen,

worauf sie jetzt schon sehr stolz ist, sondern erheblich zu verbessern. Das war das Ziel, das wir uns gesetzt hatten.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD):  
Hört, hört!)

Wir waren stolz darauf, dass wir die 100.000 fehlenden Unterrichtsstunden abgebaut haben. Die Kürzung von Lehrerstellen, wie sie jetzt vorgesehen ist, lässt außer Acht, dass Standorte, Schulformen, Schulen und Unterrichtsfächer sehr unterschiedlich betroffen sind und dass darüber hinaus das Ziel einer Verjüngung der unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer ohne einen gewissen Einstellungskorridor nicht zu realisieren ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Die FDP hat ihr Gegenmodell dazu vorgestellt. Das ist öffentlich bekannt. Frau Henzler wird es auch gern ein weiteres Mal vorstellen. Sie können es nachlesen. Dieses Gegenmodell stellt einen sinnvollen Kompromiss dar zwischen dem Einsparerfordernis auf der einen Seite, das wir anerkennen, und der Flexibilität auf der Schulebene und der Verjüngung des Lehrkörpers auf der anderen Seite.

Trotz der Vorbereitung des Landeshaushalts über viele Monate ist die darin zum Ausdruck kommende Einsparstrategie – es geht nicht um Sparen, sondern um Einsparen; um das begrifflich darzulegen – zum Teil nicht konsequent, an vielen Stellen offenkundig unwirksam, in manchen Fällen nicht nachhaltig und leider in Teilen auch im Widerspruch zu den öffentlich vorgetragenen Politikschwerpunkten, insbesondere dem Schwerpunkt Bildung – also nicht konsistent.

Gemessen an dem bescheidenen Anspruch, endlich wieder einmal einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, verdient der Entwurf Anerkennung. Aber das Ziel der Verfassungskonformität ist aus Sicht der Liberalen viel zu bescheiden. Wenn es uns schon reicht, mit der Neuverschuldung unter der Höhe der Investitionsausgaben des gleichen Jahres zu bleiben, dann ist dies kein Ausdruck von gezielter Finanzpolitik, sondern eine pure verfassungsrechtliche Selbstverständlichkeit. So muss es aussehen.

(Beifall bei der FDP)

Geradezu verräterisch sind die Worte, mit denen die Landesregierung diese Verfassungsgrenze relativiert. Im Finanzplan ist nicht mehr von Verfassungsgrenze die Rede, sondern die Formulierung lautet: „Regelgrenze der Verschuldung“.

(Nicola Beer (FDP): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um eine Regelgrenze, sondern es geht um ein Verfassungsgebot. Etwas Stärkeres als ein Verfassungsgebot können wir uns überhaupt nicht vorstellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung geht davon aus, dass sich bundespolitische Maßnahmen positiv auf den hessischen Haushalt auswirken, und hat dafür eine Einnahmeverbesserung von 390 Millionen € eingesetzt. Die ist im Laufe der Diskussion übrigens um 90 Millionen € gestiegen, von 300 auf 390 Millionen €, ein anderes Wunder der fantastischen Geldvermehrung. Soweit damit das Koch-Steinbrück-Papier gemeint ist, ist ein rechtzeitiges und vollständiges In-Kraft-Treten der angedachten Änderungen zumindest fraglich.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Davon auszugehen ist ebenso riskant wie die Unterstellung des Bundesfinanzministers bei der Aufstellung seines Haushaltsplans, seine darüber hinausgehenden Änderungen im steuergesetzlichen Bereich fänden die Zustimmung des Bundesrats und träten rechtzeitig in Kraft.

Herr Minister Weimar, von Eichel lernen heißt leider verlieren lernen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Sie sollten es nicht so machen wie Eichel in Berlin.

(Beifall bei der FDP)

Andererseits ist zurzeit völlig offen, ob und mit welcher Finanzierung die nächste Stufe der Steuerreform vorgezogen wird. Dieses Vorziehen mag von der Landesregierung abgelehnt werden. Wenn es trotzdem kommt, und ganz ausschließen kann man es nicht, wird damit ein Loch von weiteren 440 Millionen € in den hessischen Landeshaushalt gerissen. Dieses Loch ist nicht zu bestreiten. Es ist auch fairerweise bereits im Kommentar genannt worden.

Niemand weiß, wie eine endgültige Einigung in Sachen Gewerbesteuer aussieht. Wir werden darüber heute noch zu sprechen haben. Unabhängig von der Frage, wie ein künftiges Gemeindefinanzierungssystem aussehen kann, z. B. die Rückführung der Gewerbesteuerumlage und ein erhöhter Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer, müsste sich beides in sinkenden Einnahmeansätzen des Landeshaushaltes im Jahre 2004 widerspiegeln.

Die Annahmen, die dem Haushalt zugrunde liegen, sind an vielen Stellen von Wunschdenken geprägt. So erfreulich die geplante Senkung der Nettokreditaufnahme um die Hälfte ist, so fatal wäre es, wenn auch der Haushalt 2004 durch die Einbringung eines Nachtragshaushaltes um Hunderte von Millionen € im Bereich der Schulden nach oben korrigiert werden müsste. So wie die Annahmen hier gesetzt sind, kann ich Ihnen sagen, ist es zu erwarten, dass ein solcher Nachtragshaushalt kommen wird. Die Korrektur, die ihn im Wesentlichen kennzeichnen wird, ist eine Erhöhung der Verschuldung.

Ein einziges finanzpolitisch halbwegs verträgliches Jahr reicht aber nicht aus, selbst wenn wir es 2004 hinbekommen. Die FDP-Fraktion legt in der Regel großen Wert darauf, dass Hessen ein Land der Mitte bleibt und kein Land des Südens wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, in diesem einzigen Fall schlage ich vor: Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern und werden ein Land des Südens, indem der Abbau der Neuverschuldung auf null befristet wird, indem ein Termin dafür angegeben wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Das macht Eichel dauernd! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Boddenberg will jetzt von Eichel lernen!)

Das macht z. B. Bayern. Sie mögen Herrn Faltlhauser für schlecht halten, aber ich halte es in dem Punkt für sehr gut. Wer sich dafür keinen Zeitpunkt vornimmt, der wird es auch nicht erreichen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Die Tatsache, dass der Zeitpunkt nicht angegeben wird, zeigt, dass wir bei der allgemeinen Bekundung bleiben und sagen: Irgendwann müssen wir anfangen, weniger Schulden zu machen.

Offenbar ist die Landesregierung der irrigen Meinung, mit den Einsparmaßnahmen für das Jahr 2004 die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung bereits gelöst zu haben; denn nach 2005 ist nur noch eine weit geringere Reduzierung der Neuverschuldung vorgesehen. Für das Jahr 2007 geht die Landesregierung immerhin noch von einer Neuverschuldung netto in der Höhe von 600 Millionen € aus.

Wie der Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007 zeigt, fehlt dem Haushalt 2004 jede mittelfristige Perspektive für eine Konsolidierung. Ich will das an zwei Angaben deutlich machen.

Erstens. Die Personalausgaben steigen von 2003 bis 2007 um 3,7 %. Die Investitionsausgaben, bereinigt um den KFA und das Flutopfersolidaritätsgesetz, steigen ebenfalls um 3,7 %. Personalausgaben und Investitionsausgaben steigen parallel. Dabei dachte ich immer, wir sprechen davon, dass die Investitionen gestärkt werden sollen und dass der Anteil der Personalausgaben sinken soll. Nichts davon wird hier Fakt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Das berühmte Umsteuern innerhalb des Haushalts zugunsten von investiven und zulasten von konsumtiven Ausgaben findet nicht statt.

Zweitens. Die Zinsausgaben steigen immerhin um 15,2 %. Daran wird deutlich, dass wir auch bei der Nettokreditaufnahme das Ziel selbst unter der Zugrundelegung sehr günstiger Zinssätze nicht erreichen werden. Von einer grundlegenden Neuorientierung des Haushalts in dem Sinne, dass konsumtive Ausgaben sinken und investive Ausgaben steigen, kann auch dem Finanzplan zufolge leider keine Rede sein. Die Personalausgabenquote steigt von 40,8 % im Jahr 2003 auf 41,2 % im Jahr 2007. Auch da wird das Ziel, das wir uns für das Jahr 2007 gesteckt haben, verfehlt.

Ich sage noch einmal: Man mag behaupten, dass diese Zahlen Entwicklungen beschreiben, die weit in der Zukunft liegen, und dass wir nicht wissen, was kommt. Aber der Finanzplan stellt das dar, was sich die Landesregierung selbst vorgenommen hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Philosophie!)

Wenn sie es sich nicht vorgenommen hat, die Personalausgabenquote zu senken, wird sie es auch nicht erreichen. Die Investitionsquote wird – nach 10,3 % – bei 11 % liegen. Wir alle wissen, dass dies in dem Schwankungsbereich der Ausgaben für ein größeres Gebäude liegt, das errichtet wird. Das ist kein echtes Umsteuern, von dem hier die Rede sein könnte.

Die Aufgabe einer mittelfristigen Sanierung des Landeshaushalts bleibt trotz des Haushaltsentwurfs 2004, der viele positive Ansätze enthält, ungelöst. Diese Aufgabe muss aber dringend angegangen werden.

Aus unserer Sicht bedeutet dies erstens eine konsequente Aufgabenkritik. Ich habe das wiederholt gesagt; ich sage es noch einmal.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört die Überprüfung von Standards. Wenn ich die Standards nicht senke, kann ich die Verwaltung nicht vereinfachen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ferner gehört dazu die Überführung von nicht hoheitlichen Bereichen in den Privatsektor. Dieses Kapitel wird von der Hessischen Landesregierung bisher fast vollständig vernachlässigt. Die Folge davon sind Ad-hoc-Organisationen und eine ungebremste Überfrachtung des Staates mit Aufgaben, die andere staatliche Ebenen oder Private besser lösen können.

Zweitens bedeutet die mittelfristige Sanierung aus unserer Sicht die Veräußerung von Beteiligungen bzw. die Aktivierung von Landesvermögen. Hier ist ein systematischer Ansatz der Landesregierung nicht zu erkennen – wenn ich einmal das berühmte „In-sich-Geschäft“ in der Wohnungswirtschaft außen vor lasse; denn das ist ein eigenes Kapitel. Von einem Verkauf von Beteiligungen kann man da wirklich nicht reden. Das ist kein Schritt in Richtung Privatisierungspolitik, sondern eine einzelne Maßnahme, über die man strittig diskutieren kann. Sonst ist das gar nichts.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Da immer nach Vorschlägen und Alternativen gefragt wird, lassen Sie mich ein paar Punkte nennen. Wie ist die Position der Landesregierung zur Privatisierung der Technischen Überwachung Hessen GmbH oder der HIM GmbH? Wie ist die Position der Landesregierung zur Reduzierung des Domänenbesitzes? Sind wir der Meinung, dass das Land der beste Gutsbesitzer der Welt ist? Wie ist die Position zur künftigen Eignerstruktur der Hessischen Landesgesellschaft GmbH und der Hessischen Landesbahn GmbH? Wann werden die Weichen zugunsten einer Privatisierung weiterer Unternehmen gestellt, deren Betrieb nicht zu den Kernaufgaben des Landes gehört – von den Staatsweingütern bis zur Höchster Porzellanmanufaktur?

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Keine Scherben!)

All das muss beantwortet werden. Für all das braucht man eine Strategie. Es reicht nicht aus, eine einzige Beteiligung an eine andere Beteiligung des Landes zu verkaufen. Hier vermissen wir nachhaltige Aktivitäten der Landesregierung, und wir vermissen eine mittelfristige Struktur, die erst geschaffen werden muss.

Drittens. Gefragt sind die Verbesserung der Einnahmensituation und die Abkoppelung von bundesbedingten Lasten. Hier ist einiges vorgesehen. Unklar ist unseres Erachtens die Landespolitik gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Zu erwarten, dass die TdL unsere Politik macht, ist wahrscheinlich vergebens.

Wir erwarten, dass das Land den Flächentarif mit dem Deutschen Bühnenverein kündigt. Auch das würde in diesen Zusammenhang gehören.

Der vierte Punkt betrifft die nachhaltige Einsparung von Personalkosten. Wir begrüßen ungefragt den Einstieg des Landes in den Abbau der Personalkosten. Aber von einer nachhaltigen Einsparung kann man erst dann reden, wenn die Aufgabenkritik gemacht worden ist. Wenn man zwar das Personal kürzt, aber die Aufgaben lässt, führt das

dazu, dass wir im Jahr 2004 wieder Personal einstellen müssen. Das wollen wir nicht.

Als fünfter Punkt müssen eine Konzentration der Landesverwaltung und eine durchgängige Verwaltungsvereinfachung erfolgen. Hierbei sind der Landesregierung positive Ansätze zu bestätigen. Ans Eingemachte geht sie aber bisher nicht. Dazu würden gehören: eine Vereinfachung der Verwaltungsstruktur in den Ministerien, die Abschaffung von ein bis zwei Ministerien, die Verschlan-  
kung von Staatskanzlei und Sozialministerium, die Überführung des Hessischen Immobilienmanagements in private Rechtsform und die Überprüfung der neuen Verwaltungssteuerung und des SAP-Einsatzes auf Effizienz und Kostensenkungspotenziale.

Davon ist leider nicht die Rede. Teilweise ist sogar das Gegenteil der Fall. Die Staatskanzlei wird zu einer Art Bundeskanzleramt auf hessischer Ebene ausgebaut. Das verträgt sich nicht mit Einsparbemühungen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sechstens gehören zu einer mittelfristigen Strategie – das ist die Einzige, die diesen Namen verdient – der Um- und der Abbau von Landesprogrammen bei gleichzeitiger Befristung und Degression der Finanzhilfen. Hierbei ist ein Einstieg gemacht worden. Aber wo ist das Konzept? Wir geben in einem Jahr ein Drittel weniger aus. Was ist in den Jahren zwei, drei und vier? Was ist mit einer systematischen Evaluation all dieser Maßnahmen? Damit haben wir einmal angefangen. Das muss fortgeführt werden.

Wie ist denn die Politik in Bezug auf die Subventionen, den wichtigsten Teilbereich in diesem Konzept? Welche Subventionen wollen wir uns künftig noch gönnen? Unter welchen Voraussetzungen wollen wir sie uns gönnen? Nehmen wir uns vor, sie abzubauen? Wenn ja, in welchem Zeitraum? All das ist bisher völlig offen. Von einer Strategie für den Um- und Abbau von Landesprogrammen kann ich leider sehr wenig erkennen.

Zusammengefasst: Am hessischen Landeshaushalt 2004 ist positiv, dass er nicht expansiv ist. Es ist positiv, dass mit ihm die Frage nach der Sinnhaftigkeit und der Höhe freiwilliger Leistungen gestellt wird. Leider wird sie aber nicht beantwortet. Es ist positiv, dass die Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt um 50 % reduziert wird. Das muss zugegeben werden.

Leider sind viele darin enthaltene Einzelmaßnahmen nicht bis zum Ende durchdacht und nicht strategisch abgewogen. Leider werden mit den Haushaltsansätzen Risiken in Höhe von mehreren Hundert Millionen € einfach verdrängt. Leider ist der Haushalt nicht Teil einer mittelfristig angelegten Konsolidierungsstrategie, die innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu einem Abbau der Neuverschuldung auf null führt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Der Nachtragshaushalt 2003 hätte – ich habe es gestern gesagt – das erste Glied einer Perlenkette von Maßnahmen sein können, die zu soliden Staatsfinanzen führen. Der Haushalt 2004 hätte das zweite Glied sein können. Leider ist die Chance verpasst worden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Bevor ich Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch das Wort erteile, möchte ich feststellen, wie viel Redezeit den Fraktionen noch zusteht. Der CDU-Fraktion stehen 27 Minuten zu, der SPD-Fraktion 2, der FDP 31 und den GRÜNEN 32.

Wir haben zunächst Wortmeldungen zur so genannten zweiten Runde, und dann haben wir noch Wortmeldungen zum Thema Stubiengebühren.

(Michael Siebel (SPD): Ich kann mich kurz fassen!)

– Das müssen Sie. Sie müssen die Zwei-Minuten-Grenze unterbieten, verehrter Herr Siebel.

Damit hat der Ministerpräsident Roland Koch das Wort. Bitte sehr.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, dass ich in die Debatte einige wenige Bemerkungen einfüge, weil auch die Entwicklung der Bundeseinnahmen in den nächsten Wochen eine Rolle spielen wird. Ich denke, dass es vernünftig ist, dass wir dieses Thema auch künftig gemeinsam vorher besprechen.

Nachdem ich die Diskussionsbeiträge nach der Einbringung des Nachtragshaushalts und des Haushalts durch Herrn Kollegen Karlheinz Weimar – alle Fraktionen hatten zweimal Gelegenheit, zu sprechen – habe Revue passieren lassen, möchte ich einen Vorgang öffentlich machen, der für die Debatten im Hessischen Landtag, unabhängig davon, wie die Regierungs- und Oppositionsrollen verteilt sind, eher ungewöhnlich ist. Ich habe in diesen zwei Tagen von den drei Oppositionsfraktionen an keinem einzigen Punkt einen Vorhalt in Form eines Vergleichs gehört, dass in anderen Ländern oder auf Bundesebene etwas besser gemacht werde als in der hessischen Landespolitik.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann hätten Sie bei Herrn von Hunnius zuhören müssen, Herr Ministerpräsident!)

An der mangelnden Liebe zum Vergleich, an der mangelnden Liebe zu Auseinandersetzungen auf der Basis von Statistiken kann das nicht gelegen haben. Es spricht vielmehr einiges dafür, dass es unbestreitbar richtig ist – das hat Karlheinz Weimar gestern sehr nachdrücklich dargestellt –, dass wir uns in einer außerordentlich angespannten Situation befinden und sich deshalb niemand darüber freuen kann, wie sich die Zahlen entwickelt haben. Offensichtlich ist es aber im Umgang mit dieser Situation nicht so, dass die Zahlen anderer Länder – ob Rheinland-Pfalz, um ein von Liberalen mitregiertes Land zu nennen, ob Nordrhein-Westfalen, um ein rot-grün regiertes Land zu nennen, oder Niedersachsen und Baden-Württemberg, um von der Union und den Liberalen regierte Länder zu nennen – so begeistern, dass man bereit wäre, sie der Hessischen Landesregierung, dem hessischen Finanzminister um die Ohren zu schlagen.

Sie mögen es für eine Art von Bescheidenheit halten, dass wir damit schon zufrieden sind. Ich möchte aber am Anfang Wert darauf legen, dass die Behauptung, Hessen sei durch diese Regierung besonders schlecht geführt worden, mit der Tatsache, dass Sie uns kein einziges Beispiel vorhalten können, wo man es besser gemacht hat, nicht

zusammenpasst. Das muss man ein Stück weit zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, dass das in der Sache schwierig ist. Ich bin bereit, die Diskussion mit Herrn Kollegen von Hunnius einzugehen, wie die Personalentwicklungen in Zukunft aussehen.

(Zurufe von der SPD)

Aber: Fast 8.000 Stellen bis zum 1. April 2004 mit entsprechenden Vermerken und Organisationsveränderungen zur Disposition zu stellen ist ein kritisches Projekt. Ein anderer Versuch der Bewältigung wird zurzeit in Berlin unternommen; dort geht man mit dem Stellenpool einen anderen Weg. Aber ansonsten werden Sie Schwierigkeiten haben, im Augenblick ein vergleichbares Projekt in Deutschland zu finden. Das ist übrigens ein alles andere als vernünftiges Vorhaben, weil es einen Umgang mit Mitarbeitern in einer Weise erfordert, in der wir mit ihnen lieber nicht umgingen.

Wenn Sie über den Umfang der Verschuldung reden, dann ist das Bundesland Hessen, das auf Platz drei bzw. auf Platz vier – je nachdem, ob man die Ostländer hinzunimmt oder nicht – steht, ein relativ schlecht geeignetes Beispiel. Wenn Sie den Anstieg der Verschuldung in Hessen mit der in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vergleichen, dann wäre es für Sie sehr ungünstig, das hier vorzutragen; denn Sie würden feststellen, dass von der behaupteten besonderen Verschuldungsdynamik des hessischen Haushalts angesichts der Entwicklung der Haushalte anderer Länder nichts mehr übrig bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist das, was Sie getan haben, korrekt, aber es ist eine ungewöhnliche politische Erklärung, dass Sie es für nötig hielten, auf alle diese Vergleiche zu verzichten. Wir werden die Auseinandersetzung nicht damit bestehen können, dass wir anfangen, Beträge von 1.000 € bis 3.000 € gegeneinander aufzurechnen. Ich sehe ohnehin ein bisschen die Tendenz, dass Sie, wenn Sie das Gesamtprojekt von 1 Milliarde € – –

(Zurufe von der SPD und der FDP)

– Herr Kollege von Hunnius, es hilft mir nichts, wenn ich beschließe, die verabredeten Gehaltserhöhungen, die rechtlich verpflichtend sind, und die Altersstufensteigerungen der Beamten für das nächste Jahr zu ignorieren und daraus Einsparungen zu definieren. Es macht viel mehr Sinn, die zwingenden Leistungen des nächsten Jahres zu berechnen und von dieser Basis aus einen Einsparbetrag festzusetzen. Alles andere wäre ein mathematischer Trick. Das wissen auch Sie.

Selbst wenn ich die Veräußerung von Immobilien herausrechnen würde – weil das kein Einsparen im Sinne der Schaffung von weniger Stellen ist –, dann komme ich immer noch auf über 630 Millionen €. Wenn ich alles zusammenrechne, was im Streit ist – Sie stellen pauschal alles zur Diskussion, was die Sozialpolitik betrifft –, dann macht das etwa 5 % aus. Wenn man dann das zusammenrechnet, was Sie sonst noch vorschlagen, kommt man vielleicht auf 1 %. Ich will das nicht unter dem Gesichtspunkt kommentieren, dass Ihnen sonst nichts einfällt, sondern ich möchte feststellen: Von den Maßnahmen der sicherlich schwierigsten Operation, im nächsten Jahr weniger

auszugeben, die wir je durchgeführt haben, stellen Sie überhaupt nur etwa 6 % in Streit.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich akzeptiere, dass Sie das in Streit stellen, aber man muss im Gegenzug sagen: Sie sind offensichtlich bei über 90 % der Maßnahmen, die wir für das nächste Jahr vorsehen, der Meinung, dass sie des Streitens nicht wert sind. Das will ich an diesem Punkt ebenfalls bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es zum Beispiel interessant, wie wenig über die Frage von 42 Wochenarbeitsstunden hier und heute diskutiert worden ist. Das ist Ihnen bestenfalls zwei bis drei Pflichtsätze wert gewesen.

(Zurufe von der SPD)

Warum? Weil Sie inzwischen festgestellt haben, dass in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland binnen weniger Monate ein Common Sense darüber entstanden ist, dass wir die Probleme dieses Landes mit mehr Arbeit lösen müssen und anders nicht lösen können. Das setzen wir hier um.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie wissen, dass diese Diskussionen auch in Ihren eigenen politischen Reihen angekommen sind. Wenn ich mir betrachte, wie die Gewerkschaften, z. B. unsere Verhandlungspartnerin, die Gewerkschaft ver.di, in der Demonstrationrhetorik gelegentlich mit uns umgehen, und gleichzeitig lese, wie diese Gewerkschaft mit ihren Mitarbeitern verhandelt – da wird z. B. eine Bildungseinrichtung, bei der 2.000 Menschen beschäftigt sind, geschlossen, und allen dort Auszubildenden wird anschließend angeboten, sie könnten in Zukunft als freie Mitarbeiter die bisherige Dienstleistung erbringen –, dann würde ich gerne einmal sehen, wie es aussähe, wenn wir diese Diskussion auf der Ebene eines Bundeslandes führten.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch gar nicht wissen, was Sie mit uns machen würden, wenn ich, wie ver.di, alle Mitarbeiter der Verwaltung auffordern würde, dass sie bitte in den nächsten Wochen Gespräche führen, ob sie nicht bereit sind, auf 50 % ihres Arbeitsplatzes zu verzichten, und androhen würde, wenn sie das nicht tun, müssten alle mit einer 10-prozentigen Lohnkürzung rechnen. – Ich werfe das der Gewerkschaft ver.di nicht einmal vor, denn auch sie hat das Problem, bei sinkenden Mitgliederzahlen den Haushalt ausgleichen zu müssen und nicht von Schulden leben zu können. Aber ich werfe Ihnen vor, dass wir immer noch eine fast heuchlerische Debatte führen, in der jeder auf den anderen mit dem Finger zeigt, obwohl wir alle inzwischen wissen, dass wir in einer gesamtgesellschaftlichen, sehr stark ökonomisch bestimmten Krise sind. Das wird so nicht funktionieren. Das ist doch längst klar.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Respekt vor den Diskussionen, die jede einzelne Gruppe über die Frage führt: Trifft uns das in einer besonderen Weise, und wie ist das mit den anderen? Ich glaube in der Tat, dass die Art und die Vielzahl der Demonstrationen dafür spricht, dass das Ziel der Landesregierung, am Ende keine Gruppe von den Belastungen vollständig auszunehmen, erreicht worden ist.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite wurden bei jeder Gruppe Prioritäten gesetzt. Diesen Streit gehen wir bewusst ein. Es ist in keiner Haushaltsposition – nicht einmal bei den Verwaltungsausgaben – so gekürzt worden, dass wir einfach bei jeder Position den gleichen Betrag eingesetzt haben. Nein, wir haben uns in der Landespolitik bei Zuschüssen, bei Projekten und bei der Verwaltungssteuerung – bis hin zum Personal – die Freiheit genommen, zu sagen: Dieser Bereich ist wichtig, den müssen wir herausnehmen, und da dürfen wir nicht zu stark kürzen. – Meine Damen und Herren, darum verlange ich auch von meinen Kollegen im Kabinett, von denen, die in der Verwaltung Verantwortung tragen, und von uns hier im Parlament, dass wir dafür sorgen, dass das Sparen nicht bedeutet, dass es keine Prioritäten mehr gibt. Wir müssen darüber diskutieren, wo die Prioritäten liegen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Nein.

(Norbert Schmitt (SPD): Er war auch schon einmal souveräner! – Michael Siebel (SPD): Er ist nervös!)

Deshalb lautet die Fragestellung, wie man zu den Ergebnissen kommt. Sie haben dann in der Tat nur eine Chance, die Diskussion wirklich sinnvoll zu bestreiten, wenn Sie bereit sind, das Gesamtkonzept zu diskutieren. Im Gesamtkonzept haben wir ein paar Schwierigkeiten, die wir miteinander erörtern müssen.

Eine Schwierigkeit ist – ich glaube, das sollte man auch offen sagen –: Eine mittelfristige Finanzplanung ist unter den derzeitigen wirtschaftlichen Annahmen extrem schwierig; denn, wenn die wirtschaftliche Entwicklung mit einem Wachstumspotenzial, das uns der Währungsfonds im Augenblick mit 1,5 % angibt, fortgeschrieben wird, dann können Sie auch den Wohlstand, der im Jahr 2004 noch verbleibt, der schon weniger ist als der des Jahres 2003, nicht halten. Es ist für sehr viele einzelne Menschen und für viele, die in öffentlichen Institutionen arbeiten oder von öffentlichen Dienstleistungen abhängig sind, weniger im Portemonnaie als 2003.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das muss nicht so sein. Wenn man eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung hat, wenn man wieder wirtschaftliches Wachstum generiert, dann können wir die Entwicklung auch so stoppen, dass wir in den nächsten Jahren zwar keine großen Zuwächse haben, aber dass wir nicht weiter abbauen müssen. Aber jeder Mensch – deshalb bin ich Herrn von Hunnius dankbar, dass er diese Zahlen nennt – muss wissen, wenn es nicht endlich eine verantwortliche politische Wende in der Frage gibt, ob wir in Deutschland mehr Wachstum haben werden, dann ist die jetzige Einsparoperation nicht ausreichend, um zu konsolidieren. Wenn wir uns vernünftig bewegen, dann gibt es eine Chance, dass man damit die Probleme im vor uns liegenden Jahrzehnt lösen kann. Das ist die Verantwortung, die eine Bundesregierung hat. Was haben Sie denn in den letzten zwölf Monaten getan? Was sind die Beschlüsse der letzten zwölf Monate, mit denen Sie irgendetwas dazu beigetragen hätten, auf nationaler Ebene etwas zu erreichen?

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das haben Sie alles blockiert! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen Blockade! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie die Empörung über das Blockieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist es ein bisschen viel, Sie werden am Freitag alles ablehnen! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin doch dabei gewesen. Wir wollen jetzt einmal festhalten, dass seit der Übernahme der Geschäfte durch die neue Bundesregierung kein einziges Gesetz, das die Bundesregierung eingebracht hat, im Vermittlungsausschuss des Bundesrats gescheitert ist.

(Horst Klee (CDU): So sieht das aus, bleiben Sie bei der Wahrheit! – Gegenrufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein einziges Gesetz. Wir haben natürlich miteinander gerungen, wir haben Kompromisse gemacht, auch schwierige Kompromisse. Nehmen Sie einmal Hartz I und Hartz II. Wir haben die Einführung von so genannten Jobfloatern, die aus Sicht der Union ein grober Unfug waren, und die Personal-Service-Agenturen, die nicht funktionieren und nicht funktionieren können, durchgelassen. Wir haben gesagt, gut, wenn die Bundesregierung sie will, soll sie sie haben. Als Gegenleistung haben wir durchgesetzt – das ist das Einzige, was zurzeit funktioniert – dass es wieder legale Minijobs gibt, die niemandem Arbeit wegnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten doch von Ihrem Subventionsabbaugesetz nichts durchbekommen, wenn ich mich nicht mit Kollegen Steinbrück hingesetzt hätte – so viel auch zur Frage meiner Blockade – und in einem Korb 1 dafür gesorgt hätte, dass Herr Eichel wenigstens einen Teil dieser Einnahmen politisch bekommt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wenn jetzt ein Korb 2 diskutiert wird, der ein erheblicher Teil dieser 390 Millionen € brutto ist, die wir einnehmen, dann ist es das Ergebnis von Kompromissen im Bundesrat.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Hildegard Pfaff (SPD))

Wie bei den Gesetzen, die jetzt im Vermittlungsausschuss landen, hätte man sich einmal die Frage stellen müssen, warum sie nicht vor einem Jahr eingebracht worden sind. Sie regieren doch nicht erst seit einem Jahr, Sie regieren seit fünf Jahren. Das Gesetz, das wir jetzt am Freitag im Bundesrat haben und in den Vermittlungsausschuss geben, hätten wir vor einmal halben Jahr auch behandeln können. – Wir haben es keinen Tag früher verhandeln können, weil die Bundesregierung Monate gebraucht hat, um sich intern einigermaßen zusammenzurufen, und bis heute nicht klar ist, ob Sie in Ihren eigenen Reihen eine Durchsetzungsmehrheit hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist bei Ihnen völlig anders!)

So werden wir das – das kündige ich ausdrücklich an – natürlich auch in den anderen Fragen machen. Es wird eine

sehr intensive Debatte über die Frage des Arbeitsmarkts geben.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie wollen Sie die 93 Millionen € belegen?)

Diese Frage halte ich eindeutig für die zentrale Frage. Die ökonomische Entwicklung hängt in Deutschland von nichts mehr als der Frage ab, ob wir es schaffen, Veränderungen am Arbeitsmarkt herbeizuführen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie blockieren die Reform!)

Die Veränderungen am Arbeitsmarkt hängen nicht davon ab, ob man drei Vermittler mehr hat – diese Frage ist am Ende auch wichtig, aber sie verändert nicht den Arbeitsmarkt –, sondern der Arbeitsmarkt wird dadurch verändert, dass man mehr Gestaltungsfreiheit gibt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott!)

Menschen müssen bereit sein, zusätzlich – auch wenn sie nicht wissen, ob sie für zehn Jahre diese Jobs brauchen, und sie glauben, sie brauchten sie nur für ein oder zwei Jahre – diese Jobs endlich wieder in Deutschland anzubieten und nicht an der Grenze zu Polen, zu Frankreich, zu den Niederlanden oder Österreich, wie wir das im Augenblick jeden Tag erleben.

Die Frage liegt darin, ob Sie die Kraft haben – dabei nehme ich die GRÜNEN aus, denn es ist ein sozialdemokratisches Problem –, zu sagen: Ja, im 21. Jahrhundert brauchen wir mehr Flexibilität als am Ende des 20. Jahrhunderts. Wir sind bereit, den Arbeitnehmern zu vertrauen, dass sie das mit den Arbeitgebern zusammen verhandeln können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist nichts zur Sache!)

Es wird eine entscheidende Frage an Sie sein, ob Sie Ihrem alten Dogma anhängen, dass es unter einem bestimmten Betrag überhaupt nicht erlaubt ist, zu arbeiten, oder ob man nicht –

(Norbert Schmitt (SPD): Entsprechende Untersuchungen zeigen, dass es keine Rolle spielt! Ihre Mentalität ist „hire and fire“!)

– Es ist nicht „hire and fire“, aber es bedeutet, dass Ihr alter Traum vom festen Arbeitsplatz dazu führt, dass die Menschen dauerhaft arbeitslos sind. Ich will lieber flexiblere Verhältnisse, als dauerhaft keine Arbeit zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das gilt genauso – da kommt jetzt die nächste Kiste der hochintelligenten schmittschen Diffamierungskampagne –

(Norbert Schmitt (SPD): Sie wissen es ja besser!)

für die Frage, was mit geringen Einkünften ist.

(Hildegard Pfaff (SPD): Halten Sie dazu eine sachliche Diskussion!)

Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften sind glücklich gewesen, dass sie irgendwann eingeführt haben, dass man unter einem bestimmten Lohn nicht arbeiten darf. Sie haben gedacht, dass damit diese Arbeit zu einem höheren Lohn in Deutschland erledigt wird. Das ist auch eine Konzeption, über die man reden kann, wenn es einem Land gut geht. Wir müssen heute doch einfach zur Bilanz nehmen, dass diese Arbeit nicht mehr in Deutschland

stattfindet, sondern jenseits unserer Grenzen exportiert worden ist.

Wir müssen heute die Frage stellen, ob wir 10 % der Menschen in diesem Land dauerhaft von Erwerbsmöglichkeiten ausschließen, was wir zurzeit tun, indem sie in der verdeckten Reserve, in der Arbeitslosenhilfe oder in der Sozialhilfe stecken. Man könnte auch sagen, es ist besser, sie für niedrigere Löhne, als wir für marktmäßig halten, arbeiten zu lassen und durch Sozialhilfe und andere Unterstützung aufzustocken, sodass sie mehr haben, als wenn sie heute in der Sozialhilfe sind und die Arbeit nicht in Deutschland bleibt. Wir müssen uns von der alten Ideologie abwenden, dass Arbeit nicht getan werden darf, nur weil der Stundenlohn in regionalem Vergleich unangemessen erscheint.

Meine Damen und Herren, das ist wiederum letztes Jahrhundert. Diese Idee wird so viele Menschen von Arbeit ausschließen, dass man damit eine vernünftige Gesellschaft nicht gestalten kann. Sie müssen die Frage beantworten, ob Sie dort zu einem Kompromiss und zu einer vernünftigen Beantwortung dieser Frage bereit sind.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Diese Rezepte hat doch Kohl völlig erfolglos angewendet!)

In diesem Zusammenhang lautet dann die letzte Frage, wie wir es mit der Steuerreform machen. Für Hessen nenne ich Ihnen eine klare Position: Wir haben Ihnen einen Haushalt vorgelegt, der unter extremsten Anspannungen dazu kommt – es behauptet wohl niemand, dass es ein Spaziergang wäre, was wir hier gerade machen –

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist völliger Unsinn!)

dass sich dann, wenn wir mit den Steuereinnahmen so rechnen können, wie es bisher geplant ist, ohne andere Gesetze, die Ausgaben für Investitionen und Kredite ausgleichen. Das ist das, was unsere normale Grenze in den rechtlichen Regeln ist.

In dem Augenblick, in dem die Steuerreform um ein Jahr vorgezogen wird, werden wir eine Belastung – es gibt keine Chance auf zusätzliche Einsparungen – in Kauf nehmen müssen, die einige Hundert Millionen, wir glauben, etwa 440 Millionen €, über diese Grenze hinausgeht, weil wir dann Ausgaben haben, die im Bereich des Konsums liegen und mit Krediten abgedeckt werden müssen.

In einer Zeit, in der wir es nicht etwa wie andere Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten, mit einer Konjunkturkrise zu tun haben, sondern aus den Gründen, die ich gerade beschrieben habe, mit einer Strukturkrise zu tun haben, darf man nicht glauben, dass, wenn man Geld ausgibt, die Wirtschaft anspringt. Ein Mensch, der im Augenblick Rentner ist, weiß, dass er die nächsten Jahre nicht kalkulieren kann, wie seine Rente ist. Also gibt er nicht aus, sondern spart. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist völlig richtig!)

Jemand, der im Augenblick als Vater und Mutter sein Kind ansieht, hat Sorgen, dass es einen Ausbildungsplatz erhält. Also spart er. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Jemand, der heute bei Opel an anderer Stelle Arbeitnehmer ist, hat Sorge, dass es bei dieser Wirtschaft so weitergeht. Also spart er.

Deshalb wird die Wirkung nicht so sein. Ich sage Ihnen: Solange man nicht bereit ist, solange Sie nicht bereit sind, die strukturellen Dinge wirklich auf- und anzunehmen

und zu verändern, bin ich nicht bereit, Geld in die Hand zu nehmen, mit der Folge, dass unsere Kinder die Rechnung dafür bezahlen, dass wir heute unsere Hausaufgaben nicht machen. Das ist der Punkt, an dem die Auseinandersetzung steht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist der Maßstab für die Steuerreform klar. Ich möchte dem Hessischen Landtag nicht vorschlagen, zusätzliche Schulden aufnehmen zu müssen, um das zu finanzieren. Wenn die Bundesregierung in der Lage ist, in ihrem Haushalt – und dann auch in unserem Haushalt, in beiden – das anders darzustellen, dann ist das nur noch eine Frage der volkswirtschaftlichen Richtigkeit. Dazu habe ich meine Meinung. Ich glaube, das wirkt nicht.

Aber ich sage ganz klar: Mein Punkt ist das Problem der Verschuldung. Darf man für eine solche Maßnahme in einer solchen Zeit – in der man allen anderen solche Opfer zumutet – diese Entscheidung treffen? Darauf ist meine sehr klare Antwort: Nein. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass die Kollegen in CDU und CSU in den Bundesländern dies am Freitag zunächst einmal genauso sehen und wir damit in den Vermittlungsausschuss gehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Zunächst!)

Damit hat die Bundesregierung eine weitere Chance, zu sagen, wie das Problem ohne eine solche Verschuldung zu lösen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allerdings wird zwischen heute und dem Freitag eine weitere Hypothek auf uns zukommen. Die Zahlen, mit denen die Bundesregierung bisher gerechnet hat, sind nämlich offensichtlich alle falsch.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie immer!)

Deshalb werden wir nicht vor der Frage stehen, ob wir über die Finanzierung des Einnahmeausfalls durch das Vorziehen der Steuerreform in Höhe von 16 Milliarden € reden – insgesamt, für alle Ebenen: Bund, Länder und Gemeinden – und wie wir das finanzieren, sondern, wenn die Bundesregierung jetzt mühsam in den nächsten Tagen 10, 11 oder 12 Milliarden € zusammenbekäme, um diese Finanzierung darzustellen, dann müsste sie erst einmal 10, 12 Milliarden € zusätzlich beschaffen, um die Ausfälle, die die Steuerschätzer mit größter Wahrscheinlichkeit in den nächsten zwei Tagen darstellen, zu bereinigen. Sonst hat sie genauso viele Schulden wie vorher.

Es kann doch wohl keine Frage sein, dass erst einmal das ausgeglichen werden muss, bevor ich erneut über eine zusätzliche Maßnahme wie eine Steuersenkung nachdenke. Das hängt eng damit zusammen, dass die These nicht mehr stimmt, man könne im kommenden Jahr von einem wirtschaftlichen Wachstum von 2 % ausgehen. Das stimmt schon insoweit nicht mehr, als aus der Vorgabe von 2 % Wachstum – ich erinnere daran, die ist keine zwei Monate alt – inzwischen schon irgendetwas von 1,7 oder 1,75 % geworden ist.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir laufen also den Zahlen wieder hinterher. Ich will dem Herrn Kahl in Erinnerung rufen, was er vor ungefähr zwei Jahren einmal gesagt hat:

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Seit Hans Eichel da ist, haben wir bei den Einnahmeausfällen keine Berechnungsunsicherheit mehr. – Verehrter Herr Kahl, ist Ihnen eigentlich klar, dass im Verhältnis zu

der Prognose, die Hans Eichel Mitte September in Brüssel abgegeben hat – er hat gesagt, die Nettoneuverschuldung aller Ebenen würde in diesem Jahr 67 Milliarden € betragen –, das Ergebnis der Steuerschätzung wahrscheinlich so viel höher sein wird, dass wir nämlich rund 25 Milliarden € mehr an Schulden haben werden, als Sie im Jahr 2000 überhaupt an Schulden in Deutschland aufgenommen haben? Innerhalb von drei Monaten im Jahr 2003 ist Ihr Prognoseunterschied größer als die gesamtstaatliche Schuldenaufnahme im Jahr 2000. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik und Ihrer Prognosesicherheit, von der Sie damals gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Hintergrund ist: Im Jahr 2000 betrug die Nettoneuverschuldung rund 25 Milliarden €, im Jahr 2001 rund 47 Milliarden €, im Jahr 2002 rund 57 Milliarden € – und jetzt wird sie über 90 Milliarden € betragen. Von 57 Milliarden auf 90 Milliarden € in einem Jahr – das kann man nicht oft genug sagen, wenn man abwägen muss, ob man für politisch fragwürdige Projekte diese Verantwortung tragen und neue Schulden aufnehmen soll. Alle wissenschaftlichen Institute sagen, das wird keine nennenswerten Wachstumseffekte auslösen.

Die Antwort, die Sie von mir seit dem ersten Tag hören, die Sie weiter hören werden und für die ich werbe – ich respektiere jede Demokratie, aber ich werbe mit diesem Haushalt und mit den Gründen unserer Situation –: Für die hessischen Bürgerinnen und Bürger ist es besser, wir machen eine kluge Politik, die Wachstum durch Strukturveränderungen schafft, als eine Politik, die neue Schulden für die nächste Generation macht.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber eine bahnbrechende Erkenntnis, nach vier Jahren Verschuldung, mein Lieber!)

Wir werden bei den Beratungen des Bundesrates und des Bundestages in den nächsten Wochen durchaus auch unter den Ministerpräsidenten zusätzlich darüber sprechen müssen, ob diese Maßnahmen wirklich ausreichen und ob es nicht klug wäre, dass wir uns über ein paar mehr Dinge verständigen. Denn ich höre, es wird noch über Hochschulpolitik geredet.

Ich würde gerne das Angebot der sozialdemokratischen Kollegen im Bund aufnehmen, für die Langzeitstudiengebühren in allen Bundesländern eine vergleichbare Regelung zu erreichen. Ich bin den Sozialdemokraten dankbar dafür, dass sie bereit sind, dieses bis vor wenigen Tagen tabuisierte Thema aufzunehmen.

Wir sind zu solchen Gesprächen bereit. Das ist eine Frage, die alle in Deutschland betrifft. Auch bei den Studentenprotesten von gestern sage ich: Ich möchte, dass jeder studieren kann.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich möchte, dass jeder auch ohne Entgelt studieren kann – egal, ob man das in Zukunft über Studiengebühren organisiert oder beispielsweise durch Bildungsgutscheine oder anderes, wenn ich Ruth Wagner sehe. Das kann ich mir alles vorstellen. Aber eines ist klar: Wer länger studiert als die um die Hälfte verlängerte Regelstudienzeit und nicht an Kindererziehung beteiligt ist und keine sonstigen sozialen Probleme hat, der bekommt vom Steuerzahler in einer schwierigen Zeit so viel an Unterstützung, dass man erwarten kann, dass er einen kleinen Teil dieser

Unterstützung selbst zurückgibt. Das ist ganz normal und fair.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir werden gemeinsam über Veränderungen im Beamtenrecht reden müssen. Ich sage das ganz klar: Wir müssen über die Frage reden, ob wir Beamten nicht auch eine Möglichkeit geben können, mit dem 40. oder 45. Lebensjahr aus dem Beamtenverhältnis in einen anderen Beruf zu wechseln, ohne dass sie die Pensionsansprüche verlieren, die sie bis dahin erworben haben. Derzeit ist dies das geltende Recht. Denn sonst werden wir die Zahl 9.000 – etwa durch Fluktuation – schwieriger erreichen können, als es eigentlich notwendig wäre.

Herr Kollege von Hunnius, ich kann da 18.000 hinschreiben, aber Fluktuation und Arbeitsrecht machen diese Zahl nicht realistischer. Die Zahl, über die wir hier reden, ist unter dem Gesichtspunkt des geltenden Rechts eine anstrengende Zahl – bevor ich überhaupt über das Thema Aufgabenkritik gesprochen habe. Ich teile Ihre Meinung zur Aufgabenkritik. Wir werden dort in den nächsten Wochen gemeinsam große Herausforderungen erleben. Ich habe gesagt, wir wollen die Regierungspräsidien restrukturieren. Das geht nicht ohne Aufgabenkritik.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Aber wir werden ganz schnell bei dem Thema sein – und das wird auch ganz lustige Diskussionen geben –, was geht und was nicht geht. Wir werden über Standorte diskutieren müssen, selbstverständlich – denn Standorte bedeuten Kosten. Wir werden schauen müssen, wie wir damit hinkommen. Wir sind nicht am Ende der Dinge, die durch diesen Haushaltsplan angelegt worden sind. Aber ich sage, ohne bestimmte Veränderungen im Beamtenrecht wird diese Fluktuation fast nicht herzustellen sein.

Mit Änderungen ist nicht gemeint: „Wir können entscheiden, dass die gehen müssen“, sondern es sind Entscheidungen gemeint, die andere heute nicht treffen, weil das Recht so ist, dass sie mit dem Eintritt ins Beamtenleben diese Chance eigentlich verlieren.

In der Föderalismuskommission wollen wir über die Auflösung von Mischfinanzierungsverhältnissen reden.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Ich sage Ihnen ganz offen: In der Hochschulfinanzierung – um ein gutes Beispiel zu nennen – verlieren wir alleine dadurch Geld, dass wir immer erst die Stelle in Hannover fragen und uns in einen auf fünf Jahre angelegten Plan einfügen müssen, statt in einem Jahr beschließen zu können, wir machen etwas anders, als wir es uns vor drei Jahren überlegt hatten. Die Wissenschaft ist heute schneller als die öffentlichen Planungs- und Anmeldeprozesse.

Ich will gar nicht mehr Geld. Das hätten wir auch immer gern. Aber wenn man uns das Geld zur freien Verfügung gibt, dann können wir damit mehr machen. Das gehört zu den Dingen, die wir in der Föderalismuskommission besprechen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit zu Ende geht.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Gut. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb ist es die eigentliche Vorgabe der nächsten Wochen und Monate, diese Aufgaben zu bewältigen. Ich will darauf hinweisen, dass es sinnvoll wäre, wenn wir über diese Fragen miteinander streiten. Und wenn ich das zum Schluss sagen darf, wir müssen bei diesem Streit eines berücksichtigen: Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass wenig über die 42-Stunden-Woche gesprochen worden ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie nicht zugehört!)

– Herr Schmitt, Ihnen zuzuhören ist zugegebenermaßen extrem schwierig, aber selbst Sie haben sich in dieser Frage so nicht geäußert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Probleme in unserem Land sind nur zu lösen, wenn wir feststellen, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine große Belastung zumuten. Das dürfen wir nicht kleinreden. Sie tragen in diesem Einsparprogramm die größte Belastung – niemand trägt größere Belastungen als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Das halte ich für angemessen. Es ist in der Aufgabenverteilung auch unauflöslich, dass zunächst einmal ein Organismus selbst seinen Beitrag leisten muss.

Aber das bedeutet auch, dass wir versuchen müssen, gemeinsam die Organisationsreform, die damit einhergeht, so zu begleiten, dass nicht jeder versucht, jeweils das kleinste Karo des anderen anzugreifen oder zu verteidigen, weil darunter nur alle leiden, die in der jeweiligen Institution sind. Ich lade Sie ein, diese Diskussion mit zu führen. Der Beginn dieses Haushalts ist eine Diskussion, wie man sparen kann. Er ist aber zugleich eine Diskussion, wie wir es schaffen, organisatorische Veränderungen in diesem Land zu bewegen. Dieses geht nicht, indem jeder sagt, es müsse sich etwas ändern, aber an jeder Stelle seiner individuellen Interessenssphäre sagt, dass eine Veränderung ausgeschlossen werden muss.

Alle Politiker regen sich darüber auf, dass das in der Zeitung stattfindet. Jeder, der in der Regierung ist – egal, in welchem Land –, regt sich darüber auf, dass das jeweils dort stattfindet, wo er Verantwortung trägt. Fangen wir doch damit an, dass es nicht im Hessischen Landtag ständig stattfindet. Ich habe mich bei meiner Fraktion zu bedanken, die an dieser Stelle unter Ihrem Angriff genau diese Frage zu bewältigen hat.

Wir sind mit 56 Stimmen gewählt, wollen und müssen es gemeinsam machen. Die Verpflichtung ist – ich habe das vorhin bei Herrn Wagner gehört –, auch zu sagen: Ja, mir tut es genauso Leid, diese Einrichtung jetzt nicht mehr voll zu bezuschussen oder gar zu schließen, aber ich habe am Ende eine gesamte Verantwortung für das Land, dass die Bilanz stimmt. Wenn jeder an seiner Stelle das, was ihm lieb ist, nicht macht, bewegt sich im ganzen Lande nichts.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug!)

Ich bedanke mich bei der CDU-Fraktion, dass sie so nicht denkt. Ich fordere Sie auf, in Zukunft anders zu denken,

als Sie es heute hier gezeigt haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Unruhe auf der Zuhörertribüne)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Darf ich Sie auf der Tribüne bitten, den Raum zu verlassen?

(Besucher verlassen die Zuhörertribüne.)

Das Wort hat der Kollege Kaufmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, erste Bemerkung zu Ihnen: Die Gedanken sind frei, und sie werden es auch bleiben, selbst wenn das Ihnen nicht passt.

(Horst Klee (CDU): Ach ja!)

Meine Damen und Herren, wenn der Ministerpräsident hier heute das Wort ergreift – gestern durfte sein Finanzminister wenigstens noch reden, zu sagen hat er schon lange nichts mehr, wie wir wissen, heute ist selbst das Reden nicht mehr erlaubt –, dann tut er es deshalb, weil in seinen eigenen Reihen, das Ende seiner Rede hat das überdeutlich gemacht, die Erosion fortschreitet. Herr Ministerpräsident, deshalb machen Sie den Hessischen Landtag wieder einmal zu einer Parteitagsbühne.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das, was Sie hier erzählt haben, ist nichts anderes als die Verbalisierung von „Stahlhelm auf und durch, und wage sich keiner, auch nur irgendwo seitlich herauszutreten“, denn – ich fange mit einigen Punkten an – er hat beklagt, dass die Opposition keine Vergleiche der hessischen Politik zu anderen gezogen hätte. Meine Damen und Herren, wir haben die Vergleiche als Opposition insoweit gar nicht nötig. Die Vergleiche wurden von neutraler dritter Seite gezogen. Hessen wurde bei dem Rating der Kreditwürdigkeit herabgestuft – andere wurden das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das wurde Ihnen heute mehrfach gesagt. Es ist völlig klar, dass die Probleme hessisch sind und hier Hausaufgaben nicht gemacht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil in den eigenen Reihen die Zweifel immer größer werden – denn Sie kriegen nicht nur die Demonstrationen, sondern auch die Briefe und alles andere mit –, wird die Parole von der Alternativlosigkeit immer wieder hochgehalten.

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen, wir als GRÜNE haben Ihnen schon mehrfach Alternativen zu Ihren Vorschlägen präsentiert und werden das weiter tun. Sie und Ihre Leute lehnen sie ab. Sie hören noch nicht einmal richtig zu. Als Alternativen haben wir im ersten Teil das Sozialbudget präsentiert. Wir haben es auch finanziert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Wir haben im zweiten Teil bei der Weihnachtsgeldaktion eine soziale Komponente vorgeschlagen. Auch dies wurde brüsk abgelehnt. Sagen Sie nicht mehr, es gäbe keine Alternativen. Seien Sie wenigstens ein einziges Mal ausnahmsweise ehrlich,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und sagen Sie: Ich will das so. – Sie haben die Mehrheit und können das durchsetzen. Aber hören Sie auf mit dem Bandenspiel über die Opposition, nur um Ihre eigenen Reihen geschlossen zu haben, denn da sind die Zweifel längst ausgebrochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Punkt ist noch anzusprechen. Herr Koch hat der Bundesregierung vorgehalten, sie käme erst jetzt; sie würde schon fünf Jahre regieren. Herr Ministerpräsident, Sie regieren auch schon fünf Jahre. Seien wir genau und sagen: viereinhalb Jahre. Viereinhalb Jahre haben Sie gebraucht, bis Sie auf die „Aktion düstere Zukunft“ gestoßen sind. Das hätten Sie alles vor einem Jahr machen können, denn die Daten waren genau dieselben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nur zwischen dem letzten Herbst und heute lag der 2. Februar – wie wir alle wissen –, und da war Landtagswahl. Deswegen war es klar, dass Sie nicht die Wahrheit gesagt, sondern den Leuten etwas in der Tradition vorgegaukelt haben, wie Sie es auch im Vorfeld der Bundestagswahl gesagt haben, nämlich: Alle kriegen mehr Geld, und wir kriegen das irgendwie hin und die Steuern ein bisschen runter; über die Finanzierung, wie der Staat sich finanziert, wird nicht geredet.

Meine Damen und Herren, aus dem Mund des Ministerpräsidenten vorgehalten zu bekommen oder es zu hören, dass er anderen vorhält, sie hätten früher etwas tun müssen, ist nun wirklich mehr als makaber. Er ist derjenige, der aus ganz durchsichtigen parteipolitischen Gründen die Erkenntnisse, die er selber haben musste, hinter den Berg gehalten und den Leuten etwas anderes erzählt hat – „kein Sonderopfer für Beamte“ ist nur eines der Beispiele –, um den Wahlerfolg nicht zu gefährden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, damit wird deutlich, das, was Sie hier vorgetragen haben, war die Parole an die eigenen Leute: „Haltet weiter durch, auch wenn die Angriffe kommen und die Argumente der Opposition richtig sind.“ Deswegen weichen Sie auf Bundespolitik und noch darüber hinaus aus und erzählen hier irgendwelche Geschichten, die Ihrem tatsächlichen Verhalten überhaupt nicht entsprechen.

Lassen Sie bitte endlich die hessischen Kinder in Ruhe, und nehmen Sie sie nicht immer als Grundlage für Ihre Argumentation. Wenn jemand, der selbst der größte Schuldenmacher mit den Rekordverschuldungen in der Geschichte Hessens ist, plötzlich sagt: „Das kann ich meinen Kindern nicht zumuten“, dann ist Herr Ministerpräsident Roland Koch den hessischen Kindern nicht länger zuzumuten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da es sich nicht länger lohnt, will ich mich jetzt dem Thema, was wir in der Sache zu besprechen haben, weiter zuwenden, nämlich zu dem – ich nenne es gerne abgekürzt – „ZukverdüG“. Das heißt, es ist Ihr Zukunftsverdüstergesetz – Herr Kollege Milde, weil Sie so freundlich gucken –, denn Zukunftssicherung darf man so etwas nicht nennen. Herr Milde, das würden Sie mir als Christ vielleicht noch zugestehen: Zu glauben, man könne per Gesetz die Zukunft sichern, würde ich als eine der Todsünden, nämlich die Hoffart bezeichnen. Das geht nicht. Sie tun nur so. Sie sichern die Zukunft natürlich nicht in einem Gesetz,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern Sie blasen sich auf. Man kann vielleicht einen Haushalt damit sichern, aber ganz gewiss nicht die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Von daher sollten Sie solche Begriffe tunlichst meiden. Meine Damen und Herren, durch die „Operation Zukunft“ betreiben Sie einen verächtlichen, kaltschnäuzigen und völlig kulturlosen Umgang mit den Menschen und Institutionen, die sich um das Land und seine Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht haben. Herr Ministerpräsident, deshalb nehmen wir Ihnen auch Ihre Äußerungen, das sei schmerzhaft, nicht ab. Sie sind nicht ehrlich,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

denn Sie erklären zwar vom hohen Ross herab, wie wertvoll die ehrenamtliche Arbeit ist, aber gleichzeitig streichen Sie so zusammen, dass Hauptberufler und vor allem ganz viele ehrenamtlich tätige engagierte Frauen und Männer in Hessen für überflüssig erklärt werden.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Boddenberg?

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich gestatte keine Zwischenfragen.

Über Jahre hinweg haben diese Menschen für diese Gesellschaft Aufgaben übernommen. Jetzt sagt Roland: weg damit. – Und Sie heucheln – das ist der Vorwurf –, es täte Ihnen auch noch Leid. Das kann Ihnen schon deshalb niemand glauben, weil die meisten Ihrer Maßnahmen überhaupt nichts einsparen. Schaut man nur ein bisschen über den nächsten Ultimo hinaus, dann stellt man das ganz genau fest.

Das sieht nur nach Kahlschlag aus ideologischen Gründen aus. Kalt und vorsätzlich soll mit den Mitteln des Haushaltes eine gesellschaftliche Restauration durchgesetzt werden. Roland Koch, der schon immer gegen „68er“-Politik war und das zu seinem Lebensziel gemacht hat, sieht endlich die Chance: Erst türme ich die Schulden auf, dann stelle ich die Katastrophe fest. Dann kann ich Maßnahmen erfinden und auf diese Weise die Gesellschaft verändern. – Das steckt dahinter. Dann heucheln Sie bitte nicht länger, dass es Ihnen Leid täte oder dass Sie es als schmerzhaft empfinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Meine Damen und Herren, dann wird auch noch versucht, möglichst schnell vollendete Tatsachen zu definieren, letztlich, Herr Kollege Milde, aus Angst, den Argumenten der Gegenseite nicht gewachsen zu sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Na also!)

Herr Boddenberg, sagen Sie einmal, wie Sie das begründen wollen, z. B. gegenüber einer sozialen Initiative, die wenige Tausend Euro im Jahr Landeszuschuss erhält, den sie streichen wollen. Was sagen Sie, wenn sie mit Ihnen sprechen und sie Ihnen nachgewiesen haben, dass durch diese Streichung ihr Betrieb zusammenbricht, sie ihn nicht mehr weiter betreiben können, weil sie nur vom Land Geld bekommen und damit die engagierte ehrenamtliche Arbeit vieler Bürgerinnen und Bürger ins Leere fällt? Wenn Ihnen das die Leute in Ihrem Wahlkreis nachweisen, was sagen Sie dann? Dann müssen Sie irgendwie allgemein mit dem Grundsatz „alternativlos ist diese Kürzungssorgie“ argumentieren. Sie können den Leuten dabei aber nicht in die Augen schauen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deswegen wollen Sie das hier so schnell wie möglich, im Dunkeln, so unauffällig wie möglich, durchziehen. Sie verweigern vor der Entscheidung den Dialog, um hinterher den Menschen das Bedauern über die Schmerzhaftigkeit vorzulügen. Meine Damen und Herren, damit belügen Sie nicht nur die Betroffenen aufs Neue. Sie zeigen damit erneut Ihre Rücksichtslosigkeit, letztlich Ihre moralische Verkommenheit.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das verbitte ich mir, Herr Kollege!)

Roland Koch geht es um sich selbst und überhaupt nicht um die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kaufmann, „moralische Verkommenheit“: Ich darf Sie bitten, Ihre Ausdrücke besser zu wählen und parlamentarischer zu gestalten.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich bedanke mich für den Hinweis.

(Volker Hoff (CDU): Das war kein Hinweis! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das war eine Rüge!)

Genau dies zeigt Art. 1 Ihres Zukunftsverdüsterungsgesetzes aber auch überdeutlich. Da wird nicht lange gefackelt. Da werden personenbezogene Wegfallvermerke für rund 7.750 Stellen vorgegeben. Die Ressorts wählen die Stellen oder gar die Personen aus und die Personalvermittlungsstelle zieht „die gemeldeten Beschäftigten als Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie für befristete Sonderaufgaben“ heran.

(Lebhafte Zurufe des Abg. Volker Hoff (CDU))

Meine Damen und Herren, das ist ein wörtliches Zitat aus dem Text. Herr Kollege Hoff, Sie sollten das Gesetz einmal lesen, das Sie demnächst hier beschließen wollen. Heranziehungsbescheide kannten wir bisher nur aus anderen Rechtsgebieten. In der Personalführung sind sie

längst überholt und aus guten Gründen total verpönt, und zwar völlig zu Recht, weil damit Motivation zerstört, Qualifikation missachtet, Teamgeist und Kollegialität ruiniert werden. Herr Ministerpräsident, das, was Sie in Ihr Gesetz geschrieben haben, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Angriff auf die Würde der Bediensteten des Landes Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Natürlich gibt es gegen eine solche Vorgehensweise Widerstand. Deshalb werden und müssen die Mitbestimmungsrechte gleich mit weggeputzt werden. Der Änderungsantrag der Regierungsfraktion kam, bevor der Gesetzentwurf zum ersten Mal gelesen wurde. Dann müssen die Rechte der Frauenbeauftragten gleich noch mit weggeputzt werden. Deshalb werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Chance mehr haben, sich mithilfe der Personalräte gegen die Heranziehung zu wehren. Wir glauben zwar nicht, dass eine solche Vorgehensweise rechtlich haltbar und mit höherrangigem Recht vereinbar ist, aber jenseits dieser Frage, Herr Ministerpräsident, ist dies weder zielführend noch hilfreich für eine gute und effektive Landesverwaltung. Es ist von autoritärem Dünkel und von Herrschaftsfantasien gekennzeichnet. Es ist, wie die gesamte „Operation Zukunft“ und das dazugehörige Zukunftsverdüsterungsgesetz, von Dummheit und Arroganz geprägt, das Ergebnis der absoluten Mehrheit eines Ministerpräsidenten und einer CDU,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der Wahrheitstreue und politische Moral beim Ausleben ihrer Machtversessenheit schon lange hinderlich sind.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Verfahrenstricks am Rande der Legalität – das bezieht sich auf die Art und Weise, wie wir hier beraten sollen –, Beseitigung von Mitbestimmungsrechten, unwürdige Degradierung zu Verfügungsmasse und Einsparpotenzialen, höhere und neue Gebühren und weniger Finanzmittel, vor allem bei sozialen Leistungen,

(Volker Hoff (CDU): Gut aufgeschrieben!)

das charakterisiert Ihr Zukunftsverdüsterungsgesetz. Das charakterisiert die kochsche Politik. Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler würde jetzt sagen: „Das ist zum Kotzen.“ Ich schließe mich ihm an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Volker Hoff (CDU): Das hat er aufgeschrieben bekommen und leiert es jetzt herunter! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Kaufmann, vielen Dank. Auch Ihre letzte Bemerkung gehört nicht in den Bereich der ausgewiesenen parlamentarischen Äußerungen. Das will ich ausdrücklich festhalten.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Damit hat er seine Rede selbst qualifiziert! – Frank Gotthardt (CDU): Nach der Rede hat er Recht!)

Das Wort hat der Kollege Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

(Frank Gotthardt (CDU): Hohe Erwartungshaltung!)

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass sich der Hessische Landtag heute Morgen die Zeit und die Ruhe nimmt, das Zukunftsthema unseres Landes zu erörtern. Es ist eigentlich schade, dass wir das in den letzten Jahren in dieser Ernsthaftigkeit und mit dieser Tiefe nicht getan haben. Sicherlich sind alle Fraktionen in diesem Hause mit daran schuld, dass die Verschuldung in diesem Land sehr hoch ist. Ich will jetzt nicht die einzelnen Millionen- oder Milliardenbeträge Rot-Grün, CDU/FDP oder CDU ankreiden, sondern jeder, der hier im Raum ist, hat eine Mitverantwortung für die schlechte finanzielle Situation in diesem Lande. Jeder in diesem Raum bzw. seine Amtsvorgänger haben zu verschiedenen Koalitionszeiten die Hand gehoben und Neuverschuldung in diesem Land zugelassen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird nun endlich Zeit, dass wir mit der Ausgaben- und Verteilungspolitik aufhören, dass wir in Hessen zu einer Politik kommen, in der wir tatsächlich nur das ausgeben, was wir auch einnehmen. Da war heute eine gute Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, ich möchte drei Punkte sagen und den Pulverdampf zur Seite schieben, der aus Ihren Worten herausgekommen ist und der deutlich macht, dass Sie erstens alles vollkommen richtig, zweitens zum richtigen Zeitpunkt und drittens die richtigen Verkäufe machen würden. Herr Ministerpräsident, Sie nennen das, was Sie uns vorgelegt haben, was uns Karlheinz Weimar schon als Finanzminister vorgelegt hat, „Operation sichere Zukunft“. Sie tun so, auch in Ihrer Rede, in den öffentlichen Äußerungen der 56 Kollegen der Union in diesem Raum, als ob Sie einen riesigen Sprung machen würden. Sie tun so, als ob Sie bei der Weltmeisterschaft antreten und sofort Sieger werden würden. Herr Ministerpräsident, bleiben wir bei dem Bild Weitsprung. Das, was Sie mit dem Haushaltsentwurf für 2004 hier vorgelegt haben, hat allerhöchstens das Niveau von Bundesjugendspielen, aber nicht von Weltmeisterschaftsspielen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Michael Boddenberg (CDU))

Herr Ministerpräsident, es geht jetzt nicht um die Demonstranten. Es geht darum, dass Sie meinen, ein Bild aufbauen zu müssen, als ob Sie der Weltmeister im Umstrukturieren von Haushalten seien.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie bei den Bundesjugendspielen mitgespielt?)

Herr Ministerpräsident, nein, es ist das Niveau von Bundesjugendspielen. Es ist nicht mutig genug, was Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das muss von dieser Stelle aus deutlich gemacht werden.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wir sind schon 6 m gesprungen!)

– Herr Kollege Dr. Jung, Sie tun so, als ob die „Operation sichere Zukunft“ alles sei, was man machen kann. Ich sage: Nein, es ist alles, was man gerade machen muss, um

überhaupt einen verfassungsgemäßen Haushalt 2004 vorzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt den Unterschied zwischen dem öffentlichen Bild des Weltmeisters Roland Koch und demjenigen, der an Bundesjugendspielen teilnimmt. Das muss doch offen und ehrlich gesagt werden. Es kann doch nicht wahr sein, dass man sich selbst das Bild vor Augen führt: Wir sind die Größten. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nein, Sie machen nur das Notwendigste aller Notwendigkeiten. Sie legen einen Haushaltsplanentwurf für 2004 vor, der nicht verfassungswidrig ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist die Aufgabe der Regierung, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Dies ist keine besondere Leistung.

(Zurufe der Abg. Volker Hoff und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie haben – ich komme gleich noch dazu – das Thema Vorziehen der Steuerreform vollkommen zur Seite gelegt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Herr Ministerpräsident, was ist denn das für ein Mut?

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Was ist weltmeisterschaftlich daran, wenn man zum einen sagt: „Ich will gerade mal die Latte überspringen, die Verfassungswidrigkeit heißt“, man sich die Latte aber herunter legt, weil man weiß, dass es in irgendeiner Art und Weise schon eine Steuersenkung 2004 geben wird. Das weiß jeder hier in diesem Raume, und das weiß insbesondere ein Ministerpräsident, und das weiß insbesondere Roland Koch als Mitglied des Vermittlungsausschusses zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in den nächsten Wochen wird es Verhandlungen in Berlin geben. Man braucht doch kein Prophet zu sein, um Ihnen sagen zu können: Der Kompromiss wird auf alle Fälle in der Art ausfallen, dass entweder ein Teil der Steuerreform von dem Jahr 2005 auf das Jahr 2004 vorgezogen wird oder aber dass bereits im Jahr 2004 ein riesiger Schritt in Richtung Umstrukturierung des Steuersystems getan werden wird. Letzteres ist das, was die FDP gerne hätte. Beides hätte auf der Einnahmenseite Folgen für unseren Landeshaushalt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Herr Ministerpräsident, das, was Sie tun, ist nicht mutig und auch nicht weltmeisterschaftlich. Es ist Ihre Pflicht. Diese Aufgabe haben Sie erfüllt. Dafür loben wir Sie auch. Aber bitte blasen Sie das, was darum herum ist, nicht zu dick auf. Tun Sie bitte nicht so, als ob Sie die Republik oder dieses Land aus der Schuldenfalle herausführen würden.

Ich komme zum zweiten Punkt. Herr Ministerpräsident, das sage ich jetzt ganz persönlich. Es ist schon ein bisschen ärgerlich, dass Sie sich hierhin stellen und so tun, als wäre alles das, was Sie hier vortragen, das Einzige, was es gibt, und die anderen Fraktionen dieses Hauses würden nichts tun.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will das jetzt nicht mit einem der Worte belegen, die ansonsten bei so etwas immer üblich sind. Der Präsident müsste dann möglicherweise versuchen, mich auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie einfach an etwas erinnern. Es waren die neun Menschen der FDP-Fraktion, die sich vor der Sommerpause viel Arbeit gemacht und dafür viel Zeit genommen haben. Natürlich haben wir das nicht alleine gemacht. Wir wurden von Hunderten von Menschen dieses Landes beraten. Letztlich haben wir dann aber zu neun einstimmig ein 45-Punkte-Programm zur Sanierung unseres Landeshaushalts beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Keiner in diesem Raum wird doch im Ernst glauben, dass das bei uns ohne Probleme erfolgt ist. Wir hatten noch eine ganze Reihe von Ideen. Bei uns gab es ein Vorverständnis dadurch, dass wir mit Ruth Wagner und Dieter Posch zuvor eine Ministerin und einen Minister in der Regierung hatten. Die Erfahrungen der letzten vier Jahre und all das andere mussten doch mit bedacht werden. Wir haben es geschafft, ein Programm vorzulegen, mit dem der Haushalt dieses Landes von Grund auf saniert werden könnte. Herr Ministerpräsident, unterlassen Sie es, zu sagen, es gebe keine Alternative zu Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt eine Alternative. Es gibt sogar eine mutige Alternative. Nur, diese mutige Alternative zu erarbeiten hat natürlich Vorbereitungszeit gekostet. Den Kolleginnen und Kollegen der Union sage ich jetzt in aller Freundschaft und Verbundenheit und aufgrund der Erfahrung der vier gemeinsamen Regierungsjahre: Sie haben im Februar dieses Jahres einen Fehler gemacht. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Union, nachdem Sie wussten, dass Sie alleine regieren würden, hätten Sie unverzüglich an die Arbeit gehen müssen, den Haushalt zu sanieren.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben sich ein halbes Jahr lang in der „Vision 2015“ gesonnt, die wir in Ihrem Regierungsprogramm nachlesen durften. Das hilft den Menschen heute aber leider nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Den Menschen im Jahre 2015 wird es aber auch nicht helfen. Denn das Aufkommen aus den Steuern der Menschen des Jahres 2015 wird für die heute gemachten Schulden aufgewandt werden müssen.

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, tun Sie mir bitte einen Gefallen: Sagen Sie den Menschen nicht, es gebe keine Alternative zu dem, was Sie tun. Sagen Sie den Menschen nicht, Sie hätten mit Ihrer Arbeit rechtzeitig angefangen. – Sie haben gehofft. Ich kenne doch Ihre Denkweise. Wir haben doch vier Jahre lang gemeinsam gearbeitet. Da wurde versucht, sich in den Windschatten der anderen Bundesländer zu stellen. Herr Ministerpräsident, Sie mussten dann feststellen, dass Herr Stoiber Ihre Politik angreift. Hessen wurde down geratet. Sie mussten sehen, dass eine Fraktion, die aus neun Menschen besteht, es tatsächlich schafft, ein 45-Punkte-Programm vorzulegen. Erst als Sie all das gesehen hatten, sind Sie in die Puschen gekommen. Es ist gut, dass Sie in die Puschen gekommen sind. Aber leider erfolgte dies nicht mit der notwendigen Konsequenz. Herr Kollege von

Hunnius hat bereits darauf hingewiesen: Man kann natürlich in der Art mit dem Sparen beginnen, wie Sie es getan haben. Das ist aber konzeptionslos.

(Beifall bei der FDP)

Es ist unstrukturiert. Das wurde hektisch gemacht. Wenn man zu sparen beginnen will, muss man mit der Aufgabenkritik beginnen. Herr Ministerpräsident, das kann nicht so gehen, wie Sie es gesagt haben. Sie sagten, das käme jetzt, im zweiten Schritt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man zu sparen beginnt, muss man sich fragen: Welches sind eigentlich die Vermögenswerte, die wir nicht brauchen, von denen wir uns trennen können? Wo ist denn das Privatisierungskonzept der Hessischen Landesregierung? Herr Kollege Milde, es gibt keines.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es gibt Teilmengen und linke und rechte Taschen. Ob es sich dabei nun wirklich um das Heben stiller Reserven handelt, darüber mögen Volkswirte streiten. Nur letztlich wissen wir alle, dass der Wert des neuen „Unternehmens“ um diesen Betrag reduziert wurde. Herr Kollege Milde, denn das Geld kann man nun wirklich nicht zweimal erwirtschaften.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Jetzt wird sich darüber gewundert, dass wir über die Arbeitszeit reden. Der Ministerpräsident tat es eben. Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, das war im Vorschlag der FDP enthalten. Unser Vorschlag unterschied sich von Ihrem etwas. Wir haben gesagt: Wir wollen 41 Stunden Arbeitswochenzeit für alle. – Sie haben ein – so finde ich – besseres Modell entwickelt. Sie haben gesagt: bis zum 50. Lebensjahr eine Arbeitszeit von 42 Wochenstunden. Wir alle kennen das Modell. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, tun Sie doch nicht so, als ob das etwas Neues wäre. Sie haben doch eben gesagt, in Hessen sei damit angefangen worden, und andere würden das jetzt nachmachen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (FDP))

Nein, das ist nicht der Fall. Sie befinden sich hier im Windschatten der anderen. In Hessen hat dies als Erstes die FDP-Fraktion des Hessischen Landtags vorgeschlagen. So war die Reihenfolge in Wirklichkeit.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, ich sage Ihnen: Es wäre klug, wenn wir endlich aus den Schützengräben der Parteipolitik herauskämen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Herr Ministerpräsident, ich finde Ihr Lachen jetzt relativ unpassend.

(Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD) – Zurufe)

– Ich finde es relativ unpassend. – Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in einem Schützengraben befunden. Sie haben sich nämlich hierhin gestellt und erstens gesagt, Sie seien mit Abstand der Beste. Zweitens haben Sie gesagt, die anderen hätten keine Alternative aufgezeigt. Diese Beschreibung ist unzutreffend. Deshalb sage ich: Sie ha-

ben sich in einem Schützengraben befunden. – Hören Sie damit auf. Wir sollten doch alle aus unseren Schützengräben herauskommen und endlich sagen, dass wir uns zusammen hinsetzen. Das, was im Entwurf des Haushaltsplans des Jahres 2004 steht, reicht nicht für eine sichere Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde aus.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (FDP))

Wir müssen noch mehr machen. Herr Ministerpräsident, nehmen Sie das Angebot doch endlich an. Sie merken doch, dass Sie es alleine nicht schaffen, eine grundsätzliche Finanzierung zu erreichen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Bisher erreichen Sie nur die minimale Grenze. Eigentlich haben Sie sich die Latte noch etwas tiefer gelegt. Nehmen Sie doch das Angebot an, das wir Ihnen gemacht haben. Ich weiß, dass die Sozialdemokraten es auch nicht als ganz besonders dumm empfinden würden. Lassen Sie uns einmal gemeinsam hinsetzen. Wir sollten dann schauen, wo man noch sparen kann. Wir alle hätten dann auch den Vorteil, dass sich der Abg. X aus dem Y-Dorf zu Hause nicht hinstellen und sagen kann: Aber das und das muss auf alle Fälle erhalten bleiben. – Denn er steht dann auch in der Verantwortung. Solange Sie aber meinen, diesen Weg alleine beschreiten zu können, werden Sie hinsichtlich des Erreichens Ihrer Ziele nicht sehr weitkommen.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zum Bundesrat und zum Vermittlungsausschuss machen. Ich sage das jetzt nicht nur als Vorsitzender der FDP-Fraktion dieses Hauses. Vielmehr sage ich dies für die FDP im Bund und in den Ländern insgesamt. Wir Liberale sind der festen Überzeugung, dass wir die nächsten Wochen nutzen müssen, um zu einer ganz gravierenden Änderung der Politik in der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Es muss zu ganz gravierenden Änderungen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Es muss jetzt Schluss sein mit dem Schwätzen in Berlin, den Landtagen, dem Bundesrat und überall dort, wo Vertreter von uns oder wir selbst sitzen. Wir müssen relativ schnell zu einer Veränderung des Steuersystems kommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte jetzt mit niemandem in diesem Raum darüber streiten, ob es sich dabei um das Vorziehen der vierten Stufe handelt oder ob das eine grundlegende Änderung sein sollte. Ich kann dazu nur sagen: Herr Merz lässt grüßen. Herr Solms und andere haben das schon vor Monaten zu Papier gebracht. Aber ich wäre sehr zufrieden, wenn diese Vorstellungen in der Union nun eine Mehrheit fänden. Wir müssen in den Verhandlungen offen darüber reden, welchen Weg wir beschreiten wollen. Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht: Das muss heute Mittag mit den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss beginnen. – Wir müssen das Ziel haben, den Arbeitsmarkt zu reorganisieren. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es muss den Menschen wieder Spaß machen, in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht nicht darum, irgendwie Beschäftigung zu organisieren. Vielmehr müssen in diesem Lande Arbeitsplätze geschaffen werden,

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heide (FDP))

damit wir unsere Sozialsysteme und die Staatsfinanzen wieder auf die Füße stellen können. Das ist für uns wichtig. Wolfgang Gerhardt hat das vorhin in Berlin noch einmal wiederholt: Wir müssen ab heute Mittag, mit den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss, an diese Fragestellungen herangehen. Dabei geht es um den Flächentarif und die Allgemeinverbindlichkeit des Flächentarifs. Dabei geht es um den Kündigungsschutz und vieles mehr. Das müssen wir jetzt angehen und da zu einem Ergebnis kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Das ist die Aufgabe, vor der wir, die Mitglieder des Hessischen Landtags, auch alle stehen. Das betrifft den Ministerpräsidenten und das Verhalten Hessens im Bundesrat. Das betrifft die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, die im Vermittlungsausschuss sitzen. Ich rufe deshalb auch ganz deutlich den Mitgliedern der Sozialdemokraten und der GRÜNEN zu: Kommt auch in Berlin aus den Schützengräben heraus. Wir müssen jetzt alle auf die freie Fläche treten

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

und für die Menschen dieses Landes sichtbar sein. Wir müssen dann sagen: Das und das muss gemacht werden, damit der Reformstau beendet wird und damit Deutschland wieder nach vorne kommt. – Da hilft es uns nicht weiter, wenn der eine das eine oder andere schöner oder hässlicher findet. Nur gemeinsam können wir den Karren aus dem Dreck ziehen. Das gilt auch für die hessische Politik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Williges für die CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Hat er die Apfelsinenkisten dabei?)

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wende mich ganz konkret an die Mitglieder der Opposition dieses Hauses. Die Argumentation, die Sie heute zur Ablehnung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2004 aufgebaut haben, steht nicht nur im krassen Widerspruch zu dem, was Sie gestern zu dem Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf für das Jahr 2003 gesagt haben. Dazu werde ich später noch einmal kommen. Der Herr Ministerpräsident hat schon sehr deutlich gemacht, dass Sie einen großen Teil des Spektrums völlig ausgelassen haben.

Das kann man natürlich so interpretieren, dass Sie damit einverstanden sind, dass das unstrittig ist und dass es sich deshalb von Ihrer Seite nicht lohnt, darüber zu reden. Dann verbleibt – und das gilt weniger für die FDP, die einen ganz anderen Kurs fährt; ich will hier jetzt auch nicht über Urheberrechte und andere Dinge sprechen – bei der rot-grünen Kritik nur ein ganz, ganz kleiner, enger Bereich; und was Sie da bringen, ist von minderer Qualität und steht auf tönernen Füßen. Das will ich in aller Kürze, weil ich mit der Redezeit ökonomisch umgehen will, versuchen hier an einigen Punkten deutlich zu machen.

Lassen Sie mich beginnen – da spreche ich Sie, Herr Schmitt, an – mit der Vermögensteuer. Sie erwecken den Eindruck, als könnte man durch die Wiedereinführung

der Vermögensteuer Haushaltssanierung betreiben. Sie müssten sich doch noch erinnern – und ich weiß, dass man beim Bundeskanzler nie so ganz sicher ist, wie seine Position gerade ist –, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt hat, die Vermögensteuer sei kontraproduktiv, weil sie die Menschen, die die Leistung tragen, aus dem Land treibe und weil der Aufwand, sie zu erheben, in keinem Verhältnis zum Ertrag stehe.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Na und? – Weitere Zurufe von der SPD)

Wer nun wie Sie glaubt, man könne mit der Vermögensteuer Haushalte in dieser Krise sanieren, liegt völlig daneben. Auf die Idee kann nur ein Maiökonom kommen.

(Reinhard Kahl (SPD): 500 Millionen € sind das! – Weitere Zurufe von der SPD)

Lassen Sie uns über Verbraucherschutz reden. Sie propagieren hier den völligen Zusammenbruch des Verbraucherschutzes in Hessen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Qualität des Verbraucherschutzes in unserem Lande wird steigen. Ich mache Ihnen das auch ganz deutlich. Wir führen die institutionelle Förderung ganz bewusst zurück zugunsten einer Projektförderung. Es ist eine wichtige staatliche Aufgabe – das ist unstrittig –, dass die Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich beispielsweise über gesunde Ernährung, über Lebensmittel, und das in Lebensmittelkrisenzeiten, zu informieren. Das ist unstrittig, und das ist wichtig. Es kann aber keine staatliche Aufgabe sein, zu beraten, welcher DVD-Player oder Videorekorder der leistungsfähigere ist. Wer das in Anspruch nehmen will, soll gefälligst dafür bezahlen. Nach diesem Muster haben wir den Verbraucherschutz neu organisiert und haben ihn optimiert.

Was Sie in den vergangenen Plenarsitzungen hier aufgeführt haben wegen der Internetseite, das geht völlig an den Realitäten vorbei und steht in keinem Verhältnis zu dem, was da geschehen ist. Die Internetseite ist sofort abgeschaltet worden, und die Ursache dafür, dass Sie nicht vertreten waren, liegt darin, weil Sie in keiner Internet-Suchmaschine zu finden sind. So, wie Sie in der hessischen Landespolitik nicht auftauchen, tauchen Sie auch in den Internetsuchmaschinen nicht auf.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP – Anhaltende Zurufe von der SPD)

Was mich ganz besonders ärgert, ist, dass Sie am heutigen Tage die Steuerverfahren in Frankfurt ansprechen und bei den Menschen im Lande den Eindruck erwecken, dort würden Einnahmen nicht herangezogen, dort würden Steuern nicht erhoben und damit hätten wir Verluste für unseren Landeshaushalt.

Herr Schmitt, ich kann mich noch ganz genau daran erinnern, dass Sie in den Sommerferien am 20. August eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses beantragt haben. Wir kamen hierher und mussten feststellen, dass Sie außer einem „Spiegel“-Artikel nicht mehr in der Hand hatten. Sie haben in dieser Sitzung eine traurige Figur abgegeben. Am Ende waren sich eigentlich alle sicher, dass die Angelegenheit durch die fundierten Erklärungen von Finanzminister Weimar erledigt ist. Er hat nämlich ganz klar und deutlich gemacht, dass es ein normaler Vorgang ist, diese Verfahren von dem Finanzamt in Frankfurt an die Wohnsitzfinanzämter weiterzugeben, und dass dort die Fälle weiterverfolgt werden. Das ist auch gängige Praxis zu Ihrer Regierungszeit unter Finanzminister Starzacher gewesen. Damit wäre die Sache erledigt gewesen,

aber weil Sie eine gewisse Eskalationsstrategie fahren, weil Ihnen sonst nichts einfällt, müssen Sie einen Untersuchungsausschuss installieren. Würden Sie nur einen Rest von Fairness walten lassen, hätten Sie abgewartet, bis der Untersuchungsausschuss das Ergebnis vorlegt, bevor Sie hier Anschuldigungen wiederholen, die Sie nicht beweisen können und die, wie gesagt, auf einem „Spiegel“-Artikel basieren, der nach meiner Auffassung schlecht recherchiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einen anderen sehr ärgerlichen Bereich Ihrer Argumentationen ansprechen. Wenn Sie hier Staatssekretär Seif vorwerfen, sein perspektivischer Vorschlag, dass Forstbedienstete, die in diesem Bereich freigesetzt werden, in anderen Bereichen der Landesverwaltung eingesetzt werden, sei unredlich, und wenn dann noch Herr Wagner die Sache toppt und im Zusammenhang mit den Schreibtischen der Staatskanzlei von dieser Stelle aus behauptet – Herr Schmitt, ich hatte eigentlich gedacht, dass ich Ihnen das erklärt hatte und dass das auch Herr Wagner inzwischen verstanden hatte; ich denke, da muss noch pädagogische Nacharbeit geleistet werden –, 9.000 Beamte würden entlassen und hätten keine Schreibtische mehr, dann, sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, versündigen Sie sich an den vielen Menschen in diesem Lande, die um ihren Arbeitsplatz bangen oder die ihren Arbeitsplatz schon verloren haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will eines deutlich machen, und ich sage das auch aus meiner Position, weil ich als einer der wenigen in diesem Hause als Selbstständiger tätig bin und auch überhaupt einer der wenigen bin, die aus der freien Wirtschaft kommen – ich weiß, in Ihren Fraktionen sind solche Leute Raritäten –: Wir wollen hier keine Front aufmachen zwischen freiem Arbeitsmarkt einerseits und öffentlichem Arbeitsmarkt andererseits.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Der Ministerpräsident hat sehr deutlich gesagt, und alle Redner der CDU-Fraktion haben das unterstrichen: Wir wissen, was wir den Bediensteten des Landes mit diesen Einschnitten zumuten, und wir wissen, dass es eine hohe Belastung ist. Nehmen Sie aber doch bitte zur Kenntnis, dass sich die Erwerbsbiografien in unserem Staate verändert haben, dass wir einem Briefträger, der seine Ausbildung mit 16 Jahren beginnt, nicht mehr garantieren können, dass er mit 65 Jahren als Briefträger pensioniert wird. Das ist in der freien Wirtschaft Realität: Menschen sind dazu gezwungen, flexibel zu sein, andere Berufe zu erlernen, andere Tätigkeiten aufzunehmen und auch an anderen, von ihrem Wohnort weit entfernten Orten zu arbeiten. Wenn Sie in diesem Zusammenhang davon sprechen – ich glaube, es war Herr Wagner; Herr Schmitt, jetzt hätte ich Sie beinahe zu Unrecht beschuldigt –, 9.000 Beamte verlören ihren Arbeitsplatz, dann versündigen Sie sich an den Menschen in diesem Lande. Wir müssen dafür sorgen, dass sich der öffentliche und der freie Arbeitsmarkt in der Lebenswirklichkeit annähern. Dazu gehört, dass die Arbeitszeit moderat erhöht wird, wie wir es geplant haben.

(Zuruf von der SPD: Moderat?!)

– Das ist moderat, weil für viele Menschen in führenden Positionen in diesem Lande die 42-Stunden-Woche, Herr Schmitt, schon am Mittwochabend beendet ist.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einiges zu den Widersprüchen sagen. Es ist für einen Parlamentsneuling ganz besonders offensichtlich, was Sie am gestrigen Tage und folgend am heutigen Tage machen. Sie geißeln am gestrigen Tage die Erhöhung der Neuverschuldung im Jahr 2003, eine Erhöhung, Herr Kahl, die dadurch entstanden ist – und da muss ich auch Herrn Kaufmann widersprechen –, dass sich seit dem Herbst 2002 etwas geändert hat, nämlich im Mai durch die Steuerschätzung. Dadurch hat sich die Welt ein Stück weit geändert. Es ist unstrittig in diesem Haus, dass durch massive Einnahmeeinbrüche Korrekturen notwendig waren. Sie wissen, dass das in einem Haushalt, wie dem Haushalt 2003, der sich im Vollzug befindet, ungleich schwerer ist als für den Haushalt 2004. Wenn Sie gestern die Neuverschuldung geißeln und nach Maßnahmen rufen und am heutigen Tage meinen, die ergriffenen Maßnahmen kritisieren zu müssen, weil das populär ist und gut bei den Menschen ankommt – das glauben auch nur Sie –, dann ist das ein eklatanter Widerspruch. Würde ich mit einer derartigen Argumentation zu Hause im Familienrat auftreten, würde meine achtjährige Tochter diese Argumentation sofort durchschauen und widerlegen. Sie muten diese Argumentation den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt auch festzustellen, dass Sie offenbar beratungsresistent sind. Sie ignorieren immer noch die Rahmenbedingungen, unter denen deutsche Bundesländer im Herbst 2003 ihre Haushaltspläne 2004 aufstellen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, es gab in diesem Jahr kein Wirtschaftswachstum in Deutschland. Wie hoch es im nächsten Jahr wird, ist höchst fraglich. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Steuereinnahmen dramatisch eingebrochen sind und dass wir befürchten müssen, dass wir im November noch eine weitere Hiobsbotschaft bekommen, dass die Steuereinnahmen noch weiter einbrechen werden. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Folgen der verkorksten Körperschaftsteuerregelung riesige Löcher in die Etats der Länder gerissen haben, unter denen wir noch heute zu leiden haben. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Wirtschaft in unserem Lande stagniert und dass eine Welle von Insolvenzen über das Land rollt. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Marktbereinigung, wie das manche auch noch ironisch meinen. Das sind vielmehr bislang sehr solide Betriebe, die zum Kern mittelständischen Unternehmertums und damit zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft gehören.

Insbesondere Herrn Kaufmann möchte ich ansprechen, weil er die Wortschöpfung geprägt hat und hier mit wachsender Begeisterung wiederholt. Bis zum heutigen Vormittag habe ich noch geglaubt, mich darüber ärgern zu müssen, dass Sie von „düsterer Zukunft“ sprechen.

Aber wenn man Ihren Einlassungen folgt, ist es eigentlich logisch und nachvollziehbar: Zum einen richten Sie parteipolitisch den Blick auf Berlin – da kann man durchaus von Düsternis sprechen –, zum anderen gehen Sie offenbar mit Scheuklappen durch dieses Land, die Ihnen den klaren Blick verwehren, durch die Sie nicht sehen, dass einschneidende Maßnahmen wie die „Operation sichere Zukunft“ und nur solche Maßnahmen der Krise gerecht werden. Sie sehen nicht, dass unser Bundesland Hessen einen Weg eingeschlagen hat, auf dem andere Länder, auch sozialdemokratisch regierte Bundesländer, folgen. Es wird sich als das Erfolgsmodell in der Krise 2004 zeigen. Das wird uns die Geschichte bringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Quatsch!)

Sie erkennen nicht, dass wir durch unser entschlossenes und konsequentes Handeln unser Wohlstands- und Sozialstandsniveau für uns und vor allem für die kommenden Generationen bewahren. Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Opposition, sind weiterhin im Anfangsstadium der Diagnose. Wir sind in der Therapie schon sehr weit vorangekommen.

(Beifall bei der CDU – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Patient tot, oder was?)

Lassen Sie uns auch eines ganz klarstellen, was auch der Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht hat: Für den Protest der Menschen in diesem Land, die durch Sparmaßnahmen betroffen sind, haben wir selbstverständlich großes Verständnis. Das, was ich hier sage, gilt für alle 55 Kolleginnen und Kollegen. Wir sprechen mit den Menschen im Land, und ich glaube, wir können uns ein Urteil über die Stimmung im Land, zumindest bei der Mehrheit der Menschen, erlauben. Wir haben das Ohr am Volk, wir führen die Dialoge. Sie haben Ihr Ohr bei denen, die Sie für das Volk halten, und meinen, dann beurteilen zu können, wie die Mehrheit denkt.

Meine Damen und Herren, wir sprechen vor allem – das habe ich deutlich gemacht – mit den Betroffenen. Wir sprechen mit den Randgruppen. Aber wir sprechen auch mit den Leistungserbringern in diesem Land, die die Veranstaltung bisher bezahlt haben und von denen wir hoffen wollen, dass sie sie auch künftig bezahlen. Dass wir auf dem richtigen Weg sind und nicht Sie, zeigen die Umfrageergebnisse ganz deutlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben von Randgruppen gesprochen! Wen meinen Sie damit?)

Herr Schmitt, Sie nähern sich – ich will gar nicht von den 18 % reden – den 25 % mit schnellen Schritten von oben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Es gibt noch ein weiteres Indiz, das einfach nicht wegzu diskutieren ist, dass unser Kurs richtig ist und nicht der Ihre: Sie sind auf dem Weg zu Havarien und nicht auf dem Weg zu sicheren Häfen. Das macht die Austrittswelle in Ihrer Partei überdeutlich. Die Menschen verlassen das sinkende Schiff, weil sie mit dem Kurs nicht mehr einverstanden sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie können einwenden, daran sei weitgehend die Bundespolitik schuld und nicht Sie, weil Sie in Hessen nicht in Erscheinung träten. – Das mag sein, aber am Ergebnis ändert es nichts.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Auch ein wirtschaftsstarkes Bundesland wie Hessen, das durch eine leistungsfähige CDU-Regierung geführt wird, hält den durch die desolate rot-grüne Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verursachten Härtesten nur begrenzte Zeit unbeschadet aus. Deshalb mussten wir im Haushalt Konsequenzen ziehen, und deshalb bitten wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, diesem Martyrium in Berlin im Jahr 2006 – oder wenn es irgend möglich ist, schon früher – ein Ende zu machen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat Herr Kollege Walter, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

(Volker Hoff (CDU): Der ist nur für Hessen zuständig! Das hat er gestern Abend im Fernsehen gesagt!)

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst auf einen Satz eingehen, den der Kollege Hahn gesagt hat und bei dem er uns als SPD-Fraktion direkt angesprochen hat. Herr Hahn, Sie haben gesagt: Sozialdemokraten, andere Parteien, kommt aus dem Schützengraben. Wir sind in einer schwierigen Situation im Land und müssen gemeinsam gucken, insbesondere da ein Großteil von dem, was zu besorgen ist, auf bundespolitischer Ebene zu besorgen sein wird. Auf bundespolitischer Ebene geht es nur, wenn die Regierung und der Bundesrat gemeinsam zu Kompromissen kommen werden, weil es ansonsten nicht funktionieren wird.

Ich gebe Ihnen hier an dieser Stelle völlig Recht. Aber sehen Sie: Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat in diesem Jahr in allen Bereichen, die wichtig sind – man kann immer sagen, es ist zu wenig und zu spät –, ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt, auch in Form von Gesetzesinitiativen wie die Hartz-Gesetze für den Arbeitsmarkt, die Gemeindefinanzreform und auch das Zuwanderungsgesetz, das momentan ansteht, Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen. Alles das sind Sachen, bei denen man sagen kann: zu spät, hätte man früher machen können, hätte man mehr machen können. – Nur, meine sehr verehrten Damen Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem, das die rot-grün geführte Bundesregierung hat – das ist der Unterschied zum Hessischen Landtag –, ist, dass die Bundesregierung aus eigener Kraft diesen Gesetzen nicht zur Wirklichkeit verhelfen kann, weil die Zustimmung des Bundesrats notwendig ist. Hier im Landtag ist es anders. Mit 56 Stimmen kann man hier Gesetze beschließen.

Herr Ministerpräsident, jetzt komme ich zu Ihnen. Ich finde es schon dreist, dass Sie als eine der treibenden Kräfte in der Union, die versucht, alles zu verhindern, was in diesem Land beschlossen werden soll, sich hierhin stellen und sagen: Wir haben ganz große Probleme auf der Bundesebene.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin Ihnen nur an einer Stelle dankbar, und zwar für Ihre große Offenheit, nicht hier im Parlament, aber in einem Zeitungsinterview vor einigen Wochen, in dem Sie der geneigten Öffentlichkeit Ihre Strategie bekannt gegeben haben: Wir als Union müssen versuchen, die amtierende Bundesregierung möglichst schnell aus dem Amt zu bekommen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Das können wir dadurch bewerkstelligen, dass wir im Bundesrat – jetzt fällt es auf euch zurück, liebe Freunde – möglichst alles blockieren, was diese Regierung vorlegt.

Wir haben es hier schon mehrfach gehabt. Das ist die Sonthofen-Strategie mit dem Inhalt: Es muss in unserem Land schlechter werden, weil dies gut für die Union ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Kollege Wulff, den Sie öfter zitiert haben und der ansonsten sehr nahe bei Ihnen steht, hat Ihnen die richtige

Antwort gegeben, Herr Ministerpräsident: Zurzeit geht es um das Land und nicht um die Partei. – Das war der Satz, den Ihnen Herr Kollege Wulff auf den Weg gegeben hat. Aber dieser Satz wird von der hessischen Union in der Tat nicht vergegenwärtigt.

Noch einen Satz zu Ihrer Bundespartei. Sie sagen, Sie seien diejenigen, die das Land sozusagen wieder zum Licht führen könnten. – Ich habe es mir einmal angeguckt. Auf die Herzog-Vorschläge will ich nicht eingehen. Aber wenige Tage später kommt Herr Merz mit einem Steuerkonzept. Das Steuerkonzept finde ich von der Idee her gar nicht schlecht, dass man sagt, wir setzen die Steuersätze herunter und vereinfachen das Steuersystem. Aber diese beiden Konzepte passen in keiner Weise zusammen. Herr Herzog sagt, wir machen den Sozialausgleich in der Krankenversicherung über das Steuersystem. Aber Herr Merz hat in keiner Weise berücksichtigt, was der andere vorher gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zum Steuerkonzept. Die rot-grüne Bundesregierung hat einen Vorschlag zum Vorziehen der Steuerreform gemacht. Man kann sagen, es hätte mehr sein müssen, oder man könne mehr machen in Richtung Vereinfachung. Aber es ist ein Vorschlag, der vorliegt. Ich glaube, dass es ein ganz zentraler Punkt ist, wenn wir über Wachstum reden, denn an dieser Stelle gebe ich Ihnen Recht: Bund, Länder und Kommunen, alle brauchen Wachstum. Ohne Wachstum wird es nicht funktionieren.

Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Vor zwei Jahren waren Sie selbst noch der Meinung, mit dem Vorziehen einer Steuerreform, dadurch, dass man den Menschen mehr Geld in die Tasche gibt, können wir wirtschaftliches Wachstum anregen. – Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, weil alle Wirtschaftsinstitute übereinstimmend sagen, dass wir am Anfang eines Wirtschaftswachstums stehen.

(Beifall bei der SPD)

Dies wollen Sie aber verhindern, weil Sie Angst haben, dass, wenn es im nächsten Jahr nur ein kleines bisschen besser wird, unsere Regierung sagen kann: Seht, die Reformen greifen, und wir sind auf dem Weg aus der Talsohle heraus.

Das befürchten Sie, Herr Ministerpräsident, weil dann natürlich die Chancen für die Union deutlich schlechter werden. Aber das ist keine Politik für das Land. Das ist eine Politik für eine kleine Gruppe in einer Partei, und es ist die Politik für die eigenen Karrierechancen. Was Sie hier tun, schadet den Menschen in unserem Lande.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in Ihrer Rede – wegen der kurzen Redezeit muss ich das leider auch machen – 90 % über den Bund und 10 % über Hessen geredet und gesagt, das, was Sie in Hessen machten, sei alternativlos.

Nein, Herr Ministerpräsident, es ist nicht alternativlos. Wir sind auch der Auffassung, dass wir massive Sparbeschlüsse brauchen. An anderer Stelle werden wir das ein bisschen breiter ausführen. Das geht nicht in fünf Minuten. Ich sage Ihnen nur eines: Sparen muss sein, aber man kann gut sparen, und man kann schlecht sparen, und man kann Sparbeschlüsse fassen, die uns relativ schnell mehr Geld kosten werden als das, was Sie jetzt einsparen.

(Beifall bei der SPD)

Das beste Beispiel – hier sind die Oppositionsfraktionen einer Meinung, glaube ich – zum Beweis meiner Aussagen sind die Einsparungen bei den Investitionen. Wenn es stimmt, was die Wirtschaftsinstitute sagen, dass wir tatsächlich am Anfang eines Wirtschaftsaufschwungs stehen, dann wirken die Sparmaßnahmen bei den Investitionen doppelt negativ. Sie kosten relativ schnell Arbeitsplätze, und sie dämpfen natürlich auch die positiven Signale.

Was sollen denn die Menschen denken – Sie sagen immer, die Menschen hätten Angst, und das sei schlecht; natürlich ist es schlecht, wenn die Menschen Angst haben –, wenn wir Politiker zwar das Signal aussenden wollen, wir alle müssten die Ärmel aufkrempeln und anpacken, wobei es dann auch die Chance gibt, dass es aufwärts geht, dieses Land aber sagt: „Wir kürzen bei den Investitionen und deckeln damit eine schwierige wirtschaftliche Situation“? Damit können Sie es schaffen, dass die Wachstumsimpulse in unserem Land geringer werden und dass unser Land nicht so schnell wie andere Länder von dem Wirtschaftsaufschwung profitieren wird, Herr Ministerpräsident.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter, Sie müssen wirklich zum Schluss kommen.

**Jürgen Walter (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Dieses Land steckt unbestritten in einer Krise. Aber es kommt darauf an, wie man – auch die Länder – in der Krise agiert. Bei dem Vorschlag, den wir hier als Haushalt 2004 oder als „Operation sichere Zukunft“ – wie auch immer – vorliegen haben, besteht wahrscheinlich die große Gefahr, dass unser Bundesland Hessen nicht so gut aus der Krise herauskommt wie die anderen Bundesländer. Dafür tragen allein Sie die Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Walter. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass wir an dieser Stelle über die Einführung von Studiengebühren diskutieren, die in einem Haushaltsbegleitgesetz versteckt sind, das sich auch noch hinter dem zynischen Namen „Zukunftssicherungsgesetz“ verbirgt, ist ein ziemlich dickes Ding.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie das Gesetz einfach so durchziehen wollen – zack auf zack von einer Lesung in die andere, noch schnell eine Anhörung dazu –, kann man wirklich nur noch unter „Arroganz der Macht“ abbuchen, mit der Sie zurzeit vieles gegen die Interessen des Landes und ohne Rücksicht auf Verluste durchziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Einführung von Verwaltungsgebühren an den Hochschulen und insbesondere die Einführung von Langzeit-

studiengebühren sowie Zweitstudiengebühren sind mit heißer Nadel gestrickt und dienen ausschließlich dazu, die durch eine unseriöse Haushaltspolitik entstandenen schwarzen Löcher des Landeshaushalts zu stopfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Das ist so. Sie brauchen gar nichts dazwischenzurufen. – Sie werden die Studierenden massiv belasten, ohne dass dadurch die Studienbedingungen auch nur einen Deut besser werden. Im Gegenteil, die Landesregierung nimmt den Hochschulen auch noch 30 Millionen €,bürdet ihnen Mehrbelastungen auf und verunsichert jetzige und zukünftige Studierende. Damit schaden Sie dem Bildungsbild der hessischen Hochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen Sie jetzt bitte nicht wieder damit, dass alle ihren Beitrag zur Haushaltssanierung leisten müssen. Sie haben den Haushalt ruiniert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben überhaupt nicht aufgepasst!)

Meine Fraktion hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie einerseits durch die Bundesratsblockade auf mögliche Einnahmen verzichten und dass es andererseits Haushaltsprioritäten der Koch-Regierung gibt, wie die Vertriebenenverbände, die Pferderennbahn oder jetzt auch den Kauf der „Rose“, die wirklich kein Mensch im Land mehr nachvollziehen kann.

(Nicola Beer (FDP): Das sah gestern im Haushaltsausschuss schon anders aus!)

Sie prägen hier bewusst das Bild vom Bummelstudenten, haben aber von der Realität an den hessischen Hochschulen und von der Lebensrealität der Studierenden überhaupt keine Ahnung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum spricht Herr Al-Wazir nicht dazu? Haben Sie ausgerechnet, was Herr Al-Wazir zurückzahlen müsste?)

– Herr Al-Wazir hat de facto ein Teilzeitstudium gemacht. Über solche Leute rede ich hier, Herr Irmer.

In Frankfurt beispielsweise benötigen Studierende nach einer Erhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft durchschnittlich mehr als 800 €. Die höchstmögliche Unterhaltsverpflichtung der Eltern liegt demgegenüber gemäß Düsseldorfer Tabelle bei 654 €. In Frankfurt als einem der deutschlandweit teuersten Studienorte müssen Studierende also hinzuverdienen, und zwar nicht, um ein Zweithandy zu bezahlen, wie es gerne behauptet wird, sondern um die Lebenshaltungs- und die Studienkosten aufbringen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung scheint diese Belastungssituation nicht wahrzunehmen und lenkt mit ihrer Debatte über einige wenige von der schlechten Situation für die große Mehrheit der Studierenden ab. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist aus grüner Sicht legitim, dass die Landesregierung über lange Studienzeiten reduzieren will und die Frage stellt, ob vereinzelt Personen eingeschrieben sind, die tatsächlich gar nicht studieren. Die Antwort auf beide Fragen in Langzeitstudiengebühren zu suchen erscheint mir vereinfacht und trifft mehrheitlich die Falschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Machen Sie einen Vorschlag!)

So werden nämlich die Probleme der Hochschulen auf die Studierenden abgewälzt und auf diese Weise individualisiert. Verzögerungen im Studium, die durch die Hochschule oder die mangelhafte Studienfinanzierung verschuldet sind, dürfen nicht zulasten der einzelnen Studierenden gehen.

Schauen wir uns die Realität an den Hochschulen an. In etlichen Studiengängen ist es strukturell nicht möglich, auch nur das Grundstudium in weniger als sechs Semestern abzuschließen. Die Regelstudienzeit ist in diesen Fächern eine Farce. Hinzu kommen die Probleme, Praktikaplätze zu bekommen, Pflichtseminare zu belegen oder auch nur einen Prüfer zu finden. Dies trifft insbesondere die Lehramtstudierenden. Die Ergebnisse der PISA- oder der TIMS-Studie sind die Früchte dieser Zustände. Hier gäbe es für die Landesregierung ein reiches Feld der Betätigung mittels Zielvereinbarungen, Strukturreformen, Standardsetzungen und der Entwicklung von Qualitätskontrollen. Das alles würde Sinn machen, aber es bringt eben nicht kurzfristig Geld ein. Deshalb machen Sie es nicht.

Natürlich sind auch wir dagegen, dass sich gut verdienende Menschen, ohne zu studieren, ausschließlich wegen der Vorteile – Stichwort: Semesterticket – einschreiben können. Es gibt viele evidente Hinweise, dass dies insbesondere Bankerinnen, Lehrerinnen, Telekom-Mitarbeiterinnen und sogar Mitarbeiterinnen des Finanzamts Frankfurt tun.

(Nicola Beer (FDP): Hoffentlich auch Mitarbeiter!)

– In meiner Vorlage ist das immer ein großes I. Ich wollte meine Redezeit nicht unnötig belasten. – Den Mitarbeitern des Finanzamts wird sogar nachgesagt, sie würden trotzdem noch die Pendlerpauschale für das Auto in Anspruch nehmen. Wenn dem so wäre, wäre das allerdings kein Skandal der Hochschulen, sondern ein weiterer Skandal im Hause Weimar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Werteverfall haben Sie im Hochschulgesetz 2000 rechtlich auch noch begünstigt, indem Sie eine wichtige Klausel gestrichen haben. Bis zu der Änderung mussten Studierende, die mehr als 20 Stunden arbeiten, nachweisen, dass sie ihr Studium ordnungsgemäß absolvieren können. Nach der Streichung der Klausel mussten die Hochschulen selbst Personen zulassen, von denen sie wussten, dass sie voll erwerbstätig sind. Jetzt – drei Jahre später – soll die von Ihnen selbst verursachte Situation die Einführung von Langzeitstudiengebühren rechtfertigen. Das ist wirklich der Hammer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Missbrauch durch einige wenige soll der Grund sein, alle zu belasten. Sie stellen alle 160.000 Studierenden in Hessen unter den Generalverdacht, Scheinstudierende zu sein. Das ist unlauter und unsinnig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass der Staat bei Eingriffen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern das verhältnismäßigste Mittel wählen soll. Das wären in diesem Fall die Wiedereinführung der Rechtslage, wie sie vor dem Jahr 2000 war, und ein System aus Anreizen, Beratung und Zielvereinbarungen, um die Studienzeiten zu verkürzen.

Ihnen geht es jedoch um etwas ganz anderes. Sie wollen Geld für den Landeshaushalt haben. Der von Ihnen im Regierungsprogramm bejubelte „Löwenfonds“ zur Förderung begabter Landeskinder ist ebenso wenig Empfänger der Einnahmen wie die Hochschulen. Das ist auch der Grund, warum dieser Gesetzentwurf mit heißer Nadel gestrickt ist und noch schnell bis zum Sommersemester 2004 durchgesetzt werden soll, obwohl das durch die Verwaltung eigentlich gar nicht leistbar ist.

(Nicola Beer (FDP): Mehrfach gestrickt!)

Der Finanzminister macht Druck auf den Wissenschaftsminister. So wird in Hessen Wissenschaftspolitik gemacht: fachfremd und mit leuchtenden Eurozeichen in den Augen.

Ich halte den Gesetzentwurf in dieser Form nicht nur für schädlich, sondern es stellt sich auch die Frage, ob er überhaupt verfassungsgemäß ist. Art. 59 der Hessischen Verfassung sieht nämlich die Unentgeltlichkeit des Studiums vor. Auch der Vertrauensschutz ist nicht hinreichend gewährleistet. Schon allein deshalb sollten Sie den vorgelegten Entwurf schnellstmöglich zurückziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber er hat auch einige enorme inhaltliche Mängel. Schauen wir uns einmal an, wie der Gesetzentwurf und der Entwurf für die Verordnung auf einzelne Studierende wirken.

Erstes Beispiel: Eine 24-jährige Studentin, die BAföG empfängt und ein Kind bekommt, kann in Ihrem Modell im Semester der Geburt zu ihrer Erleichterung entweder ein Urlaubssemester nehmen oder ein Teilzeitstudium beantragen. In beiden Fällen allerdings würde das BAföG wegfallen. Wovon, bitte, soll diese Studentin dann noch leben? Beantragt sie weder das Urlaubssemester noch das Teilzeitstudium, um das BAföG zu behalten, wird ihr das Studienguthaben abgebucht. Ist ihr Kind nach Verbrauch des Guthabens über drei Jahre alt, so zahlt sie Langzeitstudiengebühren. Damit unterlaufen Sie den Mutter-schutz und verhöhnen Ihre angeblich familienfreundliche Politik, Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Zweites Beispiel: Ein 25-jähriger Student, der AstA-Vorsitzender wird, kann nach Ihrem Verordnungsentwurf zwei Urlaubssemester nehmen.

(Frank Gotthardt (CDU): Mit 25 sollte er mit dem Studium schon fertig sein!)

Die braucht er auch, da er in der Regel ein Jahr lang nicht studieren kann. Bekommt er BAföG, fällt dieses ersatzlos weg. Studentisches Engagement muss man sich also in Zukunft leisten können.

(Widerspruch bei der CDU)

– Hören Sie zu, jetzt wird es wirklich problematisch. – Drittes Beispiel: Eine Schülerin hat das Fachabitur gemacht, an der FH Sozialpädagogik studiert und dann an die Uni gewechselt, um Psychologie zu studieren. Das war ihr eigentliches Ziel. Das StuGuG sieht in dem Psychologiestudium ein Zweitstudium.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Die Aufnahme eines Zweitstudiums bedeutet, dass sie bis zu 1.500 € pro Semester zahlen muss. Das müssen Sie sich

einmal vergegenwärtigen. Herr Milde, ein solcher Ansatz verstößt nicht nur gegen die Regeln des lebenslangen Lernens, sondern verschließt auch den zweiten Bildungsweg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Jeder Erwachsene müsste zahlen! Warum soll die herausgenommen werden?)

Bei allen diesen Fällen fasst man sich doch an den Kopf ob der Absurdität der Ergebnisse. Die vom Wissenschaftsminister in seiner Presseerklärung gepriesenen Ausnahmeregelungen lassen viele Studierende durch das Raster fallen, sind daher unsozial und grenzen gerade diejenigen aus, die aus Elternhäusern mit geringerem Einkommen stammen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Unfug!)

Die größten Verlierer sind allerdings diejenigen, die schon jetzt im System stecken und nicht ahnen konnten, dass ein solches Gesetz kommen würde. Sie hatten bislang trotz hessenweiten Rechtsanspruchs keine Chance, ein Teilzeitstudium zu absolvieren. Nun sollen sie auch noch dafür bezahlen, dass sie bislang Studium und Arbeit unter einen Hut bringen mussten. So, wie es bisher geplant ist, werden sie kein Teilzeitstudium nachträglich genehmigt bekommen, sondern müssen in ihrer bereits jetzt angespannten finanziellen Situation auch noch die Studiengebühren aufbringen. Die Übergangsregelungen sind nicht differenziert und schon gar nicht ausreichend.

Ihr letzter Rettungsanker ist eine Billigkeitsklausel in der Verordnung zum StuGuG, die den Hochschulen Gnadenakte ermöglicht. Das ist unwürdig, Herr Corts. Auch Menschen, die beispielsweise während des Studiums Kinder bekommen haben, deren Eltern keinen monatlichen Scheck überweisen können oder die über den zweiten Bildungsweg an die Hochschulen gekommen sind, müssen das Recht haben, ihr Studium zu beenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es gibt noch weitere Absurditäten. Herr Corts und Herr Koch verbreiten landauf, landab, die Gebühren würden erst nach der Regelstudienzeit – plus 50 % – erhoben. Wenn Sie sich den Gesetzentwurf genauer anschauen, dann sehen Sie, dass das einfach nicht stimmt. Das ist de facto falsch. Das wissen Sie auch ganz genau, Herr Corts.

Zweitens. Herr Weimar will 500 bis 1.500 € über die Gebühren abkassieren. Studierende müssen in Zukunft neben dem Lebensunterhalt, den sie sich nebenbei erarbeiten, sozusagen ein 13., 14. und 15. Monatsgehalt dazuverdienen. Die geplanten Studiengebühren in Hessen liegen deutlich über denen in Thüringen, Baden-Württemberg oder anderen Bundesländern. Das ist wirklich ein Akt der sozialen Ausgrenzung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das StuGuG ist viel härter als das BAföG. Im BAföG ist ein Fachwechsel noch am Ende des dritten Semesters möglich. Im BAföG gibt es für die Kinderbetreuung Zusatzsemester, und das studentische Engagement wird stärker honoriert. Es versteht wirklich kein Mensch, dass Sie nicht einmal die schon harten Regeln des BAföG für Ihr Gesetz gelten lassen wollen, Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Besonders hart trifft es die Studierenden, die jetzt in der Prüfungsphase sind. Sie wissen offenbar nicht, dass Prüfungsphasen durch die Schuld der Hochschulen teilweise länger als ein Jahr dauern. Hier streichen Sie das Urlaubssemester und führen die Studierenden in die Gebührenfalle. In den meisten Studiengängen ist es unmöglich, neben der Examensvorbereitung noch zu jobben. Dass Sie noch nicht einmal die Leute am Ende ihres Studiums schonen, das finde ich wirklich schäbig, Herr Corts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Noch ein paar Worte zu den Verwaltungsgebühren. Erstens. Man muss vermuten, dass deren Höhe weit über den tatsächlich entstehenden Aufwand für Rückmeldungen, Immatrikulationen, Exmatrikulationen oder die Nachweise für Praktika hinausgeht. Es werden bereits jetzt Rückmeldegebühren erhoben. Außerdem fließt das Geld nicht dorthin, wo der Aufwand entsteht, sondern direkt in den Landeshaushalt. Dies bedeutet, dass hier in versteckter Form eigentlich ebenfalls Studiengebühren erhoben werden.

Gerade am Anfang dieses Semesters sind die Anfängerzahlen noch einmal enorm gestiegen. Es gibt immer weniger Betreuung. Die Vorlesungen sind so überfüllt, dass sie teilweise mittels Videoanlagen in andere Räume übertragen werden. Praktika und Tutorien werden gestrichen. Tausende von Studierenden protestieren mit Recht, und auch die Präsidenten, insbesondere die Hochschulverwaltungen, sind gegen Ihren Entwurf. Ich will Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der Stellungnahme der Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten zitieren. Dort heißt es:

Die KHU lehnt den vorgelegten Entwurf für ein hessisches Gesetz über Studienguthaben aus prinzipiellen Gründen ab. Die Hochschulleitungen der fünf hessischen Universitäten sind sich einig, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht geeignet ist, die Autonomie der Universitäten und den Wettbewerb zwischen den Universitäten zu stärken. So sieht der Gesetzentwurf eine Verordnungsermächtigung für das Ministerium vor, mit der eine sinnvolle Verantwortungsteilung zwischen Staat und Universitäten zugunsten einer staatlichen Steuerung aufgehoben wird.

Wir haben hier de facto die Forderung: Hau weg die Autonomie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es heißt weiter:

Das geplante Gesetz stellt nicht konstruktiv auf eine Verkürzung der Studienzeiten ab, sondern soll offensichtlich zum Stopfen von Löchern im Landeshaushalt dienen.

Zusätzlich weist die KHU auf folgende Aspekte hin: Die Gebühren für Zweitstudierende werden nach derzeitiger Lage insbesondere diejenigen treffen, die man über die leistungsorientierte Mittelzuweisung besonders fördern will, nämlich Frauen und Ausländer.

Zweitens. Der Aufwand zur Erhebung zusätzlicher Gebühren könnte den erwarteten Ertrag signifikant schmälern oder sogar übertreffen. Sofern die Erhebung von den Hochschulen geleistet werden soll, sind entsprechende finanzielle Unterstützungen der Hochschulen erforderlich.

Die Hochschulen sehen sich hier also als eine Inkassoabteilung der Landesregierung.

Drittens. Im Sinne der Verhinderung sozialer Barrieren müssten Ausnahmetatbestände und ein Stipendiensystem aufgebaut werden, um die Effektivität der mit dem Stu-GuG verbundenen Intentionen zu realisieren. Auch die Präsidenten sehen also die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung.

Ich zitiere noch einmal aus der „Frankfurter Rundschau“, die den Präsidenten der KHU, Herrn Postlep von der Universität Kassel, wie folgt wiedergibt:

Die entscheidenden Details werden in einer Verordnung geregelt, auf die weder die Universitäten noch der Landtag Einfluss haben. Mit Autonomie in der Hochschule hat das nichts zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Am Anfang Ihrer Amtszeit, Herr Corts, hieß es, Sie hätten zum letzten Mal eine Universität während Ihres Studiums von innen gesehen. Leider gewinnt man bei Ihrer Politik den Eindruck, dass sich daran bis heute nichts geändert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Interesse des Hochschulstandorts Hessen fordere ich Sie auf: Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück und schauen Sie sich die Realität an den Hochschulen erst einmal an. Reden Sie mit den Betroffenen, und legen Sie ein vernünftiges Konzept zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen vor. Damit wäre allen mehr geholfen, und Sie würden Ihrer Aufgabe als Wissenschaftsminister auch endlich gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Sorge. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Weinmeister zu Wort gemeldet.

#### **Mark Weinmeister (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Sorge, ich denke, wir sollten der Fairness halber, wenn wir diese Diskussion anfangen, am Anfang einmal zwei Sachen festhalten. Erstens. Gegenüber den Jahren 1995 bis 1999 sind in den Jahren 1999 bis 2003 die Bedingungen an den Universitäten durch die Landesregierung kontinuierlich verbessert worden.

(Beifall bei der CDU – Nicola Beer (FDP): Ja, und jetzt ist alles vorbei, Sie schlagen alles zu Bruch!)

Zweitens. In finanziell schwieriger Zeit hält diese Landesregierung an dem von der Vorgängerlandesregierung geschlossenen Hochschulpakt auch für die nächsten Jahre fest.

(Nicola Beer (FDP): Erzähl doch keinen Witz!)

Dies müssen wir immer im Hinterkopf behalten, wenn wir über die Hochschulen reden. Trotzdem müssen wir uns, wenn wir uns verantwortlich um die Hochschulen kümmern, darüber Gedanken machen, wie Hochschulen auch

effizient und effektiv genutzt werden können – Frau Sorge, dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Einen Teil dieser effizienten Nutzung versuchen wir mit dem Studienguthabengesetz umzusetzen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen Sie das Geld aber den Hochschulen geben, mindestens das müssen Sie tun!)

Studiendauerüberschreitungen ohne triftigen Grund werden jetzt auch zu finanziellen Beteiligungen führen. Das ist auch im Interesse derer, die die Hochschulen im ganz normalen Rhythmus besuchen und auch im normalen Rhythmus verlassen. Sie geben sich solidarisch mit ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen, und andere tun dies nicht.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht teilweise überhaupt nicht!)

Ich habe von Ihnen kein Wort dazu gehört, ob Sie bereit sind, über Studiendauer Guthaben und über die Frage zusätzlicher Belastung für diejenigen, die sie überschreiten, zu reden, oder ob Sie das von vornherein ablehnen.

(Nicola Beer (FDP): Warte, bis ich rede!)

Sie haben zum einen gesagt, dass Sie dies und das nicht haben wollen, und haben einzelne Aspekte kritisiert und gesagt, sie seien unlogisch. Sie haben sich aber nicht entscheiden können, was Ihr Modell ist.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich deutlich gesagt!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Weinmeister, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Siebel gestatten?

#### **Mark Weinmeister (CDU):**

Danke, nein.

(Michael Siebel (SPD): Oh, warum nicht?)

Bei der FDP habe ich zumindest in den letzten Monaten erlebt, dass man sich Gedanken darüber macht. Ich glaube, dass die Frage zwischen der CDU und der FDP nicht das Ob ist, sondern das Wie. Das war für mich das Entscheidende in den letzten Monaten.

(Nicola Beer (FDP): Das ist korrekt!)

Von der SPD habe ich dazu außer Verneinungen nichts gehört.

(Michael Siebel (SPD): Ich will doch eine Frage stellen!)

Es gibt ja jetzt, Gott sei Dank, in den Länderparlamenten die Diskussion darüber, auch in den SPD-Fraktionen, wie man denn mit dem Problem überlanger Studiendauer umgehen soll. Die Tatsache, dass es dort eine Diskrepanz zwischen den Länderparlamenten, gerade denen, in denen Sie die Regierung stellen, und Ihrer Bundestagsfraktion gibt, macht deutlich, dass Sie selber erst einmal einen Weg festlegen sollten, den Sie gehen wollen.

Wir legen bei der Berechnung der Studienzeiten, der Frage dessen, was weiterhin gebührenfrei bleibt, nicht die Regelstudienzeit zugrunde. Dies müsste man aus der Logik heraus eigentlich tun, weil eine Regelstudienzeit, wenn sie denn eine Regelstudienzeit ist, eigentlich auch

Grundlage sein müsste. Wir alle kennen aber die Situation an den Hochschulen, dass eine Regelstudienzeit in den wenigsten Fällen einhaltbar ist.

Ich habe in der Strukturkommission der Universität Göttingen zwei Jahre lang darum gestritten, wie man das Lehramtsstudium entschlacken kann, dass Studierende auch wieder die Möglichkeit haben, in dieser Zeit ein Studium zu absolvieren. Es ist an vielen Sachen gescheitert. Universitäten haben in dieser Zeit auch ihre Verantwortung, ihre Studienordnungen dahin gehend umzuordnen, dass die Möglichkeit besteht, ein Studium schneller abzuschließen.

Die Zeitguthaben, die wir im Studienguthabengesetz eingeführt haben, liegen bei Regelstudienzeiten von sieben Semestern bei plus drei Semestern, bei Regelstudienzeiten ab acht Semestern bei plus vier Semestern. Das bedeutet, die Hälfte dessen bekommt man bonusmäßig dazu.

Zweitstudien bleiben dann gebührenfrei, wenn sie zur Weiterbildung bzw. zur Weiterführung des begonnenen oder des erstmals abgeschlossenen Studiums dienen. Dies ist gerade im Bereich der Bachelor- und Masterstudiengänge wichtig. Darüber sind wir uns auch einig.

Frau Sorge, die Fragen der Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, Behinderung oder chronischer Krankheiten, die Sie angesprochen haben, all das haben wir bewusst übernommen und gesagt, dass es dafür zusätzliche Guthaben geben muss.

(Nicola Beer (FDP): Es gibt aber keine Guthaben!)

Das sind Restriktionen, für die der einzelne Studierende nichts kann. Dort hat ein besonderes soziales Engagement oder eine eigene körperliche Beeinträchtigung dazu geführt, dass jemand nicht so studieren kann, wie es nötig wäre. An Ihren Beispielen von vorhin hat mich allerdings einiges gestört. Sie reden von dem AStA-Vorsitzenden, der sich entscheiden muss, ob er zwei Urlaubssemester nimmt und dann kein BAföG mehr bekommt. – Die AStA-Vorsitzenden der Universität Göttingen, die Referenten der einzelnen Referate haben sich alle aus den Geldern, die sie aus der allgemeinen Studentenschaft bekommen haben, mindestens Aufwandsentschädigungen in Höhe des BAföGs selbst genehmigt. Diese Argumentation lasse ich schlichtweg nicht gelten.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dort ist genauso kein Grund da, dass der AStA-Vorsitzende deswegen sein Studium nicht beenden könnte.

Sie haben vorhin gefragt, was man mit denen macht, die jetzt im Examen sind, die keine Möglichkeit haben, sich in irgendeiner Art und Weise darauf einzustellen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Ganze ab dem Sommersemester 2004 greift. Wer also jetzt im Examen ist, wird wahrscheinlich in diese Regelung hineinfallen. Es steht allerdings auch in der Verordnung, dass, wer sein Studium bis Ende des Wintersemesters 2005/2006 abschließt, diese Studiengebühren zurückerstattet bekommt. Das bedeutet für diejenigen, die jetzt im Examen sind, dass die Möglichkeit besteht, ihr Studium zu beenden und dies gebührenfrei zu belassen.

Weiterhin haben Sie die Frage gestellt, was mit dem Geld, das eingenommen wird, gemacht wird. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass wir ab dem Jahre 2005 dieses Geld in Fonds für begabte Studierende geben, die auf eine

besondere Art und Weise durch die Universitäten gefördert werden müssen. Das werden wir für diejenigen tun, die sich vielleicht aus finanziellen Gründen kein Studium leisten können, aber die Begabung haben. Diese wollen wir unterstützen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habt ihr schon einmal behauptet und nicht gemacht! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du glaubst wohl auch noch an den Weihnachtsmann!)

Ich glaube, das ist auch in Ihrem Interesse, und genau das werden wir tun.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir nehmen in dem Studienguthabengesetz Rücksicht auf die besonderen Lebenslagen der Studierenden. Wir nehmen Rücksicht auf nicht selbst zu verantwortende Restriktionen. Ich kann die Studierenden aber auch verstehen, dass sie über diese Regelungen nicht glücklich sind und dagegen demonstrieren. Aber wir müssen auch diejenigen zur Finanzierung des Studiums und der gesamten Hochschullandschaft heranziehen, die das System über die geregelten Zeiträume hinaus beanspruchen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie finanzieren das System doch gar nicht! Das ist völlig neben der Spur!)

Das ist ein Stück Solidarität auch gegenüber den anderen und ein Beitrag dazu, dass wir die Zukunftssicherung unserer Universitäten leisten können. Wir sollten nicht die Augen verschließen und so tun, als könnte alles so bleiben, wie es ist. Wir müssen es verändern, und ich sehe, dass wir dort auf einem Weg sind, der vielleicht nicht sehr einfach ist, aber bei weitem nicht so unsolidarisch, wie Sie es dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Weinmeister. – Das Wort hat jetzt die parlamentarische Geschäftsführerin der FDP, Frau Beer.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Einsparungen der CDU-Landesregierung im Bildungsbereich gibt diese Landesregierung den Anspruch auf, Bildungsland Nummer eins zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will dazu kurz einige Beispiele aus dem Schul- und dem Hochschulbereich aufführen.

Im Bereich der Schule werden die Mittel für die Lernmittelfreiheit um 3,2 Millionen € zurückgeführt. Das heißt, wir fallen auf den alten rot-grünen Ansatz, hinter die Zeit der letzten Legislaturperiode, zurück.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch drunter!)

Die Vertretungsmittel werden um 8,9 Millionen € zurückgefahren, das sind 30 % weniger. Zwei Drittel der Stellen, die in der letzten Legislaturperiode gemeinsam von FDP und CDU zusätzlich zur Abdeckung des Unterrichts und zur Qualitätsverbesserung aufgebaut wurden, werden hier gekürzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet einen Kahlschlag im Bereich der Schule. Frau Kultusministerin, da helfen auch die Zahlenspielerereien zu den Mehrarbeitsstunden nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum Hochschulbereich. Herr Minister Corts, der Hochschulpakt ist gebrochen. 30 Millionen € werden dem mit den Hochschulen vereinbarten Finanzrahmen entnommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zusatzvereinbarung ist aber leider nur ein Anfang. Schauen wir in den Haushaltsentwurf für 2004, so sehen wir, dass auch in die Sondertatbestände bei den Hochschulen eingegriffen wird – so bei der TU Darmstadt, der Universität Gießen und der FH Darmstadt. Noch offen ist, was mit den Hochschulbaumitteln passiert. Ich erinnere daran, im Hochschulpakt waren jedes Jahr 127 Millionen € für Hochschulbaumaßnahmen vorgesehen. Der September-Ausgabe der Fachhochschul-Zeitung von Gießen-Friedberg kann man entnehmen, dass der Minister beim dortigen Besuch die gewünschten Bewilligungen für den Campus Wiesenstraße nicht zusagen konnte, sondern mit Blick auf die Finanzlage des Landes sagte, es sei unsicher, ob in dieser Haushaltslage weitere Universitätsbauten getätigt werden könnten.

Darüber hinaus aber werden weitere Einschnitte im Wissenschaftsbereich, auch mit Rückwirkungen auf die Hochschulen, erfolgen. Im Innovationsfonds, ATG 99, der im Rahmen des Hochschulpaktes das Innovationsbudget der Hochschulen ergänzt, werden im Vergleich zum jetzigen Haushaltsjahr 5 Millionen € eingespart. Die Investitionszuschüsse für die Klinika werden um 4,1 Millionen € gekürzt. Private Hochschulen erhalten 700.000 € weniger, und die außeruniversitäre Forschung ist mit 4,2 Millionen € weniger dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, summa summarum ist schon das, was ich jetzt aufgezählt habe, eine Einsparung von 56 Millionen € im Bildungsbereich – während das Ministerium jedoch einen Aufwuchs von 2 Millionen € erfährt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt, selbst wenn man die Inkassotätigkeit, die die Kollegin Sorge vorhin angesprochen hat, außen vor lässt, dann existiert hier keine „Operation sichere Zukunft“, sondern hier findet eine starke Gefährdung der Zukunft des hessischen Bildungsbereichs statt.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kommen wir zu dem so genannten Zukunftssicherungsgesetz. Vorab das Thema Verwaltungsbeiträge, also der neue § 64a des Hessischen Hochschulgesetzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen sagen, wir Liberale unterstützen grundsätzlich das Kostendeckungsgebot bei Gebühren. Deshalb sind für uns Verwaltungskostenbeiträge prinzipiell kein Problem. Ob allerdings die Begründung des typischerweise auftretenden studentenbezogenen Verwaltungsaufwandes, wie er im Gesetz enthalten ist, mit der man auf den Betrag von 50 € kommt, den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 19. März dieses Jahres genügt – Stichwort: Baden-Württemberg –, das bleibt abzuwarten. Sicher dürfte sein, dass es hier wie in Baden-Württemberg Klageverfahren geben wird, und wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Herr Minister Corts, in diesem Zusammenhang halte ich es für wenig hilfreich, dass die Einnahmen – erwartet werden laut Haushaltsentwurf 15 Millionen € – nicht bei den Hochschulen verbleiben, die diesen Aufwand tatsächlich haben, sondern dass Sie diese Einnahmen in der allgemeinen Landeskasse untergehen lassen.

Selbst wenn man argumentieren wollte, den Hochschulen sei dieser Aufwand bereits über den Hochschulpakt erstattet – liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, seien Sie doch einmal ehrlich: diese Argumentation verfängt nur teilweise, weil im Hochschulpakt nur die Studierenden in der Regelstudienzeit honoriert werden –, dann wäre es systemkonform gewesen, diese zusätzlichen Einnahmen in die Kostennormwerte des Grundbudgets mit einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Dagegen ist der jetzt gewählte Ansatz dafür geeignet, das Prozessrisiko hier unnötig zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zudem werden Sie die Hochschulen auch noch durch den Einzug dieser Verwaltungsbeiträge für das Sommersemester 2004 zusätzlich belasten. Denn das Einzugsverfahren für die Semesterbeiträge des Sommersemesters ist bereits in der Vorbereitung abgeschlossen. Durch die derart verspätete Vorlage des Gesetzes wird ein zweites Einzugsverfahren für sämtliche Studierende benötigt werden, um diese 50 € einzuziehen. Kollege Weinmeister, das sind Kosten, die Sie den Hochschulen nicht ersetzen, jedenfalls nicht nach diesem Gesetz und der zugehörigen Verordnung.

(Beifall bei der FDP)

Das sind weitere finanzielle Belastungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Studienbedingungen.

Kommen wir jetzt zu dem eigentlichen Knackpunkt, Art. 12, das Langzeitstudiengebührengesetz, liebevoll StuGuG genannt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP wird dieses Gesetz ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dies erfolgt zunächst einmal aus grundsätzlichen Überlegungen. Wir halten die von Ihnen vorgeschlagene Strafsteuer – und nichts anderes ist es: eine Strafsteuer für Studierende – für ein gänzlich ungeeignetes Instrumentarium,

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

um Studienzeiten effektiver zu organisieren. Da wissen wir uns im Einvernehmen mit sämtlichen Stellungnahmen, die es von Hochschulpräsidenten und ASten in der Kabinettsanhörung gegeben hat.

(Beifall der Abg. Priska Hinz und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, intellektuell liegt dieser Ansatz auf dem Niveau von „Rasen für die Rente“, also der Ökosteuer. Vorgeschoben wird ein hehrer Anspruch – hier die Reduzierung der so geschimpften „Bummel- und Scheinstudierenden“ –, in Wirklichkeit aber wird einfach eine zusätzliche Einnahmequelle für den allgemeinen Landeshaushalt gesucht. Denn, Herr Kollege Weinmeister, Sie verwenden diese Einnahmen gerade nicht zweckgebunden zur Verbesserung der Studienbedingungen, wie das beispielsweise in Baden-Württemberg geschieht. Dort werden daraus Tutorienprogramme oder kleinere Seminargruppen finanziert. Pustekuchen, in Hessen wird dieses Geld an den Finanz-

minister abgeliefert. Hier werden allgemeine Haushaltslöcher gestopft. Die Hochschulen werden als Inkassostellen des Finanzministers missbraucht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Milde, das geschieht, obwohl gleichzeitig – wie ganz zu Anfang meiner Ausführungen dargestellt – massive Eingriffe in die Finanzausstattung der Hochschulen erfolgen:

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

44 Millionen € allein für den Wissenschaftsbereich, die zur Verschlechterung der Studienbedingungen führen werden. Nein, wenn Sie schon dieses Geld erheben, dann gehört es an die Hochschulen. Alles andere ist auch verfassungsrechtlich bedenklich, Stichwort: Studiengebühren.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Corts, da hilft das Ablenkungsmanöver – Stichwort: Löwenfonds – überhaupt nicht. Lieber Kollege Weinmeister, wenn hier irgendetwas Greifbares vorläge, dann wäre meine Kleine Anfrage vom 3. Juni dieses Jahres – also eine Anfrage, die schon fünf Monate alt ist – zu dem Löwenfonds und den Studiengebühren längst beantwortet. Es war dem Ministerium nicht möglich, mir hier Antworten zu geben. Der Löwenfonds ist ein Ablenkungsmanöver, eine reine Schimäre, um die ganze Angelegenheit zu verkleistern.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das ärgert mich vor allen Dingen deswegen, weil ich – und Sie haben das angedeutet – grundsätzlich mit Ihnen der Meinung bin,

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

dass die öffentliche Ressource Hochschulbildung nicht unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden kann.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (FDP))

Doch es gibt ein wesentlich intelligenteres Modell, um den Missbrauch des Hochschulwesens – und darauf kommt es Ihnen ja angeblich an – zu unterbinden und trotzdem ein kostenfreies Erststudium zu ermöglichen. Das ist das FDP-Bildungsgutscheinmodell.

(Beifall bei der FDP)

Anders als Ihr Gesetzentwurf nämlich trägt dieses Modell den individuellen Lebensbedingungen von Studierenden und auch den tatsächlich an den Hochschulen existierenden Studienbedingungen Rechnung, und zwar ohne Zusatzbürokratie, wie sie von Ihnen vorgesehen ist.

Das Bildungsgutscheinmodell ist ein Anreizsystem, das den Studierenden eine Nachfragemacht gibt und so zu besseren Studienbedingungen führt, zumal sichergestellt ist, dass Zusatzeinnahmen bei den Hochschulen verbleiben. Dieses Modell wird – in den Unterlagen der Kabinettsanhörung kann man es sehen – auch in der Stellungnahme der Konferenz der Fachhochschulpräsidenten unterstützt, die ganz zu Recht darauf hinweisen, dass nicht diejenigen Studierenden die Hochschulen belasten, die in einem höheren Semester eingeschrieben sind, sondern es sind diejenigen Studierenden, die eine Leistung der Hochschule mehrfach in Anspruch nehmen, Stichworte:

Durchfaller, Wiederholer, Mehrfachstudierer. Dieser Missbrauch wird gerade durch Ihr Gesetz nicht abgeschafft. Was Sie dagegen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schaffen – auch da sehen wir uns mit den Stellungnahmen völlig d'accord – ist ein Bürokratiemonstrum, das einen hohen Verwaltungsaufwand erforderlich macht.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Alle Anträge auf Ausnahmen – das müssen Sie sich einmal angesichts der riesigen Anzahl an Studierenden vor Augen führen –, alle Widersprüche müssen im Einzelfall von den Hochschulen geprüft und dann auch noch die sich gegebenenfalls anschließenden Klageverfahren geführt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wird ein Verwaltungsapparat aufgebläht und nicht abgespeckt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Herr Kollege Walter, für diesen Verwaltungsaufwand – Stichwort: Kosten – haben die Hochschulen kein Personal. Die Universität Frankfurt weist darauf hin, dass sie dafür ca. vier Stellen zusätzlich braucht. Die TUD spricht von mindestens drei Stellen. Die Fachhochschule Gießen-Friedberg – ich darf sinnentsprechend aus der Stellungnahme für die Kabinettsanhörung zitieren – spricht von einer unverantwortbaren Vergeudung wertvoller Arbeitszeit, die für die Förderung und Unterstützung der Studierenden verwendet werden sollte.

Es gibt keine Software für diese Abrechnung. Ich frage mich, wie diese bis Anfang des Jahres 2004 erstellt werden soll, von wem, und vor allem, wer das zahlt. Wieder die Hochschulen? Es gibt keine ausreichende Kostenerstattung für diese Inkassotätigkeit. Der Minister hat noch vor Verabschiedung im Kabinett den Hochschulen gesagt: Ihr kriegt die Kosten alle erstattet. – Im Referentenentwurf stand das noch. Jetzt werden die Hochschulen mit einer 10-%-Pauschale abgespeist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Geld wird nicht ausreichen, wird gerade am Anfang nicht ausreichen, wenn wir die ganze Widerspruchslawine betrachten, die auf uns zurollt. Die Zechen zahlen wieder die Hochschulen und Studierenden. Genau dieses Geld, das hier nicht ersetzt wird, fehlt zur Verbesserung von Studienbedingungen.

Herr Minister Corts, die Zeit für die Umsetzung des Gesetzes ist viel zu kurz. Darauf weisen die Hochschulen einmütig und eindeutig in ihren Stellungnahmen hin. Da ist durch die Bank zur Umsetzung des Sommersemesters 2004 von „unmöglich“ die Rede. Die Universität Kassel spricht sogar von „unseriös“, Frau Kollegin Kühne-Hörmann. Die Daten, die zur Bearbeitung der Fragen, ob Ausnahmetatbestände vorliegen oder nicht, notwendig sind, sind an den Hochschulen momentan überhaupt noch nicht vorhanden. Die müssen erst erhoben und geprüft werden.

Von daher kann mit einer Umsetzung frühestens zum Wintersemester 2004/2005 gerechnet werden. Das heißt aber im Umkehrschluss: Die 24 Millionen €, die Sie im Haushaltsjahr 2004 einsetzen, werden nicht eingenommen werden. Aber – siehe letzte Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst – die Landesregierung, Sie, Herr Minister Corts, bleiben die Antwort schuldig, wer denn die Differenz zahlt: der Finanzminister, der Wissenschaftsminister oder die Hochschule. Wie sieht es denn

aus? So, wie sich momentan der Umgang mit den Hochschulen darstellt, schwant mir Finsteres.

Herr Minister Corts, ich fordere Sie daher im Namen meiner Fraktion auf, heute hier die Zusicherung abzugeben, dass die eventuellen Mindereinnahmen aus den Studiengebühren und Verwaltungskostenbeiträgen nicht bei den Hochschulen hängen bleiben. Gehen Sie hier vor, und sagen Sie das den Studierenden in diesem Land zu.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, doch selbst wenn man diese grundsätzlichen Überlegungen, die ich gerade angestellt habe, zur Strafsteuer und zum Verwaltungsaufwand beiseite lassen würde – es fällt mir schwer, aber wenn es mir gelingt und ich es beiseite lasse –, dann ist dieses Gesetz nicht zustimmungsfähig, da es unglaublich schlecht gemacht ist. Das trifft auch im Zusammenhang mit der zugehörigen Verwaltungsverordnung zu.

Erstes Beispiel. Das Gesetz führt massenweise zu Ungerechtigkeiten. Entsprechend der Starrheit des von Ihnen gewählten Strafbühnmodells mit Studienguthaben, die sich aus fixen Regelstudienzeiten berechnen, brauchen Sie natürlich – oben einen starren Rahmen – unten eine Vielzahl von Regelungen, um die vielfältigen individuellen Lebenssituationen von Studierenden aufzufangen und diesen gerecht zu werden.

Doch statt dann einheitlich das Studienguthaben für kranke, behinderte, Kinder erziehende, pflegende, in Hochschulgremien engagierte oder auch berufstätige Studierende angemessen zu erhöhen, also den Rahmen auszuweiten, entwickeln Sie einen Flickenteppich an unterschiedlichen Regelungen, die eine Reihe von Ungerechtigkeiten produziert.

Kollegin Sorge hat schon einige zutreffende Beispiele aufgeführt, sodass ich es hier kurz machen kann. Aber allein § 6 Abs. 1 Nr. 1, eine kleine drei Zeilen lange Passage, führt drei Tatbestände auf, die unterschiedlich gewertet werden. Wenn ich als Studierende über der zugestandenen Guthabenzeit bin und ein Kind von drei Jahren habe, dann werde ich befreit. Ist das Kind vier Jahre alt – ich kann Ihnen als Mutter von zwei Vierjährigen sagen, dass es eine Anstrengung ist und nicht weniger aufhält –, gibt es keine Befreiung mehr. Ich komme aber auch nicht in das Teilzeitstudium hinein, weil die rückwirkende Anerkennung des Teilzeitstudiums nach dem Gesetzentwurf und der dazugehörigen Verordnung ausgeschlossen ist, obwohl meine beiden Vierjährigen als Dreijährige auch schon belastend waren und sicherlich mit zu den ersten elf Semestern geführt haben. Pustekuchen – keine rückwirkende Anerkennung.

Das trifft auch einen Großteil der bereits berufstätigen Studierenden, die immatrikuliert sind. Als in den Hochschulgremien Aktive muss ich mich jetzt beurlauben lassen. Man kann es nicht mehr so machen, wie ich es damals als Mitglied des alten Konvents gemacht habe, dass ich mich in der Hochschule engagiert und mit gebremstem Schaum weitergemacht habe. Das ist in dem Gesetzentwurf und in dem Verordnungsentwurf nicht mehr vorgesehen. Was ich Ihnen wirklich anheim stellen würde, noch einmal zu überdenken, das ist die Regelung zu behinderten und zu chronisch kranken Studierenden.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Beer, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Ich komme sofort zum Schluss.

Die Regelung zu behinderten und kranken Studierenden – hier besteht kein Anspruch mehr auf Befreiung. Hier wird eine Härtefallregelung in das Ermessen der Hochschule gestellt. Ich glaube, das kann man wirklich nicht so lassen. Dass das Gesetz darüber hinaus die Mobilität von Studierenden im und vom Ausland behindert, weil nämlich die Zeit, der Countdown, das Abrechnen der Semester hier weiterläuft, während ich im Ausland Scheine absolviere, weil es keine Regelung für ausländische Studierende gibt, dass die Durchlässigkeit zwischen FH und Universität behindert wird, das sind weitere Gründe, die bei uns zur Ablehnung führen.

Liebe Kollegen, auf jeden Fall kann man feststellen – das entsetzt mich wirklich –, dass hier ein Paradigmenwechsel vorgenommen wird, weg von der Priorität für den Bildungsbereich, hin zu Bürokratieaufbau statt Verschlankeung, und das in einem Umgangston – das sagen die Stellungnahmen deutlich, und das wird durch das Durchpeitschen dieses Gesetzentwurfes bewiesen –, der an einen Feudalherren erinnert.

Diesen ganzen Paradigmenwechsel hätte ich mir, den hätte sich meine Fraktion, ehrlich gesagt, nicht vorstellen können. Dass man in sechs Monaten das Ding so von den Füßen auf den Kopf stellen kann! Hier wird so viel Porzellan zerschlagen, dass das nicht eine „Aktion sichere Zukunft“ ist, sondern dass die Zukunft des Bildungsstandortes Hessen extrem gefährdet ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abg. Caspar zu Wort gemeldet.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorhin wurde angesprochen, dass im Sozialhaushalt angeblich ein Kahlschlag verursacht worden wäre. Wenn man sich aber die Zahlen anschaut – der Ministerpräsident hat es dankenswerterweise in die richtige Relation zu den Gesamtparmaßnahmen gebracht –, auch wenn man es im Vergleich zum Sozialhaushalt insgesamt sieht, ohne die Kürzungen dort wären es immerhin 572 Millionen €, kann man sagen, dass es nur knapp über 5 % des Sozialhaushaltes sind, die gekürzt werden. Das heißt, knapp 95 % der Mittel stehen nach wie vor zur Verfügung. Da von Kahlschlag zu sprechen, ist reine Polemik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie 100 % Kürzungen, wenn es nur 5 % sind? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Milchmädchen haben dagegen ein Matheexamen! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass wir in diesem Land seit drei Jahren kein wirtschaftliches Wachstum mehr haben. Das hat seine Ursachen in der verfehlten Politik dieser Bundesregierung.

(Boris Rhein (CDU): So ist es! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Textbaustein!)

Das fing in der ersten Legislaturperiode dieser Bundesregierung mit solchen Dingen wie der Abschaffung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse oder der Verkomplizierung des Scheinselbstständigengesetzes, der Körperschaftsteuerreform, unter der wir noch heute alle leiden, an. Herr Schmitt – wo ist er denn? er ist gar nicht da – hat vorhin selbst eingeräumt, dass das ein Fehler dieser Regierung war. Nach der letzten Bundestagswahl am 22. September ging es weiter mit Steuererhöhungen, nachdem man vor der Wahl davon nichts gesagt hatte. Dann gab es am 20. November letzten Jahres das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz, de facto 48 Steuern erhöhende Maßnahmen, die nachhaltig zur Verunsicherung in der Wirtschaft und zur Verunsicherung von Entscheidungsträgern von mittleren und kleinen Unternehmen geführt haben,

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die den Schwerpunkt unserer Wirtschaft bilden und die Masse der Arbeitsplätze stellen. Insoweit meine ich, dass das Chaos, das die Bundesregierung, insbesondere der Bundesfinanzminister, angerichtet hat, das zu den katastrophalen Verhältnissen unserer Wirtschaft geführt hat, bei der Bevölkerung zu Recht als desaströs angesehen wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Textbaustein!)

Es geht mittlerweile schon so weit, dass Sie feststellen, wenn Sie die Zeitung aufschlagen, dass das schlechte Image dieses Bundesfinanzministers Werbezwecken dient. Wenn Sie sich diese Zeitungsanzeige anschauen,

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch.)

dann sehen Sie, unter der Überschrift „Brauchen Sie eine Auszeit?“ kommt: „Eichel, nein danke“. Sie sehen, mit negativen Meldungen über Herrn Eichel können Sie mittlerweile sogar Werbung machen. So katastrophal ist das Image dieser Bundesregierung und dieses Finanzministers.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), einen anderen Zeitungsausschnitt hochhaltend: Ich habe hier zufällig gerade etwas anderes!)

Der Dank gebührt dagegen Finanzminister Weimar, der Dank gebührt Ministerpräsident Koch, dass sie mit der „Operation sichere Zukunft“ die Verhältnisse in Hessen nachhaltig verbessern,

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

dass sie die Verbesserung in der Politik eingeleitet haben. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande – das zeigen die Umfragen – haben das ebenfalls erkannt und danken der Landesregierung für diese mutigen Entscheidungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich finde es hingegen außerordentlich passend, dass insbesondere die SPD von „düsterer Zukunft“ redet.

(Reinhard Kahl (SPD): Selbst verschuldete!)

Denn mit der SPD verbinden die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wirklich eine düstere Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war der Textbaustein vom Februar!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Caspar. – Meine Damen und Herren, ich habe vorsorglich den Gong eingesetzt, weil wir jetzt zum Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 3 und zu Tagesordnungspunkt 5 gekommen sind. Ich stelle fest, dass die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004), Drucks. 16/834, stattfand. – Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Geschäftsführers Kaufmann vor. Bitte sehr.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie es nach einer ersten Lesung üblich ist, werden die Gesetzesvorhaben in die Ausschüsse zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen. Durch die Debatte heute haben wir sehr deutlich erfahren, dass in dem Gesetzentwurf – dies wurde durch den Änderungsantrag der CDU von gestern zu dem Gesetzentwurf umso deutlicher –, der sich mit dem Namen „Zukunftssicherungsgesetz“ vorgestellt hat, eine Vielfalt von Rechtsmaterien und -komplexen zusammengefasst ist.

Um dies ordnungsgemäß abwickeln zu können, beantragen wir, das Zukunftssicherungsgesetz – so hat es die Landesregierung genannt –, an verschiedene Ausschüsse zur Vorbereitung der zweiten Lesung und insbesondere zur Durchführung entsprechend sachgemäßer Anhörungen zu überweisen: beteiligt an den Innenausschuss – das bezieht sich insbesondere auf Art. 1, 2, 3, 4 und 10 –, an den Rechtsausschuss – insbesondere wegen der Art. 5 und 11 –, an den Sozialpolitischen Ausschuss – wegen der beiden neu im Änderungsantrag befindlichen Artikel, Art. 3 neu, Stichwort: Hessisches Gleichstellungsgesetz, und Art. 16 neu, Stichwort: Hessisches Blindengeldgesetz –, an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst – bezüglich der Art. 12 und 13, die wir zuletzt diskutiert haben –, an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz bezüglich des Art. 15, Änderung des Forstgesetzes; den Gesamtkomplex federführend an den Haushaltsausschuss zusammen mit dem Gesetzentwurf für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz und mit dem Gesetzentwurf über den Haushaltsplan. So weit unser Antrag.

Ich denke, weitere Worte zur Begründung sind nicht nötig. Alle, die die Debatte verfolgt haben, sehen, dass es eine sehr komplexe Materie ist. Das, was erkennbar vorgesehen ist, nämlich alles in den Haushaltsausschuss hineinzuschieben und zu sagen, er solle alle notwendigen Anhörungen durchführen – meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche insbesondere in Richtung Regierungsfraktion –, wäre keine ordnungsgemäße Behandlung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Denn es kommt bei einer Anhörung nicht nur darauf an, dass diejenigen, die etwas zu sagen haben, gehört werden, sondern auch darauf, dass diejenigen, die fachlich mit der jeweiligen Materie umgehen und innerhalb unserer Verteilung auch dafür zuständig sind, im Landtag die entspre-

chenden Fragen stellen und die Themen diskutiert können, damit mögliche Fehler – wir meinen, schon reichlich Fehler erkannt zu haben; das hat die Diskussion ergeben – und Probleme im Gesetzgebungsverfahren entdeckt und gegebenenfalls bereinigt werden, damit wir nicht hinterher ein Desaster erleben. Deswegen macht eine solche Beratung einen Sinn. Alles andere wäre, von Rechtsfragen, die ich jetzt nicht diskutieren will, völlig abgesehen, auch in der Sache völlig unangemessen. Insoweit bitte ich die Mehrheitsfraktion, sich doch noch einmal Gedanken darüber zu machen, ob das, was gestern Abend im Haushaltsausschuss angekündigt wurde, nicht vielleicht doch die schlechtere Lösung ist und ob Sie unserem Überweisungsantrag folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Geschäftsführer Gotthardt.

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden Ihrem Geschäftsordnungsantrag nicht folgen.

(Michael Siebel (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Denn wir sind der Auffassung, dass man im Haushaltsausschuss auch diese Themen besprechen kann.

(Michael Siebel (SPD): Das ist eine sachferne Beratung, die Sie durchsetzen wollen! Das werden wir so nicht akzeptieren! – Weitere lebhaftere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gesehen, dass es sich im Detail zum Teil um sehr kleine Regelungen handelt, die im Haushaltsausschuss mit behandelt werden können. Deswegen sind wir für dieses Verfahren. – Herr Kollege Siebel, weil Sie am lautesten dazwischen rufen:

(Michael Siebel (SPD): Weil Sie sachfremde Entscheidungen durchsetzen wollen!)

Ich darf darauf hinweisen, dass Sie sich eben zu dem Thema Studiengebühren im Plenum noch nicht einmal geäußert haben. Daran wird doch deutlich, wie wichtig Ihnen das ist.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Weil er keine Redezeit mehr hatte! – Anhaltende lebhaftere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Gotthardt, einen kleinen Moment.

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Da sich jetzt alle so schön aufregen, schlage ich Folgendes vor:

(Michael Siebel (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der Wissenschaftsminister etwas dazu gesagt?)

Wenn ich in die erste Reihe hier vorne gucke, stelle ich fest, dass dies alles Leute sind, die schon länger im Hessischen Landtag sind. Lesen Sie sich doch einmal das Protokoll der Beratungen des Haushalts im Jahre 1996 durch. Dazu kann ich nur sehr raten.

(Zurufe von der CDU: Oh ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oje! Da ging es nicht um Studiengebühren!)

Vielleicht ist das bei der Meinungsbildung hilfreich. Sie können noch einmal nachlesen, was damals war. Damals war die rot-grüne Mehrheit eindeutig der Auffassung, dass die Beratung im Haushaltsausschuss ausreicht. Was Ihnen damals recht war, ist uns heute billig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Um was ging es damals? – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Kahl, bitte.

(Volker Hoff (CDU): Der war damals auch dabei! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben nicht über Studiengebühren geredet, zu keiner Zeit! – Clemens Reif (CDU): Ganz vorneweg der Kahl!)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Gotthardt, Sie wissen doch ganz genau: Das, was Sie jetzt beantragen, hat mit normalen parlamentarischen Verfahren überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Erster Punkt. Das normale Verfahren wäre gewesen, im September den Entwurf des Haushaltsplans einzubringen. Das ist nicht geschehen. Sie setzen uns allein mit dem Zeitplan, der von der Landesregierung vorgegeben wurde, dermaßen unter Zugzwang,

(Gerhard Bökel (SPD): Das war 1996 ganz anders!)

dass wir überhaupt nicht in der Lage sind, die kursorischen Lesungen vernünftig durchzuführen. Im Grunde genommen müssten parallel dazu schon die Klausurtagungen stattfinden.

(Frank Gotthardt (CDU): Sagen Sie einmal etwas zu den Beratungen des Bundeshaushalts in Berlin und zu dem dortigen Zeitplan!)

Ich komme zum zweiten Punkt. Sie haben uns dann noch den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes vorgelegt, den Sie „Zukunftssicherungsgesetz“ genannt haben. Dass dies kommen würde, war zunächst auch nicht bekannt. Zu dem gleichen Gesetzentwurf kommt dann von Ihrer Fraktion sofort die Reparatur dessen, was die Landesregierung hier vorgelegt hat. Sie wollen noch weitere drei Gesetze verändern. Meine Damen und Herren, es geht um weitere drei Gesetze. Wer die Debatte, die heute stattgefunden hat, einigermaßen verfolgt hat, konnte doch feststellen, dass es bei der Erhebung der Studiengebühren nicht um finanzielle Fragen ging. Vielmehr geht es dabei um viele einzelne Inhalte, die diskutiert werden müssen. Diese Diskussion gehört im Fachausschuss geführt und nicht allein im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (FDP))

Herr Kollege Milde weiß das sehr genau. Wir haben der Sitzung des Haushaltsausschusses zugestimmt, obwohl wir in der Woche Bundesparteitag haben. Wir haben nicht, wie das früher der Fall war, darauf verwiesen, dass auf den Bundesparteitag Rücksicht genommen werden muss. Jetzt wollen Sie uns in die Sitzung des Haushaltsausschusses weitere Anhörungen hineinbringen. Damit würde aus einer Sitzung, die eigentlich einen halben Tag dauern sollte, eine ganztägige Sitzung, die bis in die Nacht hinein dauern würde. Dies ist ein Umgang mit der Opposition, der sich nicht gehört.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer und Roland von Hunnius (FDP))

Wir haben Ihnen angeboten, dass ein Teil der Anhörungen, die Fachgesetze betreffen, im Haushaltsausschuss durchgeführt wird. Wir haben gesagt: In diesem Zusammenhang ist allerdings das Allerwichtigste, dass der Gesetzentwurf über die Studiengebühren im zuständigen Fachausschuss behandelt wird. – Meine Damen und Herren, noch nicht einmal auf diesen Vorschlag sind Sie eingegangen. Sie wollen mit Ihrer absoluten Mehrheit etwas durchziehen, was zumindest am Geiste der Geschäftsordnung vorbeigeht. Es ist kein ordnungsgemäßes Verfahren, dass Fachgesetze geändert werden sollen, ohne dass die Fachausschüsse als solche damit befasst werden. Deswegen stimmen wir dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN auf Überweisung zu. Ich sage es hier noch einmal – wir bieten das hier noch einmal an –: Seien Sie zumindest bereit, bei dem wichtigsten Gesetzentwurf, der hier inhaltlich beraten werden soll, einer Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zuzustimmen. Alles andere wäre eine Farce der Beratungen zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Beer spricht nun ebenfalls zur Geschäftsordnung.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, auch ich will noch einmal an Sie appellieren. Wir sollten wenigstens den Teil der Entwürfe, der das Gesetz zu den Studiengebühren betrifft, dem zuständigen Fachausschuss überweisen. Den Äußerungen der Kollegen haben Sie schon entnommen: Es geht uns nicht darum, Ihren Zeitplan durcheinander zu bringen. Denn es ist offensichtlich: Sie wollen erreichen, dass die dritte Lesung im Dezember 2003 stattfindet. – Hier besteht die Bereitschaft, notfalls mit Sondersitzungen vor der Sitzung des Haushaltsausschusses am 19. November 2003 die entsprechenden Teile in den Fachausschüssen zu beraten. Es ist überhaupt nicht sinnvoll, die Sitzung des Haushaltsausschusses unnötig mit Fragen in die Länge zu ziehen, die die Studiengebühren betreffen. Dabei geht es um Fragen, die die Verwaltung, den Ablauf der Erhebung betreffen, wie man die Erhebung vornehmen will und wie man das behandeln will.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe schon die gelangweilten Gesichter der Kollegen, die sich mit dem Haushalt und den Finanzen beschäftigen. Sie müssten dann zwei bis drei Stunden zuhören, während ich über die Immatrikulationsverordnung Zwiesgespräche mit dem Minister führe. Herr Kollege Milde und die Kollegen aus dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst wissen, dass dies auch aus einem anderen Grund nicht sinnvoll ist. Zu der regulären Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, die am 13. November 2003 stattfindet, sind die Präsidenten der Hochschulen bereits wegen des jährlich stattfindenden Gesprächs zu dem Haushaltsentwurf eingeladen. Es wäre leicht, dazu noch die Vertreter der ASten zu laden. Man müsste die Herrschaften in einer Woche nicht zweimal bemühen. Wir könnten die Gesetzentwürfe und die Verordnungsentwürfe dann aber inhaltlich diskutieren.

Das hätte keine Auswirkungen auf Ihren Finanzrahmen. Das würde keine Auswirkungen auf Ihren Zeitplan haben. Sie werden diese Gesetzesvorhaben durchpeitschen. Das ist uns klar. Die Frist zur Anhörung der Vertreter der Hochschulen wurden schon entsprechend gekürzt. Aber lassen Sie doch denjenigen, die Sie schon während der Anhörung des Kabinetts nicht ernst genommen haben, wirklich die Möglichkeit, im zuständigen Fachausschuss mit den Fachleuten zu diskutieren. Buttern Sie bitte nicht alles im Haushaltsausschuss unter.

Ich weiß auch gar nicht, wovor Sie Angst haben. Wenn Ihre Gesetzentwürfe angeblich so gut sind, wie Ihre Redner es hier vorgetragen haben, dann können Sie sich doch auch der Diskussion mit den Fachleuten stellen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Frank Gotthardt (CDU): Das machen wir doch!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, die Beiträge zur Geschäftsordnung bezogen sich auf Tagesordnungspunkt 5.

Ich komme jetzt entsprechend dem normalen Verfahren zur Abstimmung bzw. zur Behandlung der Vorschläge zur Überweisung der Gesetzentwürfe bzw. des Antrags unter Tagesordnungspunkt 3.

Da ist zunächst festzuhalten, dass der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2004 unter Tagesordnungspunkt 3 a, Drucks. 16/834, dem Haushaltsausschuss überwiesen werden soll. Dem wird nicht widersprochen? – Dann verfahren wir so.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 3 b. Dies ist der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2004, Drucks. 16/784. Er soll dem Haushaltsausschuss überwiesen werden. Dem wird nicht widersprochen? – Dann ist das hiermit geschehen.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 3 c. Dies ist der Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2003 bis 2007, Drucks. 16/835. Er soll ebenfalls dem Haushaltsausschuss überwiesen werden. – Dementsprechend verfahren wir dann auch.

Wir kommen damit zur Behandlung des Gesetzentwurfs unter Tagesordnungspunkt 5. Tagesordnungspunkt 5 war die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zukunftssicherungsgesetz, Drucks. 16/861.

(Wortmeldung der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Frau Kollegin, wir befinden uns in der Abstimmung. Die Argumente sind ausgetauscht. Ich weiß nicht, was das jetzt soll.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das betrifft die Behandlung des nächsten Tagesordnungspunkts! Herr Präsident, ich bitte um Vergebung!)

– Okay. Wir befinden uns gerade mitten in der Abstimmung. Ich muss sagen, das war nicht gerade förderlich. Ich denke, das gilt für alle Beteiligten.

Es liegt der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, der von den Fraktionen der SPD und der FDP unterstützt wird, den Gesetzentwurf und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucks. 16/869, nicht nur dem Haushaltsausschuss, sondern auch dem Innenausschuss, dem Sozialpolitischen Ausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. Die Federführung läge beim Haushaltsausschuss. Es wurde dann allerdings auch gesagt, es müsse zumindest eine Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst stattfinden. Ich frage schlicht: Gibt es bei den Mitgliedern der CDU da Bewegung? – Sie halten daran fest: Der Gesetzentwurf soll nur dem Haushaltsausschuss überwiesen werden.

Ich lasse dann über die Alternativen abstimmen. Wer für die Annahme des von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrags ist, dass weitere Ausschüsse beteiligt werden sollen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Mitglieder der Fraktionen der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind geschlossen die Mitglieder der Mehrheitsfraktion CDU. Damit werden der Gesetzentwurf für ein Zukunftssicherungsgesetz und der dazu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der CDU im Haushaltsausschuss weiter beraten werden.

Herr Siebel, Sie haben zur Geschäftsordnung das Wort.

(Zuruf von der CDU: Jetzt darf er doch noch reden!)

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach meiner Auffassung ist das die Beugung des Rechts des Parlaments.

(Frank Gotthardt (CDU): Zur Geschäftsordnung!)

Meiner Ansicht nach müssen Gesetzentwürfe, die Fachliches betreffen, auch in den Fachausschüssen beraten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Siebel, ich muss Sie leider unterbrechen – –

**Michael Siebel (SPD):**

Namens meiner Fraktion stelle ich deshalb den Antrag, dass sich der Ältestenrat mit der Frage befasst, ob das so geht. Meiner Ansicht nach muss über diese Frage der Ältestenrat entscheiden. Sie können mit der Arroganz der

Macht hier nicht alles durchsetzen, was Sie denken, hier durchsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wenn ich Sie richtig verstanden haben, beantragen Sie die sofortige Einberufung des Ältestenrats.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wir sind in der Abstimmung!)

– Die Abstimmung ist zu Ende. Es wurde eindeutig festgehalten, dass die Überweisung an den Haushaltsausschuss stattgefunden hat.

Jetzt haben wir die Situation, dass die Einberufung des Ältestenrats beantragt wurde. Ich unterbreche die Sitzung des Plenums und gehe davon aus, dass wir für die Sitzung des Ältestenrats etwa zehn Minuten brauchen werden.

Der Ältestenrat trifft sich in Raum 119 M.

(Unterbrechung von 14.09 bis 14.26 Uhr)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Auch wenn nicht alle da sind, gehe ich davon aus, dass das, was der Ältestenrat einstimmig dem Plenum empfiehlt, hier auf Konsens und Zustimmung stoßen wird.

Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, dass wir bei Art. 12 und 13 des Zukunftssicherungsgesetzes, Drucks. 16/861, zusätzlich zum Haushaltsausschuss den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst beteiligen. Dazu ist in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 13.11. eine Anhörung durchzuführen. Eingeladen werden die ASten und die Leitungen der hessischen Hochschulen. In jedem Fall soll sichergestellt sein, dass vor der Sitzung des Haushaltsausschusses, die am 19.11.2003 sein wird, diese Beratungen abgeschlossen sind. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann heißt das, dass neben dem Haushaltsausschuss zu Art. 12 und 13 des Zukunftssicherungsgesetzes der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hinzugezogen wird.

Ich darf in der Tagesordnung fortfahren und rufe **Punkt 4** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Überleitung der Dienstverhältnisse der Beamten sowie der Versorgungsempfänger der Sparkassenversicherung Öffentliche Versicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen – Drucks. 16/836 –**

Redezeit pro Fraktion: fünf Minuten. – Wer bringt den Gesetzentwurf ein? – Frau Zeimetz-Lorz, bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sparkassenversicherung Hessen-Nassau-Thüringen soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. In der Folge davon soll die Sparkassenversicherung Hessen-Nassau-Thüringen mit der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg fusionieren. Dieses Vorhaben hat Folgen unter anderem für die dort beschäftigten Beamten und die Versorgungsempfänger, da durch die Umwand-

lung in eine Aktiengesellschaft die Sparkassenversicherung ihre Dienstherrneigenschaft verliert.

Deshalb sollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Beamten und die Versorgungsempfänger zu einem anderen Dienstherrn überführt werden. Die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck in Kassel und die Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau in Wiesbaden sollen den betroffenen Personenkreis übernehmen. Die Zuordnung der jeweiligen Beamten zum neuen Dienstherrn soll auf der Grundlage der bisherigen Verwendung am jeweiligen Dienstsitz erfolgen.

Gleichwohl sehen wir, dass Umwandlung und Fusion Folgen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassenversicherung, aber auch für die Standorte Wiesbaden und Kassel haben werden und es hier sicherlich noch einige Fragen zu beantworten gibt. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass wir die Fragen in den zuständigen Fachausschüssen behandeln. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Der nächste Redner ist der Kollege Denzin für die FDP-Fraktion.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Machen wir es auch kurz. Das, was wir jetzt als Aufgabe vorliegen haben, ist die Schaffung der Voraussetzung für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Die Aktiengesellschaft wiederum ist die Voraussetzung für eine angedachte Fusion mit der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg. Das heißt, wenn wir dieses Gesetz nicht mehr im Schnelldurchgang, zu dem getrennt noch etwas zu sagen wäre, über die Bühne kriegen, dann sind die Voraussetzungen für den ganzen Prozess nicht geschaffen. Umgekehrt heißt das aber nicht, dass wir mit der Beamtenrechtsänderung die Fusion beschließen. Wir hätten sehr wohl noch Zeit, darüber nachzudenken. Frau Zeimetz-Lorz, hier stimme ich Ihnen voll zu.

Trotzdem müssen wir festhalten: Wenn es hier nicht um beamtenrechtliche Überführungsbestimmungen ginge, hätte der Landtag überhaupt nichts zu diskutieren. Es geht um die Entscheidung eines Unternehmens in einer Trägerschaft, bei der das Land nicht beteiligt ist. Diese Entscheidung muss auch dort bleiben. Das ist eine unternehmenspolitische Entscheidung, keine landespolitische Entscheidung.

Natürlich gibt es ein landespolitisches Interesse. Das haben Sie bei den Standorten Wiesbaden und Kassel angesprochen. Es gibt natürlich auch ein landespolitisches Interesse, ein finanzkräftiges Unternehmen in diesem Land gedeihen zu lassen und den Schwerpunkt des Wachstums nicht zu verlagern. Aber diese Interessenlage ist allenfalls über den indirekten Weg irgendwo einzubringen. Ich denke, da sind wir uns einig: So weit wir das tun können, werden wir das tun. – Somit gibt es heute nicht mehr zu sagen als das, was gesagt worden ist.

In die Öffentlichkeit sind aber in der letzten Zeit Irritationen getragen worden. Die Fraktionsvorsitzenden und alle an dem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Hessen-Nassauischen Beteiligten haben die letzten Informationen bekommen. Ich halte es, gelinde gesagt, für ein

Unding, wenn uns ein einzelner Vertreter einer Gewerkschaft Dinge darstellt, die dann von allen anderen Personalratsmitgliedern dieses Betriebes widerlegt werden. Diese Unterlagen sind jetzt da, aber wir sollten sie im Ausschuss erörtern. Das ist angebrachter als hier im Plenum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat Herr Kollege Frankenberger von der SPD-Fraktion.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Denzin hat Recht: Es ist nicht unsere Aufgabe, über eine Fusion zu entscheiden. Wir haben sicherlich eine Meinung dazu, wie wir die ökonomischen Perspektiven der geplanten Fusion einschätzen. Aber wir sind nicht das Gremium, das dies debattieren soll. Diese Entscheidung wird in anderen Gremien getroffen.

Gleichwohl haben wir im Hessischen Landtag eine Verantwortung, der wir gerecht werden müssen; denn die Überleitung ist die Voraussetzung für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, und die Aktiengesellschaft ist eine Voraussetzung für die Fusion. Ohne Überleitung gibt es also keine Aktiengesellschaft, und dann kann man auch nicht fusionieren. Deswegen sollten wir das Problem mit der Sorgfalt angehen, die ihm gebührt.

Ich bin – gelinde gesagt – ein bisschen erstaunt. Als wir uns zum ersten Mal mit dieser Thematik auseinander gesetzt haben, schien alles relativ klar und eindeutig zu sein. In der Zwischenzeit ist einiges geschehen. Es gab Faxe, Telefonate, und auch heute haben uns noch einige Schriftstücke erreicht. Ich finde es – gelinde gesagt – nicht in der Ordnung, dass wir in der kurzen Zeit die Schriftstücke, die uns heute erreicht haben, bewerten sollen. Das sollten wir in den zuständigen Ausschüssen machen. Dort haben wir die nötige Zeit, es zu tun.

Aber ich will auch darauf hinweisen, dass es hier um hessische Interessen geht, nämlich um die Standorte Wiesbaden und Kassel. Damit verbunden ist die Frage der Arbeitsplätze, die an diesen Standorten erhalten bleiben sollen. Es geht auch darum, ob Wiesbaden Vorstandssitz bleiben soll oder nicht.

Insofern haben wir aus hessischer Sicht ein elementares Interesse daran, mit der nötigen Sorgfalt an dieses Thema heranzugehen, nämlich nicht nur wegen der Überleitung und der Verantwortung für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Versorgungsempfänger, sondern auch weil es um Arbeitsplätze und um Standorte in Hessen geht. Ich bitte, das in den zuständigen Gremien entsprechend zu tun. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Frank-Peter Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, ein paar klare und kritische Worte sind nö-

tig. Da ein Besuch des Vorstands der Sparkassenversicherung angemeldet war, haben wir uns fraktionsübergreifend getroffen und anlässlich dieses Gesprächs den Wunsch entgegengenommen, der hier schon beschrieben worden ist, nämlich die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass eine Umwandlung in eine AG, mit der weiteren Perspektive einer Fusion mit der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg, möglich ist.

In dem Gespräch wurde den Mitgliedern aller vier Fraktionen das Bild vermittelt, die Angelegenheit sei durchdiskutiert, mit allen Beteiligten einvernehmlich beschlossen, und es sei nur noch eine Formsache, die Dienstherrneigenschaft zu verschieben. Zumindest diese Aussage war offenkundig falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht unumstritten. Wir haben gesagt: Unter dieser Voraussetzung sind wir bereit, die Sache rasch zu erledigen, weil der Hessische Landtag nicht aus formalen Gründen einer Einigung aller Beteiligten entgegenstehen sollte. Das hätten wir alle nicht als richtig empfunden.

Mittlerweile stellt sich die Welt anders dar. Der Vorgang ist nicht so unumstritten, wie er uns dargestellt worden ist. Ich kann mich erinnern, dass ich selbst gesagt habe: Wir erwarten die zustimmenden Stellungnahmen der notwendigen Beteiligten. – Das reicht von den Kommunalen Spitzenverbänden, die schließlich die Gewährträger der Sparkassen sind, bis zu den Arbeitnehmervertretungen, dem Beamtenbund, ver.di und dem Gesamtpersonalrat. Bis heute liegen noch keine Stellungnahmen vor. Das müssen sie auch nicht.

Dazu gibt es aber eine Reihe von Turbulenzen, mündlich dargebracht und auch schriftlich fixiert. Diese Turbulenzen kann man heute noch nicht abschließend beurteilen; auch das ist klar.

Ich habe mir eigentlich gedacht und es auch empfohlen, dass der Antragsteller, dem ich ausdrücklich überhaupt keinen Vorwurf mache, den Gesetzentwurf hier eingebracht zu haben – so war es auch verabredet –, nach Lage der Dinge den Gesetzentwurf einfach zurückzieht, damit die ganze Angelegenheit von dem zuständigen Ministerium und den Verbänden geprüft wird. Dann sollte eine ordentliche Regierunganhörung durchgeführt werden, woraufhin das Gesetzgebungsverfahren auf uns zukommen könnte. Nun ist das wohl nicht die Absicht, weil man angesichts der etwas undurchsichtigen Lage im Augenblick nicht einschätzen kann, ob es nicht doch weitestgehend unproblematisch ist. Das ist das, was mir gesagt wurde. Deswegen wollen Sie den Gesetzentwurf nicht zurückziehen.

Aber eines muss ich klar sagen: Wir bestehen darauf, dass ein ordentliches Anhörungsverfahren auch mit den dafür notwendigen Fristen durchgeführt wird, statt dass man „Hoppla hopp, es wird schon alles stimmen!“ sagt. – Ich stelle klar und deutlich fest: Ich fühle mich von dem Vorstand der SV Sparkassenversicherung getäuscht, weil das, was uns vorgebracht wurde und zum Teil in schriftlicher Form nachgeschoben worden ist, zumindest nicht die volle Wahrheit war, wie sie sich im Augenblick darstellt. So kann man das nicht machen. Unter Geschäftsleuten würde man sagen: Wegfall der Geschäftsgrundlage der Vereinbarung.

Wenn Sie heute sagen: „Wir wollen es trotzdem versuchen, weil wir nicht im Wege stehen wollen, und vielleicht klären sich die Missverständnisse oder Falschaussagen noch auf“, mag das sein. Der Gesetzentwurf ist einge-

bracht, und er wird an den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Als Mitglieder des Landtags sollten wir alle ein Interesse daran haben, gegenüber Dritten deutlich zu machen, dass wir einer gesetzlichen Regelung rein formaler Fragen selbstverständlich nicht aus formalen Gründen entgegenstehen, dass wir uns aber umgekehrt nicht dazu verleiten lassen, irgendetwas zu machen, wenn Teile des Problems zumindest nicht abschließend geklärt sind. Ich denke, das würde uns allen nicht gut tun.

Von daher sind eine intensive Beratung und eine ausführliche Anhörung mit schriftlichen Stellungnahmen und der Möglichkeit, mündlich nachzufassen, nötig. Wenn der Termin nicht eingehalten werden kann – wie es heute aussieht –, ist das die alleinige Verantwortung des Sparkassenvorstands. Das will ich hier und heute klar sagen.

Wer nämlich in Hessen eine solche Funktion ausübt, sollte die gesetzlichen Regelungen kennen. Ich gehe davon aus, dass es, wenn er in einem Bereich führend tätig ist, der Dienstherrneigenschaft hat, sich aber in eine AG umwandeln muss, mindestens einen Juristen in diesem Hause geben muss, der weiß, dass man dann mit der Dienstherrneigenschaft nicht weiterkommen kann und dafür eine Lösung braucht, die nur auf dem gesetzlichen Weg möglich ist. Er weiß auch, dass der Gesetzgeber nicht nur ein Recht auf richtige Informationen hat, sondern auch auf die notwendige Beratungszeit, um das gut zu machen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Das Wort hat der Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU greift einen Teilaspekt des gesamten Themas Fusionsabsichten der Sparkassenversicherung Hessen-Thüringen und Baden-Württemberg auf. Aus der Sicht der Landesregierung gibt es zwei Punkte, die für uns von Interesse sein müssen. Zum einen wollen wir dem Sparkassen- und Giroverband und den damit verbundenen weiteren wirtschaftlichen Aktivitäten Rechnung tragen, soweit das im Landesinteresse liegt. Das ist, glaube ich, insgesamt unstrittig.

Zum anderen geht es um die Frage, inwieweit wir von der Umwandlung der jetzigen Rechtsform in eine AG betroffen sind. Dabei geht es im Ergebnis um die Dienstherrneigenschaft für die Beamten, ein Sachverhalt, den wir in anderen Großunternehmen – Stichwort: Telekom – auf Bundesebene auch schon erlebt haben. Das ist kein ungewöhnlicher Vorgang. Das, was in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen wird, ist, was die Dienstherrneigenschaft anbetrifft, nachvollziehbar und auch plausibel.

Nach den Unterlagen, die mir vorliegen, ist die Sparkassenversicherung Dienstherr für insgesamt 59 Beamte. Davon sind bereits jetzt sieben bei der Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau und 14 bei der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck untergebracht, die restlichen 38 aber noch nicht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass nun sämtliche Beamte übernommen bzw. dem neuen Dienstherrn bei den Beamtenversorgungskassen in Kassel und Wiesbaden zugeordnet werden. Das halten wir

für sinnvoll. Das ist eine vernünftige Maßnahme, insbesondere wenn man bedenkt, dass wir schon jetzt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Versorgungskassen und der Sparkassenversicherung haben. Von daher ist das aus landespolitischer Sicht ein vernünftiger Weg.

Die zweite Frage, inwieweit die Interessen der Beschäftigten und die bislang einvernehmlich dargestellte Position begründet sind, wird in den Ausschussberatungen zu klären sein.

Aus der Sicht der Landesregierung konzentriert es sich auf zwei Fragen: Ist die generelle Fusionsabsicht im Landesinteresse? Ich denke, da sind wir uns mit Blick auf die Stärkung der wirtschaftlichen Voraussetzungen unseres Bundeslandes einig.

Zweitens. Ist der vorgeschlagene Weg aus öffentlich-rechtlicher und aus beamtenrechtlicher Sicht plausibel? Das ist er. Soweit es um einzelne Fragen geht, wird vonseiten der Landesregierung Hilfestellung geleistet, soweit es erforderlich und gewünscht ist. Ich denke, wir sind uns darüber einig, die Angelegenheit im Ausschuss zu vertiefen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss, federführend, und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, zu überweisen. Gibt es andere Meinungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6, Punkt 7 und Punkt 8** der Tagesordnung auf:

#### **Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Koch-Steinbrück-Modell – Drucks. 16/693 –**

#### **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau – Drucks. 16/747 –**

#### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Koch-Steinbrück-Vorschlag zum Subventionsabbau – Drucks. 16/758 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat der Kollege Williges für die CDU-Fraktion.

#### **Frank Williges (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Subventionsabbau ist, solange man sich von Details fernhält, eine sehr populäre Forderung. In unserem Land sind Reformen grundsätzlich populär und werden grundsätzlich begrüßt; erst die Feststellung eigener Betroffenheit lässt die Begeisterung oft rasch in Empörung umschlagen.

Subventionen sind angesichts ihres beachtlichen Gesamtvolumens und der Tatsache, dass ihr Umfang in den vergangenen Jahrzehnten stetig angestiegen ist, die beliebteste Kompensation bei Haushaltssanierungs- und Steuerreformvorschlägen. Das gilt auch für die jüngsten Vorschläge des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf die ich später noch einmal zurückkomme.

Bisher gelang es jedoch nie, wirklich Einvernehmen zu erzielen. Die jüngere Geschichte kennt einige Konzepte zum Subventionsabbau, die nicht nur gut gemeint und durchdacht waren, sondern in ihrer Wirkung auch zu erheblichen Entlastungen der Haushalte geführt hätten. Allen diesen Vorschlägen war aber eines gemein: Sie kamen über das Entwurfsstadium nicht hinaus, weil sie zum einen zwischen sinnvollen und weniger sinnvollen Subventionen differenziert haben und weil sie zum anderen in der parteipolitischen Debatte zerrieben wurden.

Schon die Frage, welche Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen als Subventionen zu definieren sind, macht die Betrachtung nicht einfacher. Auf der einen Seite gibt es den Subventionsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001, der Subventionen in Höhe von 59 Milliarden € auflistet, und auf der anderen Seite die Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, das auf Subventionen in Höhe von 157 Milliarden € kommt.

Der am 30. September von den Ministerpräsidenten Hessens und Nordrhein-Westfalens, Koch und Steinbrück, vorgelegte Vorschlag zum Subventionsabbau, das so genannte Koch-Steinbrück-Modell, basiert nach meiner Einschätzung auf einem soliden Fundament. Zunächst ist als wesentlicher Unterschied zu früheren Entwürfen hervorzuheben, dass es im parteiübergreifenden Konsens erstellt wurde und damit größere Chancen hat, umgesetzt zu werden. Beide Berechnungen, die ich eben ansprach, zum einen der Subventionsbericht und zum anderen die Ergebnisse des Kieler Forschungsinstituts, sind in die Analyse einbezogen worden, und es wurde ein Mittelwert eingesetzt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines klar und deutlich sagen, was wir begrüßen und was alle, die kommunalpolitisch tätig sind, begrüßen sollten: Der Kommunale Finanzausgleich wurde ausdrücklich außen vor gelassen und nicht als Subvention im Sinne des Koch-Steinbrück-Modells definiert. Die Ministerpräsidenten haben darüber hinaus nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Subventionstatbeständen differenziert, sondern sie haben sich für einen linearen Abbau entschieden und damit die Speerspitzen der Argumentation der Lobbyisten entschärft.

In den Bereichen Forschung, Entwicklung sowie Aus- und Fortbildung wurde auf Reduzierungen verzichtet. Auch das ist ein ganz bedeutender Punkt und eine begrüßenswerte und, wie ich meine, zukunftsweisende Ausnahme bei diesem linearen Konzept. Um einen Konsens zu erzielen, galt es natürlich, strittige Punkte auszuklammern. So blieben die Lohnzuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit genauso außen vor wie die unterschiedlichen Belastungen durch die Ökosteuer, die bisher nach Gewerbezweigen differenziert werden.

Im Ergebnis der Vorschläge lässt sich ein Gesamtvolumen von 15,8 Milliarden € für die Jahre 2004 bis 2006 und in den Folgejahren ein Betrag von 10,5 Milliarden € per anno realisieren. Das ist ein erklecklicher Betrag, der eine entscheidende Entlastung bringen würde.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf die Kritiker eingehen. Die finden sich trotz des parteiübergreifenden Konsenses und trotz des Lobes der Experten und Sachverständigen. Die Kritik hat, wie immer, verschiedene Facetten. Es gibt z. B. die Kritik der FDP, die formale Bedenken erhebt. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP-Fraktion, dies scheint mir doch eher ein Zeichen von

Eifersucht zu sein, weil die Drei-Punkte-Partei beim Zustandekommen des Modells außen vor war.

(Nicola Beer (FDP): Die Punkte haben wir schon lange nicht mehr!)

Ihre Bedenken sind nicht wirklich gerechtfertigt. Ich füge hinzu: Kein Mensch in unserem Lande würde es verstehen, wenn ein sinnvolles und im Konsens entstandenes Projekt formale Hürden nicht nehmen würde. Herr von Hunnius, wir sind dazu aufgerufen, den Weg freizumachen, die Hürden beiseite zu schieben und keine neuen zu errichten. In diesem Sinne appelliere ich auch an Sie, konstruktiv an diesem Ziel mitzuarbeiten.

Fantasievoller als die Kritik der FDP ist die Kritik von SPD und GRÜNEN, die pikanterweise mit Lob garniert wurde. Sie sagen, das alles gehe nicht weit genug.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besser pikant als langweilig, Herr Kollege!)

– Herr Kaufmann, da stimme ich Ihnen zu. Auch ich bin kein Freund der Langeweile, wie Sie wissen.

Ihre Kritik wird mit Lob garniert – was sie der Realität aber kein Stück näher bringt, wenn Sie pauschal sagen, das Ganze müsse weiter gehen, aber, wie beim Haushalt 2004, auf konkrete Vorschläge verzichten. Wir sind uns einig, dass Subventionen den Wettbewerb verzerren, dass sie den Strukturwandel verzögern und dass sie einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

Aber wir müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, dass Subventionen – das gilt für alle Subventionen – nicht nur in bester Absicht eingeführt wurden, sondern dass es immer dann, wenn sie eingeführt wurden, eine dringende Notwendigkeit dafür gab. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, Szenarien zu entwickeln, wie sich Kohlebergbau und Landwirtschaft subventionsfrei entwickelt hätten. Es bleibt festzustellen, dass Subventionen derzeit noch das Rückgrat vieler Branchen sind.

Da ist die Fundamentalposition des völligen Subventionsabbaus vielleicht perspektivisch und visionär richtig, und sie mag auch in Talkshows Applaus bringen. Die Realisierung scheitert aber derzeit nicht nur am Protest von Lobbyisten, sondern sie scheitert auch, weil sie mit der Lebenswirklichkeit in unserem Land und mit seinem derzeitigen – ich betone: derzeitigen – Steuersystem nicht kompatibel ist.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch auf einen Aspekt hinweisen: Die beiden Ministerpräsidenten haben – das halte ich für wesentlich – Instrumente entwickelt, mit denen künftig Kürzungen vorgenommen werden können. Das ist eine Pionierarbeit, die notwendig war, weil die Finanzhilfen und Steuerbegünstigungen in die verschiedensten Bereiche des Steuerrechts eingreifen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wieder genug des Weihrauchs!)

Mit diesem Werkzeugkasten, der jetzt bereitgestellt wurde, rückt künftiger Subventionsabbau aus dem Stadium der Grundlagenforschung in den Bereich der Routine.

Die 12-prozentige Absenkung in drei Schritten mit jährlich 4 % ist ein vernünftiger Weg und führt auch in den Bereichen Eigenheimzulage, Pendlerpauschale und Sparerfreibetrag – das ist uns sehr wichtig – nur zu moderaten

Eingriffen, im Gegensatz zu dem, was die Bundesregierung z. B. mit der Pendlerpauschale machen wollte.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schlägt Herr Merz auch vor! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Merz will das ganz streichen!)

All das, was hier vorgelegt wurde, ist im gegenwärtigen Steuersystem das Optimum dessen, was im Konsens zu erreichen war.

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Entscheidende ist – das ist auch für den heutigen Tag wichtig –, dass die vorgeschlagenen Kürzungen der beiden Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück schon im Haushalt 2004 und in den Folgehaushalten 2005 und 2006 Wirkung zeigen und dort zu Entlastungen führen. Ein völliger Umbau unseres Steuersystems ist unbestritten notwendig. Wir bauen auf die Merz-Vorschläge und hoffen, dass Sie konstruktiv daran mitarbeiten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja was denn jetzt?)

Der grundsätzlich notwendige Umbau des Steuersystems ist nicht so kurzfristig machbar, wie Länder, Bund und Bürger in unserem Land eine Entlastung brauchen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja was denn jetzt?)

Deshalb appelliere ich an SPD und GRÜNE: Ziehen Sie Ihre Anträge, die doch eher Schaufenstercharakter haben, am heutigen Tage zurück.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Stimmen Sie unserem Antrag zu, und zeigen Sie, dass es nicht nur auf der Ebene der beiden Ministerpräsidenten, sondern auch im Landtag in dieser pragmatischen Frage einen breiten Konsens gibt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Williges. – Nächste Wortmeldung, Kollege Pighetti, SPD-Fraktion.

#### **Marco Pighetti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag begrüßt das Zustandekommen eines parteiübergreifenden Konsenses der Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens und Hessens zum Abbau von Subventionen im Bundeshaushalt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwei Parteien übergreifend!)

Wir sind zwar nicht der Auffassung, dass Subventionen grundsätzlich zu verteufeln wären, schließlich bieten sie dem Staat eine geeignete Möglichkeit, wirtschaftspolitisch gestaltend zu wirken. Es kann andererseits aber auch nicht übersehen werden, auf welchen Umfang der Subventionsblock der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland angewachsen ist.

(Beifall bei der SPD)

Besonders problematisch sind dabei ineffiziente Subventionen, solche, die zu Fehlanreizen und Mitnahmeeffekten führen oder einen notwendigen Strukturwandel verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Zahlreiche dieser unsinnigen Sonderleistungen existieren ohnehin nur noch, weil es einer geschickten Lobby gelingt, den Blick der Öffentlichkeit an den entsprechenden Tatbeständen vorbeizulenken.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere ist dabei bei den Steuervergünstigungen ein Dickicht entstanden, welches weder Überschaubarkeit noch Transparenz bietet. Aber auch im Bereich der direkten Finanzhilfen wären Fehlallokationen aufzuzählen, die immer noch existieren, weil lautstarke und gut organisierte Interessengruppen sie zu verteidigen wissen.

All diese Argumente sprechen also dafür, staatliche Subventionen von Zeit zu Zeit einer kritischen Überprüfung und Bewertung zu unterziehen.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wenn man eine solche Überprüfung vornimmt, kann es sicherlich auch dazu kommen, dass bestimmte Bereiche von Kürzungen ausgenommen werden. Wer die einzelnen Tatbestände ernsthaft bewertet, kann nicht zu dem Ergebnis kommen, dass sie alle gleichwertig sind. Wer das tut, hat schon vorher den Verstand aus- und den Rasenmäher eingeschaltet.

(Beifall bei der SPD)

Mit minus 4 % alles über einen Kamm zu scheren, heißt nämlich, sich vor der nötigen Bewertung zu drücken und die eigentliche politische Aufgabe, eine Wertentscheidung zu treffen, gar nicht wahrzunehmen, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Herr Ministerpräsident, dafür gibt es keinen Grund, sich ohne Anfang und ohne Ende zu feiern. Ein wenig mehr Bescheidenheit beim Verteilen von Selbstlob wäre angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten gar nicht, dass sich der Ministerpräsident brutalstmöglich zurückhält, aber ein paar Weihrauchgranaten weniger würden auch Ihnen die klare Sicht erleichtern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wenn sich der Nebel senkt, dann wird die Sicht klarer. Insbesondere fällt dann auch ein klareres Licht auf den selbst ernannten Subventionsabbauer Koch.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

So schön es auch sein mag, das größte Programm zum Subventionsabbau in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands zu verkünden, so wenig schön war die Rolle des Hessischen Ministerpräsidenten, als es um das Steuerabbauvergünstigungsgesetz ging.

(Beifall bei der SPD)

Warum hat denn der Ministerpräsident monatelang einen wirklichen Subventionsabbau blockiert? Ging es darum, zu verhindern, dass tatsächlich in den Subventionsabbau eingestiegen wird – und zwar ganz gezielt und nicht nach dem Rasenmäherprinzip? Musste der mutige Abbau von Steuervergünstigungen durch Bundesfinanzminister Hans Eichel blockiert werden, um den Erfolg der rot-grünen Regierung in Berlin zu vermeiden? Oder ging es da-

rum, ein wirklich großes Paket zum Subventionsabbau zu verhindern, um dann ein paar Monate später ein viel kleineres zum größten Paket in der Geschichte des Landes erklären zu können?

(Beifall bei der SPD)

Nein, Herr Ministerpräsident, auch wenn im Himmel bekanntlich mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte herrscht, Ihnen nehmen wir die Wandlung vom Saulus zum Paulus nicht ab.

(Beifall bei der SPD)

Es mag für den Ministerpräsidenten und seinen klammen Finanzminister schön sein – er ist ja noch da –, sich auf 100 Millionen € aus dem Koch-Steinbrück-Subventionsabbau zu freuen. Viel mehr könnten wir uns alle freuen – und viel besser wäre es auch für diesen katastrophalen Haushalt –, wenn uns über 300 Millionen € zur Verfügung stünden. Genau das wäre nämlich das Volumen gewesen, das aus dem Steuerabbauvergünstigungsgesetz für unser Bundesland resultiert hätte. Das hat der Ministerpräsident mit seiner Blockadepolitik ausgeschlagen, und deshalb gibt es hier keinen Grund, sich zu feiern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es auch ein Schritt in die richtige Richtung ist, muss festgehalten werden, dass es zuvor drei Schritte in die falsche Richtung gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht könnte uns der Herr Ministerpräsident einmal erklären, warum eine an der Vernunft orientierte und unaufgeregte Debatte über den Unsinn der Eigenheimzulage nicht möglich ist. Das ist eine Subvention von über 9 Milliarden € – eine, bei der Fachleute darauf hinweisen, dass sie zu einer hohen Fehlallokation führt, eine, die angesichts der demographischen Entwicklung immer weniger Sinn macht. Es sind nämlich die Wohnungsleerstände der Jahre 2030 und 2040, die wir mit heute längst nicht mehr vorhandenen Mitteln fördern. Dafür wird mit dieser Blockadepolitik Sorge getragen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Da gibt es ebenfalls keinen Grund, sich zu feiern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Glauben Sie doch bloß nicht, dass Sie mich mit diesem Geschreie aus dem Konzept bringen. – Vielleicht sollte der Ministerpräsident auch einmal erklären, warum es bei der Umsatzsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Personenbeförderung im Luftverkehr bleiben soll. Welchen Sinn hat denn die fortdauernde steuerliche Benachteiligung der Schiene gegenüber dem Luftraum?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Bis heute bezahlt die Bahn im Fernverkehr nicht nur die Mineralölsteuer, sondern auch den vollen Mehrwertsteuersatz. Warum wird mit aller Gewalt verhindert, dass die Bahn gegenüber dem Luftverkehr konkurrenzfähig wird?

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Der Ministerpräsident muss dann auch erklären, warum deutsche Kapitalgeber in Film- und Medienfonds einzahlen – und damit maßgeblich an der Finanzierung von Filmen mitwirken, die für die Oscar-Verleihung in Holly-

wood nominiert werden –, über damit verbundene Verlustzuweisungen aber ihre Steuerschuld in der Bundesrepublik Deutschland verkürzen können. Dadurch wird kein einziger wirtschaftlicher Effekt in der Bundesrepublik Deutschland ausgelöst. Solche Subventionen gehören vom Tisch.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wirklich große Schritte wären nötig und möglich gewesen. Sie haben sie verhindert. Damit wurde eine Chance verpasst, aus taktischen und aus machtpolitischen Gründen. Es zeugt von wenig Verantwortungsgefühl, sich dafür weiterhin zu feiern.

Dann wollen wir noch einen Blick auf das Koch-Steinbrück-Papier werfen. Da fällt zum einen auf, dass ein Subventionsbegriff gewählt wurde, der durchaus zweifelhaft ist. Warum werden zahlreiche Tatbestände als Subventionen klassifiziert, während andere, durchaus vergleichbare Leistungen nicht als Subventionen erscheinen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Frage!)

Warum ist für den Verkehrsträger Straße kein Subventionsabbau vorgesehen? Warum ist der Luftverkehr – abgesehen von einer geringfügigen Absenkung der Fördermittel in der Luftfahrttechnik – nicht betroffen? Worin besteht der Sinn, wenn gleichzeitig beim öffentlichen Personennahverkehr gekürzt wird, beim Schienenverkehr, bei den Verkehrsunternehmen, bei der Erstattung von Fahrgeldausfällen oder beim Jobticket? Soll der öffentliche Nahverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr tatsächlich noch weiter ins Hintertreffen geraten? Wenn das die Bewertungen sind, die bei der Auswahl des Subventionsbegriffs maßgebend waren, dann muss man schon zweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich jetzt dafür feiern, dass wir durch den vorgeschlagenen Abbau von Steuervergünstigungen jährlich 5,9 Milliarden € mehr haben, dann müssen Sie sich auch fragen lassen, warum während der Diskussionen um das Steuervergünstigungsabbaugesetz jeder dort geplante Abbau einer jeden Steuervergünstigung von Ihnen lauthals mit „Steuererhöhung“ gebrandmarkt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Wer jetzt die Absenkung bei Abfindungen als Subventionsabbau feiert, der muss sich schon fragen lassen, warum die steuerlichen Verschlechterungen für Dienstwagenfahrer bekämpft und verhindert wurden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, da ist vieles nicht schlüssig, und da gibt es wenig Grund zum Jubeln. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele finden, aber lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf Hessen zurückkommen.

Wer, auf die Bundesebene entrückt, sich dort als Held an der Subventionsfront feiern lässt – so zweifelhaft das ist, wie ich gerade ausgeführt habe –, von dem würden wir natürlich gerne wissen, was er eigentlich im eigenen Land und damit vor der eigenen Haustür macht.

Hier gibt es einen Subventionsbericht, und es wäre interessant zu erfahren, welche mutigen Schritte welchen Umfangs in eigener Zuständigkeit umgesetzt wurden und noch werden. Der Finanzminister, für einen sparsamen Umgang mit Eigenlob auch nicht gerade bekannt, hat

dazu bisher wenig verlauten lassen. Vielleicht kann der beste Finanzminister, den Hessen zurzeit hat, uns dazu ein paar Auskünfte erteilen?

Herr Finanzminister, wenn Sie gerade dabei sind, vielleicht geben Sie Ihrem Ministerpräsidenten mit, sich bei dem Problem der Gemeindefinanzreform nicht wieder so abstrus zu verhalten wie beim Abbau der Steuervergünstigungen.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinden benötigen die Finanzmittel dringend, und sie verdienen es nicht, aus persönlichen Gründen vor den Karren eines Einzelnen gespannt zu werden. Herr Ministerpräsident – wenn Sie da wären –, üben Sie sich in einer konstruktiven Rolle.

(Zurufe von der CDU)

– Ist er da?

(Rudi Haselbach (CDU): Der ist immer da!)

– Nein, das ist schade, aber ich kann natürlich nicht beeinflussen, wann Ihr Ministerpräsident hier ist oder nicht. Die Minister sind ja hin und wieder einmal abwesend, der eine öfter, der andere seltener – aber das haben nicht wir zu verantworten. Es wäre schön, wenn sich der Ministerpräsident weiter in der Rolle des Konstruktiven üben würde und im Bundesrat keinen erneuten Schleuder-, Hickhack- oder Blockadekurs fahren würde. Das wäre der Sache und diesem Land angemessen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Pighetti. Das war im Übrigen Ihre erste Rede hier, zu der wir alle herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe von der CDU)

– Liebe Kollegen, egal, was einer sagt: Wenn das seine erste Rede ist, ist es vom Stil her eigentlich üblich, dass wir alle klatschen. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Irmer, leider ist es heute nicht meine erste Rede, aber es wird für heute die letzte sein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Es ist Ihre dritte für heute! – Minister Karlheinz Weimar: Mahlzeit!)

Meine Damen und Herren, es liegen vier Anträge vor, vier Grußadressen, die der Landtag aussprechen soll. Doch das „Grüß dich“ bleibt einem ein bisschen im Halse stecken. Es ist doch gar nichts da, was man begrüßen könnte. Den Sommer lang kreißte der Koch-Steinbrück-Gipfel, und heraus kam ein Phantom,

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

laut Dirk Metz das größte Phantom – nein, das größte Programm zum Subventionsabbau in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

(Zurufe von der CDU)

Das stimmt nicht – wie bei Verkündungen der Landesregierung üblich.

(Minister Karlheinz Weimar: Doch!)

Sie haben dabei übersehen, dass Rot-Grün eine beachtliche Steuerreform mit erheblichem Subventionsabbau durchgeführt hat, aber das macht ja nichts.

(Minister Karlheinz Weimar: Wann war das?)

Selbst wenn es etwas kleiner wäre, so ist es doch nur virtuell vorhanden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, die FDP hat sogar einen leibhaftigen Professor bemüht, um die Rechtswidrigkeit nachzuweisen, die man in zwei schlichten Worten formulieren kann: Koch kneift.

Es gibt keine Vorlage des hochgejubelten Programms im Gesetzgebungsverfahren. Es liegt nicht auf dem Tisch im Bundesrat und nicht im Bundestag. Offensichtlich will es keiner unterschreiben und einbringen, Frau Merkel und Herr Merz nicht im Bundestag und nicht einmal Herr Koch selbst im Bundesrat.

Das muss einen doch misstrauisch stimmen. Ist das Konzept etwa so schlecht, dass es schon wieder in der Versenkung verschwunden ist?

Meine Damen und Herren, es ist auf jeden Fall – schauen wir Hessen an – etwas kurz gesprungen. Weimar hat es uns vorgestern gesagt: Brutto 390 Millionen €, netto 300 Millionen € – der Ministerpräsident hat es heute Vormittag wiederholt – an steuerlichen Maßnahmen braucht er, um seinen Haushalt des kommenden Jahres unter die Verfassungsgrenze der Verschuldung schieben zu können. Herr Koch bringt da eben nur maximal 100 Millionen € von Herrn Steinbrück mit. Das reicht nicht.

Zugleich erklärt Koch Subventionen für heilig, die zum selben Zeitpunkt sein Parteifreund Friedrich Merz abschaffen will.

Meine Damen und Herren von der Union, allen Ernstes: Da müssten doch selbst Sie die Bundesregierung loben. Denn die hat in ihrem Haushaltsbegleitgesetz wenigstens klare und auch ertragsträchtige Vorschläge in das Verfahren eingebracht. Die liegen auf dem Tisch. Die würden auch genau Ihre Bedürfnisse und die Wünsche des Ministerpräsidenten erfüllen.

Doch das geht natürlich nicht. Da muss wieder blockiert werden. Schließlich geht es um für heilig erklärte Subventionen.

Als Beispiel nehme ich, um etwas anderes als der Kollege Pighetti anzusprechen, die Pendlerpauschale. Ich will es nur kurz anreißen, so viel Zeit haben wir gar nicht. In der Sache ist die Pendlerpauschale Unsinn. Darüber sind sich eigentlich auch alle einig.

(Widerspruch des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Die Pendlerpauschale konterkariert das Staatsziel Umweltschutz.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie fördert die Zersiedlung der Landschaft. Sie behindert sinnvolle Strukturen und Verbindungen von Arbeitsstätten und Wohnungen zueinander. Aber es gibt sie. Und da sie von so vielen, insbesondere Autofahrern, genutzt wird, ist sie heilig. Jeder Pendler soll sich bei der CDU des

Herrn Koch wohl fühlen. Deswegen darf man die Pendlerpauschale nicht angreifen.

(Zurufe von der CDU)

Die böse Bundesregierung will sie deutlich reduzieren. Das freut natürlich Herrn Koch, da er sich querlegen kann. Doch Ihr Friedrich Merz – oh Schreck – will sie in seinem Steuerkonzept ganz abschaffen. In der Sache hat er völlig Recht. Doch was geschieht jetzt? – Sofort treten viele, unter anderem Gerald Weiß, unser Exkollege, auf den Plan bzw. in das Flimmerfenster und erklären, die Abschaffung der Pendlerpauschale würde eine soziale Schieflage erzeugen.

(Rudi Haselbach (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, bei der CDU herrscht Kakophonie in C-Dur.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sagen die Richtigen!)

Zu den konkreten Regelungen, die im Gesetzgebungsverfahren sind – da liegt es an Ihnen, dass Ihr Koch-Steinbrück-Vorschlag nicht im Gesetzgebungsverfahren ist –, haben Sie bisher nichts beigetragen, kein ernsthafter Beitrag zur Lösung der Probleme. So wird das hochgejubelte Programm Koch-Steinbrück zur Taktiererei ohne Nutzen. Die Inflation an Konzepten, die augenblicklich insbesondere in den Reihen der CDU ihre wunderbaren Blüten schlägt, lässt nur einen Schluss zu: Die klassische Strategie, jedes neue Konzept bewahrt einen davor, eine Entscheidung treffen zu müssen, scheint auch für Koch-Steinbrück zu gelten. Sonst sollte einmal jemand hierhin treten und uns begründen, warum dieses hoch gelobte, so wunderbare, so einzigartige Konzept überhaupt nicht ins Verfahren eingebracht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich wäre auch sachliche Kritik durchaus anzubringen. Da ist manches ziemlich widersprüchlich. Herr Kollege Pighetti hat das eine oder andere angesprochen. Dass der öffentliche Verkehr als Subvention, der Straßenverkehr aber als Investition bewertet wird, hat mit zukunftsweisender Konzeption nur sehr wenig zu tun.

Herr Kollege Haselbach, Sie wissen, ein skurriles Beispiel muss man immer herausgreifen. Warum um alles in der Welt ist der Hastrunk sakrosankt? Warum darf der steuerlich begünstigt werden? Hastrunk ist das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Brauereien sozusagen kostenlos schlucken dürfen. Warum muss der von der Biersteuer befreit werden? – Das ist doch ziemlich exemplarisch für die Schwächen des Konzeptes im Detail. Dass wir uns nicht missverstehen: Daran muss das Konzept nicht scheitern. Aber es treibt auch ein solches Konzept einigermaßen Stilblüten.

Meine Damen und Herren, ob es generell sinnvoll ist – das ist die ernsthafte Frage –, alle Steuersubventionen zu erhalten und, wenn überhaupt, alle ein bisschen kürzer zuschneiden, oder nicht ganz anders vorzugehen, das muss man sich doch fragen. Der Aufwand der Steuerzahler zur Erlangung einer Subvention und der Aufwand der Steuerverwaltung zur Administration einer Subvention bleiben unverändert. Am Ende wird durch die Kürzung nur weniger Geld bewegt. Man könnte auch sagen: Mit dem gleichen Aufwand weniger Ertrag – welche Seite Sie auch

immer betrachten wollen. Das kann doch kein sinnvolles Konzept sein, wenn man sagt, man brauche eine Strukturveränderung. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag darf sich bei der Reform nicht verschlechtern. Das Gegenteil wäre geboten.

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Feststellung, dass die von allen beschworene Zielsetzung der Steuervereinfachung notwendig ist. Die sollten wir auch angehen. Bevor ich aber Schluss mache – die Frau Präsidentin sitzt jetzt da, ich hatte noch Herrn Lortz im Kopf, der vorhin dort saß –, wollte ich ihn ansprechen: Er hat uns vor ungefähr einem Jahr hier so nett etwas von seiner Tochter Anna erzählt und dabei feststellen müssen, dass die letzten Sympathien seiner Familienmitglieder, die außerhalb der CDU politisch das eine oder andere gut finden, wegen der Steuererhöhung dahin seien, die damals unter anderem für Überraschungseier vorgeschlagen war.

Ich freue mich, dem Herrn Kollegen Lortz mitteilen zu können – er kann es nachlesen –, er sollte seiner Tochter sagen, ab sofort ist auch Roland Koch bäh, bäh, weil im Konzept die Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes enthalten ist. Das trifft dann nicht nur die Überraschungseier, sondern auch Schokolade, Kekse, Kuchen, Stückchen usw.

(Heiterkeit)

Ich denke, insoweit ist eine gute Chance gegeben, jener Familie in Froschhausen wieder etwas mehr politische Pluralität zukommen zu lassen, damit nicht alles einseitig schwarz ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir Steuerreform- und Subventionsabbaudiskussionen führen, dann sollte man sich auf klare Ziele festlegen. Dann sollte man bei jeder Einzelmaßnahme prüfen, ob man damit diesem Ziel näher kommt oder ob man sich nur im Kreise dreht. Letzteres ist in der Vergangenheit bis in die Gegenwart oft gesehen.

Für uns GRÜNE muss ein gutes Steuerrecht vor allem verständlich und überschaubar sein. Dazu sagen wahrscheinlich alle Ja. Es muss, was die direkten Steuern angeht, alle Einkünfte gleich behandeln – egal, wo sie herkommen. Es soll sozial gerecht sein, was nach unserem Verständnis progressiv, aber nicht konfiskatorisch heißt.

Es sollte – das will ich an dieser Stelle anmerken – grundsätzlich und ausnahmslos auf Subventionen verzichten. Subventionen gehören nicht ins Steuerrecht. Subventionen sollten ausschließlich als Zuwendungen ausgestattet werden. Dann kann und dann wird man sie auch besser überprüfen können, insbesondere auf ihre Wirksamkeit. Das allein macht Sinn.

(Michael Denzin (FDP): Richtig!)

Meine Damen und Herren, deshalb Schluss mit dem Elend der taktischen Vernebelung der Debatte und Schluss mit immer mehr Konzepten. Die Koch-Steinbrück-Vorschläge sollten auch in die Beratung einbezogen werden und auf den Tisch des Hauses, damit sie handhabbar werden – also nicht länger in der Aktenmappe stecken lassen, sondern in das Gesetzgebungsverfahren geben.

Dort treffen sie dann auf die Vorlage der rot-grünen Bundesregierung, die z. B. unsere Bedürfnisse bezüglich unseres Haushaltsplans erfüllen würden. Dort kann man einen sinnvollen Kompromiss finden. Das muss einer sein,

der auch für den Ministerpräsidenten den eigenen Haushalt tragbar macht, denn was man in Wiesbaden fordert, darf man in Berlin nicht verweigern. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Der nächste Redner für die FDP-Fraktion ist Roland von Hunnius.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen, die sicherlich allgemeine Zustimmung finden wird. Ich zitiere:

Am Subventionsabbau führt aus politischer Verantwortung heraus kein Weg vorbei, um finanzielle Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu sichern.

Dieses Zitat stammt aus der gemeinsamen Presseinformation der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück vom 30.09.2003. Es könnte genauso von der FDP-Bundestags- oder -Landtagsfraktion stammen. In diesem Punkt sind wir uns alle einig. Dieser Grundsatz wird auch von allen immer wieder verkündet, aber leider von den Wenigsten beherzigt.

(Beifall bei der FDP)

Subventionsabbau ist grundsätzlich sinnvoll, weil damit Mittel für gegenwärtige und künftige Prioritäten freigegeben werden und die Belastungen durch Vergangenheitsprioritäten, die heute gar nicht mehr bestehen mögen, entfernt werden. Aber Subventionsabbau ohne eine Änderung der staatlichen, insbesondere der steuerlichen Rahmenbedingungen führt zu einer Nettobelastung der Steuerzahler, zumindest in der Summe. Das Problem, Steuerzahler weiter zu belasten, können wir in einer flauen Konjunktur nur sehr schwer schultern. Deshalb sehen wir den Abbau von Subventionen – gemäß dem Koch-Steinbrück-Papier – als eine Seite der Medaille, deren zweite Seite Steuersenkung heißt.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die Steuersenkung kann die nächste Stufe der Einkommensteuerreform sein. – Heinrich, jetzt kannst du weiterkatschen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Unter diesen Umständen ist Subventionsabbau sinnvoll, gerechtfertigt, zumutbar, und so werden steuerliche Ausnahmetatbestände beseitigt. Wenn ich aber die Steuern lasse, wie sie sind, und an der Subventionsschraube einseitig drehe – das auch noch mit zeitlicher Verzögerung und Streckung über drei Jahre, relativ einseitig –, dann ist das eine problematische Veranstaltung.

Aus diesem Grund hat sich die FDP-Bundestagsfraktion für Folgendes ausgesprochen. Erstens. Solange eine Einkommensteuerreform nach dem FDP-Modell, wie es neuerdings auch von Teilen der CDU vertreten wird – wir lassen uns gern imitieren und freuen uns, wenn Herr Merz aus 15 % 12 % und aus 35 % 36 % macht; das ist eine kreative Leistung, die wir gern in Kauf nehmen –, wäre es zumindest sinnvoll, die nächste Stufe der Einkommensteuer-

erreform vorzuziehen, so unvollkommen sie auch ist. Aber sie bringt eine gewisse Entlastung.

Zweitens ist das Konzept zum überwiegenden Teil durch Subventionskürzungen und die Beseitigung von steuerlichen Ausnahmetatbeständen zu finanzieren. Ob dies in einem Verfahren, das Mitte Dezember 2003 enden wird, überhaupt noch sinnvoll umgesetzt werden kann und ob davon eine ausreichende Anreizwirkung für Unternehmen und Privathaushalte ausgeht, das lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt mit Recht bezweifeln. Machen wir uns keine Illusionen. Bezüglich der Umsetzbarkeit wünsche ich gute Verrichtung: Man braucht eine Durchführungsverordnung. Man braucht eine Reihe von Erlassen. Das setzt voraus, dass die Finanzämter Bescheid wissen, dass das Personal entsprechend geschult ist. Hinzu kommt, dass dies alles über Weihnachten geschehen muss.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem will ich die Bemühungen überhaupt nicht kleinreden. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es keine Mäkelei der FDP ist, wenn wir darauf beharren, dass Gesetze im Parlament entstehen, vom Parlament verabschiedet werden und dass ein Nebenkriegsschauplatz – wenn sich zwei Ministerpräsidenten selbst autorisiert haben, irgendetwas auszudenken – kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren ersetzt. Das muss in das Parlament.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben immer mehr Gremien, die außerhalb der Parlamente tagen. Auf einmal heißt es: Die Parlamentarier haben die verdammt Pflicht, das möglichst schnell durchzupfeitschen. – Das kann es auf Dauer nicht sein.

Inzwischen haben wir den Überblick verloren, was alles gekürzt werden soll und was alles gestrichen werden soll. Wenn wir ihn schon verloren haben, dann hat ihn umso mehr die Bevölkerung verloren – wie Bundeskanzler Kohl früher sagte: „draußen im Lande“.

Ich darf kurz erinnern: Im April hatten sich Koch und Steinbrück zusammengesetzt, um Änderungen im Zusammenhang mit der Körperschaftsteuer zu vereinbaren. Sie haben letztlich sehr viel mehr als das vereinbart, was vereinbart werden musste.

Aus den damaligen Gesprächen resultiert ein zweiter Korb von Punkten, auf die sie sich nicht geeinigt hatten, der noch der Diskussion und der Verabschiedung harret.

Im September legten Koch und Steinbrück eine Liste für den Subventionsabbau vor. Diese Liste hat wiederum drei Körbe, von denen der erste in Form eines konkreten Vorschlages verdichtet ist. Bundesfinanzminister Eichel befürwortet einen weiter gehenden Subventionsabbau und macht diesen bereits zum Gegenstand seiner Haushaltsgesetzgebung 2004.

Gleichzeitig sprechen wir darüber, ob die nächste Stufe der Einkommensteuerreform auf das Jahr 2004 vorgezogen werden soll und, wenn ja, wie sie zu finanzieren ist. Das Vorziehen der nächsten Reformstufe ist im Deutschen Bundestag bereits verabschiedet, zwischen den Bundesländern aber ausgesprochen umstritten. Je nach Gusto kann man den Ministerpräsidenten A, B oder C zitieren. Bei der CDU finden sich alle Positionen, bei der CSU ebenfalls. Ministerpräsident Koch hat sich eben in einer Weise festgelegt, die er schon seit längerer Zeit vertritt. Aber hier gibt es das ganze Spektrum: von „sofort“ und „komplett“ bis hin zu „überhaupt nichts“ und

zwischen drin von „vielleicht“ oder „ein bisschen“. Da ist keine Richtung zu erkennen.

Die FDP bekennt sich zum Vorziehen der nächsten Reformstufe. Sie ist auch bereit, dafür eine Finanzierung in Kauf zu nehmen, die Subventionsabbau und die Streichung von Vergünstigungen bedeutet. Wir haben dazu eigene Vorschläge vorgelegt, die viel weiter gehen als die Vorschläge von Koch-Steinbrück. Das Ganze muss aber durch generelle Reformmaßnahmen für die Wirtschaft flankiert sein, insbesondere im Tarifbereich – Tarifgültigkeit, Flächentarif. Es geht um Kündigungsschutz und Ähnliches. Als isolierte Maßnahme, nur um Subventionen abzubauen und alles andere so zu lassen, wie es ist, halten wir es nicht für sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

Nun wissen wir, was Ministerpräsident Koch von den Vorhaben hält. Was sein Gesprächspartner Steinbrück davon hält, wissen wir nicht ganz so genau. Er müsste sich detaillierter äußern. Deshalb ist es sehr schwer zu sagen, was die Motivation war, das Paket auf den Weg zu bringen. In jedem Fall können wir feststellen, dass der geordnete Gesetzgebungsweg nicht eingehalten wurde und dass sich sowohl Koch als auch Steinbrück ihrer jeweiligen Parteigänger nicht ganz sicher waren, denn sonst hätten sie sich getraut, den Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen. Das wäre das Einfachste und ganz normal gewesen. Das ist nicht erfolgt. Im Gegenteil, es gab eine Reihe sehr ausführlicher Erläuterungen in einem Bundestagsausschuss. Das war es, sozusagen ein Diskussionsbeitrag, der zum Gesetzgebungsverfahren erhoben wird. Das kann man so machen. Man riskiert dabei, dass das Ganze in Karlsruhe von Leuten gekippt wird, die unmittelbar betroffen sind. Dann haben wir weniger als gar nichts erreicht.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Ich will auf die einzelnen Positionen von Koch-Steinbrück gar nicht eingehen. Die allgemeine Jubelstimmung, dass das der große Durchbruch sei, kann man nicht zu 100 % teilen.

(Beifall bei der FDP)

Sehen wir uns an, was die Verkehrsverbände dazu schreiben. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen z. B. stellt mit Recht die Frage: Wie kann es sein, dass Verkehrsunternehmen dazu verpflichtet werden, Schwerbehinderte kostenlos zu transportieren, dass aber die Entschädigung vom Staat dafür nicht mehr gezahlt wird? Wie ist das mit privatwirtschaftlichen Überlegungen vereinbar?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was wird die Folge sein? Die Verkehrsunternehmen werden dann ihrerseits nicht mehr kostenlos befördern. Dann ist ein sozialpolitischer Rückschlag erfolgt, wie ihn wohl keiner wollte. Er ist dann aber unvermeidbar. Oder ich frage mich, was es für einen Sinn macht, die Mittel des Bundes zurückzuschneiden und damit z. B. im Rhein-Neckar-Raum den S-Bahn-Verkehr zu gefährden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das sind alles Dinge, bei denen man sich überlegen kann: Ist das so gewollt? Macht das wirklich Sinn? Die Reduzierung von Subventionen um 3 mal 4 gleich 12 % ohne Zinseszinsseffekt innerhalb von drei Jahren wäre ein wich-

tiger, wenn auch nicht besonders mutiger erster Schritt zum Durchforsten des Förderungsdickichts. Als Einzelmaßnahme, isoliert, ohne Einbindung in ein Gesamtkonzept staatlicher Ausgabenpolitik und ohne Vorziehen der nächsten Reformstufe – die erklärterweise damit nicht verbunden werden soll, wie wir hier von Ministerpräsident Koch gehört haben –, die zudem noch handwerklich verpatzt ist, wird die bestgemeinte Subventionskürzung leider fragwürdig. Sie wird es auch deshalb, weil unklar ist, wie sich diese Koch-Steinbrück-Vorschläge in die Diskussion zur Steuervereinfachung einfügen.

Ich habe vorhin erfreut festgestellt, dass es großen Konsens in der Frage der Steuervereinfachung gibt. Ob man dies nun mit dem Namen Solms, mit den Namen Merz oder Kirchhof oder mit anderen Namen verbindet, spielt keine Rolle. Sie alle setzen aber voraus, dass man die Reformschritte in einem einzigen Konzept macht.

Wenn wir jetzt anfangen, Subventionen zu streichen, parallel dazu aber ganz andere Gesetzgebungsmaßnahmen vollziehen, dann frage ich mich, wann jemals ein solch vereinfachtes Konzept greifen könnte. Seit dieses Konzept von Merz vorgestellt wurde, das vom wesentlichen Teil der CDU/CSU und z. B. von Frau Scheel von den GRÜNEN unterstützt und vom Bundeskanzler gelobt wird, muss man sich Gedanken machen, wie das alles zusammenpasst. Es geht in vielen Punkten weiter, hat aber auch geringere Sätze. Es ist in sich sicher ein schlüssiges Konzept. Man kann aber nicht beides machen. Insofern war Koch-Steinbrück wertvoll, da man Subventionen überdacht hat. Es war wichtig, dass eine erste Einigung erzielt worden ist. Leider ist damit das Chaos bei den Subventionsstreichern noch ein bisschen größer geworden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss ich sagen – das Wort Jubel ist vorhin schon gefallen –: Zum Jubeln sehen wir keinen Anlass. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, jeder hat seinen Jubelantrag gestellt. Wir werden keinem dieser Anträge zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Lachen des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Weimar das Wort.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um bei dem Letzten zu bleiben: Herr Abg. von Hunnius, dass die Partei, die seit vielen Jahren immer wieder erklärt – ohne daraus in irgendeiner Verantwortung je Konsequenzen gezogen zu haben –, Subventionen abzubauen, jetzt erklärt, sie würde irgendwelchen Anträgen hier, die begrüßen, dass es ein Koch-Steinbrück-Modell gibt, nicht zustimmen, ist ziemlich daneben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Norbert Schmitt (SPD): Da hat er ausnahmsweise Recht!)

Zum Zweiten. Wenn ich das hier sehe, stelle ich fest, dass es sich eigentlich nicht mehr lohnt, ein solches Thema im Hessischen Landtag zu diskutieren. Denn dies passt intel-

lektuell und gedanklich – soweit von Intellektualität überhaupt gesprochen werden kann – überhaupt nicht mehr mit dem zusammen, was auf Bundesebene, was zwischen CDU und SPD oder zwischen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Hessischen Landesregierung – dem rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen und dem CDU-geführten Hessen – vereinbart wird.

Wenn der Kollege Pighetti hier – abgesehen davon, dass wir von einem „Steuerabbauvergünstigungsgesetz“ nie gehört haben – von irgendwelchen Profilierungspositionen des Hessischen Ministerpräsidenten spricht und ihm Vorwürfe macht, dann frage ich Sie: Warum fragen Sie Herrn Steinbrück nicht intern dazu, wie er die Sache sieht?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn schließlich hat er das mit uns gemeinsam erarbeitet. Dies geschah übrigens in einer außergewöhnlich angenehmen Atmosphäre. Alle beteiligten Mitarbeiter der Ministerien wiesen eine außerordentlich hohe Kompetenz auf. Jetzt sind Sie dahergekommen und haben einen solchen Unsinn dazu geredet, wie es hier eben geschah.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, wir sollten trotzdem bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, dass ein Mindestmaß an Qualität der Äußerungen eigentlich eine Voraussetzung für das Führen einer solchen Diskussion ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich ärgere mich wirklich maßlos darüber. Wir haben monatelang mit den besten Fachleuten zusammengesessen. Wir haben Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung dazugeholt. Wir haben versucht, zu analysieren, was eigentlich eine Subvention ist.

Ich komme jetzt ein bisschen auf den Ablauf zu sprechen. Die Bundesregierung hat anhand dieser 95%-Listen gesagt, es gebe etwa 59,5 Milliarden € an Subventionen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat gesagt, es gebe 157 Milliarden € Subventionen. Das heißt, die erste, intellektuell durchaus schwierige Aufgabe bestand darin, die entsprechenden Kategorien zu finden, damit man sagen kann, was eigentlich eine Subvention ist. Man muss sich fragen, was man da hinzuzählen muss und wie die einzelnen Bereiche zu klassifizieren sind. Das ist in Deutschland überhaupt noch nicht geschehen. Da wird der Aufbau Ost als Subvention gezählt. Dazu zählen auch bestimmte Dinge, die die Rente betreffen. Auch diese werden als Subventionen geführt. Dann kommt man natürlich auf ein Volumen, das beachtlich ist. Das gehört aber nicht mit dazu.

Deswegen bestand eine große Aufgabenstellung darin, diese Listen zunächst einmal auf der Basis des Jahres 2000 kompatibel zu machen. Das haben wir getan. Daraufhin ergab sich der Betrag von 77 Milliarden €.

Damit Sie beruhigt sind, will ich noch Folgendes sagen. Sie versuchen in diesem Zusammenhang immer wieder, Vorwürfe zu suggerieren. Bis auf zwei Positionen sind wir uns mit den Vertretern Nordrhein-Westfalens darüber einig geworden, was zu den Subventionen zählt und was in das Abbauprogramm hineingehört. Für uns ging es dabei um die Frage des Zuschusses für Industriebetriebe, die durch die Ökosteuer besonders belastet sind. Denn da gilt Folgendes: Wenn man die Ökosteuer ständig erhöht, dann setzt man gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Bereiche der Wirtschaft, die besonders energieintensiv ar-

beiten, herunter. Man müsste deshalb, um dort die Subventionen abbauen zu können, die Ökosteuer gleichzeitig senken. Das wäre mir sehr sympathisch. Das ist im Moment aber leider nicht durchsetzbar.

Herr Kollege Steinbrück hat gesagt, die Zuschläge für Feiertagsarbeit und Nacharbeit gehörten in dieses Paket nicht mit hinein. Bei allen anderen Punkten haben wir uns verständigt. Das ging sogar bis hin zu Positionen wie der Förderung der Steinkohle. Wie kommen Sie eigentlich dazu, hier auch nur die leiseste Form der Kritik hinsichtlich dessen zu üben, dass wir die Grundlagen nicht erarbeitet hätten? Wir haben sie erarbeitet.

Wir haben auch eine zweite Grundlage erarbeitet, die auf lange Sicht außerordentlich wichtig sein wird. Denn nach meiner festen Überzeugung wird es, auch bei einem einfachen Steuersystem ohne Ausnahmetatbestände, keine Umstellung der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Gesellschaft insgesamt geben – zumindest nicht auf mittlere Sicht.

Wir haben das Instrumentarium erarbeitet, das aufzeigt, wie man bei den Steuern zu einem Subventionsabbau kommen kann. Das hat es in der Form bisher auch nicht gegeben. Natürlich können Sie hinsichtlich der Finanzhilfen sagen: Es ist relativ einfach, 4 % bei jeder Position des Haushalts herauszustreichen. Das ist relativ einfach, wenn man die Bereiche definiert hat, die dazugehören sollen.

Aber hinsichtlich der Steuern ist dies schon außerordentlich schwierig. Da könnte man es über die Bemessungsgrundlage machen. Man könnte es auch über den Kreis der Berechtigten machen. Man könnte es über bestimmte Prozentsätze machen, die abgesetzt oder hinzugefügt werden können. Es gibt also eine Vielzahl von Instrumenten, die man benutzen kann, um den Abbau von Steuervergünstigungen zu betreiben. Auch dazu haben wir Ergebnisse geliefert.

Die Frage, ob man generell 4 % oder in dem einen Bereich 4 % und in den andere Bereich 10 % nehmen soll, ist gar nicht von Bedeutung. Das haben wir immer gesagt. Das ist – auch auf Bundesebene – jetzt in der Hand derer aus der Politik, die das entscheiden müssen. Wir sind jetzt aber mit Computerprogrammen und mit Hilfe der Matrix, die wir geliefert haben, jederzeit in der Lage, zu sagen, welche Folgen es hat, wenn einer sagt, er wolle 4 % haben, oder wenn jemand sagt, er wolle 8 % haben, oder wenn er sagt, es sollten 23,2 % sein. Das ist schon einmal etwas. Dazu habe ich überhaupt nichts gehört. Das ist jetzt aber auch die fachliche Auseinandersetzung. Das zu leisten war eine riesengroße Arbeit. Sie ist von jeder Stelle stark anerkannt worden.

Ich komme jetzt zu der nächsten Position. Das wurde inzidenter bereits angesprochen. Alle haben nämlich gesagt, sie wollten den Subventionsabbau. Jetzt geht es damit los, dass die Beteiligten erklären, wo dann angeblich Ungerechtigkeiten entstehen würden. Das ist doch auch hier passiert. Herr Kollege von Hunnius hat hier manches linksherum und rechtsherum vorgerechnet. Ich will gar nicht darauf eingehen. Das war nämlich schlichtweg falsch. Aber auch die anderen haben hier immer wieder manches angeführt, wie etwa die Arbeitnehmer oder den Verkehr. Was haben wir denn hinsichtlich des Verkehrssektors gemacht? Wir haben ein Cluster gebildet, in dem alle Subventionen, die im Verkehrssektor gewährt werden, enthalten sind. Wir haben dann gesagt: Wir stellen es den Beteiligten frei, in diesem Cluster 4 % in der Art und Weise einzusparen, wie sie meinen, dass es ökonomisch

und sozial die vernünftigste und vertretbarste Lösung ist. Wir haben doch gar nicht gesagt, wie es Herr Kollege von Hunnius getan hat, man solle bei den Mobilitätshilfen für Schwerbehinderte kürzen, aber gleichzeitig das entsprechende Gesetz bestehen lassen. Auf all das, was Sie uns da unterstellen, kommen selbst wir nicht. Das war geradezu unsinnig.

(Heiterkeit des Abg. Michael Denzin (FDP))

Man muss aber auch eines festhalten: Wenn man bei den Subventionen sparen will, dann kann die Subventionierung der Bahn nicht außen vor bleiben. Das ist nun einmal ein Punkt. Wenn man Subventionen abbauen will, dann kann man nicht das Volumen, um das es geht, ständig verkleinern, indem man sagt: In diesem Bereich nicht, in diesem Bereich nicht und in diesem Bereich auch nicht. – Deswegen bleibt es dabei, dass unser Vorschlag auch das betrifft.

Damit das auch ganz klar ist, will ich noch Folgendes sagen. Der Bundesfinanzminister hat den Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen zugesagt, dass er mit unserer tätigen Mithilfe eine Ausformulierung aller gesetzlichen Vorschriften vornehmen will, die in unserem Plan enthalten sind. Insofern kann man also feststellen, dass hinsichtlich dieser Frage auch der Bund zustimmt. Es mag sein, dass es darüber hinaus einen Streit darüber geben wird, ob es einen weiteren oder höheren Abbau geben soll und ob er notwendig und richtig wäre. Wir haben die Mindestvoraussetzungen für den Subventionsabbau genannt. Wir haben deshalb auch gesagt: Vom Jahr 2004 bis zum Jahr 2006 würde die Entlastung ca. 15,8 Milliarden € betragen. Ab dem Jahr 2006, wenn die Kumulation also schon voll gegriffen haben würde, würden es 10,5 Milliarden € sein, um die die Haushalte weniger belastet würden.

Das kann sich schon sehen lassen. Es wäre richtig und vernünftig, wenn der Einstieg so gemacht würde, wie es vorgeschlagen ist. Es ist in bestimmten Bereichen auch vernünftig, die Umstellung nicht schneller vorzunehmen. Was macht es denn aus, ob es dabei um 5 oder 6 % pro Jahr geht? Wir arbeiten daran. In Hessen haben wir 33 %. Es ist aber auch vernünftig, dass wir in einer von der Subventionsmentalität stark geprägten Volkswirtschaft und Gesellschaft tatsächlich einen weichen Übergang finden. Wir müssen uns dann darüber unterhalten, wo dort die Grenzen zu ziehen sind.

Da wir das Instrumentarium dazu geliefert haben, kann man jederzeit eine andere Marge als die 4 % in drei Jahren einsetzen.

Es ist aber auch vollkommen klar, dass wir damit nicht alle Probleme werden lösen können. In der Diskussion hier wurde alles miteinander verquickt. Das Steuervergünstigungsabbaugesetz wurde im Frühjahr an einem Punkt korrigiert, der nun das große Geld bringt.

(Zuruf)

– Sie haben es immer andersherum bezeichnet, etwas weggelassen und sonst noch was damit gemacht. Ich wollte nur sagen, dass es so ist. Es ist ja gut.

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz vom Frühjahr hat – ich sage es jetzt einmal so –, auch durch meinen Vorschlag, an einer Stelle eine Nachbesserung erfahren, die sich zu der einzigen Position entwickelt hat, die richtig Geld gebracht hat. Das betrifft das Moratorium von drei Jahren für die EK-Ausschüttung. Das Moratorium für drei Jahre hinsichtlich der EK-Ausschüttung hat den größten Subventionsabbau gebracht. Herr Kaufmann, ich glaube,

Sie waren es, der gesagt hat, im Sommer des Jahres 2000 hätten sie den größten Subventionsabbau durchgeführt. Klar, Sie haben ein Gesetz verabschiedet, aufgrund dessen 28 Milliarden € Körperschaftsteuer in Deutschland nicht mehr gezahlt wurden. Hinsichtlich der Körperschaftsteuer rutschten wir sogar ins Minus. Ich würde Ihnen Recht geben, wenn Sie das als einen Subventionsabbau bezeichnen würden. Das, was damals gemacht wurde, war, handwerklich gesehen, das Schlimmste, was in Deutschland jemals gemacht wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass das korrigiert wurde. Ich habe nämlich gesagt, man solle die EK-Ausschüttung auf drei Jahre aussetzen. Danach wird die Häufigkeit der Ausschüttung gesechelt werden. Wissen Sie, wer davon etwas gehabt hat? Das sind nicht nur die Länder und der Bund. Seit zwei Jahren befinden wir uns da zum ersten Mal wieder im Plus. Darüber hinaus war das aber auch für die Gemeinden von Vorteil. Dass die Gewerbesteuererinnahmen erheblich gestiegen sind, ist auf dieses Gesetz zurückzuführen. Alles andere, was da gemacht wurde, war doch Makulatur. Wir haben damit dazu beigetragen, dass die finanzielle Situation besser wurde. Ich lasse hier nicht den Eindruck aufkommen, wir würden alles verhindern, was eine bessere Finanzierung des Staates erbringen kann.

Ich will Ihnen noch etwas hinsichtlich der Frage des halben Mehrwertsteuersatzes sagen. Wir haben das genau überprüft. Bis 1982 war der halbe Mehrwertsteuersatz immer genau der halbe Mehrwertsteuersatz. Die Mehrwertsteuer betrug damals zunächst 13 %, dann 14 %. 1982, als der Mehrwertsteuersatz 14 % betrug, blieb es dabei, dass der halbe Satz 7 % betrug. Die Begründung, die dafür geliefert wurde, davon abzuweichen, kann ich bis heute nicht nachvollziehen. Zuvor war es immer der halbe Mehrwertsteuersatz. Der halbe Mehrwertsteuersatz ist zumindest von den absoluten Zahlen her immer noch der günstigere, wenn der volle Mehrwertsteuersatz steigt.

Es ist irgendwann auf 7 % eingefroren worden. Wir – Koch-Steinbrück – haben in der Sache dazu gesagt: Beachtet dieses bitte als Problem, es ist nicht eingerechnet, damit hier keine Mär aufkommt nach dem Motto, das sei ein Vorschlag von Koch-Steinbrück. Wir haben es aber an der Stelle thematisiert, weil man darüber sprechen muss, und ich stehe dazu, dass man darüber sprechen muss. Die Frage, ob der halbe Mehrwertsteuersatz auch in Zukunft der halbe Mehrwertsteuersatz ist, ist richtig gestellt und muss unter Finanzierungsgesichtspunkten, auch denen der sozialen Ausgewogenheit, zumindest bedacht werden. Es ist aber nicht eingerechnet und könnte sozusagen saldiert dazu sein. Wir haben ihn aber deshalb nicht vorgeschlagen, weil unser Programm eigentlich der Subventionsabbau sein soll.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, die Redezeit, die den Fraktionen zur Verfügung steht, ist um.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Dann wären natürlich auch die öffentlichen Überschriften anders gewesen, wenn die Mehrwertsteuer statt mit 7 mit 8 % als Vorschlag im Raume steht. Man muss aber sagen, dass hierüber sicherlich eine Diskussion notwendig ist, ohne dass wir uns an der Stelle festgelegt haben. Zu-

mindest haben wir aber für diese Diskussion die Grundlagen geliefert.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das jetzt alles zusammennehmen, dann haben wir auf Bundesebene gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen mit unserem Diskussionsbeitrag zur inhaltlichen Fortgestaltung des Steuervergünstigungsabbaugesetzes eine erhebliche Verbesserung für die öffentlichen Kassen und Haushalte erreicht. Der Korb 2, der von uns vorgeschlagen worden ist und der jetzt zur Diskussion steht, hat dazu geführt, dass wesentliche Probleme des deutschen Steuerrechts mit erheblichen Ausfällen gelöst werden können. Ob das in jedem Falle im Konsens friedlich und richtig geht, weiß ich an der Stelle nicht. Wir haben im Subventionsabbau eine Matrix geliefert für das, was Subventionsabbau machen kann.

Es ist eine der größten Absurditäten, wenn hier behauptet wird, die Hessische Landesregierung sei in irgendeiner Weise Bremser in diesen Fragen auf Bundesebene. Nein, wir bringen den größten Beitrag bei einer Bundesregierung, die selbst nicht in der Lage ist, die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten. Wir werden auch weiter aktiv mitarbeiten, allerdings werden wir uns genauso vorbehalten, weil wir konstruktiv sind und Vorschläge bringen, dass wir Unsinn auch in Zukunft nicht unterstützen. Das behält sich diese Landesregierung vor, was wir in Absprache mit den Freunden für Unsinn und was wir für richtig halten, und so werden wir auch in Zukunft abstimmen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, die Aussprache über die Punkte 6, 7 und 8 ist damit beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Koch-Steinbrück-Modell, Drucks. 16/693, auf. Wer diesem Antrag seine Stimme geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf: Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau, Drucks. 16/747. Wer diesem Antrag seine Stimme geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der CDU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP abgelehnt worden.

Punkt 8: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Koch-Steinbrück-Vorschlag zum Subventionsabbau, Drucks. 16/758. Wer diesem Antrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Mehrheit von CDU und FDP ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu den letzten vier Tagesordnungspunkten, die in verbundener Debatte aufgerufen werden.

#### **Tagesordnungspunkt 9:**

**Beschlussesempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend**

**Städte- und Gemeindefinanzierung – Drucks. 16/703 zu Drucks. 16/62 –**

**Tagesordnungspunkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kommunen stärken – Gewerbesteuer jetzt modernisieren! – Drucks. 16/704 zu Drucks. 16/186 –**

**Tagesordnungspunkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Finanzkraft der Kommunen stärken – kommunale Selbstverwaltung sichern – Drucks. 16/705 zu Drucks. 16/225 –**

**Tagesordnungspunkt 12:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gemeindefinanzreform auf gutem Weg – Drucks. 16/749 –**

Ich darf zunächst fragen, ob zu Punkt 9 Berichterstattung gewünscht wird. Ist das der Fall? – Das ist nicht der Fall.

Ich stelle dieselbe Frage zu Punkt 10: Wünschen Sie Berichterstattung? – Das ist nicht der Fall.

Zu Punkt 11: Ebenso nicht.

Wir haben keinerlei Berichterstattung und haben einen gemeinsamen Aufruf. Sie haben insgesamt zehn Minuten zur Verfügung. Ich bitte um Abgabe der Redewünsche. – Herr von Hunnius, Sie haben als Erster das Wort für die Fraktion der FDP.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten eine sehr intensive Diskussion im Ausschuss und zwischendrin einen verdienstvollen Einigungsversuch der Frau Kollegin Dörr, um einen gemeinsamen Antrag herbeizuführen. Dies ist nicht gelungen. Es gibt jetzt zwei Positionen, die Position der FDP – ich darf sie nennen, weil ich als Erster spreche – und die Alternativposition der übrigen Fraktionen in diesem Hause.

Die FDP-Position ist und bleibt die, dass wir die Gewerbesteuer für abschaffungswert halten. Ich will ein paar Gründe dafür stichwortartig aufzählen. Wir müssen die Diskussion jetzt nicht wiederholen.

Die Gewerbesteuer ist ein Bürokratiemonster. Sie ist nicht rechtsformneutral. Es erfolgt auch bei Personengesellschaften keine volle Entlastung, wenn der Hebesatz entsprechend hoch ist. Sie ist wettbewerbspolitisch fragwürdig. Sie ist als Ertragsteuer zumindest partiell in Duplizität zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ihr Aufkommen steigt und fällt in erratischen Sprüngen. Sie ist kaum noch planbar und deshalb keine verlässliche Einnahmequelle der Kommunen. Sie wird aufgrund hoher Freibeträge nur noch von einem ganz geringen Prozentsatz der Gewerbebetriebe tatsächlich gezahlt. Es gibt keinerlei Verbindung zwischen der Kommune und allen Steuerzahlern, sondern nur mit den vielleicht 5 % Gewerbesteuerzahlern in der Kommune. Und die Gewerbesteuer ist in vielfältiger Weise von Steuerpflichtigen gestalt- und missbrauchbar.

Es gibt noch eine Reihe von weiteren Argumenten, aber eines kommt jetzt noch hinzu. Darüber haben wir heute aus anderem Anlass hin und wieder gesprochen, und zwar ist das die Bemühung, das Einkommensteuerrecht zu ver-

einfachen. Alle maßgeblichen Bemühungen, das Einkommensteuerrecht zu vereinfachen, von Kirchhof bis Merz, gehen davon aus, dass die Gewerbesteuer abgeschafft wird. Es macht keinen Sinn, eine Einkommensteuer zu haben, die einfach ist mit drei Sätzen, mit möglichst wenigen Ausnahmetatbeständen – und dann eine Gewerbesteuer als Monstrum obendrüber mit ähnlichen Erhebungsgrundlagen. Das kann keinen Sinn machen, und schon deshalb ist sie abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wundere mich, wie wir Einkommen- und Gewerbesteuer unabhängig voneinander diskutieren. Wir diskutieren Subventionsabbau hier, Vorziehen der nächsten Reformstufe da, völlig unabhängig davon, ein Einfachsteuersystem für die Einkommensteuer hier, Gewerbesteuerabschaffung oder -nichtabschaffung auf der anderen Seite. Das sind Dinge, die man im Komplex gemeinsam lösen muss, oder es wird Murks, und wir müssen bei der Geschichte ununterbrochen nachbessern.

Wenn wir jetzt diese Konzepte schon auf dem Tisch liegen haben – Herr Merz ist als Autor offensichtlich akzeptabel –, dann lassen Sie uns doch versuchen, gemeinsam in diese Richtung zu marschieren. Ich sehe, es gibt Ansätze für einen parteiübergreifenden Konsens. Jetzt diese Bemühungen kaputtzumachen, indem man die Gewerbesteuer noch ausweitet, verstärkt und mit neuen Bemessungsgrundlagen versieht, kann nicht infrage kommen.

(Beifall bei der FDP)

Alle, die für eine vereinfachte Einkommensteuer sind – ich sage noch einmal, dass dazu auch Herr Bundeskanzler Schröder gehört, auch Frau Scheel, Herr Ministerpräsident Teufel und sogar Ministerpräsident Steinbrück, was meine nordrhein-westfälischen Freunde sehr gewundert hat, dass ausgerechnet der für ein vereinfachtes Steuersystem sein soll –, können wohl kaum der Meinung sein, die Gewerbesteuer habe in einer modifizierten und zusätzlich komplizierten Form noch eine Zukunft. Dass CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag genau dies beschließen wollen, gehört zu den Absurditäten des politischen Alltags, wenn wir schon von Absurditäten sprechen.

Das, was im Augenblick auf dem Tisch liegt, was der Deutsche Bundestag verabschiedet hat und worüber im Vermittlungsausschuss wahrscheinlich gesprochen werden muss, ist eine Regelung, die zweifellos den Kommunen ein höheres Gewerbesteueraufkommen bringt.

(Zustimmung des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Aber die Kehrseite dieser Tatsache ist, dass die Wirtschaft mit 3 Milliarden € Mehrkosten belastet wird, und das in einer Situation, in der wir uns darüber streiten, ob das Wachstum der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahr 1 %, 1,5 %, 1,7 % oder vielleicht sogar, gar nicht ausdenkbar, 2 % sein sollte.

Die IHK Frankfurt als Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der IHKs in Hessen nimmt dazu in ganz deutlicher Form Stellung. Sie hat am 28.10. Herrn Ministerpräsidenten Koch einen Brief geschrieben, den wir in Kopie vom Geschäftsführer erhalten haben. Hier sagt sie: Es kann doch wohl nicht sein, dass die Hälfte der Miet- und Leasingkosten beim Mieter oder Leasingnehmer versteuert wird.

Man muss sich einmal vorstellen: Der Leasingnehmer, also derjenige, der ein Anlagegut least, hat 50 % der Lea-

singkosten zu versteuern, als ob es ein Ertrag wäre. Der Leasinggeber, der das Leasinggut verleast, versteuert 100 %. Per Saldo sind das 150 % Besteuerung. Das ist eine ganz tolle Lösung, die hier ausgedacht worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Für den Fiskus ist das sicherlich gut. Ich kann verstehen, dass die Finanzminister dahinter stehen. Aber aus wirtschaftlicher Sicht ist das einfach nicht nachvollziehbar.

Genauso ist es mit der verstärkten Gewerbesteuerpflicht für Schuldzinsen, die hier eingeführt wird. Was wird denn die Folge sein? Die Folge ist doch, dass die ohnehin strauchelnde Wirtschaft in Turbulenzen gerät. Es gibt seriöse Schätzungen – ich darf hier einmal das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen zitieren. Das RWI rechnet bei Realisierung dieser im Deutschen Bundestag vorliegenden Gewerbesteuerverschärfung mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um rund 8 %, einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1 % und einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um 100.000 bis 200.000 Personen.

Wenn wir das wollen, dann können wir das gern so verabschieden. Dann können wir dem Aufruf der SPD folgen und sagen, der Bundesrat soll das gerade so passieren lassen, wir erheben das zum Gesetz, und das ist dann die Regelung für die Zukunft. – Ich meine aber, das wäre der falsche Weg.

Es kann nicht sein, dass die Substanzbesteuerung dazu führt, dass entgegen allen Bemühungen und Erfordernissen die Eigenkapitalbildung der Wirtschaft nicht verstärkt, sondern behindert wird und dass Unternehmen, die Verlust produzieren, dazu noch steuerpflichtig sind.

Die Mehrbelastung der Wirtschaft wird auf 2,8 Milliarden € geschätzt. Das zur aktuellen Situation. Ich will gar nicht auf die Steuersystematik eingehen. Die ist bei diesem Vorschlag wirklich von hinten bis vorn verkorkst. Aber da wird mir wahrscheinlich vom Finanzminister nur gesagt werden, ich hätte keine Ahnung davon. Vielleicht kann er es mir erklären. Sein Modell ist in der anderen Richtung auch konsequenter. Es ist aus unserer Sicht falsch, aber es ist konsequent in einer völlig anderen Richtung, während das, was im Augenblick im Bundestag verabschiedet worden ist, nichts als ein sehr unbefriedigender Kompromiss ist.

Wir Liberale vertreten nachdrücklich die Auffassung, dass die Diskussion über die zukunftstauglichste und bestgeeignete Form der Kommunalfinanzierung mit der vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Verschlimmderung der Gewerbesteuer nicht beendet werden darf. Unser Modell, das FDP-Modell, ist klar: ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer, Steigerung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von zurzeit 2,2 auf 11,5 bis 12 %, Zuweisung der daraus resultierenden Mittel nach der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Kommune – damit wird die Infrastrukturleistung der Kommune ausdrücklich belohnt, die darin besteht, Arbeitsplätze zu ermöglichen – und Senkung des Einkommensteuertarifs um den bisher den Kommunen zukommenden Anteil von 15 % an der Einkommensteuer. Dies ermöglicht dann die Einführung eines Zuschlagsrechts der Kommunen auf die gesenkte Einkommensteuer und zusätzlich auf die Körperschaftsteuer.

Das ist unser klares Modell. Es ist durchgerechnet und liegt vor. Es wird natürlich dazu führen, dass nicht jede Kommune am Tag nach der Einführung dieses Modells

die gleichen Einnahmen hat wie vorher; das kann überhaupt nicht sein. Da muss es Übergangslösungen geben, darüber muss man sich unterhalten. Aber es wäre ein konsequentes Modell, das die Gewerbesteuer überflüssig macht und das vor allem einen großen Vorteil hat. Es wird endlich das berühmte Band hergestellt zwischen der Kommune und ihren Finanzierungserfordernissen auf der einen Seite und allen einkommen- und körperschaftsteuerpflichtigen Steuerzahlern auf der anderen Seite – nicht wie bisher das Band zwischen der Kommune und den 5 % Gewerbesteuerzahlern. Denn dass schon jetzt alle mit der Einkommensteuer dabei sind, ist kaum jemandem bekannt, ist nirgendwo ausgewiesen.

Das Modell hätte darüber hinaus den Vorteil, dass wir eine Steuerart einsparen – ein Beitrag zur Steuervereinfachung. Wir hätten einen relativ kontinuierlichen und berechenbaren Mittelfluss, weil Hauptfinanzierungsquelle die Umsatzsteuer wäre, die zwar auch schwankt, aber weit weniger stark als jede Ertragsteuer. Das steuerliche Gestaltungsrecht der Kommunen wäre voll und ganz gewahrt durch das Zuschlagsrecht, das ich geschildert habe. Wir hätten ein Modell, das mit Einfachsteuerkonzepten, z. B. à la Merz, kompatibel wäre. Das ist das Modell, das wir auf dem Tisch liegen haben. Natürlich gibt es vieles zu bedenken, wie man die Umsetzung vornimmt, wie es vorbereitet wird. Aber dies alles wäre lösbar, wenn man will.

Das Konzept der Berliner Regierungskoalition sieht dagegen vor, die Gewerbesteuer aufrechtzuerhalten, sie in erheblichen Punkten auszuweiten und auch Freiberufler, die gar keine Gewerbebetriebe haben, zwangsweise zu Gewerbe Treibenden zu erklären, damit sie dieser Steuer unterworfen werden können. Insbesondere die Besteuerung gewinnunabhängiger Tatbestände können wir nicht nachvollziehen.

Nun haben wir sehr viel Zeit gebraucht, auch weil die von Eichel eingesetzte Kommission im Dissens geendet hat. Es wäre vermessen, anzunehmen, dass es gelingt, zum 01.01.2004 ein neues Kommunalfinanzsystem auf die Beine zu stellen. Das sollten wir auch gar nicht versuchen; denn das könnte nichts Vernünftiges werden – wenn es technisch überhaupt ginge. Deshalb schlagen wir eine befristete Übergangslösung bis Ende kommenden Jahres vor. Die würde folgendermaßen aussehen:

Das System der Gewerbesteuer bliebe wie zurzeit, aber die Gewerbesteuerumlage würde auf den Stand vor Einkommensteuerreform zurückgefahren, auf etwa 20 %, und die beschlossene Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer würde realisiert. Damit hätten die Kommunen in diesem einen Jahr Luft zum Atmen, sie würden ganz erheblich entlastet, und wir hätten zur gleichen Zeit die Möglichkeit, in diesem einen Jahr eine vernünftige neue Lösung auf die Beine zu stellen, die mehr als ein Jahr trägt. Zugleich wäre der feste Zielzeitpunkt 31.12.2004 ein ganz wichtiger Anlass und würde den psychologischen Druck ausüben, sich bis zu diesem Zeitpunkt zu einigen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, ich komme auch schon zum Schluss. – Ich kann Sie deshalb nur auffordern, unserem Antrag zuzustimmen, und fordere CDU und CSU – in dem Fall auch

die CSU, obwohl sie hier nicht vertreten ist – auf, im Bundesrat dafür zu sorgen, dass die jetzige Gewerbesteuer-Revision, wie sie der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalition verabschiedet hat, gekippt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Wagner das Wort.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute schon über vieles debattiert, wir haben heute schon sehr kontrovers debattiert.

(Frank Gotthardt (CDU): Ich fand es bisher einvernehmlich!)

Wir haben es jetzt gegen Ende der Tagesordnung etwas einvernehmlicher vor beim Thema Gemeindefinanzen.

(Frank Gotthardt (CDU): Der Haushalt vorhin war doch auch einvernehmlich!)

– Herr Kollege Gotthardt, lassen Sie uns doch den Streit nicht an einer Stelle fortsetzen, wo es wirklich keinen Streit gibt. – Ich habe für meine Fraktion in der ersten Debatte, wo wir über das Thema Gemeindefinanzen gesprochen haben, schon gesagt: Wir haben viele Auseinandersetzungen mit der Regierungsfraktion, was die Finanzpolitik angeht. Wir führen aber keine Auseinandersetzung, wo es keine Auseinandersetzung gibt. Wo es aus unserer Sicht möglich ist, mit dieser Regierung eine konstruktive Lösung auf den Weg zu bringen, da wollen wir das auch tun. Das haben wir bei der ersten Beratung zum Thema Gemeindefinanzreform gesagt, und das sagen wir jetzt wieder. Insofern wird, so kontrovers der Tag begonnen hat, der Ausklang des Tages, zumindest von unserer Seite, eher versöhnlich sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben vier Anträge zu dem Thema vorliegen. Eigentlich müssten es fünf sein. Von der SPD-Fraktion ist ein neuer Antrag hereingekommen, der heute zum ersten Mal im Plenum beraten wird. Drei Anträge sind aus dem Ausschuss zurückgekommen. Ein Antrag meiner Fraktion ist an den Ausschuss überwiesen worden.

Meine Fraktion hat versucht – wir haben das im Plenum angekündigt –, zu diesem Thema eine gemeinsame Position der Fraktionen in diesem Hause herbeizuführen. Wir haben nämlich gesagt, alle Fraktionen seien sich einig, dass die Finanzsituation der Kommunen verbessert werden müsse. Dann sollte es uns nach Möglichkeit gelingen, das, was an Konsens festgehalten ist, auch als Konsens zu formulieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum haben wir im Vorfeld der Ausschussberatung gerungen, und es ist in der Sitzung quasi auf den letzten Metern gelungen, zu einer gemeinsamen Position von SPD, GRÜNEN und CDU zu kommen, die wir auch gemeinsam vertreten. Deshalb haben wir als grüne Fraktion gesagt, dass wir unseren ursprünglichen Antrag zugunsten

des auf unsere Vorschläge hin geänderten CDU-Antrags zurückziehen.

Deshalb wird es auch nicht überraschen, dass wir heute dem Antrag der CDU in der geänderten Form – das ist eine Einschränkung, die wir sehr wichtig finden – zustimmen werden. Es geht uns nämlich um die Kommunen und darum, nicht irgendwelche Blockaden zu errichten, wo keine sein müssen. Vielmehr wollen wir für die Kommunen möglichst schnell eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation herbeiführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden natürlich auch dem neuen Antrag der SPD zustimmen, der heute zum ersten Mal beraten worden ist und der feststellt, dass der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung zu dem Thema Gemeindefinanzreform eine gute Grundlage ist und sehr viel für die Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen tun wird.

Was enthält der Vorschlag der Bundesregierung? Der Vorschlag der Bundesregierung so, wie er jetzt eingebracht worden ist und wie er am Freitag im Bundesrat beraten wird, schafft eine Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen, denen im Jahr zusätzliche 4,5 Milliarden € zur Verfügung stehen werden. Diese Verbesserung für das Jahr 2004 wollen wir unbedingt auf den Weg bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 2005 sind es schon 5,5 Milliarden €. Erreicht wird das im Wesentlichen durch drei Elemente: Das erste Element ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer, wie sie heißen soll, Gemeindegewerbesteuer, und zwar vor allem durch die Einbeziehung der Freiberufler. Bevor die Zwischenrufe kommen: Daraus ergibt sich keine Belastung für den Mittelstand, weil die Freiberufler, die in die Gemeindegewerbesteuer einbezogen werden, die Möglichkeit haben, diese Steuer bei der Einkommensteuer geltend zu machen, sodass ihnen keine Mehrbelastungen daraus entstehen, es aber zu einer Verbesserung der Einnahmensituation der Kommunen kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite Element ist die Senkung der Gewerbesteuerumlage. Auch das ist eine Maßnahme, die den Kommunen unmittelbar zugute kommt.

Das dritte Element auf der Ausgabenseite ist die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, also eine Entlastung der Kommunen von Ausgaben in Höhe von 4,5 Milliarden € im Jahr 2004.

Wir finden, dass das Paket, das jetzt vorgelegt worden ist, gut ist. Wir befinden uns dabei in Übereinstimmung mit der Präsidentin des Deutschen Städtetags, der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth. Wir wollen alles dafür tun, dass diese Reform auch tatsächlich kommt. Das, was wir dafür tun können, werden wir tun. Wir werden nämlich dafür sorgen, dass sich das Land Hessen im Bundesrat dieser Regelung anschließen kann. Auch damit es im Bundesrat zu keinen Blockadespielchen in dieser Frage kommt, haben wir um einen gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion gerungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weit liegen wir nämlich nicht auseinander. Wenn wir uns den aufgrund unserer Vorschläge geänderten Antrag der CDU-Fraktion anschauen, stellen wir fest, dass sich in

diesem Antrag die Senkung der Gewerbesteuerumlage findet. Darüber besteht ein Konsens. Es findet sich die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer – wie Staatsminister Weimar sie genannt hat – „kommunalen Wirtschaftsteuer“; die Bundesregierung nennt sie „Gemeindewirtschaftsteuer“. Das steht in dem Antrag. Das steht in den Vorschlägen der Bundesregierung. Das ist einig. Also kann man es auch gemeinsam beschließen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eines geht dann nicht, nämlich dass Staatsminister Weimar in seinem Konzept die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer, wie er es nennt, „kommunalen Wirtschaftsteuer“ vorgibt und wir am 13.10. lesen, der Abg. Rhein warne vor einer Reform der Gewerbesteuer. Darin steht:

Der CDU-Abgeordnete Boris Rhein allerdings lehnt das Vorhaben vehement ab.

(Nicola Beer (FDP): Richtig!)

Er erwartet, dass es von den unionsregierten Ländern im Bundesrat gestoppt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Einberufung von Freiberuflern in die Gewerbesteuer nannte Rhein „ökonomisch unsinnig“, da dadurch die Finanzlage der Kommunen eher verschlechtert werde.

Herr Kollege Rhein, das funktioniert nicht. Entweder gilt das, was Ihr Finanzminister vorgetragen hat und worauf wir uns im Ausschuss einvernehmlich, nämlich mit den Stimmen der SPD, mit den Stimmen der CDU und mit den Stimmen der GRÜNEN, verständigt haben, oder es gilt eben nicht. Dann müssen Sie sich aber entscheiden, was gelten soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Ein frei gewählter Abgeordneter!)

– Natürlich ist der Kollege Rhein ein frei gewählter Abgeordneter. Das möchte ich gar nicht infrage stellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Freiberufler!)

Wenn der Kollege Rhein eine in dieser Frage von der Haltung der CDU-Fraktion abweichende Meinung formulieren sollte, würde ich das ausdrücklich begrüßen. Es wäre das erste Mal, dass wir ein solches Verhalten innerhalb der Regierungsfraktion CDU bemerken würden. Das unterstützen wir. Wir würden uns dann sehr wünschen, dass es auch bei der „Operation düstere Zukunft“ den einen oder anderen Abgeordneten gibt, der aus seinem Herzen keine Mördergrube macht und seine Meinung kundtut.

Ich habe jeden Respekt vor dem frei gewählten Abgeordneten Rhein. Das wollte ich nicht infrage stellen. Mir ging es darum, zu fragen, was jetzt die Position der CDU ist. Wir hoffen, die Position der CDU ist die, auf die wir uns im Ausschuss verständigt haben: Senkung der Gewerbesteuerumlage, Einbeziehung der Freiberufler, Einbeziehung von ertragsunabhängigen Elementen in die zukünftige Gemeindewirtschaftsteuer und die Entlastung der Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Wir hoffen, dass das, wenn wir jetzt gleich darüber abstimmen, auch die Position ist, die Hessen im Bundesrat vertreten wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Lackmустest steht gleich am Freitag an. Ich bin sehr gespannt. Wir beschließen das heute hier – am Mittwoch –, und ich bin sehr gespannt, wie sich Hessen am Freitag im Bundesrat verhalten wird. Von unserer Seite gab es die Bereitschaft zur Einigung. In dem gemeinsamen Antrag stehen auch Sachen, die uns nicht so gut gefallen.

Aber noch einmal: Uns war es im Interesse der Kommunen sehr wichtig, dass wir eine Einigung hinbekommen. Wir haben lange darum gerungen. Als kleine Spitze sei angemerkt, dass es schon ein bisschen komisch ist, dass man drei Monate lang daran arbeiten musste, bis sich die CDU-Fraktion zu dem bekennt, was der Staatsminister Weimar vor eineinhalb Jahren vorgelegt hat. Das ist aber nur eine kleine Spitze am Rande.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es denn zu einem guten Ergebnis führt, soll uns das recht sein. Das Bündnis bei der Reform der Gewerbesteuer – bei der Reform der kommunalen Finanzen – sieht so aus, dass die Städtetagspräsidentin und Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, die ein CDU-Mitglied ist, sagt: Im Großen und Ganzen geht das, was die Bundesregierung sagt, in Ordnung. – Karlheinz Weimar meint ebenfalls: Das, was wir heute hier beschließen, ist vereinbar mit dem, was die Bundesregierung vorschlägt, bei aller Kritik im Detail. Aber grosso modo stimmt es. – Das sagen Petra Roth und Karlheinz Weimar. Die CDU ist hoffentlich dieser Meinung und wird gleich zustimmen. Die SPD ist dieser Meinung. Wir GRÜNEN sind dieser Meinung. Das ist das breite Bündnis für die Kommunen. Wir hoffen, dieses breite Bündnis für die Kommunen wird den nächsten Freitag im Bundesrat überleben. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächster Redner für die Fraktion der Union ist Herr Caspar.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Reform der Gewerbesteuer, bei dem Thema „Wie finanzieren wir die Kommunen?“ ist seitens der Bundesregierung bei der Einsetzung der Kommission, die sich damit beschäftigt hat, nicht darauf geachtet worden, die Kommission so zu besetzen, dass sie zu einem ausgewogenen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen der Wirtschaft auf der einen Seite und der Kommunen auf der anderen Seite kommt.

Die Kommission hat im Wesentlichen zwei unterschiedliche Modelle behandelt. Leider kam es nicht dazu, dass man ein gemeinsames Modell erarbeitet hat. Unter der Fehlbesetzung der Kommission und unter der Fehlerhaftigkeit ihrer Arbeit leiden die Kommunen bis zum heutigen Tage, denn es gibt noch keine Lösung dafür, die Finanzen der Kommunen in ordentliche Verhältnisse zurückzuführen.

Es kommt hinzu, dass es durch die Körperschaftsteuerreform im Jahre 2000 zu erheblichen Einnahmeeinbrüchen bei den Kommunen kam. Die Gewerbesteuer, wie sie heute existiert, ist im Wesentlichen nur noch eine Steuer für Großbetriebe, die sehr konjunkturabhängig ist. In Anbetracht der katastrophalen Wirtschaftslage in diesem

Land in den letzten drei Jahren hat das zu massiven Einbrüchen geführt. Um es anhand der Zahlen der größten Kommune dieses Landes, der Stadt Frankfurt am Main, zu verdeutlichen: Wir hatten bei den Gewerbesteuerereinnahmen einen Rückgang von rund 1,3 Milliarden € im Jahr 2001 auf etwa 700 Millionen € im Jahre 2002. Sie sehen daran, welch starken Schwankungen die Einnahmen aus dieser Steuer in der jetzigen Form unterliegen.

Das ist also kein optimales Modell, mit dem die Kommunen in der heutigen Zeit leben könnten. Insoweit ist es völlig richtig, dass hier eine Reform notwendig ist. Der Finanzminister hat hierzu Modelle erarbeitet und vorgelegt. Wir wissen nun: Wenn die Bundesregierung im Frühjahr oder im Sommer eine Entscheidung getroffen und sich auf eine Linie festgelegt hätte und die Beratungsverfahren im Bundestag und Bundesrat in einer vernünftigen Form rechtzeitig hätten stattfinden können, dann wäre spätestens zum 1. Januar 2004 eine neue Grundlage für die Finanzierung unserer Kommunen sichergestellt gewesen.

Leider ist das durch das Hickhack und das Hin und Her zwischen dem Bundeskanzler auf der einen Seite und dem Finanzminister auf der anderen Seite, zwischen den GRÜNEN auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite derart verzögert worden, dass ein Konzept erst jetzt zustande kam, ein Konzept, mit dem eigentlich niemand richtig zufrieden ist. Die Kommunen, die das Geld brauchen, sagen natürlich, es sei eine Minimallösung und besser als gar nichts. Aber es ist natürlich keine optimale Lösung – weder für die Kommunen noch für die Wirtschaft. Insoweit meinen wir, dass das Ganze überarbeitet werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Bundesrats sein kann, zu blockieren. Hierzu hat Herr Ministerpräsident Koch ganz richtig ausgeführt, dass es seit der letzten Bundestagswahl keinen einzigen Fall gab, in dem der Bundesrat mit seiner Mehrheit ein Gesetzesvorhaben blockiert hat. Die Vorlagen wurden vielmehr, weil der Bundesrat sehr zielführend arbeitet, an den Vermittlungsausschuss überwiesen. Auch in diesem Fall gehen wir davon aus, dass es eine Bundesratsmehrheit geben wird, die den Gesetzentwurf an den Vermittlungsausschuss überweisen wird, um dort zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, mit der sowohl die Wirtschaft als auch die Kommunen leben können.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben es bei Gesetzesvorhaben auf Bundesebene schon öfter erlebt, dass erst durch die Aktivität des Bundesrats die Vorlagen so verbessert wurden, dass sie den Ansprüchen genügt haben, die man an eine Reform legen muss.

Ich darf daher das Haus bitten, der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu folgen und dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht Hessen im Bundesrat?)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die SPD-Fraktion hat der Vorsitzende, Abg. Walter, das Wort.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren schon den ganzen Tag über Finanzen und Blockaden. Wir hören in der Koch-Steinbrück-Debatte vom Herrn Finanzminister immer wieder, dass sich diese Regierung immer ordentlich und verantwortungsvoll verhalte und dass sie immer versuche, Gesetze zu verbessern und nichts zu blockieren. Es ist schön, dass wir jetzt in einer Debatte sind, wo offensichtlich ist, dass wir von den Betroffenen selbst das Gegenteil unter Beweis gestellt bekommen.

Ich darf ein Stück weit das Prozedere bei der Gesetzesvorlage zur Gemeindefinanzreform im Bundestag darstellen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind der Auffassung, die finanzielle Situation der Kommunen ist so schlecht, dass dringend etwas gemacht werden muss. Das dürfte unstrittig sein.

Das ist aber nicht ganz einfach. Der Kollege hat es schon gesagt: Die Interessen der Wirtschaft und die Interessen der Kommunen sind schwierig in Einklang zu bringen. Es dauert lange, so etwas hinzubekommen, insbesondere in Kommissionen, wo man die verschiedenen Interessen versammelt hat.

Der Kollege Caspar hat in seiner Rede gesagt, es sei das Verschulden der rot-grünen Bundesregierung, dass die Gemeindefinanzreform nicht mehr zum 1. Januar 2004 in Kraft treten könne. Lieber Herr Kollege, es wäre relativ einfach, das hinzubekommen, denn es liegt ein Gesetzentwurf vor. Das Einzige, was für das Wirksamwerden dieses Gesetzes, das eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zur Folge haben wird, momentan noch zu besorgen ist, ist die Zustimmung des Bundesrates. Die wird von Ihrer Seite verhindert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das ernst meinen, was Sie sagen, dass die Kommunen mehr Geld bekommen sollen, dann müssten Sie nur eine einzige Sache tun: Ihre Landesregierung und die Regierungen der anderen B-Länder dazu bringen, der Gemeindefinanzreform zustimmen. Weiteres wäre nicht mehr notwendig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann natürlich sagen: Wenn der Gesetzentwurf schlecht ist, dann können wir ihm nicht zustimmen. – Ich hätte gerne von Ihnen erfahren, was wir ändern sollen. Sie sagen, im Vermittlungsausschuss müsse man noch einmal prüfen, wie man den Gesetzentwurf verbessern könne. Ich frage Sie: Was soll denn verbessert werden? Ich gehe die einzelnen Punkte durch, die sich teilweise fast wortgleich im Antrag der CDU-Fraktion und inhaltsgleich in dem Modell wieder finden, das wir hier als „Weimar-Modell“ behandeln. Herr Finanzminister, vielleicht helfen Sie mir ein bisschen weiter, wenn es der Vorredner schon nicht gemacht hat, und sagen uns deutlich, an welcher Stelle Ihre Kritik ansetzt.

Erster Punkt: Reduzierung der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Das steht sowohl in Ihrem Antrag als auch in dem Gesetzentwurf, der dem Bundestag vorliegt. Die Umsetzung würde den Kommunen ordentlich Geld bringen. Auf der anderen Seite kostet sie die Länder wiederum Geld. Ist dies ein Punkt, den Sie unterstützen würden, oder ist dies ein Punkt, wo Sie sagen, da können Sie im Bundesrat nicht zustimmen?

Zweiter Punkt: Ausweitung der Gewerbesteuerpflichtung für Freiberufler. Ich bin selbst Freiberufler. Natürlich wäre es mir lieber, man müsste als Freiberufler überhaupt keine Steuern bezahlen. Ich will aber ganz ehrlich und anständig argumentieren. Neben meinem Anwaltsbüro befindet sich ein Malermeisterbetrieb. Dieser Betrieb nützt die Infrastruktur meiner Kommune und muss Gewerbesteuer bezahlen. Ich nutze als Anwalt die gleiche Infrastruktur der gleichen Kommune und bin genauso wie der Malermeister auf diese Infrastruktur angewiesen. Warum ich keine Gewerbesteuer bezahlen muss, der Malermeister aber schon, ist relativ schwer begründbar. Selbst dem Deutschen Anwaltsverein, unserer Ständeorganisation, fällt das relativ schwer. Dort wird argumentiert, wir würden Prozesskostenhilfefälle bearbeiten. Ich kenne viele Anwälte, die sehr, sehr froh sind, dass sie überhaupt Fälle bekommen, und wenn es um Prozesskostenhilfe geht, sind sie immer noch dankbar. Das kann also kein Argument sein. Ich frage Sie also: Stehen Sie nach wie vor, wie in Ihrem Modell vorgesehen, für die Ausweitung der Gewerbesteuerpflichtung?

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Dabei muss ich aber sagen: Der hessische Finanzminister geht sogar noch weiter als der Gesetzentwurf, der dem Bundestag vorliegt. Der hessische Finanzminister will sogar die Landwirte an der Gewerbesteuerpflichtung beteiligen. Das steht in dem Gesetzentwurf, der dem Bundestag vorliegt, nicht. Ich weiß nicht, wo sich Ihre Gedanken inzwischen befinden. Möglicherweise sind Sie bereits davon abgerückt, die Freiberufler in die Gewerbesteuerpflichtung einzubeziehen. Es werden ja viele Briefe von Lobbygruppen geschrieben. Sie sollten uns diese Frage aber beantworten, damit wir wenigstens wissen, woran wir sind, warum Ihre Landesregierung im Bundesrat am Freitag, wie angekündigt, dem Gesetzentwurf der Regierung nicht zustimmen wird.

Dritter Punkt: Einschränkung von Verrechnungsmöglichkeiten. Auch da hatte ich den Eindruck, es bestehe Konsens, dass wir bei einer Gemeindefinanzreform auch konjunkturunabhängige Elemente brauchen.

Die FDP hat an dieser Stelle eine klare Gegenposition. Diese ist für mich nachvollziehbar. Ich kann es verstehen, wenn Sie sagen, Sie wollen es nicht. Bislang hatte ich aus den Reihen der Union, gerade im Hessischen Landtag, und auch von Ihnen, Herr Weimar, in den Debatten immer den gegenteiligen Eindruck. Es kann sein, dass sich Dinge verändern. Wir wüssten gerne – aus der Rede des Vorredners konnte ich gar nichts entnehmen –, aus welchen Gründen Sie am Freitag mit Ihrer Landesregierung gegen dieses Gesetz stimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der letzte Punkt ist ein einfacherer Punkt. Es geht um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Da geht es wohl um einen einzigen Punkt. Es geht um die Frage, ob die Vermittlung bei der Bundesanstalt für Arbeit bleibt oder über die Kommunen laufen soll. Offen gesagt haben darüber selbst die Kommunen einen kleinen Streit. Die Landkreise hätten gerne, dass dies die kommunale Ebene macht, weil sie befürchten, dass sie sonst überhaupt nichts mehr zu tun hätten und man ernsthaft auf die Idee kommen könnte, sie abzuschaffen. Die Städte aber sagen eindeutig: Wir sind nicht groß genug, um diese Aufgabe allein ausführen zu können. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung Recht, dass diese Aufgabe von der

Bundesanstalt für Arbeit zentral in Zusammenarbeit mit den Kommunen erledigt wird.

Die CDU sagt, die Kommunen seien mit diesem Gesetzentwurf nicht einverstanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann lese ich die falschen Zeitungen – und ich lese eine ganze Menge Zeitungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, will die Frau Oberbürgermeisterin aus Frankfurt, die großer Nähe zur Sozialdemokratie vollkommen unverdächtig ist, am Freitag sogar mit Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterkollegen nach Berlin fahren und vor dem Bundesrat für die Zustimmung demonstrieren.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Ihrer Partei wissen, dass dies vielleicht nicht zu 100 % das ist, was angestrebt worden ist, aber in der Politik und wenn es um Geld geht, bekommt man nie die 100 %, die man anstrebt.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie wissen jedoch auch, dass dies eine große Chance ist, dass dieses Gesetz beschlossen werden muss, wenn man die Gemeinden zum 1. Januar 2004 finanziell tatsächlich entlasten will. Alle anderen Steuerkonzepte, die Sie vorlegen – ob Sie Merz oder Kirchhof heißen –, sind momentan virtuelle Programme. All dies nützt den Not leidenden Kommunen überhaupt nichts. Es geht am Freitag darum, ob Ihre Landesregierung das, was als Gesetz vorliegt, das, was von Ihren eigenen kommunalen Vertretern unterstützt wird, ablehnt oder nicht. Ihre eigenen kommunalen Vertreter fordern Sie als Abgeordnete auf, dafür Sorge zu tragen, dass Sie dem zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht um Zukunftsgebilde, auch nicht um den Antrag, den die CDU vorgelegt hat und zu dem wir eine Ausschussempfehlung haben. Es geht tatsächlich nur um den neuen Antrag der SPD, um die eine zentrale Frage, ob die Hessische Landesregierung der Gemeindefinanzreform im Bundesrat zustimmt oder nicht. Anders formuliert: Will die Hessische Landesregierung, dass die Kommunen wieder auf eine ordentliche finanzielle Basis gestellt werden, oder will die Hessische Landesregierung in Kontinuität der Politik der letzten Jahre alles blockieren, was Rot-Grün im Bundesrat vorlegt – aus Gründen, die man nur noch in parteipolitischen Taktik suchen kann und die weit weg sind von dem, was man Allgemeinwohl nennt?

(Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Ich verstehe gar nicht, warum Sie so viel wissen wollen!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Weimar das Wort.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal geht die Fragestellung ein bisschen über die Anträge hinaus, aber Sie bekommen natürlich eine Antwort.

Das, was auf Bundesebene läuft, was uns vorgelegt wird und in der Vergangenheit beschlossen worden ist, selbst in der bescheidenen Möglichkeit der Modifikation durch die

derzeitige Opposition, ist eigentlich so schlimm, dass man Ihre Frage eigentlich so beantworten müsste: Ja, diesem Unsinn dürfte man an keiner Stelle zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist aber nicht unsere Mentalität. Das ist Ihre Mentalität hier im Hessischen Landtag, aber nicht unsere im Verhältnis zur Arbeit der Bundesregierung. Wir haben uns nicht nur beim vorangegangenen Punkt intensiv damit beschäftigt und eigene Vorlagen gemacht – was übrigens andere Bundesländer nicht gemacht haben –, insofern geht Ihr Vorwurf schon völlig ins Leere. Man muss völlig erblindet sein in der Wahrnehmung dessen, was hier tatsächlich passiert. Kein anderes Bundesland legt etwas vor. Das Land Hessen ist permanent damit beschäftigt, zu versuchen, die Dinge voranzutreiben. Natürlich ist das EGG unsere Antwort auf Hartz III und IV.

Kein Mensch in dieser Republik kann ernsthaft sagen, dass irgendeine Landesregierung mit Sinn und Verstand Hartz III und IV zustimmen kann, nachdem Hartz I und II ausschließlich dafür da waren, die Bundestagswahlen zu gewinnen, und zum völligen Flop geworden sind. Meine Damen und Herren, dies alles ist völlig untauglich, um die Probleme dieses Landes zu lösen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir bringen eigene Vorschläge ein, z. B. das EGG, unter der Federführung der Sozialministerin Lautenschläger.

Wenn Sie daraus ein Paket machen, muss ich Ihnen sagen, dass wir dem natürlich nicht zustimmen können, sondern ernsthaft darüber verhandeln müssen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Widerstand gegen das EGG aufzugeben und unser Konzept zu beschließen. Dann wird Deutschland endlich einmal ein Konzept haben, mit dem es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach vorne geht und mit dem den Kommunen tatsächlich geholfen werden kann. Andernfalls werden wir dafür streiten. Herr Walter, ob Sie uns dabei einen Vorwurf machen, ist uns gerade einmal egal. Denn wir sind Deutschland verpflichtet und nicht Ihnen als Person oder der SPD im Hessischen Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der zweite Aspekt Ihrer Frage ist die Zusammenbindung. Wenn Sie sagen, es gebe die Verpflichtung, den Kommunen zu helfen, dann kann ich ausdrücklich Ja sagen – aber doch nur, wenn wir ihnen tatsächlich finanziell helfen. Ich sage Ihnen einmal etwas: Eine Mitarbeiterin unseres Hauses, die seit vielen Jahren das Geschäft betreibt, ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe, die sich mit den Rechenmodellen beschäftigt hat. Das, was die Bundesregierung vorgelegt hat und was jetzt schon wieder durch die Bundestagsfraktion modifiziert worden ist, ist von den Arbeitskreisen überhaupt nicht berechnet worden. So kann man natürlich kein Gesetz machen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sollten Sie sich für die Haushaltsberatungen merken!)

Die genannten 2,8 Milliarden € sind Fake. Diese Zahl kommt dabei niemals heraus. Für null oder ein paar Millionen Euro eine solche Reform zu machen ist doch absurd. Das ist wie Hartz I und II, Personalvermittlungsstellen. Wie viele Leute wollten Sie denn vermitteln? Wie viele sind tatsächlich mit welchem Aufwand vermittelt worden? – Das hat doch keinen Zweck.

Wenn die Fachleute nicht gehört werden – die sagen, dass es überhaupt nichts bringt –, dann interessiert es mich an der Stelle leider nicht, ob Bürgermeisterinnen und Bürgermeister protestieren oder ob die SPD im Hessischen Landtag protestiert. Es ist nicht in Ordnung, die hessischen Finanzämter, die Steuerberater und die Firmen mit einem neuen Gewerbesteuerrecht durcheinanderzubringen und gleichzeitig in der Angelegenheit ein Nullsummenspiel zu veranstalten.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Vorwurf: Die Grundsteuer ist außen vor. Jetzt gebe ich das einmal zurück. Warum hat man denn meinen Vorschlag zur Grundsteuer nicht aufgegriffen? – Es wäre eine Riesenchance gewesen, mit der Grundsteuer eine wirklich stabile Besteuerungsgrundlage der Kommunen zu haben und international nicht die Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Im angelsächsischen Bereich z. B. ist die Grundsteuer die Hauptsteuer für die Kommunen, um eine verlässliche Grundlage zu haben.

Natürlich hätte die Grundsteuer – das ist der versöhnliche Aspekt in Richtung Herrn von Hunnius und der FDP – an der Stelle einen Effekt, wie ihn z. B. die Zuschlagsteuer im BDI/VCI-Modell oder ein Stück des anderen Modells der FDP auch hätte: Jeder, ob gewerblich oder privat – im Hinblick auf Art. 28 Grundgesetz könnte auch zwischen gewerblicher und privater Nutzung gesplittet werden –, hätte mitbezahlt. Auch die Mieter hätten über die Umlagefähigkeit mitgezahlt. Damit wäre eine vernünftige Steuerart da gewesen. Wenn man bei dem bleibt, was wir ursprünglich wollten, nämlich dass das Volumen von 1999/2000 als Größenordnung für die Änderung der Gewerbesteuer gilt, und man eine vernünftige Grundsteuer gemacht hätte, dann hätte man mit einem Schlag die Gewerbesteuer erheblich senken können. Wenn in einigen Jahren – wie ich sehr hoffe und woran ich mit aller Kraft mitarbeite – ein vereinfachtes Steuersystem in Deutschland kommt, dann hätte man in der Lage sein können, ohne großes Verteilungsproblem die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen. Das ist nicht gemacht worden.

Es war ein kapitaler Fehler, den Arbeitsgruppen nicht etwas als Diskussionsgrundlage vorzugeben. Man hat Leute willkürlich zusammengerufen und ihnen gesagt, sie sollten einmal darüber diskutieren. Natürlich kam nach einhalb Jahren überhaupt nichts dabei heraus. In der letzten Phase legt die Bundesregierung etwas vor. Das ändert die Bundestagsfraktion. Das wird dann noch einmal geändert und soll dann im Hauruckverfahren umgesetzt werden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Ich bin nicht zufrieden.

Übrigens will ich mich nicht um die Frage der Freiberufler herumdrücken. Das Problem ist von uns gesehen worden. Man kann sie mit hineinnehmen. Es ist tatsächlich in weiten Bereichen ein Nullsummenspiel. Mindestens dort, wo einer etwas verdient und gewerbesteuerpflichtig ist, wird er auch einkommensteuerpflichtig sein, und dann wird er entsprechende Verrechnungsmöglichkeiten haben.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Das Problem ist aber die 380-%-Marke – dass nämlich dann in allen großen Städten ein Delta aus dem eigenen Einkommen bezahlt wird. Nun erklären Sie aber einmal, warum ein Rechtsanwalt, der im Landkreis Main-Taunus wohnt, in aller Regel eine Verrechnung mit der Gewerbesteuer vornehmen kann, weil er unter 380 Punkten liegt,

während das in Frankfurt oder in Wiesbaden oder in Darmstadt – wenn ich das recht sehe – nicht der Fall ist.

Das gilt übrigens nicht nur für die Rechtsanwälte, sondern das gilt auch für die Ärzte, Wirtschaftsprüfer und sonstige; soweit die noch in der normalen Struktur und nicht als GmbH organisiert sind, fallen die auch darunter. Das müssen wir mindestens im Auge haben.

Wir haben uns davor gar nicht gescheut. Meine These hierzu ist, es wäre stabiler, wenn das alle bezahlten, einfach deshalb, weil die Fragestellung, die Sie, Herr Walter hier richtig eingeführt haben – warum zahlt der eine und der andere nicht? –, damit erledigt wäre. Das Problem entstände dann in den Ballungsgebieten.

Ich war selbst Anwalt. Ich hätte auch nichts dagegen gehabt, das zu machen. Jeder hat hier seine Erfahrungswelt. Aber das Problem müssten wir an diesem Punkt lösen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Für Freitag stellt sich das Problem also wie folgt dar: Da Hartz III und IV für uns so nicht akzeptabel sind und wir dazu sogar einen Gegenentwurf vorgelegt haben – so viel zum Thema „Verweigerung“ –, ist dies für uns nicht akzeptabel. Im Gegenteil, wir werden mit allem, was wir haben, dafür kämpfen, dass unser EGG tatsächlich verabschiedet wird.

Zum Zweiten. Wir halten dieses Gewerbesteuergesetz so, wie es vorgelegt worden ist, für nicht verabschiedungsreif. Übrigens wird das meines Erachtens auch im Vermittlungsausschuss nicht heilbar sein, denn es gibt nach wie vor strukturelle Probleme in der Sache. Dabei muss ich meine Position gar nicht verlassen.

Deswegen rate ich hier dazu, bei der Gewerbesteuer – ich weiß nicht, wer es gesagt hat – die Entscheidung zu verschieben und zu schauen, wie wir hinkommen, derzeit lediglich eine Aufstockung des Umsatzsteueranteils der Kommunen auf, ich sage jetzt einmal, 3 % vorzunehmen und die Umlage wieder auf die alte Größenordnung zu senken. Das würde den Kommunen ad hoc einige Milliarden Euro bringen, während bei allen Gewerbesteuerfragen das als Veranlagungstatbestände erst ab dem Jahr 2005 seine Wirksamkeit entfaltet.

Also werden wir am Freitag zu der Sache Nein sagen. Wir haben bessere Vorstellungen, bessere Alternativen, und nach meiner Meinung werden die sich im Vermittlungsausschuss, weil sie besser sind, durchsetzen. Dafür müssen wir hart kämpfen, aber das werden wir tun.

Schöner wäre es, wenn Sie uns nicht Verweigerung vorwerfen würden, sondern uns in der Sache unterstützen würden. Allerdings bin ich nach den Wortbeiträgen, die ich eben gehört habe, da eher skeptisch. Also werden wir diesen Weg alleine gehen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zu den Abstimmungen.

Zunächst rufe ich den Tagesordnungspunkt 9 auf, das ist die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Städte- und Gemeindefinanzierung, Drucks. 16/703 zu Drucks. 16/62.

Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angenommen!)

– Ach so, Entschuldigung, die Beschlussempfehlung ist angenommen, und damit ist der Antrag abgelehnt. Es ist ja klar, man muss immer doppelt denken.

Wir kommen zu Punkt 10, der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kommunen stärken – Gewerbesteuer jetzt modernisieren, Drucks. 16/704 zu Drucks. 16/186.

Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 11, Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Finanzkraft der Kommunen stärken – kommunale Selbstverwaltung sichern, Drucks. 16/705 zu Drucks. 16/225: Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – CDU und GRÜNE sind für diese Beschlussempfehlung, dagegen ist die FDP bei Enthaltung der SPD.

(Michael Denzin (FDP): Kassler Verhältnisse!)

Jetzt können wir vielleicht noch eine vierte Variante bekommen. Ich rufe zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 12 auf, Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gemeindefinanzreform auf gutem Weg, Drucks. 16/749. Der Antrag soll sofort abgestimmt werden. – Bitte, Herr Kahl.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, wir beantragen, über die einzelnen Nummern getrennt abzustimmen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Gotthardt, ein weiterer Vorschlag zur Geschäftsordnung?

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Nein, ich will nur sagen, wir sind mit einer getrennten Abstimmung einverstanden. Ich möchte hiermit aber zu Protokoll geben: Wir werden alle Punkte ablehnen, weil wir eben einen eigenen Antrag beschlossen haben, und auf den beziehen wir uns.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das wird sich weisen, wenn wir jetzt abstimmen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt zur Abstimmung über den Antrag der SPD, Drucks. 16/749, auf, zunächst über den Punkt 1. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist Punkt 1 mit

den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe Punkt 2 dieses Antrags zur Abstimmung auf. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Dann ist Punkt 2 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Schließlich rufe ich zur Abstimmung über Punkt 3 auf: Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Dann ist auch Punkt 3 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, es wäre sicher sinnvoll, noch eine GesamtAbstimmung über den Antrag zu machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Das müssen wir nicht mehr? Gut, dann ist damit klar, dass dieser Antrag in allen drei Punkten abgelehnt ist.

(Reinhard Kahl (SPD): So ist es, leider!)

Meine Damen und Herren, wir sind fast am Ende der Tagesordnung. Ich möchte Ihnen eine Aufforderung des

Kollegen Kaufmann weitergeben, der sagte, es wäre doch vielleicht ganz gut, am Ende dieser Sitzung etwas Humorvolles zu sagen.

Das möchte ich gerne tun. Denn ich war sehr versucht – wenn ich da unten gesessen hätte –, eine bestimmte Reaktion zu zeigen. Ich weiß nicht, wo der Kollege Weimar jetzt ist. Als er meinen Kollegen von Hunnius in besonderer Weise gewürdigt hat, fiel mir ein wunderbares Datterich-Zitat ein:

Der Metzgermeister Bengler besucht den Schuldner Datterich, der sich morgens halbtot stellt, und will das Geld eintreiben. Dieser Datterich kann mal wieder wunderbar spielen, er ist so todkrank, dass der Bengler sagt: „Wos deht ich-en so gern haage, awwer er spihrt doch nix mehr, un es wehr aach net ganz menschefreindlich!“ – Aber er kann nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben jetzt die Nordhessen nicht verstanden!)

Meine Damen und Herren, damit schicke ich Sie nach Hause. Herzlichen Dank, es ist das Ende der Sitzung.

(Schluss: 16.39 Uhr)



